

AUFTRAG



Schwerpunkte:
AMI-Konferenz
Akademie Oberst Helmut Korn

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

BESINNLICHER

Zum Tode von Oberst i. G., a. D. Georg Heymen	3
Gedenkrede (<i>Paul Schulz</i>)	3
Fortschritt (<i>Johannes Dyba</i>)	6
Jahreswende	8
Gebet (<i>Sidow</i>)	8
Rück- und Ausblick (<i>Klaus Brandt</i>)	8
Franz Böckle zum Gedenken (<i>Helmut Fettweis</i>)	11
Wahrheit ist die Tochter der Zeit (<i>Hans Bahrs</i>)	13
Gott, Religion, Kirche — wozu? (<i>Helmut Fettweis</i>)	14
Unter Christen gibt es keine Fremden (<i>Josef Meisner</i>)	18
Paulus (3. Teil und Schluß) (<i>Johannes Cofalka</i>)	19
Neue Wege im Süd-Nord-Dialog (<i>Hanspeter Heinz</i>)	46
Gegen Geister, Dämonen und Depressionen (<i>Anne Bahrs</i>)	54

APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL

Christliche Wertvorstellungen sollen auch in der Sicherheitspolitik und der Armee gelten	57
Grüßwort des Generalinspektors der Bundeswehr (<i>Dieter Wellershoff</i>)	57
Katholischer Militärbischof, Erzbischof Dr. Dr. Johannes Dyba zu katholischen Soldaten aus aller Welt am 6.6.1991	58
Generalversammlung	59
Rede des Präsidenten des AMI bei der Eröffnung der Generalversammlung 1991 mit Berufung von General Majcen zum Ehrenpräsidenten des AMI (<i>Jürgen Bringmann</i>)	59
Vortrag anlässlich der AMI-Konferenz 1991 (<i>Karl Majcen</i>)	63
Bericht des Präsidenten am 8.6.1991 (<i>Jürgen Bringmann</i>)	76
6. Familienfreizeit des AMI (<i>Jürgen Thye</i>)	82

KIRCHE UND STAAT

Katholische Militärseelsorge nach der Vereinigung Deutschlands (<i>Heinz-Gerhard Justenhoven</i>)	84
Kirche geht auf Sendung	90
Erklärung evangelischer Christen zur Weiterführung des Militärseelsorgevertrags	96
Afrika trotz großer europäischer Aufgaben nicht vergessen	97

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Jugoslawienkonflikt	99
Der Vatikan verfolgt den Krieg in Kroatien mit großer Sorge	99
Schluß mit dem Wahnsinn in Kroatien (<i>DDR. Johannes Dyba</i>)	100
„Stoppt den Krieg in Jugoslawien“ (<i>Tranjo Kuharic</i>)	101
Brief des GKS-Bundesvorsitzenden (<i>Paul Schulz</i>)	103
Nur politische Lösungen können den Krieg in Jugoslawien beenden	104

Wiederaufbau und Wertevakuum	108
Der Beitrag der Orden zur Bildung und Erziehung in Europa	110
Die Muslime in der heutigen Welt (<i>Willy Trost</i>)	112
Freizeit ein Problem (<i>Willy Trost</i>)	114
Das Rotkehlchen (<i>Erithacus rubecula</i>) (<i>Wolfgang Altendorf</i>)	117

AUS GKS UND PGR

Akademie Oberst Helmut Korn vom 28. 10. bis 1. 11. 1991 im Bonifatiushaus Fulda	122
Europäische Friedensordnung — Soldaten denken an morgen (<i>Helmut P. Jermer</i>)	122
Reflexionen zur Akademie Oberst Helmut Korn (<i>Siegfried Granath</i>)	123
Europäische Sicherheitskonzeption (<i>Markus Berger</i>)	126
Das Bild des Soldaten in einer europäischen Friedensordnung (<i>Dieter Clauß</i>)	135
Katholische Friedenslehre — Orientierungshilfe auch nach dem Golfkrieg? (<i>Dr. Gerhard Beestermöller</i>)	145
Ethische Begründung soldatischen Dienstes auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung (<i>Franz Furger</i>)	157
Neue Lebensperspektiven (<i>Volker Traßl</i>)	169
GKS Veitshöchheim	173
GKS — Katholischer Soldatenverband befürwortet weiterhin allgemeine Wehrpflicht ...	175
Der Traum der Verständigung und die Wirklichkeit der Gegensätze	176
Dresdner Erklärung der GKS vom 17. Januar 1992	177

INFORMATIONEN

Wien — neuer Militärbischof (<i>Urrisk</i>)	180
Arbeitshilfen	180
Erlebnisausstellung zum Jahr mit der Bibel	181
Richtige Entscheidung (<i>Edgar Bulling</i>)	182
Tage im Kloster — Kloster auf Zeit	183
St. Ottilien	183

BUCHBESPRECHUNGEN

185

BESINNLICHES

Zum Tode von Oberst a.D. Georg Heymen

Gedenkrede des Bundesvorsitzenden GKS am 3.1.1992 in Frensdorf-Reundorf

Ehrenbundesvorsitzender der GKS
seit 1987

* 20.2.1933 in Potsdam

† 26.12.1991 in Zams/Tirol

Verehrte Frau Heymen!
Sehr geehrte Angehörige und liebe
Freunde des Verstorbenen!
Werte Trauergemeinde!

Die Nachricht vom jähen Tod unseres Freundes Georg Heymen, des Ehrenbundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, war für uns alle unfassbar. Sie hat in unserer Gemeinschaft und darüber hinaus in der gesamten Militärseelsorge Bestürzung und Trauer ausgelöst. Eine Persönlichkeit wurde aus dem Leben abberufen, der in der kirchlichen Laien- und Verbandsarbeit ein hohes Maß an Achtung und Vertrauen entgegengebracht wurde.

Im Namen aller katholischen Soldaten der Bundeswehr, vor allem aber der in der katholischen Militärseelsorge engagierten Laien, spreche ich Ihnen, sehr verehrte Frau Heymen, und den Angehörigen des Verstorbenen meine

herzliche und aufrichtige Anteilnahme aus.

Georg Heymen fühlte sich von Jugend an bis zur Vollendung seines Lebensweges am 2. Weihnachtstag, dem Fest des Hl. Blutzeugen Stefanus, zu einem engagierten Dienst am Menschen und an der Gesellschaft im Licht kirchlicher Soziallehre verpflichtet. So wurden für ihn sowohl der Dienst als christlicher Soldat als auch die Bindung an eine katholische Gemeinschaft zum Mittel und zum Ort der Erfüllung christlicher Berufung. Nach eigenem Bekunden (Auftrag 144/145, S. 104 ff.) suchte er als kirchlich bewußter Laie neben der Begegnung mit Gleichgesinnten in der Gemeinschaft die Möglichkeit, einen Beitrag zum Frieden als der neuen Zielbestimmung des Soldaten leisten zu können.

Mit dieser Einstellung hat er die vom II. Vatikanischen Konzil geforderte Einheit des Lebens als Laie – nämlich die Zäsur zwischen Glauben und Leben, zwischen Evangelium und Kultur zu überwinden – überzeugend verwirklicht.

Von 1962 an, als der aus der katholischen Jugendarbeit kommende junge Offizier Kontakt zum Königsteiner Offizierkreis (KOK) fand, hat Georg Heymen sich in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, wie der Verband sich seit 1970 nannte, engagiert. Er war

bereit, Führungsverantwortung zu tragen und sich selbst mit Denken, Handeln, Freizeit und Gesundheit in diese ehrenamtliche kirchliche Verbandsarbeit einzubringen. So war er 9 Jahre lang prägender Bundesvorsitzender der GKS. Als er 1986 aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand trat und somit den Vorsitz, den nur ein aktiver Soldat innehaben darf, aufgeben mußte, wählte ihn die GKS zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Für sein kirchliches Engagement erhielt Georg Heymen 1985 die päpstliche Auszeichnung eines „Ritters vom Orden des Hl. Papstes Sylvester“. Der Katholische Militärbischof verlieh ihm 1986 die „Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge“ und seine staatsbürgerlichen Verdienste wurden 1987 mit dem „Bundesverdienstkreuz am Bande“ gewürdigt.

Ich habe Georg in seiner Zeit als Bundesvorsitzender am Vortag des Palmsonntags 1979 bei der Konferenz der GKS im Wehrbereich II in Stapelfeld kennengelernt und ihn dann in vielen Sitzungen und bei zahlreichen anderen Unternehmungen der GKS erlebt. Immer habe ich die Ruhe und Besonnenheit bewundert, mit denen er die jeweils gut vorbereiteten Veranstaltungen geleitet und trotz mancher Attacken von Seiten einiger Wehrbereichsfürsten – zu denen ich damals auch zählte – erfolgreich zu Ende geführt hat. Georg Heymen wurde dabei nicht von

Ehrgeiz und Darstellungssucht getrieben. Er wußte seine Person hinter die gemeinsame Sache zurückzunehmen. Ihm ging es um die von seinem Vorgänger Oberst Dr. Helmut Korn in die Gemeinschaft übernommene Überzeugung, daß die Umsetzung des Glaubens in den militärischen Alltag einen neuen und besseren Soldaten hervorbringen kann:

- wegen des besonderen Bildes vom Menschen als Ebenbild Gottes,
- wegen des besonderen Verhältnisses des Christen zur Pflicht,
- wegen seines besonderen Antriebs, dem „bonum commune“ zu dienen.

Für Georg Heymen war die GKS keine Vereinigung zur religiösen Missionierung und kein Interessenverband für Fanatiker, Frömmeler und Karriere-Ritter. Er lehnte ebenso indifferente Haltung und Standortlosigkeit ab wie Versuche, berufliches Versagen, Charaktermängel und selbstverschuldete Unzufriedenheit durch religiösen Übereifer zu kompensieren.

Statt dessen forderte er:

„Jeder von uns wird also auf seinem Platz, in seiner Funktion, nach seiner Verantwortung, besten Wissens und Gewissens nach dem Maß seiner Gaben und Kräfte in und außer Dienst wirken müssen. Persönlichkeitswert, Lebendigkeit, berufliche Tüchtigkeit – das verlangt etwas mehr als bloße Solterfüllung von Pflicht-

ten, als reine Vorschriftentreue.

Es erheischt vielmehr ein Stück persönlicher Beispielhaftigkeit, die innere Freiheit zum Engagement, den freien Leistungswillen, den selbstverständlich mitdenken den Gehorsam, Fröhlichkeit und Offenheit gegenüber jedermann.“ (Handbuch, Abschn. 1.2.4)

Diese Maxime hat er nicht nur anderen verkündet, sondern selbst und überzeugend vorgelebt.

Den Anspruch der Laien, sich zum gemeinschaftlichen Wirken frei zusammenzuschließen, hat Georg Heymen nicht von einer Art Zugeständnis kirchlicher Autorität abgeleitet. Dieses innerkirchliche Koalitionsrecht war für ihn ein sich aus Taufe und Firmung ergebendes natürliches Recht des mündigen Christen. Aber trotz dieses Selbstbewußtseins, das sowohl ihn selbst als auch unsere Gemeinschaft kennzeichnet, befand Georg sich stets in einer überzeugten Übereinstimmung mit der Kirche – vertreten durch den Militärbischof – und der apostolischen Zielsetzung dieser universalen Kirche.

Nachdem ich 1987 überraschend und ohne Vorbereitung selbst Bundesvorsitzender dieses Verbandes geworden war, bot mir Georg Heymen seine kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung an. Daraus erwuchs eine stille, verlässliche Freundschaft. In vielen Fragen stand er mir mit Rat und Tat zur Seite. Zahlreiche Auf-

gaben hat er mir abgenommen und damit selbstlos und zum Wohl der Gemeinschaft den Vorsitzenden entlastet.

Vor allem seiner generalstabsmäßigen Planungs- und Organisationsarbeit ist es zu verdanken, daß die GKS eine lang verfolgte Idee verwirklichen konnte. Im Herbst 1987 gründeten wir in Fulda die Akademie Oberst Helmut Korn, deren Ziel es ist, in alle zwei Jahre stattfindenden Seminaren jungen Offizieren und Unteroffizieren Antworten auf ethische Fragen des soldatischen Dienstes zu geben.

Nach der außergewöhnlich erfolgreichen Akademie im gerade vergangenen Jahr zum Thema „Europäische Friedensordnung“ hatten wir zusammen schon das Konzept für die nächste im Herbst 1993 entworfen. Wir werden diese weitere Akademieveranstaltung nun ohne seine bewährte Hilfe vorbereiten müssen. Und wir werden sie nicht nur in Erinnerung an Oberst Dr. Helmut Korn, sondern auch und vor allem im Andenken an Oberst i.G. Georg Heymen durchführen.

Seit seiner Krankheit und Herzoperation im Jahr 1985 hing das Leben von Georg Heymes oft, vor allem im letzten Halbjahr, an einem seidenen Faden. Er selbst hat uns gegenüber davon kein Aufhebens gemacht. Man mußte ihn schon direkt darauf ansprechen. Trotz dieser Belastung habe ich ihn bis zur letzten gemeinsamen

Sitzung am 13. Dezember heiter und unbekümmert erlebt. Er schien mir unbesorgt, aber vorbe-reitet und darauf gefaßt, daß der Tod ihn auch schnell und überraschend ereilen könne. So schritt er in den letzten Monaten seit seinem Krankenhausaufenthalt mit dem Tode an seiner Seite dahin, als sei dieser sein Kamerad und Begleiter; einer, den er wohl erkannte, aber den er nicht fürchtete.

Wenn auch nicht alt und noch nicht am Ende eines erfüllten Lebens stehend, so nahm Gott unseren Freund Georg zu sich in die Ewigkeit, so wie jeder gläubige Christ (der sich bemüht, nur Gott und sonst nichts auf der Welt zu fürchten) hofft, vom Herrn gerufen zu werden: an einem kirchlichen Hochfest und im Frieden und Einklang mit seinem Herrgott.

Ich glaube, daß Gott Georg Heymen – so wie es Papst Johannes Paul der II. in seinem nachkonziliaren Schreiben *CHRISTEFIDELES LAICI* in Nr. 56 ausdrückt –, daß Gott Georg Heymen „in der Tat bei seinem Namen berufen (hat), in der Einmaligkeit und der Unwiederholbarkeit seiner persönlichen Geschichte seinen eigenen Beitrag für das Kommen des Reiches Gottes zu bringen“. Georg Heymen hat sich mit den Talenten, die er empfangen hatte, als guter Verwalter der vielfältigen Gnade Gottes erwiesen (vgl. Petr 4,10). Sein Wirken für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat Bestand.

Wir alle sind ihm zu großem Dank verpflichtet.

Wir trauern mit Ihnen, verehrte Frau Heymen, und mit den übrigen Angehörigen um einen guten Menschen und treuen Freund. Wir werden die Arbeit in seinem Sinne fortführen, ihn in lebendiger und ehrender Erinnerung behalten und ihn in das Gebet unserer Gemeinschaft und unsere persönliche Fürbitte einschließen.

Paul Schulz

Fortschritt

„Konservativ“ genannt zu werden, war einem früher eher peinlich. Nach dem Schicksal, das die sogenannten „Fortschrittlichen“ in den letzten Zeiten erfahren mußten, ist es nicht mehr ganz so unangenehm. Auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik haben sich die Grenzen und Gefahren des „Fortschritts“ ja überdeutlich gezeigt. Aber auch auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet haben Strömungen wie Marxismus und Sozialismus in allen ihren Formen, die ja lange Jahre den Fortschritt geradezu zu verkörpern behaupten, uns an den Rand des Abgrunds geführt. Am Abgrund aber ist nun wirklich jeder weitere Fortschritt tödlich.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß man den Fortschritt nicht so naiv wie bisher als etwas als etwa Wünschenswertes begrüßen darf,

ohne zu prüfen, wovon er eigentlich „fort“schreitet und zu welchem Ziel er hinschreitet. Ein Beispiel mag das veranschaulichen. Wenn demnächst, wie bei der jetzigen Entwicklung mit Sicherheit zu erwarten ist, der bereits gefundenen sanften Babytötungsspielle die sanfte Einschläferungsspielle für Oma und Opa folgt, dann ist das rein pharmazeutisch gesehen zwar ein Fortschritt, menschlich gesehen aber ein Rückschritt in die Ära steinzeitlicher Nomaden, die beim Weiterziehen ihre hilflosen Alten im Schnee zurückließen, weil sie für den Stamm eine für unzumutbar gehaltene Belastung darstellten.

Auch dem „verlorenen Sohn“ erschien der Aufbruch aus dem Vaterhaus mit prall gefüllten Beuteln sicher als ein Fortschritt. Später mußte er einsehen, daß der wahre Fortschritt in der Rückkehr zum Vater bestand.

Damit sind wir bei der Frage des Fortschritts in Christentum und Kirche. Was hier neuerdings an Fortschritten verlangt und an „Fortschrittlichem“ angepriesen wird, muß ebenso kritisch geprüft werden. Wenn sich dann – wie im Fall Drewermann – herausstellt, daß die Preisgabe elementarer Bestandteile des katholischen Glaubens, ja sogar von Teilen des CREDO („Empfangen vom Heiligen Geist, geboren aus Maria, der Jungfrau“) als besonders fortschrittlich gilt, dann liegt, wie Reinhard Löw richtig bemerkt hat,

die Konsequenz nahe, daß der fortschrittlichste Christ der ist, der sich bemüht, das Christentum und damit die Kirche überhaupt abzuschaffen.

Demgegenüber muß auffallen, daß die Predigt Jesu, ebenso wie die seines Vorläufers Johannes mit einem klaren „Kehrt um!“ beginnt. Schon den Propheten des Alten Bundes war aufgefallen, daß „Fortschritte“ im politischen, kriegerischen, vor allem aber wirtschaftlichen Bereich die Tendenz hatten, das Volk Gottes vom Herrn zu entfernen. Immer wieder rufen sie daher das Volk „zurück“ zum Herrn, was schon damals – wie das Schicksal so vieler Propheten zeigt – keine angenehme oder dankbare Aufgabe war.

Da das Ziel des Christseins in der Nachfolge Christi liegt, sind die fortschrittlichsten Christen die Heiligen. Daran muß sich jeder messen lassen und das muß begreifen, wer in der Kirche von Fortschritt reden will: Nur wenn ich auf Gott zugehe, ist jeder Schritt ein echter Fortschritt, entferne ich mich aber von Gott und seinen Geboten, dann habe ich allen Fortschritt hinter mir gelassen. So wünsche ich allen Gläubigen im Jahre 1992 einen wirklichen Fortschritt: daß sie am Ende des Jahres Gott einen Schritt näher gekommen sein mögen – nicht nur im Ablauf der Zeit, sondern auch in ihrem ganzen Sein und Leben.

Ihr Bischof Johannes
(aus *Bonifatiusbote*, 5. 1. 1992)

Jahreswende

Gebet

Das Jahr verhallt und ist am Ziel.
Du, Gott des Himmels und der Erde,
Du gabst uns manches, gabst uns viel.
Hab' Dank für Mühe und Beschwerde,
für Glück und Kraft und für Vollbringen.
Schon winkt des neuen Jahr Spiel:
Laß es ein ehrlich Kämpfen, Ringen,
ein furchbar' Wirken, fröhlich' Singen
bedeuten, uns zu Nutz und Frommen.
Doch bringt es uns die letzte Not,
so gib uns einen guten Tod,
der uns zu Dir die Wege weist
und uns in Frieden wandern heißt.
Doch wie Du willst, so soll es sein:
Du bist der Herr, und wir sind Dein.

Sidow

Rück- und Ausblick

Das Jahr 1991 endete mit einem Paukenschlag: Knapp 69 Jahre nach Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 30.12.1922 trat die UdSSR an den Weihnachtstagen 1991 durch die Demission ihres Präsidenten Gorbatschow sowie die formale Selbstauflösung des Rats der Republiken des Obersten Sowjets friedlich von der Weltbühne ab. Zuvor hatte sich am 21.12.1991 die Gemeinschaft unabhängiger Staaten — GUS, ein loser Staatenbund

aus elf ehemaligen Sowjetrepubliken mit Sitz in Minsk/Weißrußland, zum Rechtsnachfolger der UdSSR erklärt.

Diesen historischen Wandel hat erst die von Gorbatschow seit 1985 betriebene Politik der Demokratisierung, Beachtung der UNO-Charta sowie der KSZE-Prinzipien möglich gemacht. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands, die wiedergewonnene Freiheit der ost- und südosteuropäischen Staaten sowie die Auflösung des auf Angriffskrieg ausgerichteten Warschauer Paktes waren ohne die —

manchmal auch wankelmütig — von Gorbatschow geleiteten politischen Entschlüsse der Sowjetunion in dieser kurzen Zeit nicht vorstellbar gewesen.

Niemand wäre 1985 auf den Gedanken gekommen, daß dieses riesige, grausame, mit mindestens 40 Millionen Todesopfern belastete Unrechts- und Ausbeutungssystem der UdSSR sechs Jahre später sich gewaltlos selbst aufgibt.

Dieser friedliche Wandel von Gegnern zu Partnern in den Ost-West-Beziehungen seit 1988 — trotz aller Schwierigkeiten — läßt die Fügung Gottes und die Kraft des Heiligen Geistes bei den verantwortlichen Politikern erahnen.

1991 hatte aber auch mit Angst und Schrecken begonnen. Der Beschluß der Vereinten Nationen, die irakischen Besatzungstruppen des Diktators Saddam Hussein mit internationalen Streitkräften gewaltlos aus dem eroberten Kuwait zu vertreiben — nach dem die gegen den Irak verhängte Wirtschaftsblockade nicht den erhofften Erfolg zeigte — rief bei vielen Menschen die schlimmsten Befürchtungen wach angesichts des unbekannten Waffenarsenals des Iraks — verfügte er neben chemischen auch über atomare Sprengköpfe? — sowie der Unberechenbarkeit seines menschenverachtenden Herrschers.

Heute ist Kuwait dank des entschiedenen Vorgehens der UNO befreit — aber jetzt werden wieder die Kurden im Irak verfolgt und aus-

gehungert auf Befehl Saddam Husseins. Es ist zu befürchten, daß dieser Diktator noch eine Weile sein Unwesen treiben kann, wenn er nicht vom Volke verjagt wird.

Ein drittes Ereignis zeigt die augenblickliche Hilflosigkeit Europas in der Zeit des Umbruchs hinsichtlich der Lösung des Jugoslawienkonfliktes. Dieser erste Krieg seit Ende des zweiten Weltkrieges mitten in Europa, ausgelöst durch jahrhundertealte Spannungen aus ethnischen, religiösen und politischen Gründen, zeigt deutlich, daß Partnerschaft, Zusammengehörigkeit und Einigkeit nicht durch Ideologie von oben herab wie unter Tito auf Dauer erzwungen werden kann.

Dabei ist es erschreckend, wie zivilisierte Menschen haßvernebelt sich über anerkannte Völkerrechts- und Menschenrechtsbestimmungen hinwegsetzen, bestialisch ihren Bruder oder Freund töten und sinnlos Kirchen und Kulturdenkmäler zerstören. Vorgesessen sind aber auch nicht die großen Hilfeleistungen der Menschen in Westeuropa und besonders in Deutschland für die Völker in Osteuropa einschließlich der ehemaligen UdSSR, um den Bedürftigen, unter ihnen Rentner, Kinder und Kranken, das Überleben zu sichern.

Im Bereich der Bundeswehr war die große Bewährung die Eingliederung der ehemaligen NVA-Soldaten und ihre Ausbildung entsprechend den ethischen, demo-

kratischen und rechtsstaatlichen Werten des vereinten Deutschlands. Gerade auf dem Gebiet der Ethik gibt es ein großes Betätigungsfeld der Militärseelsorge. Die Soldaten brauchen gerade in einer Zeit des grundlegenden Wertewandels — wie er sich in den neuen Bundesländern vollzieht — den seelischen Beistand in ihrem täglich erlebten militärischen Umfeld, um wieder den Glauben an Werte, aber auch an Gott zu finden.

Im Jahr 1992 müssen wir weiter mit Gottes Hilfe das Zusammenwachsen unseres Volkes in Kopf und Herz voranbringen.

Der beschleunigte Einigungs- und Aufbauprozeß erleichtert es aber auch, unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfend unter die Arme zu greifen. Hierzu ist die ganze westliche Staatengemeinschaft aufgerufen. Denn je eher sich die Lage in den Ländern des europäischen Ostens bessert, um so eher ist Europa mit den anderen Industriestaaten zusammen in der Lage, ihre Hilfe für die armen Länder der dritten Welt zu vervielfachen, um auch dort endlich lebenswerte Bedingungen zu schaffen.

In unsere Gebete sollten wir auch aufnehmen, daß die geschundenen Menschen in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten vor größeren Leiden bewahrt bleiben und daß die Umgestaltung ihres Lebensumfeldes demokra-

tisch, friedlich und erfolgreich verläuft.

Nach dem Ende der Feindseligkeiten in Jugoslawien wird es darauf ankommen, in einem langfristigen Prozeß die bestehenden Streitursachen mit den jetzt aufgehetzten Menschen aufzuarbeiten. In diesem Sinne ist es hoffnungsvoll, daß vielfältige Familienbande zwischen den Volksgruppen in den vergangenen Jahrzehnten geknüpft wurden. Schön wäre es, wenn jeder an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten bis Ende 1992 dazu beigetragen hätte, im Sinne der christlichen Nächstenliebe die Armut zu verringern und den Frieden unter den Menschen sicherer zu machen.

Klaus Brandt

Franz Böckle zum Gedenken

Tapfer und in Würde gestorben

Professor Dr. Franz Böckle, bekannter Moraltheologe, Altrector und Ehrendoktor der Medizinischen Fakultät an der Bonner Friedrich-Wilhelms-Universität starb am 8. Juli nach schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren in seiner geliebten Heimatgemeinde Glarus in der Schweiz.

Der ehemalige Königsteiner Offizierkreis (KOK) und unsere heutige GKS verdanken Prof. Böckle sehr viel.

Als er 1963 auf den Lehrstuhl für Moraltheologie nach Bonn berufen wurde, konnte die Verbindung mit dem KOK geknüpft werden. Seine Beiträge zu den Fragen der damaligen Zeit galten dem Problem von Machtverteilung und Berechtigung der Macht in einem Staat und der Gestaltung einer christlichen Ehe.

Später war er in verschiedenen Kommissionen tätig. Seine Vorträge zum „Spannungsverhältnis Friede und moderner Krieg“ (KOB 23, 1967), zur Frage „Rüstung und Einsatz“ usw. fanden große Resonanz. Daher wurde Böckle auch 1981 als wissenschaftlicher Beirat für das „Institut für Theologie und Frieden“ berufen.

Im gleichen Jahr legte Böckle

drei Thesen zum Weltfriedenstag vor, die große Beachtung fanden (siehe: Wenn Soldaten Frieden sagen, S. 280, 3. Ausgabe 1988).

Ebenso sind seine klaren und mahnenden Worte von 1982 (Weltfriedenstag in Bonn) über die ethischen Probleme der Friedenssicherung (wie vor S. 286) unvergessen und gingen in die Arbeit der GKS ein.

Franz Böckle wurde 1921 als Sohn des ehemaligen Oberstkommandierenden der Schweizer Truppen im ersten Weltkrieg geboren. Er studierte in Chur, Rom und München. 1945 zum Priester geweiht, promovierte er 1952. Im Rahmen seiner Lehrtätigkeit in Chur und ab 1963 in Bonn hatte er großen Anteil an der „Renovierung“ der Moraltheologie. Er sah die Aufgabe seiner wissenschaftlichen Tätigkeit darin, Gottes Gnade den Menschen als Hilfe zum christlichen Leben anzubieten.

Die Verbreitung des ehemaligen strengen Katalogs von Geboten und Verboten mit der Konzentration auf die Beichtpraxis lehnte er als zu eng gefaßt ab. Sein Ziel war es, die Menschen von der Liebe Gottes zu überzeugen.

Böckle war ein gefragter Redner und Ratgeber.

Im Zentralkomitee und auf Katholikentagen war seine Aussage gesucht. Seine Worte überzeugten und waren glaubwürdig. Zuletzt war noch von besonderer Bedeutung seine Mitarbeit an der Kommission für Gentechnik. Er hatte

noch viel vor. So wollte er im Wintersemester 1990/91 an der Ost-Berliner Humboldt-Universität über „das christliche Menschenbild aus katholischer Sicht“ lesen.

Seine schwere Krankheit mit vielen Phasen des Hoffens und Bangens machte jedoch diesen Plan zunichte.

Dann aber wußte er selbst, daß er der Krankheit nicht mehr entinnen konnte. Am 18. April beging er seinen 70. Geburtstag.

Am 19. und 20. April fand ihm zu Ehren an der Bonner Universität ein wissenschaftliches Symposium statt und ihm wurde die Ehrendoktorwürde der medizinischen Fakultät verliehen.

Dabei jedoch trat seine Krankheit erneut so heftig auf, daß er „innerhalb von drei Tagen Bonn still verlassen“ mußte, wie er dem Autor schrieb. Er konnte seinen Wunsch, in festlicher Weise von seinen Freunden Abschied zu nehmen, nicht mehr wahrnehmen.

Er schreibt am 24. Mai: „In einer Chemotherapie versucht man nun, den Prozeß etwas aufzuhalten.“ Er ist sich bewußt, daß nunmehr keine großen körperlichen Leistungen mehr möglich sind. Und er fährt fort: „...aber es bleibt mir Zeit, sehr viel Zeit, über vieles nachzudenken, für mein bisheriges Leben zu danken und mich für Gottes Willen offen zu halten. Die Wertsetzungen verschieben sich, und das noch Unvollendete rückt der Vollendung näher.“

In aller Offenheit spricht er von

der „totalen Metastasierung“ seines Körpers. Seine letzten Gedanken aber kreisen immer noch um sein Lebenswerk, die Moralthologie. So schreibt er: „Habe ich in meinem Vorwort zur Fundamentalmoral die Moralthologie mit einem in ständiger Renovation befindlichen Gebäude verglichen, an der ich – wie ich Ihren Briefen entnehmen durfte – ein großes Stück meines Lebens beteiligt war, darf ich diese Aufgabe in jüngere Hände legen, die, *ohne die Bausubstanz zu verletzen* (Hervorhebung durch Autor), dem Gebäude die Gestalt verleihen, die auch in die moderne Zeit hineinragt.“

Am 8. Juli ist er dann gestorben. In seinem Totenbrief steht: „Mein Schöpfer, der mich einst beim Namen gerufen, hat mich heute, an meinem Primiztage, zur ewigen Heimat eingehen lassen.“

Franz Böckle, der tapfere Streiter für den Glauben an die Liebe, die Christus durch seinen Opfertod manifestiert hat, ist in diesem festen Glauben, trotz seiner schweren Erkrankung, in Würde gestorben. Wer ihn gekannt hat, weiß, daß die gesamte Gesellschaft um einen großen Denker und besorgten Mahner ärmer, aber um einen Fürsprecher bei Gott reicher geworden ist.

Wir als GKS, die ihm auch viel zu verdanken haben, sollten seiner im Gebet gedenken.

Helmut Fettweis

Wahrheit ist die Tochter der Zeit

Eine Betrachtung

An einer Dorfkirche in den Alpen sah ich als oberen Teil einer in leuchtenden Farben gemalten Sonnenuhr diesen Spruch, der mich wieder und wieder beschäftigt. Ich weiß nicht, ob es sich hier um das Zitat als Ausspruch eines bedeutenden Menschen oder um eine alte Volksweisheit handelt. Vielleicht findet sich dieser Satz auch in einem der heiligen Bücher, in denen uns wichtige Lebenserfahrungen aus vergangenen Zeiten überliefert werden. Mir scheint, dieser Spruch ist des gründlichen Bedenkens wert.

Welche Botschaft hält er für uns bereit? Es geht um die Wahrheit. Das bedeutet doch wohl, daß sie unser ganzes Sein voll durchdringen muß, damit wir sie recht in uns erfahren, eins mit ihr werden, glücklich sind, wahrhaftig zu leben. Wahrheit meint doch wohl, daß nichts Falsches in uns sei, wir redlich in uns, mit uns und mit anderen sind. Ja, daß wir uns so geben, wie wir sind, uns nicht verstellen, den Menschen, die uns vertrauen, nichts vorgaukeln, was nicht unser Wollen und Haben belegt.

Aber wieso soll Wahrheit nicht schlicht und bündig Wahrheit und nichts weiter sein? „Wahrheit ist die Tochter der Zeit“, lehrt uns der

Spruch. Hier geht es um drei Begriffe, deren jeder einzeln für sich einen klaren Sinn hat. Sie gehen eine Verbindung ein und sind so voneinander abhängig. Tochter der Zeit. – Übergeordnet ist der Begriff *Zeit*. Sie läßt Einmaliges, Vergängliches und Dauerndes ahnen. Das alles vermag sie zu sein. *Tochter der Zeit* muß dann wohl heißen, mit ihr verwandtschaftlich verbunden, auf sie gerichtet und eingestellt zu sein. Wenn aber *Wahrheit die Tochter der Zeit* ist, dann ist sie kein auf die Ewigkeit ausgerichteter, in ihr sich bergender, unveränderlicher Begriff mehr. Wahrheit wird so wandelbar, wie sich die Vorstellungen der Menschen im Laufe der Zeit ändern. Was heute als gut gilt und laut von den Meinungsmachern gepriesen wird, kann morgen schon der harten Kritik der Späteren unterzogen und wieder verworfen werden, ja, als schlecht oder gar böse verdammt sein.

Wahrheit ist also abhängig von der Sicht der Menschen, die nach ihr streben. Weil aber diese geprägt wird von vielfältigen Erfahrungen, Bedingungen auch, die wir nicht allein bestimmen, ist sie wandelbar. Vielleicht schwingt aber in diesem Ausspruch auch die Erkenntnis mit, daß die Wertung des Geschehens in einer Zeit auch immer abhängig ist von Einflüssen, die wir mit Macht und Ohnmacht, Freiheit und Unterdrückung umschreiben können, und zu denen alles gehört, was un-

ser Leben bestimmt.

So sollten wir auch dieses Zitat „Wahrheit ist die Tochter der Zeit“ verstehen und danach trachten, daß wir die Wahrheit aus unserm Leben rein und unverstellt, ohne Rücksicht auf Lob und Tadel der anderen, herausleuchten lassen. Dann wird sie eine wahrhaft köstliche Kraft in uns wecken und reichen Segen bringen.

Hans Bahrs

Gott, Religion, Kirche – wozu?

Ehedem

Im Jahre 1990 fanden in Oberammergau Passionsspiele statt. Das Dorf gelobte einst (1634), alle 10 Jahre die Leidensgeschichte Jesu zu spielen, wenn die mörderische Pest von den Menschen genommen würde.

Die Pest verschwand, und die Oberammergauer hielten ihr Versprechen bis zum heutigen Tag.

Bis in die neueste Zeit war es in weiten Teilen Europas Brauch, Gott zu bitten, wenn Katastrophen drohten, oder ihm zu danken, wenn eine schwere Not glimpflich an den Menschen vorübergegangen war. Und in den christlichen Teilen dieser Welt, aber auch in anderen Regionen, ist es ein Anliegen, Gott zu bitten oder zu danken.

Nicht verschwiegen werden soll,

daß ab und an auch handfester Aberglaube – und zuweilen ein eigenartiger Geschäftssinn – mitmischen.

Es kann natürlich nicht bewiesen werden, daß das Einhalten einer Sturmflut, das Abflauen einer Krankheit auf Gottes direktes Eingreifen zurückzuführen ist. Dennoch kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß das fürbitende Gebet geholfen hat, Katastrophen zu bannen.

Seit der Aufklärung stehen nun die Verfechter der absoluten Erkenntnisfähigkeit des menschlichen Geistes denen gegenüber, die an ein Walten Gottes in der Geschichte glauben. Allerdings werden die Auseinandersetzungen oftmals auf Ebenen ausgetragen, die dem normalen Menschen keine Möglichkeit geben, dem Gedankenspiel zu folgen. Und wie immer, wenn etwas nicht mehr verstanden wird, schleichen sich die Menschen davon. Einige mit schlechtem Gewissen – sie machen dann Eltern, Erziehung und Kirche dafür verantwortlich; viele erhobenen Hauptes und zitternder Seele, weil sie glauben, die Bannerträger einer neuen Zeit zu sein.

Aber vielleicht sollte man doch einmal den verschiedenen Argumenten nachgehen. Nicht umsonst heißt es in der Schrift: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16).

Nimmt man unter diesen Gesichtspunkten die als Befreiung der Menschen von der Bevormun-

derung durch die Religion gepriesene Französische Revolution, dann muß man mit Entsetzen feststellen, daß die Freiheiten mit Tausenden von unschuldigen Opfern und etlichen Kriegen erkämpft wurden. Hat sich unter diesem Gesichtspunkt die Befreiung gelohnt?

Gestern

Geht man in unser Jahrhundert und liest von der sozialistischen Revolution, von der Befreiung der Menschen, vom Zwang des Kapitalismus, dann müssen Zweifel aufkommen.

Haben sich die Hekatomben von Opfern der Lenin, Stalin und Genossen gelohnt? Nach diesem ungeheuren Blutzoll – nicht nur der russischen Menschen – erleben wir, daß diese Selbstbefreiung die Menschen ärmer denn je gemacht hat. Nicht nur Not und Tod stehen als Mahnsäulen am Wege des Sozialismus, sondern auch die Vergewaltigung der Menschen, die völlige Destruktur ihrer Wirtschaftsbaasis und, was vielleicht das Schlimmste ist, die Verbrechen an der Natur, die Ausbeutung der Ressourcen und die Verpestung der Umwelt auf Kosten kommender Generationen. Hier haben sich Ideologen nicht nur gegen die Zeitgenossen, sondern auch gegen Kindes- und Kindeskinde vergangen.

Und wir? Der Nationalsozialismus und in geminderter Form der Faschismus haben durch ihre Hybris versucht, ein Volk – das jüdi-

sche – zu vernichten, Stämme – Sinti und Roma – auszurotten und die Menschen in Unmenschen zu verwandeln. Ihre Abkehr von Gott – oder auch die Vereinnahmung für eigene Zwecke – war ebenso intensiv – allerdings mit subtileren Methoden – wie die der Sowjets.

Und das Leid des Krieges, ohne Not heraufbeschworen, hat vielleicht die Völker dazu geführt, in einer ersten Stunde nach dem Ende des Völkermordes innezuhalten und an Gott zu denken.

Heute

45 Jahre Frieden, 45 Jahre steigender Wohlstand, und wieder steht die Menschheit vor der Frage: Wozu Gott?

Gott ist so fern. Die Pest gibt es nicht mehr. Dürren und Mißernten können mit Kunstdünger oder Technik ausgeglichen werden. Brunnen ohne Wasser – zumindestens bei uns – gibt es nicht –, wir drehen den Wasserhahn auf, und köstliches Naß erfrischt uns! Naturkatastrophen werden mit Hilfe der Technik einigermaßen beherrscht. Die Opfer im Straßenverkehr – weit mehr als die der Naturkatastrophen – sind „Tribute an den Fortschritt“. Eingespielte Rettungsdienste erleichtern das Wegschauen und Wegdenken. Licht und Wärme gibt es im Überfluß, aus der Steckdose kommt, was man davon benötigt.

Na, und von den guten Gaben, von denen einst nur Könige und

Kaiser sich labten, gibt es bei uns genug (sofern man das Geld hat), denn alle Weiten der Welt bieten uns in Hülle und Fülle ihre Schätze an.

Der menschliche Geist triumphiert in tollen Erfindungen, Mond und Venus sind keine unerreichbaren Gebiete.

Letztlich schaffen wir es auch, die Natur so zu erhalten, daß ewiges Leben möglich erscheint.

Der Krieg scheint unvorstellbar – bis zum 15. Januar 1991.

Wozu dann noch Gott?

Er stört ja eigentlich nur, denn, wenn es den Gott der Christen geben würde, dann hat er so anti-quierte „Vorstellungen“!

Was bedeuten schon Gebote? Diese Zwangsjacke kann man doch auf den Müll der Geschichte werfen. Das Zusammenleben regeln menschliche Einrichtungen von der Stadt bis zum Staat – mal mehr, mal weniger gut.

Und doch, es gibt in dieser aufgeklärten und so fortschrittlichen Welt eine ungeheure Menge an Angst. Das geht so weit, daß man schon im privaten Bereich sich durch Verträge abzusichern bemüht ist. Die Angst vor der Verantwortung für ein Kind ist ebenso zu finden wie die Angst vor Krankheiten und nicht verifizierbaren Katastrophen. Es könnte...! Aber was dann?

Ja eben, daß man nicht weiß, was kommen kann. Sonst könnte man sich ja versichern oder viel-

leicht an eine der auflebenden Sekten wenden.

Aber Gott kann daran – nach Meinung vieler – nichts ändern. Religion ist zum Wohlleben nicht nötig. Im Gegenteil, das bißchen Freude wird noch vermiest.

Und Kirche, wozu die?

Das ist doch nur eine sich auf eine undefinierbare Macht – Gott – berufende Herrschafts-Struktur. Da wird man entmündigt und letztlich gedemütigt.

Zu Kindtaufe, Hochzeit und Be-gräbnis ist sie eine folkloristische Institution, die ein wenig Zauber in den Alltag bringt und vielleicht das Leid tragen hilft.

Und wenige Wochen danach ist wieder der große Katzenjammer da. Es hilft nur eines, sich selbst Freude machen und die Freiheit über den Wolken genießen, sich von neuen Eindrücken verwöhnen lassen – um nach einiger Zeit doch wieder von Sorgen geplagt zu werden.

Geht es wirklich ohne Gott?

Die Geschichte der Völker lehrt, daß immer dann, wenn sich die Menschen von Gott abkehren, Kräfte die Oberhand gewinnen, die das Paradies – nicht nur der Werktätigen – auf Erden versprechen und den Ruin bringen. Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Diese Binsenwahrheit, die schon vorchristliche Philosophen entdeckten, hat auch heute noch Gültigkeit.

Wenn der Mensch also ein Geschöpf ist, dann kann er nicht selbst der Schöpfer sein. Im Innersten des Menschen und in seiner Geschichte weist „etwas“ auf Gott hin.

Die Natur, die in ihrer Geschöpflichkeit vom Menschen zwar verändert, aber niemals neu geschöpft werden kann, zeugt vom Schöpfer, von Gott.

Die Geschichte und die religiösen Aussagen des jüdischen Volkes lassen Jahwe als den erkennen, „der wirkt“, der „da ist“. Und dieser Gott hat sich dem auserwählten Volk geoffenbart.

In Jesus Christus ist nun – nach unserem Glauben – Gott Mensch geworden. Um die – wir kennen nicht das Geheimnis des Bösen – Menschen aus ihrer Verstrickung an die Welt des Bösen zu erlösen, hat Gott sein Wort in die Welt gesandt. Er hat alle Schuld auf sich genommen, ist gestorben und hat durch seine Auferstehung gezeigt, daß er die Gottesmacht verkörpert.

Daher brauchen die Menschen keine Angst mehr zu haben, denn sie sind, wenn sie an diese Erlösung glauben, auch Erlöste.

Aber wie immer im Leben bedarf der Mensch auch des Zuspruches in seiner Not.

Und diesen Zuspruch soll ihm die Kirche geben.

Die Kirche steht zwar in der Gesamtheit in seiner Gnade, aber die einzelnen Mitglieder, gleich welcher Aufgabe verpflichtet, sind ir-

rende, fehlende Menschen. So kann es also durchaus sein, daß die Kirche nicht immer das Vorbild ist, das sie sein sollte, und daß sie nicht den Trost spendet, den sie spenden müßte.

Da ist es gut sich daran zu erinnern, daß wir alle – die wir an Christus glauben – Kirche sind. Wenn die Menschen von Kirche heute nicht mehr viel wissen wollen, dann liegt das nicht an Papst, Bischöfen und Priestern, sondern an uns – an allen. Statt an Einzelentscheidungen – z.B. Bischofsbesetzungen – herumzunörgeln, muß man fragen, was hast Du, ja „jeder Du“, getan, um dem Glauben an Christus neue Freunde zu gewinnen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Alle beten – nicht nur am Sonntag – das Vaterunser. Und oftmals muß man feststellen, daß dieses Gebet eine wundervolle, umfassende ökumenische Klammer ist. Aber wer von den vielen nimmt für das tägliche Leben nur jenen Satz ernst: „Und erlaß uns unsere Schulden, wie auch wir sie unseren Schuldner erlassen haben“ (nach Einheitsübersetzung Mt 6,12). Haben Sie Ihrem Nächsten seine Schuld erlassen, oder tragen Sie ihm diese noch Wochen und monatelang nach?

Nur, wenn wir unseren Nächsten das gewähren, was Christus uns „angeraten“ hat, dann werden auch wir unserer Schulden ledig werden.

Damit tut sich aber auch eine

neue Dimension auf: Gott läßt uns unsere Schuld nach, damit wir das erreichen, was er uns als Ziel verheißen hat, ewiges Leben in einer ewigen Heimat. Sicherlich, es übersteigt für manchen Zeitgenossen das Vorstellungsvermögen, wenn von ewigem Leben gesprochen wird.

Aber auch hier muß man wieder die alten Philosophen bemühen, die einst erkannten, daß der Mensch eben nicht nur Materie, nicht nur Leib ist. In ihm weist soviel auf eine Berufung in ein vollendetes Leben hin, daß man mit Sicherheit davon ausgehen kann, daß Gott für seine Schöpfung eine endgültige Berufung vorbereitet hat.

Bedenkt man dann, daß die Natur, der Mensch selbst auf Gott hinweist, daß dieser Gott gesprochen hat durch die Propheten und die Geschichte eines Volkes über Tausende von Jahren, zuletzt aber durch Christus, sein Wort und sein Leben, dann darf man getrost in die Zukunft blicken.

Dann müssen alle Ängste abfallen, dann können wir – trotz jeder Last an jedem Tag – in der Ferne das Ziel unserer Wanderung, die Heimkehr in die Herrlichkeit Gottes erkennen.

Dazu hat Christus uns die Richtung gewiesen und Wegweiser in Form der Kirche aufgestellt.

Sie sind da, um uns immer wieder zu zeigen, daß für den einzelnen Gott unumgänglich ist. Die Religion, die Hinordnung des Men-

schen auf Gott, wird als wesentlich erfahrbar.

Die Kirche aber, alle, die im Glauben an Christus verbunden sind, ist als seine Gemeinde die Gemeinschaft der Pilgernden, die sich, gestärkt aus Seiner Gnade, in brüderlicher Liebe über die Ängste des Tages gegenseitig hilft, die Mühen des Weges zu meistern. Und das auch unter der Bedrohung durch einen fürchterlichen Krieg.

Helmut Fettweis

Unter Christen gibt es keine Fremden

Immer wieder neu aufflackernde Feindseligkeiten gegenüber Ausländern und Asylbewerbern haben den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Meisner zu einer Stellungnahme veranlaßt:

Bereits zu den Zeiten des Alten Testaments hat der Grundsatz gegolten, den die Christen ungekürzt übernommen haben: Der Fremde unter uns soll behandelt werden wie ein Einheimischer (Lev. 24,16).

Die deutschen Bischöfe haben deshalb betont, daß es aus kirchlichem Blickwinkel keine Fremden gebe, daß Unterschiede nach Rasse, Volkszugehörigkeit oder Religion niemanden zu offenen oder

versteckten Feindseligkeiten oder Gewalttätigkeiten berechtigen.

Menschen, die wegen Krieg, Hunger, Armut oder Verfolgung bei uns Zuflucht suchen, müssen wir helfen. Der Caritasverband, viele Pfarrgemeinden und kirchliche Gruppen, aber auch zahlreiche Einzelpersonen haben wie der Barmherzige Samariter geholfen. Die vielen, die seit Jahren ihre Arbeit für Ausländer und Aussiedler tun, arbeiten still und ohne Schlagzeilen. Ihnen für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken, ist mir ein Bedürfnis.

Dieses christliche Engagement ersetzt jedoch nicht die politisch notwendige Lösung: eine praktikable und zugleich humane Regelung gegen den unkontrollierten Zuzug von Zuwanderern einerseits und andererseits die volle Beibehaltung des Asylrechtes in unserer Verfassung.

Diese beiden Notwendigkeiten dürfen uns aber nicht den Blick verstellen für eine unumgängliche Einsicht. Wenn ein Glied der Völkergemeinschaft über seine Verhältnisse lebt, bringt es die anderen ins Wanken. Die Frage nach der Chance des gemeinsamen Überlebens aller Völkergemeinschaften darf nicht erst angegangen werden, wenn es für viele Menschen zu spät sein wird. Gottes Gaben gehören allen Menschen. Eine gerechtere Wirtschaftsordnung, die auf dem Prinzip des Teilens beruht, ist schon längst fällig. Nach der Abrüstung der Waffenar-

senale benötigen wir eine Aufrüstung an Solidarität, Zurüstung an Glaube, Hoffnung und Liebe. Wir alle müssen daran arbeiten, daß allen Menschen ihre Heimat auch Heimat bleiben kann, daß sie dort Bedingungen erhalten, die ein Leben in ausreichendem Wohlstand erlauben.

(aus KOMPASS Nr. 24/15. 11. 1991)

Paulus (3. Teil und Schluß)

1. Aufbruch in Antiochien

Mit der Auflegung der Hände erfüllt sich in Antiochien der Verkündigungsauftrag, den Paulus vor Damaskus erhalten hatte. Die Apostelgeschichte (13,2—3) belehrt uns, daß es die Kirche ist und nicht die persönliche Initiative, die den Weg in die Welt zu den Völkern weist. Damit aber sind die Vorstellungen des Apostels Paulus vor einer unbekannten Aufgabe und ihrer Durchführung in keiner Weise gemindert. Wir werden jedoch auch sehen, daß Jesus Christus selbst durch den Heiligen Geist entscheidend in die Missionsstrategie eingreift und das nächste Ziel bestimmt.

Die Frage der Heidenmission, ob die Getauften zuerst auf das mosaische Gesetz verpflichtet werden müßten, war bereits durch

Jesus mit seinem Missionsauftrag (Mt 28,19; Mk 16,15—18) entschieden worden: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker. Tauft sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe.“ Bei Lukas (24,47): „Im Namen Jesu muß allen Völkern, angefangen von Jerusalem, Buße und Vergebung der Sünden gepredigt werden.“ Es wird sich zeigen, daß gerade diese Frage noch erhebliche Schwierigkeiten birgt.

In dem Bemühen, das zu verstehen, was Paulus auf seinen Missionsreisen bewegt, was er erlitten hat und was ihm die Kraft gab, bis an sein Ende als Zeuge Jesu Christi durchzuhalten, sollte man immer wieder den ersten Satz der Apostelgeschichte vor Augen haben, den Lukas, der Verfasser des vierten Evangeliums und der Apostelgeschichte und zeitweilige Begleiter des Heiligen Paulus, niedergeschrieben hat:

„Den ersten Bericht, lieber Theophilus, verfaßte ich über all das, was Jesus von Anfang an tat und lehrte bis zu dem Tag, an dem er den von ihm erwählten Aposteln seinen Auftrag gab im Heiligen Geist und hinaufgenommen wurde“ (Apg 1,1—3).

In diesem Satz ist eine solche Fülle von Aussagen enthalten, die sich einem erst erschließen, wenn man Wort für Wort bedenkt. Die nächsten Sätze der Apostelgeschichte führen bereits auf den Zu-

sammenhang hin.

Was mit dem Beginn der Apostelgeschichte und später über die Mission des Apostels Paulus berichtet wird, läßt eines immer deutlicher hervortreten: Der Heilige Geist ist herabgekommen und nun wirksam in seiner Kirche. Aus diesem Heiligen Geist verkündet Paulus das Wort, das der Herr seinen Aposteln aufgetragen hat. Wir werden es überall dort antreffen, wo wir seinen Spuren folgen, die zugleich Spuren der Kirche sind.

Die Inhalte seiner Verkündigung führen die Hörer und später auch die Leser seiner Briefe von der ersten Missionsreise an in ein Glaubensleben ein, das aus der Liebe wirksam werden will (Gal 5,6) und als letztes Ziel das Königtum Christi und die „Königsherrschaft“ Christi erwartet (2. Thess 1,5; Apg 20,25; 2. Tim 4,1; 1. Thess 2,12; Kol 1,13; 1. Kor 15,24; 1. Tim 6,16).

Schöpfung, Auferstehung und Wiederkunft des Herrn sieht der Heilige Paulus in einem einzigen großen Zusammenhang, weil „Gott alles in allem“ sein wird (1. Kor 15,28). In Anlehnung an die beiden Psalmen (109,1) und (7,7) hat Paulus den sieghaften Weg des Königtums Christi durch die Geschichte im Blick (1. Kor 15,23—24; auch Daniel Kap. 2 und 7).

Antiochien ist in der Frühzeit der Kirche neben Jerusalem zu einem neuen Zentrum geworden, in dem bereits das Herz einer geleite-

ten Kyriake, d.h. dem Herrn zugehörigen Gemeinschaft, mit ihren Presbytern schlug, die den Auftrag der Handauflegung bewußt und betend wahrnahmen.

Daß der Verwirklichung der Mission ein erstaunlicher Plan zugrunde lag, zeigt schon der Aufbau der ersten Reise, die wie die folgenden nach sorgfältiger Vorbereitung abliefen. So erscheint der erste Aufbruch wie eine Generalprobe: Verkündigung und Zusammenarbeit in einem nahen und übersichtlichen Raum, der sowohl den Land- wie auch den Seeweg einschloß.

2. Die erste Missionsreise

Von 45—48/49 (Apg 13, 4—14, 28)

Begleiter von Paulus: Barnabas und Johannes Marcus (der Vetter von Barnabas). Marcus trennt sich in Perge. Am Ende der Reise: Apostelkonzil in Jerusalem. Reiseweg: etwa 2600 km.

Die räumliche Festlegung der ersten Missionsreise umfaßt das Dreieck Perge-Seleuca-Paphos auf Cyprien, bei Einschluß der Insel Cyprien mit einem Anschlußweg von Perge nach Antiochia in Pisidien, Ikonium (Claudiconium) und Derbe (heute Derri Sehri) und auf gleichem Wege zurück.

Die Städte Antiochia (Pisidien), Ikonium und Derbe bilden wichtige Stützpunkte auch auf der zweiten Reise.

Die Dreiergemeinschaft durchquerte zunächst die Insel Cyprien von Salamis aus. Durch die Predig-

ten in den Synagogen erhofften sich die Männer eine Basis für die christliche Botschaft und damit für eine Ortskirche.

In Paphos kam es zu der Begegnung mit dem Prokonsul Sergius Paulus und dem Zauberer Barjesus (Apg 13,8). Dieser versuchte den Konsul „vom Glauben abzuhalten...“ „Paulus“, so die Apostelgeschichte, „blickte ihn vom Geist erfüllt an“, der Zauberer verfiel der Blindheit und der Konsul wurde Christ. Ermutigt durch die Kraft des Herrn, waren die Städte in der Provinz Galatien das nächste Ziel. (Galatien war bis 25 vor Chr. keltisches Königreich, wurde dann aber von Augustus als römische Provinz Galatien in Besitz genommen.)

In Perge trennte sich Johannes Marcus von Paulus und Barnabas. Gründe bleiben Annahmen. Vielleicht fühlte er sich als der jüngste Teilnehmer überfordert. (Später, Apg 15,39, kam es wegen Johannes Marcus zwischen Paulus und Barnabas zu einer heftigen Auseinandersetzung, die damit endete, daß Paulus sich vor der 2. Missionsreise von Barnabas und Marcus trennte.) In Antiochia (Pisidien) sprach Paulus in der Synagoge über den Weg, den Gott für den Messias im Alten Testament vorbereitet hatte.

Der Auftritt der Apostel lief in der Synagoge stets nach einer feststehenden Gottesdienstordnung ab: Nach den beiden Schriftlesungen, seder (aus den Geset-

zestexten, Deut, 6—7 Kap.) und der haphthara (aus den Prophetenbüchern), forderte der Synagogenvorsteher (archisynagogos) die Gäste auf, ein „logos paraklesos“ (Apg 13,15; Hebr 13,22), d.h. ein Wort zu den Lesungen, an die Anwesenden zu richten.

Für Paulus war die Synagoge nicht nur die Begegnung mit dem Glauben seines Volkes. Die entscheidende Aussage in der Synagoge durch Paulus bestand in den Worten über die prophetische Messiaserwartung und ihre nun Wirklichkeit geworden Erfüllung in Jesus Christus. Da nicht nur Juden, sondern auch suchende Heiden ein Gespür für die Erwartung des Kommenden hatten, konnten sich nach dem Gottesdienst in der Synagoge erste Glaubenszellen bilden. Begegnung und Gespräch wurden damit Ansatzpunkte. Das Herausragende dieser Begegnungen und seines Auftretens war: Paulus sprach jetzt als Christ. So kann er alttestamentlich vom „Wort Gottes“ wie auch im christlichen Glaubensverständnis vom „Wort des Herrn“ reden (Apg 13,46f.).

Paulus wirkte mit seinen Worten in Antiochia so eindrucksvoll, daß er auch für den nächsten Sabbat eingeladen wurde. Der Andrang rief den Mißmut der Juden hervor, so daß Paulus und Barnabas erklärten: „Euch mußte zuerst das Wort Gottes gepredigt werden. Weil ihr es aber abweist und ihr selbst das ewige Leben nicht wert

erachtet, wenden wir uns an die Heiden. Denn so hat uns der Herr befohlen: „ich habe dich zum Licht der Heiden bestimmt, du sollst zum Heile dienen, bis an die Grenzen der Erde“ (Apg 13,46f.; Jes 42,6; 49,6).

Die Apostel wandten sich ihrem nächsten Ziele zu: Ikonium und die Städte von Lykaonien, Lystra und Derbe. Auch dort verkündeten sie, obgleich verfolgt, ebenfalls das Evangelium.

Die Heilung eines Gelähmten ließ die Begeisterung so ausufern, daß der Priester des Zeusheiligums mit Stieren und Kränzen den Aposteln ein Opfer darbringen wollte. Paulus und Barnabas wußten das erregt mit dem Hinweis auf „den lebendigen Gott“ zu verhindern.

Von Antiochia und Ikonium kommend, trafen in Lystra Juden ein, denen es gelang, das Volk umzustimmen, so daß Paulus gesteinigt und in der Annahme, er sei tot, zur Stadt hinausgeschleift wurde. Die Missionare erhielten damit einen Vorgeschmack von dem, was die weitere Verkündigungsarbeit noch bringen würde.

In Lystra (heute Hatun Sarai) wurde Paulus von Timotheus, seinem späteren Begleiter und Bischof von Ephesus, sowie dessen Mutter Eunike nach der Steinigung gepflegt und versorgt.

Nach neuem Aufbruch durchquerten Paulus und Barnabas Pisidien über Derbe und Perge. Sie suchten in Pisidien die Gemeinden

auf, wo sie bereits Gehör gefunden hatten, setzten Älteste (presbyteroi) durch Handauflegung ein (Apg 14,23) und erreichten Attalia, von wo sie mit dem Schiff nach Antiochien zurückfuhren und dort vor der ganzen Gemeinde über ihre Reise berichteten.

3. Das Apostelkonzil

(Apg. 15, 1—35)

Paulus war zu seiner ersten Reise nicht ohne Sorgen aufgebrochen. Denn was die junge Kirche aus Judenchristen und Heidenchristen damals bewegte und beunruhigte, wird auch Paulus und Petrus mit den anderen Aposteln beschäftigt haben. Kamen doch Juden und Heiden aus grundverschiedenen Weltanschauungen, Lebensgewohnheiten und religiösen Inhalten mit den aus ihnen hervorgehenden Verhaltensweisen. Den einen war die Synagoge Heimat geworden und die Bibel geistiges Eigentum, den anderen sagte die Synagoge gar nichts, sie kamen aus den orientalischen Mysterienkulten oder griechischen bzw. römischen Lebensformen mit ihrer Ethik und der ihnen eigenen Götterwelt, wo alles und jedes irgendwie einer Gottheit zugeordnet war.

Für die Judenchristen war das Wort „Messias“ bereits mit gewissen Vorstellungen verbunden, die sich mit der Stunde, in der Gott in die Geschichte eintrat und Mensch wurde, immer mehr zu der

Gestalt des imperialistischen Retters im damaligen politischen Weltmaßstab verdichtet hatten.

Für die Heidenchristen beinhaltete die Verkündigung von der Person Jesu als Herr und Kyrios eine Verdeutlichung des ihnen schon bekannten Begriffs „Theos hypsistos“ (höchster Gott), dem das Hebräische 'el 'eljon entsprach. Was das Wort Kyrios zu etwas völlig Neuem machte, war, daß die geschichtliche Person zugleich als der Auferstandene und in seiner Königsherrschaft am Ende der Zeit wiederkommen würde. Hier gab es weder in den Mysterienreligionen noch in der Ethik oder im geistigen Leben Ähnlichkeiten.

Was den Heidenchristen völlig fremd sein mußte, das war die Beschneidung, die seit Isaak nicht nur rituelle Handlung, sondern Ausweis der Zugehörigkeit zu einem monotheistischen Glauben geworden war, auch wenn die Beschneidung als kultureller Ritus anderen Völkern ebenfalls nicht fremd war. Sie mußte sowohl bei den nichtbeschnittenen, getauften Juden als auch, und das vor allem, bei den Heidenchristen auf Bedenken und Widerstand stoßen, zumal Paulus verkündete: „In Christus hat weder die Beschneidung noch das Unbeschnittensein irgendwelche Bedeutung“ (Gal 5,6). Indessen gab es Ausnahmesituationen. (Siehe Timotheus, der auf Anraten von Paulus nach der Taufe aus zweckdienlichen Gründen beschnitten wurde.)

Zusätzlich zu der Frage der Beschneidung war ein weiterer Konfliktstoff entstanden: Das Essen von nichtausgeblutetem Götzenopferfleisch, das heidnischen Gottheiten geopfert worden war. Gerade bei Beendigung der ersten Missionsreise traten verschiedene Streitfragen aufeinander und brachten erhebliche Unruhe in die jungen Gemeinden. So waren die für die junge Kirche Verantwortlichen gedrängt, in einer Zusammenkunft die unterschiedlichen Auffassungen zu klären und einer Lösung zuzuführen.

Wie Lukas in der Apostelgeschichte berichtet (15,1), kamen „einige aus Judäa hinab und lehrten die Brüder: ‚Wenn ihr euch nicht nach dem Brauche des Moses beschneiden laßt, könnt ihr nicht gerettet werden‘“ (siehe auch Gal 2,11). Darüber entstand ein großer Streit zwischen Paulus, Barnabas sowie ihnen und man beschloß, es sollten einige andere aus ihrer Mitte wegen dieser Streitfrage nach Jerusalem hinaufgehen zu den Aposteln und Ältesten.

In Jerusalem wirkten zu dieser Zeit Petrus, Jakobus d.J. und Johannes als „die Säulen der Kirche“ (Gal 2,9).

Paulus und Barnabas brachen nach Jerusalem auf, um dort ihre Erfahrungen aus der Missionsreise, aber auch die strittigen Fragen darzustellen. In Begleitung des Heidenchristen Titus gelangten sie über Phönizien und Samaria nach Jerusalem. Paulus und Bar-

nabas berichteten zunächst über ihre Reise und kamen dann auf die Sorgen zu sprechen, wegen derer sie jetzt in Jerusalem waren. Ihnen traten sofort einige Judenchristen entgegen, die vorher zur Partei der Pharisäer gehört hatten und forderten, daß alle jene, die auf der Missionsreise getauft worden waren, beschnitten werden und am Gesetz des Moses (Apg 15,5) festhalten müßten.

Das Apostelkonzil begann mit der Eröffnungsrede des Heiligen Petrus. Die Stellung des Petrus vor und mit den Aposteln wurde hiermit klar herausgehoben. Dann berichteten Barnabas und Paulus von ihrer Reise. Jakobus d.J. faßte das Ergebnis der beiderseitigen Darstellungen zusammen und hat durch sein umsichtiges Auftreten entscheidend dazu beigetragen, eine Lösung einzuleiten, zumal auch er den Grundsatz der „gesetzesfreien Heidenmission“ vertrat und auf das Alte Testament verwies: (Am 9,11; Is 45,21). Seinen von ihm eingebrachten Klauseln kommt eigentlich nur Bedeutung am Rande zu. (Jakobus d. Ältere hatte bereits 43/44 den Märtyrertod erlitten.)

Zwei Fragen kristallisierten sich im Verlaufe der Gespräche, die in das Aposteldekret einmündeten, heraus:

1. Müssen sich die Heidenchristen beschneiden lassen und sich verpflichten, das mosaische Gesetz einzuhalten?
2. Welchen Bedingungen sollten

sich die Heidenchristen unterwerfen, damit Judenchristen mit ihnen verkehren können?

Die Antwort des Aposteldekrets läßt Verständnis, Toleranz und ein Denken erkennen, das auf der Forderung Jesu gründete: „Nicht, was in den Menschen hineinkommt, verunreinigt den Menschen, sondern was aus seinem Herzen kommt“ (Mk 7,19) und daß die gegenseitige Liebe und Verantwortung füreinander den Wesenszug des Christlichen bedeutet.

Das Aposteldekret des Jerusalemer Apostelkonzils:

Die Apostel und Vorsteher anbieten den Brüdern heidnischer Abkunft in Antiochien, Syrien und Cilicien brüderlichen Gruß! Wir haben erfahren, daß einige aus unserer Mitte ohne jeden Auftrag von uns durch Reden euch beunruhigt und verwirrt haben. Es hat aber dem Heiligen Geist und uns gefallen, euch weiter keine Last aufzulegen außer folgenden notwendigen Stücken: Ihr sollt euch enthalten von Götzenopfern, von Blut, von Ersticktem und von der Unzucht. Wenn ihr euch davor bewahrt, tut ihr gut daran! (Apg 15,28f.)

Das Aposteldekret enthält zwei Entscheidungen: Einen Glaubensentscheid, der überall, wo missioniert werden würde, Gültigkeit haben sollte, daß zum Heil des Menschen, der getauft ist, das mosaische Gesetz und die Beschneidung nicht mehr notwendig waren, und einen zeitbedingten Entscheid

(Jakobusklauseln), der dem Frieden zwischen Juden- und Heidenchristen galt.

Die Frage der Beschneidung konnte nun den Fortgang der Heidenmission nicht mehr behindern. Die Freiheit und Einheit der Kirche waren gewährleistet und dokumentarisch für immer begründet.

Für die Judenchristen war die Entscheidung des Apostelkonzils nicht so leicht zu respektieren. Ein unmittelbar an das Apostelkonzil anschließender Vorfall in Antiochien brachte eine erhebliche Aufregung in die Gemeinden und ihre Vorsteher.

Als Petrus (kurz darauf) in Antiochien weilte, hielt er, unbekümmert um das jüdische Speisegesetz, Tischgemeinschaft mit einer Gruppe von Heidenchristen. Der Zufall wollte es, daß zu dieser Zeit Judenchristen aus der Schule des Jakobus von Jerusalem nach Antiochien kamen, denen noch die jüdische Speiseordnung zur Lebensregel geworden war. Als der Besuch kam, verließ Petrus, unsicher, ob er dennoch bleiben sollte, den Tisch. Paulus war über das Sichzurückziehen von der Tischgemeinschaft, das augenblicklich zu einer peinlichen Verlegenheit führte, zutiefst betroffen. Erregt trat er darum in Anwesenheit aller Gäste dem Petrus entgegen, wie er sagt, „widerstand ich ihm ins Angesicht“ (Gal 2,11). Er nutzte die Gelegenheit und erläuterte, worum es ihm ging: „Wir sind von Geburt Juden... aber wir wissen, daß der

Mensch nicht durch mosaische Gesetzeswerke, sondern durch den Glauben an Jesus Christus gerechtfertigt wird... Mit Christus bin ich gekreuzigt, ich lebe, doch nicht ich lebe, sondern Christus lebt in mir. Mein jetziges Leben im Fleische ist ein Leben am Glauben an den Sohn Gottes, der mich geliebt und sich für mich hingeopfert hat.“ Mit diesen Worten wurde die Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der jüdischen Synagoge für immer herausgestellt. Die Heiden waren nicht Christen zweiter Klasse.

Diese Auseinandersetzung in der Frühzeit der Kirche mußte Paulus zeigen, welche klaren Grundlagen notwendig waren, um die Kirche jetzt und in Zukunft durch die Zeit und die zu erwartenden geistigen Strömungen zu führen. Es bedurfte dringend — das trat jetzt schon deutlich hervor — des Schutzes für das offenbarte Glaubensgut, das ihm und den Aposteln anvertraut war.

Mit den gewonnenen Erfahrungen aus der ersten Missionsreise, aber mit dem Wissen um die eben durchgestandene Auseinandersetzung stand Paulus vor seiner zweiten Reise.

Etwas anderes aber war außerdem zutage getreten: die Bereitschaft, Christ zu werden, setzte etwas voraus: den Willen, sich auf den existenziellen Lebensvollzug aus dem Glauben einzulassen und mit ihm so zu identifizieren, daß der Aufbruch zugleich zu einem

Durchbruch zu etwas ungeahnt Neuem werden mußte. Seine neue Reise und die Begegnung mit den suchenden Menschen würde dieses vollauf bestätigen.

Die Spannungen, denen Paulus begegnet, lassen sich auf mehrere Gründe zurückführen:

- a) die Gegnerschaft zwischen Juden und Heiden,
- b) die gegen das jüdische Gesetz gerichtete Heilslehre Jesu,
- c) die Wandlung des Paulus vom Juden zum Christen und sein Bekenntnis zur bereits vollendeten Erwartung des Messias in Jesus Christus
- d) das Kreuz als Ärgernis und Torheit

Diesen Spannungen wird er auch in Zukunft ausgesetzt sein.

Die Auseinandersetzung in Antiochien, in der sich auch kurz Paulus und Petrus gegenüberstanden, hat die Freiheit des Christentums öffentlich klargestellt. Damit war jedoch in keiner Weise die Autorität des Apostels Petrus in Frage gestellt; sie wurde durch die Auseinandersetzung überhaupt nicht berührt. Was hier von Paulus gerügt wurde, ist ein Fehlverhalten, aber kein Fehler in einer Verkündigungs- oder Lehraussage.

(Im Zusammenhang mit dem Leben und Wirken des Apostels Paulus soll, wenn auch nur kurz, der Zeugnisse gedacht werden, die uns den Einblick in das Schicksal des Heiligen Petrus erlauben: Im Papstkatalog vom Jahre 354 ist die Überlieferung vermerkt, daß Pe-

trus 25 Jahre, von 42 bis 67, in Rom geweilt hat.

Der dritte Nachfolger Petri, der Bischof Clemens von Rom, berichtet etwa im Jahre 96 in seinem Brief an die Korinther (1), daß Petrus und Paulus während der Christenverfolgung unter Nero den Märtyrertod erlitten hätten.

Ignatius von Antiochien schreibt im Jahre 110 auf dem Transport nach Rom, bereits zum Tode verurteilt, an die Gemeinde von Rom einen Bekennerbrief und sagt u.a.: „Nicht wie Petrus und Paulus befehle ich euch!“ und bezieht sich hier auf eine mündliche Überlieferung.

Der Bischof von Korinth, Dionysius, schreibt im Jahre 170 an den Papst Soter in Rom: „Petrus und Paulus haben in Rom gewirkt und zu gleicher Zeit dort den Märtyrertod erlitten.“

Der Bischof Irenäus von Lyon erwähnt etwa im Jahre 175 die Gründung der römischen Kirche durch die glorreichen Apostel Petrus und Paulus und führt eine Liste der römischen Bischöfe seit Petrus auf.

Gaius, römischer Presbyter, berichtet etwa im Jahre 200, daß er zu dieser Zeit noch „die Siegeszeichen“, das heißt die Grabmale von Petrus und Paulus, zeigen könne: Das Grab des Petrus auf dem Vatikan, das des Paulus an der Straße nach Ostia.

Tertullian (geb. 160 in Karthago) weist darauf hin, daß Petrus in Rom gekreuzigt worden ist: „Wie glücklich ist doch diese Kirche! In

dieser Stadt haben die Apostel die Fülle der Lehre mit ihrem Blut ausströmen lassen,“) (Läpple/Schelkle).

4. Die zweite Missionsreise

(49—52) (Apg 15, 36—18, 22)

Begleiter: Silas (Silvanus) und ab Lystra Timotheus. Barnabas und Marcus trennten sich nach einer Auseinandersetzung von Paulus. Später kommt Lukas hinzu.

Schriften des Apostels während der Reise: Erster und zweiter Brief an die Thessalonicher.

18 Monate Aufenthalt in Korinth/Kenchraa. Reiseweg etwa 5400 km.

Für die erste Missionsreise war Antiochien der geeignete Ausgangspunkt gewesen. Nachdem Paulus und seine Begleiter die Entscheidung getroffen hatten, das nächste Arbeitsgebiet in die römischen Provinzen an der Ägäis zu verlegen und die Reise zunächst in Jerusalem zu beginnen, erwies sich später, daß ein ganz anderer Ausgangspunkt, der zunächst gar nicht in Erwägung gezogen worden war, den eigentlichen Beginn der Reise bestimmen würde: Troas.

Noch vor dem Aufbruch aber trennte sich Paulus von Barnabas, der Johannes Marcus mitnehmen wollte. Es kam zu einem Streitgespräch um die Person des Marcus, der in Pamphylien „an ihrer Arbeit nicht mehr teilgenommen hatte“ (Apg 15,37f.). Barnabas und Mar-

cus hatten die Absicht, in Zypern zu missionieren. Möglicherweise schien die Arbeit hier übersichtlicher und weniger gefährvoll. Eine gemeinsame Formel wurde nicht gefunden. (Später kommt aus der Gefangenschaft des Paulus in Rom das versöhnliche Wort im Brief an Timotheus, hier bereits Bischof von Ephesus: „bringe Marcus mit“, und in dem ersten Brief an die Korinther [1. Kor 9,6] zeigt sich, daß Paulus dem Barnabas sein hohes Vertrauen bewahrt hat.)

In Antiochien fand Paulus einen neuen Begleiter, Silvanus (in der Apostelgeschichte Silas), und in Lystra bot sich der junge Timotheus an, um ebenfalls an der Reise teilzunehmen. Dieser hatte von Paulus und Barnabas während ihrer ersten Reise und ihres Aufenthaltes in Lystra die Botschaft von Jesus Christus aufgenommen, und er erwies sich nun als von tiefem Glauben beseelt.

Paulus, Silas und Timotheus verstanden und ergänzten sich in ihrer Arbeit, wie auch aus dem ersten Brief an die Thessalonicher ersichtlich wird.

Da der Vater des Timotheus Grieche und seine Mutter Jüdin war, er aber im jüdischen Glauben erzogen worden war, hielt Paulus es im Hinblick auf die künftige Arbeit für zweckmäßig, ihn beschneiden zu lassen, damit er eine günstigere Ausgangsposition bei der Missionierung von jüdischen Zuhörern hätte. Das von Paulus zu-

grunde gelegte Prinzip, daß in Jesus nicht Jude noch Grieche sei und in Christus Beschneidung nichts vermag (1. Kor 7,19; Gal 5,6) wurde damit nicht in Frage gestellt. Es ging wohl auch darum, einem Mitarbeiter die Arbeit zu erleichtern.

In Lystra wurden dem Timotheus die Hände aufgelegt und er damit zum Priester geweiht (2. Tim 1,6f.; Apg 14,23; 1. Tim 4,14).

Von Lystra aus zogen Paulus, Silas und Timotheus weiter in westlicher Richtung entlang der Straße, die von Antiochien in Pisidien über Apamea nach Ephesus führt, aber auch durch unwegsames Gebiet, um die bereits gegründeten Gemeinden zu besuchen. Durch einen uns unbekannten Umstand war ihnen jedoch der Weg versperrt. Wie Paulus sagt, „Hielt der Heilige Geist sie ab, das Wort in der Asia zu verkünden“ (nach Süden hin in die Städte Pergamon, Smyrna und Ephesus usw.). Aber auch den Versuch, „nach Bithynien zu gelangen, gestattete ihnen der Geist Jesu nicht“ (Apg 16,6—8) (nach den Städten Nikomedien, Philomede und Byzanz usw.). Sie folgten daher vermutlich von dem Kreuzungspunkt bedeutender Handelsstraßen Doryläum der Straße nach Troas. Wie schon erwähnt, erkannte Paulus in den Hindernissen den Willen Christi (Apg 23,2) und wurde um die Erfahrung reicher, daß letztlich nicht das menschliche Planen ausschlaggebend war, sondern daß der Heilige

Geist die Schritte nach seinem Willen lenkte. Vollends klar wurde ihm die neue Situation, als er in einer nächtlichen Vision die Weissung empfing, das Evangelium nunmehr in Mazedonien zu verkünden. In einem Traumgesicht stand ein Mazedonier vor ihm, bat ihn und sagte: „Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns“ (Apg 16,9).

In Troas erhielt Paulus einen weiteren Gefährten, den Arzt Lukas (vermutlich aus dem syrischen Antiochien), der zu dieser Zeit gerade dort tätig war. Es ist auch der Verfasser des Lukas-Evangeliums und der Apostelgeschichte. An mehreren Stellen berichtet die Apostelgeschichte im Wir-Stil (16,10–17; 20,5–15; 21,1–18; 27,12–28, 16), wobei das erste Wir-Stück in Philippi endet und das zweite dort beginnt (20,5), d. h., Lukas ist dabei.

Lukas berichtet, daß die Gruppe in Troas an Bord eines Seglers ging und nach zwei Tagen über Samothrake Neapolis (Kavala), den Hafen der römischen Kolonie Philippi, erreichte. Hier hatten Antonius und Oktavian nach ihrem Sieg über die Cäsar-Mörder Brutus und Cassius ihre Veteranen angesiedelt.

In Philippi wurde Paulus die Begegnung mit der Purpurhändlerin Lydia zuteil, die sich mit ihrem ganzen Hause taufen ließ und in der Zukunft den Missionaren hilfreich sein konnte. Es gab dort eine Frau, die ihren Herren mit einem

Wahrsagergeist Gewinn einbrachte. Als Paulus diesen „Python“ genannten Geist austrieb, machte er sich die Prätores und Liktores der Stadt, die nach römischem Muster tätig waren, zu Feinden. Er wurde von den Behörden angeklagt, gefesselt und in das Gefängnis gesperrt. Hier folgt jenes Geschehnis, das mit einem Erdbeben Paulus und Silas von den Fesseln befreite und nach dessen Ablauf die Gerichtsbeamten sich entschuldigen mußten, daß sie römische Bürger hatten auspeitschen lassen.

Paulus, Silas und Lukas haben in mehreren Wochen in Philippi eine vorbildliche Gemeinde gegründet. Es ist gut zu wissen, in welcher Situation sich eine solche Gemeinde zur damaligen Zeit befand. Die Judenchristen waren noch befangen in ihrer jüdischen Tradition, sie und die Heidenchristen aber hatten noch gar keinen Rückhalt in der Gesellschaft, in der sie sich bewegen mußten. Die Gemeinde war allein und nur auf den Glauben und diejenigen angewiesen, die ihnen den Glauben brachten und Jesus Christus bezeugten. Nach der Abreise von Paulus und Silas war die Gemeinde auf sich gestellt, inmitten einer heidnischen Umgebung. Außerdem war sie die erste europäische Ortskirche. Paulus war der Gemeinde von Philippi herzlich zugezogen. Nur von ihr nahm er eine Unterstützung in seiner Arbeit an. Sein Brief an die Philipper preist die Treue und die Zuverlässigkeit

der dortigen Christen. Er schreibt aus der Gefangenschaft (53/54), vielleicht aus Ephesus; trotzdem leuchtet in seinem Christushymnus viel Licht und Wärme in die Herzen seiner Leser. Der Brief ist in seiner Allgemeingültigkeit zeitlos und auch heute hilfreich in der Verwirklichung des Christlichen inmitten einer glaubensfeindlichen Welt.

Die Missionare waren von Philippi weitergezogen entlang der Via Egnatia über Amphipolis und Apollonia nach Thessalonich, der damaligen Hauptstadt Mazedoniens.

Als politischer Hintergrund sollte im Hinblick auf die apostolische Tätigkeit die Unruhe gesehen werden, die in Rom unter Claudius infolge der Austreibung der Juden aus der Hauptstadt des Reiches entstanden war. (Aquila und Priszilla, die Paulus später in Korinth traf, hatten Rom ebenfalls verlassen müssen, obgleich sie vermutlich schon in Rom Christen geworden waren. Ein Sklave namens Chrestos hatte Rom durch einen Aufstand in erhebliche Unruhe versetzt — Sueton, Claud. 25,4 —. Da Paulus etwa im Herbst des Jahres 50 in Korinth eintraf und Aquila und Priszilla sich damals schon dort befanden, muß das Austreibungsedikt etwa für das Jahr 49 angenommen werden.)

Paulus begründete auch in Thessalonich eine Gemeinde, aber er hatte — das geht aus seinen beiden Briefen an die Thessa-

lonicher und aus der Apostelgeschichte hervor — nur eine kurze Zeit für die Gemeinde zur Verfügung, da er wegen angeblicher „aufrührerischer Tätigkeit“ die Stadt gezwungenermaßen eilig verlassen mußte. Seine Gegner nutzten geschickt seine Aussagen vom Königtum Christi zu Anklagen im Sinne des Verstoßes gegen „kaiserliche Gesetze“ (Apg 17,7f.).

Vertraute Mitglieder der Gemeinde von Thessalonich, in die neben Judenchristen auch zahlreiche Griechen aufgenommen worden waren, begleiteten Paulus nach Beröa, wohin ihm aber bald die ihm feindlich gesinnten Juden folgten und dort seine Tätigkeit unmöglich machten. So wurde Paulus auch von Beröa in Eile weitergeleitet, diesmal nach Athen.

Paulus bekennt, daß es ihm sehr schwer gefallen ist, aus Thessalonich und Beröa fluchtartig weiterreisen zu müssen. Er wäre gern dorthin zurückgekehrt, „doch der Satan hinderte uns“ (1. Thess. 2,18).

Er sandte Timotheus von Athen aus nach Thessalonich und muß über den Bericht des Timotheus (1. Thess 3,1—8 und 1. Thess 4,13) versöhnt und beruhigt gewesen sein.

Der Text des ersten Briefes an die Thessalonicher deutet auf die reiche Fülle paulinischer Gedanken am Anfang seiner Lehrschreiben. Es ist nicht nur die gedankliche Vollkommenheit, die fasziniert, sondern es ist vor allem die

Zusammenschau der göttlichen Offenbarung, die schon in den ersten Sätzen des Grußwortes zur Nähe Gottes führt.

In diesem Brief, den Paulus ein Jahr später, 51, von Korinth aus schreibt, legt er die Grundgedanken von Vater, Sohn und Heiligem Geist, Glaube, Hoffnung und Liebe dar und verbindet mit den göttlichen Tugenden sogleich ihre praktische Deutung. In einer feindlichen Umwelt bedarf die Gemeinde der Stärkung und des Vertrauens auf Gott, der die Hoffnung lebendig hält und Heiligung wirkt. Glaube, Hoffnung und Liebe wollen auch in der Drangsal der Zeit verwirklicht werden, weil der Christ vom Ziel her leben soll.

Im zweiten Brief an die Thessalonicher, geschrieben im Jahre 52 von Korinth aus, macht Paulus darauf aufmerksam, daß überall in den Gemeinden Mißstände auftreten können; nur sind die ganze Gemeinde und ihre Leiter dafür verantwortlich, daß Lüge und Verführung nicht in das Leben der Gemeinde einzuwirken vermögen. Wachsamkeit ist geboten und Urteilsfähigkeit, um falsche Vorstellungen von Sicherheit und Frieden zu erkennen. Alle sind darum bestellt, Glaubensgrundlagen in ihrem Leben immer wieder neu zu wecken und in der Tat zu beleben.

Die vorzügliche Kenntnis griechischer Philosophie und Sprache, die Paulus in seine apostolische Tätigkeit mitbrachte, ermöglichten es ihm, in der Begegnung

mit den Menschen Athens Anknüpfungspunkte zu finden. Es zeigt sich auch, daß er es in der Agora sofort mit Vertretern der Stoa und Epikurs zu tun bekam.

Gegenüber der griechischen Philosophie und Lebensart war zu bedenken, welchen Nutzen sie einbringen könnte, aber auch, welche Gefahren von ihren geistigen Strömungen für die jungen Gemeinden ausgehen könnten und wie man ihnen begegnen mußte.

Paulus wurde zum Areopag (dem damaligen Gerichtshof Athens auf dem Areshügel westlich der Akropolis) eingeladen. (Hier wurde über Recht, Ethik und Religion beraten und entschieden.) Es bedeutete viel, daß Paulus dort seine Lehrmeinung hat vortragen dürfen. Er war bei einem Gang durch die Stadt auf einen Altar aufmerksam geworden, der die Aufschrift trug: „einem unbekannten Gott“ (Apg 17,23). Hier knüpfte er an und sprach unter Hinweis auf das Alte Testament und griechische Glaubenstradition von dem Gott, in „dem wir leben, uns bewegen und in dem wir sind“. „Was ihr verehrt, ohne es zu kennen, das verkünde ich euch“ (Apg 17,24). Gott läßt verkünden, „daß überall alle umkehren“ sollen. Er hat einen Tag festgesetzt, an dem er den Erdkreis richten wird durch einen Mann, den er dazu bestimmt und vor allen Menschen dadurch ausgewiesen hat, daß er ihn von den Toten auferweckte“ (Apg 17,31).

Für Paulus war das „Jetzt“ die

Stunde der Entscheidung (Apg 17,30); Jesus Christus hatte die Zeitwende herbeigeführt. Nunmehr bis zu seiner Wiederkunft blieb nur die Umkehr auf ihn zu.

Die griechische Mythologie indessen saß bei seinen Zuhörern so fest, daß sie Paulus unmißverständlich zum Ausdruck brachten: „Wir wollen dich darüber ein andermal hören.“

Namen einiger seiner Zuhörer, die sich Paulus anschlossen, sind uns erhalten geblieben: Dionysius, der Areopagit, eine Frau namens Damaris und andere mit ihnen (Apg 17,34).

Nach diesem offensichtlich wenig erfolgreichen Bemühen begab sich Paulus nach Korinth. Korinth war ursprünglich mit seinem Seehafen am Isthmus von Korinth, mit den Hafenanlagen am Saronischen Golf im Osten und am Korinthischen Golf im Westen, ein Gegenpol zur Hafenstadt Athen gewesen. Während der Zerschlagung des Athenischen Bundes im Jahre 146 v. Chr. durch L. Mummius war Korinth zerstört worden. Julius Caesar gründete es neu im Jahre 46 v. Chr. Danach, 27 v. Chr., wurde aus der Stadt eine römische Kolonie und zugleich die Hauptstadt der römischen Provinz Achaia. Der Aphroditentempel von Korinth war Symbol für die Lebensführung der Bewohner.

Vordergründige, beredsame, philosophische Bildung, Parteilichkeit, Luxus, Ausgelassenheit, soziales Gefälle, lasterhafte Kult-

stätten, alles das bildete den Hintergrund bei der Begründung der Gemeinde. Sie war in diesem Sog von Sinnlosigkeit einer ständigen Gefährdung ausgesetzt. Paulus sammelt trotz allem eine Gemeinde, in der er 18 Monate bleibt und vermutlich später noch einmal diese Ortskirche aufsuchte, um ihr die tödlichen Schatten aufzuzeigen, die hier drohten. In dieser Zeit aber — das geht aus den beiden Briefen an die Korinther hervor — gelingt es dem unermüdlichen Apostel, die ersten dogmenartigen Sätze zu formulieren, aus denen die Glaubenden Schutz, Sicherheit und Zuverlässigkeit ihres Glaubens schöpfen konnten (hierzu H. Schlier, Herygma und Sophia. Zur neutestamentlichen Grundlegung des Dogmas, Freiburg 1956.) Darüber hinaus wird in der Arbeit des Apostels das Wesen des apostolischen Amtes sichtbar. Dadurch, daß er hier 18 Monate wirken kann, verwirklicht sich die Kirche, und seine Arbeit gewinnt Einfluß weit hin.

Der erste Brief an die Korinther, zwei Jahre später, 54, geschrieben, läßt erkennen, daß es, wie von Paulus befürchtet, Schwierigkeiten in der Gemeinde gab. Der ordnenden Hinterlassenschaft des Apostels setzten sich Parteilungen und Strömungen entgegen. Aber in diesem Brief tritt schon das Ganze der Kirche in einer Gemeinde hervor, eingeschlossen die Fragen zur Gestaltung der Liturgie und des Herrenmahles. Wie im ersten Brief

an die Thessalonicher bilden Glaube, Hoffnung und Liebe die Grundlage der Christusgemeinschaft, und im Hohen Lied der Liebe leuchtet das Ziel und der Sinn christlicher Existenz auf: Füreinander da sein im Sinne der Botschaft Jesu. Der zweite Brief an die Korinther (Winter 54) erlaubt den Einblick in die Erschütterung des Apostels im Ringen um die unverfälschte Überlieferung des Glaubens. „Unter vielen Tränen“ (2,3f.) beschwört er, mit väterlicher Sorge, mit Liebe, mit ganz persönlichen Bekenntnissen, mit scharfer Zeichnung der „Lügenapostel“, die sich eingeschlichen haben, die Gemeinde und jeden einzelnen, sich zu prüfen (13,5), ob Christus und der Glaube in ihnen Wirklichkeit geworden ist. Insgesamt entwickelt Paulus dabei die Theologie des apostolischen Amtes, und es scheint die Größe, Heiligkeit und die zeugnisgebende Kraft hindurch, die diesen Mann der Kirche erfüllt. Freundliche Töne und harte Worte stehen ohne stoßdämpfende Mitte nebeneinander, weil der Brief aus mehreren Briefen zusammengesetzt wurde.

Paulus ist also in Korinth. Er trifft hier Aquila und Priszilla, die er schon von einer früheren Begegnung her kennt. Er arbeitet bei ihnen und verdient so seinen Lebensunterhalt. Wie üblich besucht Paulus auch hier die Synagoge, zumal auch Timotheus und Silas aus Mazedonien eingetroffen waren und gute Nachricht aus Thessalo-

nich gebracht hatten (Apg 18,5). Als sich in der Synagoge die dortigen Juden gegen das Evangelium von Jesus dem Christus auflehnten, schließt er seinen Gastvortrag in der Synagoge empört mit den Worten: „Von jetzt an werde ich zu den Heiden gehen.“

Beim Aufbau der Gemeinde von Korinth helfen ihm nicht nur Aquila und Priszilla, sondern auch zwei Familien der Heidenchristen, Titus Justus und Krispus, selbst Synagogenvorsteher, sowie jene Diakonin Phöbe aus Kenchräa, die am Schluß des Römerbriefes genannt wird und eben diesen Brief als mutige junge Frau nach Rom brachte.

Paulus erkannte schon während seiner Arbeit in Korinth die Schwierigkeiten, die gerade hier, wo so viele Strömungen geistiger und kultischer Art und so viel Unsittlichkeit zusammentrafen, eine junge Gemeinde besonders gefährden mußten. In einer nächtlichen Vision machte der Herr dem Paulus Mut mit den Worten: „Fürchte dich nicht, rede nur, schweige nicht, denn ich bin mit dir“ (Apg 18,9).

Nach etwa einem Jahr der Tätigkeit in Korinth übernahm ein neuer Prokonsul der römischen Provinz Achaia sein Amt, Lucius, Junius Gallio. Er war ein Sohn des älteren Seneca und ein Bruder des Philosophen Seneca. Geboren in Cordoba, kam er mit seinem Vater während der Regierungszeit des Kaisers Tiberius nach Rom. Hier wur-

de er von Gallio adoptiert und trug seitdem einen neuen Namen.

Gallio hatte römisches Recht gelernt und auch in Rom praktiziert. Als Fachmann für römisches Recht empfing Paulus von ihm wichtige Impulse zum Verständnis römischer Rechtsverhältnisse, und ihm hatte es Paulus zu verdanken, daß er noch fast ein weiteres Jahr in Korinth bleiben konnte. So kamen auch jüdische Ankläger bei Gallio nicht zum Erfolg, als sie mit dem Synagogenvorsteher Sosthenes gegen Paulus auftraten.

Der hieraus entstandene Gerichtsentscheid war so wichtig, weil mit ihm ein Präzedenzfall geschaffen wurde (F. F. Bruce), durch den Paulus in den nächsten Jahren verhältnismäßig unbehelligt missonieren konnte. Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn dieser Präzedenzfall sich gegen Paulus gerichtet hätte, weil seine Kenntnis negative Wirkungen auf die Tätigkeit des Apostels gehabt haben würde, auch in anderen Provinzen und in Rom.

Indessen hatte Paulus mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie erwartet, hatten sich Parteiungen gebildet, die sich jeweils mit bestimmten Personen identifizierten, dadurch gefährlich, weil sich mit diesen Namen wiederum irgendwelche philosophische, gnostische, rhetorische oder anderweitige Vorstellungen verbanden und den Verkündigungsinhalt verfälschten. (Namen wie Apollos, Kephas, Paulus und Christus wer-

den hier genannt.) (1. Kor 1,12). Jede dieser Parteien mag ihre eigenen Vorstellungen in die Glaubensverkündigung und in das Glaubensgut eingebracht haben.

Bei Apollo klärte sich der Zusammenhang bald auf. Er hatte die Johannestaufe empfangen. Aus der Apostelgeschichte geht hervor, daß Aquila und Priszilla sich in Ephesus seiner annahmen und sein Wissen über den „Weg“ verdeutlichten, noch bevor er in Korinth eintraf. Apollo muß eine starke Ausstrahlungskraft gehabt haben, blieb aber der Lehre Jesu treu ergeben, die er aus anderer, unbekannter Quelle empfangen hatte. Paulus konnte davon ausgehen, daß von ihm keine Gefahr für das Evangelium zu erwarten war.

Gefahr drohte von den sog. „Erleuchteten“, die der Gnosis, einer religiös-philosophischen Geistesrichtung, anhängen, die aus einer Überbetonung von Teilbereichen des Glaubens falsche Schwerpunkte setzten und damit das Ganze in Frage stellten (1. Kor 6,12; 10,23 und 1. Kor 15,12).

Etwa im Frühjahr des Jahres 52, als das Meer wieder schiffbar wurde, nahm Paulus Abschied von der Gemeinde in Korinth. Am Ende eines Gelübdes ließ er sich das Haupthaar schneiden. Dann segelte die kleine, so eng im Glauben verbundene Gruppe, Paulus, Aquila und Priszilla, von Kenchräa nach Ephesus. Paulus blieb nur kurze Zeit in Ephesus. Er ließ Aquila und Priszilla in Ephesus zu-

rück und segelte weiter nach Caesarea. Über Jerusalem, wo er die dortige Gemeinde besuchte, begab er sich nach Antiochia, wo er seine ihm ans Herz gewachsene Ortskirche begrüßte und der Gemeinde und den Presbytern über seine Reise Bericht erstattete. Da das Passahfest im Jahre 52 im April lag, konnte er — darum auch wohl seine Eile — das Fest in der Gemeinschaft des Herrenmahles feiern.

5. Die dritte Missionsreise

(53—57) (Apg 18,23—21,17)

Reiseweg: 5800 km. Dabei zweieinhalb Jahre in Ephesus. Briefe: Galaterbrief, 1. und 2. Brief an die Korinther, Philipperbrief. Begleiter: zeitweilig die Mazedonier Gaius und Aristarch. Später auch Secundus, Timotheus, Tychikus, Trophimus.

Wenn man die dritte Missionsreise des Apostels Paulus überschaut, sollte der Blick den Ereignissen vorseilen und sehen, daß gegen Ende des ersten christlichen Jahrhunderts das Christentum überall im Raume des römischen Reiches Ortskirchen, kleine Gruppen als Keimzellen, festgefügte Gemeinden, begründen konnte. Es hatte, von Jerusalem und Antiochien aus, die römischen Provinzen entlang der syrischen Küste bis zum Schwarzen Meer, Armenien, die Küste Kleinasien, Griechenland und Mazedonien, die Küstenländer Nordafrikas bis zur

Cyrenaika, Italien, Spanien und einige wichtige Handelsplätze auf Mittelmeerinseln erreicht. Aber schon während ihrer Missionsarbeit mußten die Apostel feststellen, daß überall dort, wo das Christentum Fuß gefaßt hatte, es auch mit blutigen Verfolgungen zu rechnen hatte. Fast gefährlicher noch als die Verfolgungen durch den römischen Staat erwiesen sich die gnostischen und sektiererischen Strömungen, die das Evangelium zu verfälschen drohten. In seinem ersten Brief schreibt der Apostel Johannes beschwörend: „Was von Anfang an war, was wir gehört haben, was wir mit unseren Augen gesehen haben, was wir geschaut und was unsere Hände angefaßt haben, das verkünden wir: das Wort des Lebens“ (1. Joh 1,1). In seinem zweiten Brief muß er noch deutlicher werden und besorgt feststellen: „Viele Verführer sind in die Welt hinausgegangen; sie bekennen nicht, daß Jesus Christus im Fleisch gekommen ist. Das ist der Verführer und Antichrist. Achtet auf euch, damit ihr nicht preisgebt, was wir erarbeitet haben“ (2. Joh 7).

Paulus weiß, was ihn erwartet. Er hat sich auf Gefahren und den Haß, der ihm überall begegnet, eingestellt. Er muß sich aber im Aufbruch zu neuen Missionsgebieten auf neue (kulturbestimmte) Aufgaben vorbereiten. Es handelt sich um ein Gebiet, das vorwiegend lateinisch und weniger griechisch geprägt war und von ihm

das Gespür für die dortige Kultur forderte.

Der eigentliche Aufbruch erfolgte von Antiochien aus. Paulus suchte zunächst die Gemeinden in Galatien und Phrygien auf, um von Ost nach West Ephesus zu erreichen. Dabei mußte er wieder das ganze Gebiet der heutigen Türkei zu Fuß oder im Anschluß an Karawanen durchqueren.

Ephesus, wo Paulus längere Zeit blieb (2½ Jahre), wurde zum neuen Missionszentrum.

Lukas, der Verfasser der Apostelgeschichte, zeigt einige Szenen auf, die zwar keinen durchgehenden Ablauf der Ereignisse erkennen lassen, aber doch eines ausleuchten: wie eine sich verdichtende Unausweichlichkeit den Apostel in immer engeren Kreisen nach Rom führt. Zunächst tat sich ihm, wie er im ersten Korintherbrief sagt, „eine große, wichtige Tür auf; doch der Widersacher sind viele“. In Rö 15,19 spricht er davon, daß er das Evangelium bis Illyrikum (zu beachten ist die lateinische Form) getragen hat: „So konnte ich von Jerusalem aus und im Umkreis bis Illyrikum die Verkündigung des Evangeliums Christi abschließen.“ Das bedeutet, daß Paulus vom nördlichen Mazedonien aus, über den Seehafen Dyrrhachium die ganze römische Provinz, wo vorwiegend lateinisch gesprochen wurde, durchzogen hat. In diesem Zusammenhang erwähnt Paulus auch Spanien (Rö 15,24). Hiervon wird später zu be-

richten sein.

In Ephesus taufte Paulus mehrere Gläubige, die bereits die Johannaufnahme erhalten hatten, belehrte sie über den Heiligen Geist und legte ihnen die Hände auf (Apg 19,2–6). Dieses Ereignis läßt darauf schließen, daß es bis dahin noch Glaubenszeugen des Johannes gegeben hat, die verkündigend gewirkt haben.

Paulus lehrte drei Monate über „das Reich Gottes“ (Apg 19,8–10) in der Synagoge, mußte dann aber, da der „Weg“ ständig der Verspottung ausgesetzt war, seine Lehrtätigkeit im Lehrsaal eines Lehrers namens Tyrannus fortsetzen. Nicht nur seine Verkündigungsarbeit erregte Aufsehen, seine Predigten gegen die Silberschmiede verursachten Aufruhr mit Folgewirkungen. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, daß er Menschen durch seine Behauptung verführe: Die mit Händen gemachten Götter „seien keine Götter“ (Apg 19,26), verbreitete sich in der Provinz Asia unter den Bewohnern und den Magistraten.

Wenig später benennt Paulus einen Schmied Alexander, der ihm „viel Böses getan hat“ (1. Tim 1,20) und (2. Tim 4,14). Möglicherweise wurde sein Auftreten gegen die Silberschmiede mit einer Gegnerschaft gegen den römischen Staat in Verbindung gebracht.

Paulus ist, das geht aus dem zweiten Korintherbrief (1,8) und dem Römerbrief (16,3f.) hervor, in Todesnot durch das Ehepaar

Aquila und Priszilla gerettet und betreut worden, denn er gedenkt der „beiden Mitarbeiter in Christus Jesus, die für mich ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt haben“.

Paulus verläßt Ephesus nach einer fruchtbringenden Tätigkeit. (Die Gemeinden in der Provinz Asia und in der ganzen heutigen Türkei haben bis 1923, d.h. bis zur Umsiedlungsaktion, fortbestanden.)

Über Mazedonien, wo er noch einige Gemeinden besuchte, begab sich Paulus nach Griechenland. Namen tauchen auf und verblissen: Sopater, Aristarch und Secundus, Gaius, Tychikus (vermutlich sein Schreiber), Trophimus. In Troas weckte er einen zu Tode gestürzten jungen Mann wieder zum Leben. Troas, Assos, Mitylene, Chios, Damos, Milet sind weitere Stationen. In Korinth blieb Paulus noch drei Monate und schrieb von hier aus den Römerbrief (57/58). Er schrieb an die Gemeinde von Rom, die er nicht gegründet hat und die er nicht kannte. Der Römerbrief gehört zu den Grundlagen des Christlichen, aber auch zu den bedeutendsten Anstößen für die abendländische Geistigkeit. Er nennt Fragen und bietet zugleich deren Lösung an. Rechtfertigung, Gesetz und Freiheit, Gnade und Werk, Gottes Gerechtigkeit, das Sühnewerk Jesu, Schöpfung und Erkennen Gottes, das sind nur einige Bereiche. Der Brief klingt aus mit einer feierlichen Doxologie (Lobpreisung):

„Dem aber, der mächtig ist, euch zu festigen in meinem Evangelium und der Predigt von Jesus Christus gemäß der Offenbarung eines Geheimnisses, das seit ewigen Zeiten verborgen war, jetzt aber enthüllt und durch prophetische Schriften nach Anordnung des ewigen Gottes zur gehorsamen Unterwerfung unter den Glauben allen Völkern kundgetan worden.

Ihm, dem allein weisen Gott sei Dank durch Jesus Christus, dem Ehre sei von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen.“

(Die Diakonin Phöbe bringt den Brief von Korinth [Kenchraa] nach Rom.)

Paulus drängt, die Apostelgeschichte belegt es, er möchte zum Pfingstfest in Jerusalem sein. Daher kann er nicht selbst noch einmal nach Ephesus kommen.

6. Milet

(Apg 20,17—38)

„Von Milet aus sandte Paulus nach Ephesus (Apg 20,17) und beschied die Vorsteher der Kirche zu sich.“ Hier nahm er Abschied von ihnen. Die nachfolgende Rede des Apostels ist so bedeutsam, daß wenigstens die wesentlichsten Aussagen hierher gehören. Sie ist einer der großen geistigen Entwürfe, wie sie auch in Apg 17,22 ff., 1. Thess 1,9—10; 1. Kor 8,4—6 hervortreten: „Ihr wißt, . . . in aller Demut, unter Tränen und Prüfungen, die mir durch die Nachstellungen der Juden widerfuhr, habe ich

dem Herrn gedient... Und nun seht, im Geiste gebunden reise ich nach Jerusalem. Was mir dort begegnen wird, weiß ich nicht; nur das versichert mir der Heilige Geist von Stadt zu Stadt, daß Fesseln und Drangsale meiner warten. Aber ich halte das Leben keines Wortes wert für mich, wenn ich nur meinen Lauf vollende und meine Aufgabe erfülle, die ich vom Herrn Jesus erhalten habe: die frohe Botschaft von der Gnade Gottes zu bezeugen... Habt acht auf euch und auf die ganze Herde, über die der Heilige Geist euch zu Bischöfen bestellt hat, die Kirche Gottes zu weiden, die er sich mit seinem eigenen Blute erworben hat. Ich weiß, nach meinem Weggang werden reißende Wölfe bei euch einbrechen, die die Herde nicht schonen. Auch aus eurer eigenen Mitte werden sich Männer erheben und mit verkehrten Reden die Jünger auf ihre Seite zu ziehen suchen. Darum seid wachsam... In allem habe ich euch gezeigt, wie man durch Arbeit sich der Schwachen annehmen muß, eingedenk der Worte des Herrn: „Geben ist seliger denn nehmen...“

Nach diesen Worten kniete er mit allen zum Gebet nieder. Alle brachen in lautes Weinen aus; sie fielen Paulus um den Hals und küßten ihn. Am meisten betrüßte sie das Wort, daß sie ihn von Angesicht nicht mehr sehen sollten. Dann begleiteten sie ihn zum Schiff (Apg 20,17—38).

Die nächsten Stationen bis Jeru-

salem sind Kos, Rhodos, Patara, an Zypern vorbei, Tyrus, Ptolemais, Caesarea. Ein Geschehnis wirft bereits Licht auf das Kommende: Ein Prophet, Agabus, bindet im Namen des Heiligen Geistes Paulus symbolisch die Hände. Die Einheimischen bitten dringend, daß Paulus doch nicht nach Jerusalem hinaufgehen solle. Doch Paulus sagte: „Warum macht ihr mir das Herz so schwer? Ich bin bereit, für den Namen des Herrn mich in Jerusalem nicht nur binden zu lassen, sondern selbst den Tod zu erleiden... Des Herrn Wille geschehe“ (Apg 21,1—14).

7. Jerusalem, Verhaftung, Rom

(57/58) (Apg 21,18—28,31)

Die Kunde von seinen Missionserfolgen, von den Schwierigkeiten, von den Unruhen um seine Person, Haß und Verleumdung waren dem Apostel nach Jerusalem vorausgeeilt.

In Jerusalem traf Paulus zunächst auf Jakobus, „bei dem sich alle Ältesten versammelten“ (Apg 21,18). In die Freude mischt sich sofort der Schatten jener Voreingenommenheit, nach der die Judenchristen in Jerusalem immer noch den Wert der Beschneidung anerkannten, wogegen für Paulus Beschneidung jeden Wert verloren hatte, sobald jemand auf Christus getauft worden war.

Jakobus baute eine Brücke. Vier Männer, die in Jerusalem ein Ge-

lütde beenden wollten, sollte er mildtätig unterstützen, damit sie sich die Haare scheren lassen und dann den Tempel betreten konnten. Da man es unter den Juden auf Paulus abgesehen hatte, entging es seinen Feinden nicht, daß er sich in Tempel aufhielt. Und da er kurz zuvor mit dem Heidenchristen Trophimus in der Stadt gesehen worden war, lag die Möglichkeit nahe, ihn in einer gut vorbereiteten Szene zu beschuldigen, mit einem Heiden den Tempel betreten zu haben. War Paulus in eine Falle gegangen?

Von da an überschlagen sich die Ereignisse, die der Leser wegen der Unmittelbarkeit des Wortes am besten aus der Schrift selbst nachzuempfinden vermag: Aufruhr im Tempel. Soldaten, die Paulus umringen. Juden, die sich seiner bemächtigen wollen. Mitten im Gewühl ein Oberst der römischen Wache. Mit der Absicht, Paulus geißeln zu lassen, steht er einem römischen Bürger von Geburt gegenüber. Paulus vor dem Hohen Rat. Die Verschwörung der Vierzig, ihn aus dem Hinterhalt zu töten. Warnung durch den Sohn seiner Schwester an den römischen Oberst. Überführung nach Caesarea, Sitz des Statthalters Felix. Verhandlung vor Felix. Zwei Jahre Haft für Paulus. Neue Verhandlungen vor dem Nachfolger des Felix, dem Statthalter Porcius Festus. Die Frage des Festus: „Willst du nach Jerusalem hinaufgehen und dort in meiner Gegenwart ein Ge-

richt über diese Dinge halten lassen?“ lenkt die Ereignisse in eine neue Richtung: Rom! Denn jetzt beruft sich Paulus auf den Kaiser. Nachdem Festus sich mit dem Gerichtshof besprochen hatte, erklärte er: „Berufung an den Kaiser hast du eingelegt, zum Kaiser sollst du gehen“ (Apg 25,12).

König Agrippa II. (Herodes) der Jüngere und seine Schwester Berenike weilen während eines Höflichkeitsbesuches bei Festus. Die Gelegenheit ist günstig, Paulus persönlich kennenzulernen und zu hören. Nach der Rede des Paulus wäre er fast freigesprochen worden. Da er jedoch Berufung an den Kaiser eingelegt hatte, waren die Würfel gefallen. (Seit 33 v. Chr. war Augustus das Recht zuerkannt worden, Berufungsverfahren entsprechend der *lex Julia de vi publica* zu entscheiden. Danach konnte jeder römische Bürger eine Berufung [*provocatio*] an den Kaiser richten. Dieser Bürger stand unter dem Schutz des Kaisers. Er durfte nicht getötet, gefoltert, in Ketten gelegt, verurteilt oder daran gehindert werden, sich nach Rom zu begeben.) (F.F. Bruce, 162) (Cassius Dio, Digest. XLVIII, 6,7 und V, 26,1: Paulus). Es folgte der Aufbruch nach Rom, die aufregende Fahrt mit dem Segler bis Malta, Schiffbruch, Weiterfahrt nach Rom.

Dort gab es bereits eine christliche Gemeinde, die auch von der Ankunft des Paulus gehört hatte. Am Forum Appii und bei Tres Tabernae gab es das erste Zusam-

mentreffen mit den Mitgliedern dieser Gemeinde. „Nach der Ankunft in Rom“, so die Apostelgeschichte, „wurde es Paulus erlaubt, mit dem ihn bewachenden Soldaten für sich allein zu wohnen...“ Er blieb zwei volle Jahre in seiner Mietwohnung und nahm alle auf, die zu ihm kamen. Er verkündete das Reich Gottes und die Lehre über den Herrn Jesus Christus mit allem Freimut ungehindert (Apg 28,13–30).

Aus der ersten römischen Gefangenschaft schreibt Paulus die sog. Gefangenschaftsbrieфе an die Epheser, die Kolosser und an Philemon. Im Ephesusbrief bringt Paulus seine Sorgen um die Gemeinde zum Ausdruck, die durch sektiererische und gnostische Strömungen gefährdet scheint. Dabei macht der Brief den Eindruck, daß der Apostel neben der Gemeinde alle erreichen will, und er verfaßt mit diesem Brief ein Dokument des Glaubens und der Lehre, in dem er das Verständnis für die Offenbarung entfaltet und sie bereits verbindlich erklärt (Scheffczyk). Grundgedanken bestimmen den Inhalt: Christus, Haupt der Kirche, die sein Leib (1,10; 1,22) und seit Ewigkeit von Gott gewollt ist (3,9). Christus der Eckstein (2,20). „In Christus mit auferweckt und mit eingesetzt im Himmel“ (2,8). Vater, Sohn und Heiliger Geist; das Wesen der Kirche; Erkenntnis und Verantwortung u.a. Der Epheserbrief ist somit ein an alle gerichtetes Funda-

ment der Kirche geworden. Mit diesen Worten endet die Apostelgeschichte.

Fragen bleiben: Denn die Pastoralbriefe (Titusbrief, 1. und 2. Timotheusbrief) lassen Rückschlüsse zu, daß Paulus von Rom aus noch einmal die Gemeinden in Griechenland (Korinth, 2. Tim 4,20), in Kleinasien (Milet, 2. Tim 4,20) aufgesucht, auf Kreta den Titus (Tit 1,5) und in Ephesus den Timotheus (1. Tim 1,3) als Vorsteher eingesetzt hätte (K.H. Schelkle).

War Paulus in Spanien? Im Römerbrief deutet er es an. Der römische Bischof Clemens weist in seinem Brief an die Korinther (etwa 95/96) darauf hin, daß Paulus „bis zum Ende des Westens“ (Spanien) (5/7) gekommen sei. Zu einem gleichen Ergebnis kommt das muratorische Fragment (38f.) (K.H. Schelkle) (Canon Muratori, 2. Jahrh. = älteste Zusammenstellung der kanonischen Bücher).

Später geht aus dem ersten Clemensbrief hervor (1. Clemens 5,7), daß Paulus in Rom als Märtyrer gestorben ist: „Vor den Machthabern hat er sein Zeugnis abgelegt, und so wurde er aus der Welt genommen.“ Tertullian (Scorpacia 15, Prozeßrede gegen die Häretiker, 36) berichtet um 200, daß Petrus und Paulus als Opfer der neronischen Christenverfolgung in Rom gestorben seien, wo Petrus gekreuzigt und Paulus enthauptet worden sei (K.H. Schelkle).

Der Titusbrief enthält eine Fundgrube an Gedanken für eine christ-

liche Lebensführung und das Wort über die „Erneuerung im Heiligen Geist“ (Tit 3,5).

Paulus gibt Anweisungen im Titusbrief, die den Einblick auf eine vorausdenkende Planung erkennen lassen: „Sobald ich Artemas oder Tychikus zu dir schicke, komm rasch zu mir nach Nikopolis, denn ich habe mich entschlossen, dort den Winter zu verbringen. Den gesetzeskundigen Zenas und den Apollos statte für die Winterreise gut aus“ (Tit 3,12). Haben wir in Tychikus den Schreiber und gelegentlich den persönlichen Begleiter des Apostels zu sehen?

Paulus hat überall, ob in Ephesus, Korinth oder Thessalonich, mit denen zu kämpfen, die in unlauterer Absicht oder ohne den Willen, sich ganz und existenziell mit dem Glauben zu identifizieren, in die Gemeinden eindringen. So schreibt er auch an Titus: „Sie beteuern, Gott zu kennen und verleugnen ihn durch ihr Tun“ (Tit 1,16). Andere Mitglieder der Gemeinden stützen sich auf „Geschlechtsregister“ (Tit 3,9) statt auf die Taufe und die Verkündigung.

Vermutlich in der ersten oder zweiten römischen Gefangenschaft ist auch der Brief an die Kolosser entstanden. Er wurde von dem Diakon und Mitarbeiter des Apostels Paulus, Epaphras, nach Kolossä gebracht. Der Brief gibt uns Aufschluß darüber, daß neben Laodicea auch die sieben Gemeinden, die am Anfang der Geheimen

Offenbarung genannt werden, von Paulus oder seinen Mitarbeitern begründet worden sind.

Der Kolosserbrief nimmt eine Sonderstellung unter den Paulusbriefen ein. Das Lob Jesu Christi erreicht in diesem Brief die Wessenszüge höchster Ausdruckskraft. Das Geheimnis Christi und Gottes ist die Wirklichkeit aller Wirklichkeiten. „Er“, Jesus Christus, „ist das Bild des unsichtbaren Gottes, Erstgeborener aller Schöpfung... In ihm wurde alles erschaffen in den Himmeln und auf der Erde... Alles ist durch ihn und auf ihn hin erschaffen... Er ist das Haupt des Leibes, der Kirche.“

Ursache und Ziel der Geschichte, der Welt und des Lebens überhaupt haben ihren Grund in der schöpferischen Erlösungstat Jesu: „Denn Gott beschloß, in ihm die ganze Fülle wohnen zu lassen und durch ihn alles zu versöhnen auf ihn hin, nachdem er Frieden stiftete durch das Blut seines Kreuzes...“

Christus ist das Geheimnis Gottes, in dem alle Schätze der Weisheit und Erkenntnis verborgen sind...“ Und „euer Leben ist verborgen mit Christus in Gott“.

Aber auch eine ernste Warnung wird allen mitgeteilt: „Seht zu, daß euch niemand als Beute wegschleppe durch Philosophie und leeren Trug.“

Timotheus ist Mitverfasser des Briefes, und da manche Begriffe neu eingeführt werden, ist viel-

leicht auch ein weiterer Paulusschüler an dem Text beteiligt.

Der Brief an die Kolosser krönt die sprachliche und inhaltliche Fülle der paulinischen Gedanken, die den dreifaltigen Gott, Jesus Christus, Glaube, Hoffnung und Liebe, Auferstehung und Wiederkunft des Herrn zum Mittelpunkt haben.

Im später entstandenen Brief an die Hebräer wird Christus, der als „Hohepriester (himmlisch urbildlicher) Güter erschienen“ ist, gezeichnet. Sein Sühneopfer am Kreuz hat den Weg in das wahre Allerheiligste Gottes geöffnet, so daß die Gläubigen schon jetzt das „Wesensbild der Dinge“ besitzen und zum himmlischen Heiligtum der Gnadengegenwart Gottes hinzutreten dürfen (Hebr 4,16; 10,19—22; 12,22—24) (Schierse).

Beschwörend, verheißend, warnend verweist der Brief auf das lebendige und wirksame Wort Gottes (4,12), das es gilt, den Ermüdeten und Wankenden nahe zu bringen, damit sie nicht in die schreckliche Sünde des Abfalls vom Glauben an Jesus Christus hineingeraten (O. Kuss). Im 1. Clemensbrief (1. Clem 36,1—5), unmittelbar nach der domitianischen Verfolgung geschrieben, ist der Hebräerbrief noch gegenwärtig, wie er auch in der Gemeinde von Rom „noch frisch im Gedächtnis“ war.

8. Schlußgedanken

Kreuz und Auferstehung gehö-

ren im Wort und Tun Jesu zusammen. Berufung und Nachfolge des Apostels Paulus, Gehorsam und Hineingabe seiner ganzen Persönlichkeit sind ebenfalls gekennzeichnet von Schwachheit, Krankheit, Erschöpfung und stets neuer Kraft und Intensität des Einsatzes. In äußerstem Leidensdruck bekennt Paulus (2. Kor 12,7): „Darum, daß ich mich nicht überhebe, wurde mir ein Pfahl ins Fleisch gesetzt, ein Engel des Satans, daß er mich mit Fäusten schlage. Dreimal habe ich den Herrn angerufen, daß er von mir ablasse. Und er hat zu mir gesagt: Es genügt dir meine Gnade. Denn die Kraft vollendet sich in der Schwachheit“ (2. Kor 12,9).

So vermag Paulus zu sagen: „Wenn auch der äußere Mensch vernichtet wird, wird doch der innere von Tag zu Tag erneuert“ (2. Kor 4,16).

Die Verkündigung des Heiligen Paulus stellt die überwindende Kraft der Auferstehung immer wieder in das Blickfeld von Glaube und Gebet. Aber er erkennt nüchtern und mit großer Urteilskraft, die er als ein Ziel christlichen Denkens fordert, daß die Wirklichkeit, in der wir noch leben müssen, den Kampf gegen die Macht des Bösen einschließt. Er weist unmißverständlich auf jene unumstößliche Wahrheit: „Wenn jemand in Christus ist, ist er eine neue Schöpfung. Das Alte ist vergangen. Siehe, Neues ist geworden“ (2. Kor 5,17).

Paulus hat die damalige bekannte Welt durchschritten und auf seinen Wegen das Wort verkündet und die Freude, „die vom Heiligen Geist ausgeht“ (1. Thess 1,6). Er hat in einer noch unausgeklärten Zusammenschau Vater, Sohn und Heiligen Geist, Glaube, Hoffnung und Liebe betend und dankend aufgezeigt. Er ist mit Petrus und den frühen Zeugen der jungen Kirche zum Fundament ihres Glaubens geworden.

In bezug auf Maria hat Paulus, wenn wir heute das Lukasevangelium (Lk 1,45) und den Epheserbrief (2,6) sowie den Brief an die Galater (4,4 und 4,21) zusammensehen können, weit über die damalige Zeit hinaus bis in unsere Tage lehrend gewirkt und Grund für die Tradition (Überlieferung) geschaffen. Denn was Paulus mit den Worten meint: „Er hat uns mit Christus auferweckt und uns zusammen mit ihm einen Platz im Himmel gegeben“ (Ephes 2,6; Zeitform: Präsens) findet in dem Lobpreis Mariens seine Ergänzung: „Selig ist die, die geglaubt hat, daß sich erfüllt, was der Herr ihr sagen ließ“ (Luk 1,45). Darüber hinaus haben hier die Paulusworte aus dem Galaterbrief: „Geboren von der Frau“ (Gal 4,4) und der Hinweis auf die Verheißung an Abraham (Sarah/Isaak) (Gal 4,21) mit Bezug auf die Schrift (Is 54,1): „Freu dich, du Unfruchtbare, die nie geboren hat“ ihre besondere Bedeutung (J. Ratzinger; J. Brinktrine; H. Rahner; J. Auer; R. Laurentin; C. Feckes).

Die zeitlose Einmaligkeit des Apostels besteht zunächst darin, daß er die prophetische Messiaserwartung in das Licht der Selbstoffenbarung Jesu stellt. Er hat aber auch den Auftrag des Herrn, seine Kirche zu bauen, weltweit begonnen und in den jungen Gemeinden Lehre, Amt, sakramentales Leben und rituelle Ordnung verwirklicht. Darüber hinaus hat er eine neue Vorstellung von Weltgeschichte und Geschichte überhaupt, wie sie mit Jesus und seinem Wort ihren Anfang hatte und später auch bei Johannes ihren Niederschlag fand, grundgelegt. Der von Paul aufgezeigte „Mystische Leib Christi“ gibt der Gegenwart eine einzigartige, gottbegründete Dimension der Glaubenden. („Ein Leib in Christus“, Rö 12,4; 1. Kor 12,12,14).

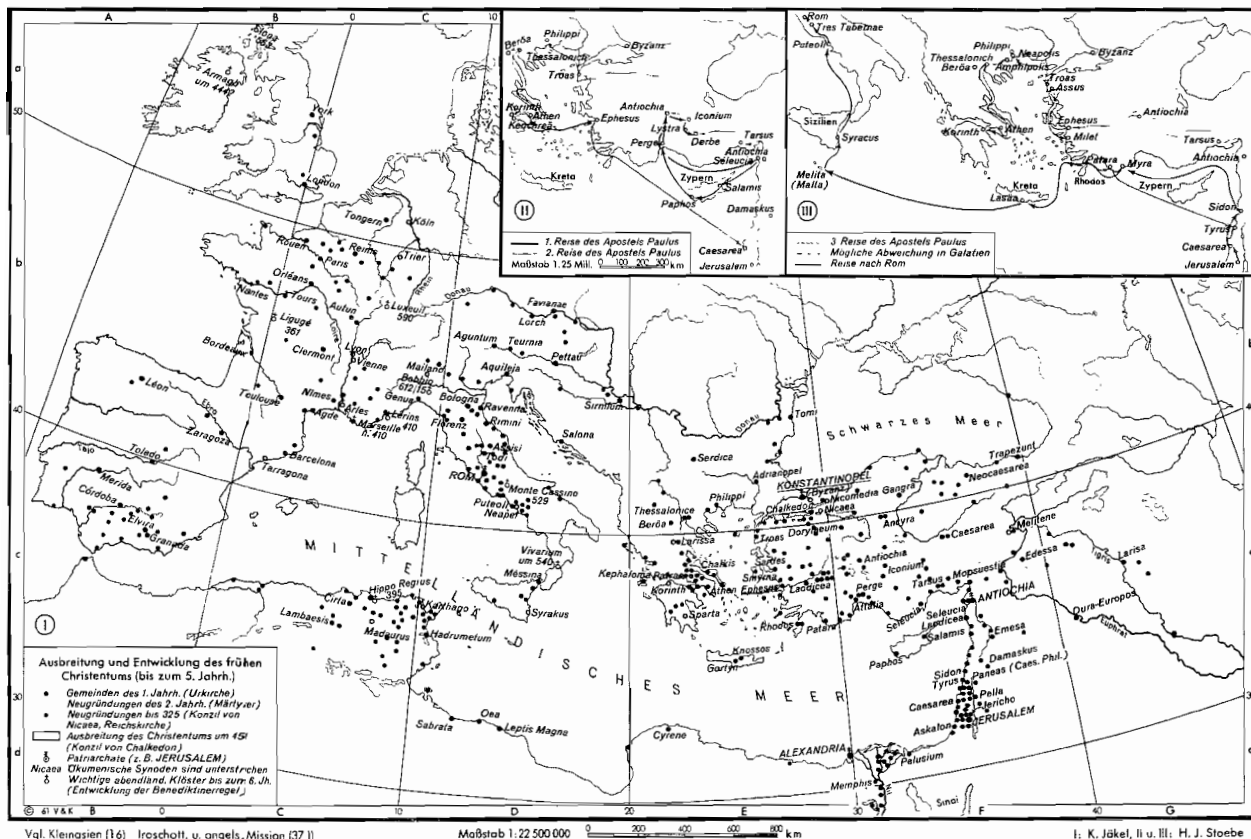
Am Ende dieser Betrachtung soll daher jenes Petruswort stehen, das er in seinem ersten Brief (1. Petr. 2,9) mit königlichen Worten in die Zukunft hinein gesprochen hat: „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliges Volk, dazu erworben, daß ihr die Großtaten dessen verkündet, der euch aus der Finsternis berufen hat in sein wunderbares Licht.“

Johannes Cofalka

Zeittafel

Etwa	<i>Geburt des Apostels</i>	14 Augustus†
im Jahre 3	<i>Paulus in Tarsus</i>	
Um 30	<i>Tod und Auferstehung Jesu</i>	14—37 Tiberius
33/34	<i>Tod des Stephanus</i>	26—36 Pontius Pilatus
34	<i>Damaskus, Bekehrung und Berufung des Apostels</i>	37—41 Caligula
Bis 37	<i>Paulus in Damaskus und Arabien</i>	
37	<i>Erste Reise nach Jerusalem</i>	
	<i>10 Tage mit dem Apostel Petrus</i>	
37—42	<i>Paulus in Tarsus</i>	41—54 Claudius
42—44	<i>Paulus in Antiochien</i>	41 Vertreibung d. Juden aus Rom
45—48	<i>Erste Missionsreise</i>	41—44 Agrippa I
48/49	<i>Apostelkonzil in Jerusalem</i>	43/44 Jakobus d. Ält.†
49—52	<i>Zweite Missionsreise (Galatien) 1½ Jahre in Korinth</i>	
53—57	<i>Dritte Missionsreise 2½ Jahre in Ephesus</i>	54—68 Nero
	<i>Briefe an die Galater an die Korinther an die Philipper</i>	um 58 <i>Markus-Evangelium</i>
57—58	<i>(Winter) 3 Mon. in Korinth</i>	
	<i>Brief an die Römer</i>	
58	<i>Reise nach Jerusalem</i>	
58—60	<i>Gefangenschaft in Caesarea</i>	
60—61	<i>Reise nach Rom</i>	62 Jakobus d. Jg.†
61—63	<i>Erste Gefangenschaft in Rom</i>	64 Brand Roms
	<i>Philemonbrief</i>	
	<i>Brief an die Epheser</i>	
63—64	<i>Paulus in Spanien? Griechenland? Kreta, Kleinasien</i>	
64/65	<i>Brief an die Kolosser</i>	
65/66	<i>Nikopolis</i>	
	<i>1. u. 2. Brief an Timotheus</i>	
	<i>Titusbrief</i>	
66/67	<i>Zweite röm. Gefangenschaft</i>	um 70 <i>Apostelgeschichte</i>
	<i>Martyrium in Rom</i>	um 70 <i>Matthäus-Evangelium</i>
		<i>Lukas-Evangelium</i>
um 80	<i>Hebräerbrief (Paulusschüler)</i>	70 Zerstör. Jerusl.
		Zerstör. d. Tempels
		79—81 Titus
		81—96 Domitian
		96—98 Nerva
90—100	<i>Johannes-Evangelium</i>	98—117 Trajan
	<i>Johannesbriefe</i>	
	<i>Apokalypse</i>	
110	<i>Ignatius v. Antiochien † Rom</i>	

Ausbreitung des frühen Christentums bis 451
Reisen des Apostels Paulus



Vgl. Kleinasien (16) Irasschott. u. angels. Mission (37 I)

Maßstab 1:22 500 000

I: K. Jökel, II u. III: H. J. Störbe

Entnommen: Putzger, Histor. Weltatlas, Berlin-Bielefeld 1970

Quellen

siehe Teil I.

außerdem:

F. uF. Bruce, Zeitgeschichte des Neuen Testaments (Von Jerusalem bis Rom), Wuppertal 1976

Karl Hermann Schelkle, Paulus, Darmstadt 1981

A. Deissmann, Licht vom Osten, Tübingen 1923

W. Bauer, Rechtgläubigkeit und Ketzerei im ältesten Christentum, Tübingen 1964

B. Reicke, Neutestamentliche Zeitgeschichte, Berlin 1965

A. Läßle, Die Bibel heute, München 1978

F.-J. Schierse, Der Brief an die Hebräer, Düsseldorf 1967

O. Kuss, Der Brief an die Hebräer, (RNT) Regensburg 1966

H. Schlier, Kerygma und Sophia, Freiburg 1956

Bibliothek der Kirchenväter, Märtyrerakten, Kösel 1926

J. Ratzinger, Die Tochter Zion, Einsiedeln 1977

J. Brinktrine, Dogmatik, Paderborn 1946

H. Rahner, Himmelfahrt der Kirche, Freiburg 1960

R. Laurentin, La Question mariale, Paris 1963

C. Feckes, Ein dogmatisches Marienbild, Paderborn 1937

J. Brinktrine, Die feierliche Definition der leiblichen Aufnahme der allerseligsten Jungfrau

Bibelwerke

Novum Testamentum, Graece et Latine, Nestle-Aland, Stuttgart 1979

Das Neue Testament, Übers. und Hrsg.: Josef Kürzinger, Eichstätt, Aschaffenburg 1982

NT/Jerusalem Bibel, Freiburg 1968

Altes Testament, V. Hamp, M. Stenzel, J. Kürzinger, Bonn 1976

Neue Wege im Süd-Nord-Dialog

Denkanstöße aus Bangladesh für die Kirche bei uns

Vorbemerkung

Die deutsche Kommission „Justitia et Pax“, eine Einrichtung der katholischen Kirche, hat zusammen mit der Grameen Bank in Bangladesh vom 14. bis 22. Oktober 1989 ein Dialogprogramm zum Thema „People's Economy“ durchgeführt. „People's Economy“ — wörtlich „Wirtschaft des Volkes“ — steht für „Wirtschaft der Armen“. Die 27 Teilnehmer — aus verschiedenen Berufen, aus Nord- und Südamerika, Europa und Asien — setzten sich der Situation in den Dörfern Bangladeshs aus, um vor Ort zu lernen: welches Potential und welche Dynamik in den Armen steckt, welche wirtschaftlichen Strategien sie entwickeln, um sich aus drückender Armut zu befreien, welche unterstützenden Strukturen dazu nötig sind und welche Rahmenbedingungen ihr Wirtschaften beeinflussen.

Die 1976 gegründete und 1983 offiziell anerkannte Grameen Bank, eine genossenschaftsähnliche Entwicklungsbank in Bangladesh, fördert mittels Darlehen die Aufnahme wirtschaftlicher Tätigkeit durch landlose Haushalte. Damit

gelingt es ihr, wichtige Impulse für Selbsthilfeprozesse im informellen Sektor der Wirtschaft zu setzen. An landlose Armen vergibt sie ohne dingliche Sicherheit Kleinkredite, welche die Armen in die Lage versetzen, neue Einkommensquellen zu schaffen, wie etwa Reisverarbeitung, Aufzucht von Vieh und Geflügel, Handarbeiten, Kleinhandwerk und Kleinhandel. Die Kreditnehmer werden in Kleingruppen organisiert. Sie erhalten ihre Kredite sukzessiv und haften gemeinsam für die Rückzahlung: Die Grameen Bank baut auf Solidarität. Und sie baut auf Partizipation: Ihre Kreditnehmer halten 68 % des Aktienkapitals und bestimmen die Geschäftspolitik mit. Die „Philosophie“ dieses Unternehmens hat Karl Osner, Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Vizepräsident von „Justitia et Pax“ und geistiger Motor des Dialogprogramms, so umrissen: „Beteiligung, Unterstützung, gegenseitige Kontrolle: das sind Elemente, die zum Erfolg von Selbsthilfe einander bedingen.“

Die Entwicklungspolitik der reichen Länder hat laut Prof. Muhammad Yunus, dem Gründer und Leiter der Grameen Bank, zwar stets das Ziel der Armutsbekämpfung lautstark verkündet. Mit den Armen selbst hat sie sich aber nie ernsthaft befaßt, nicht direkt mit ihnen gearbeitet und dadurch nicht sichergestellt, daß die reichlich fließenden Hilfsgelder auch wirk-

lich ihnen zugute kommen. Dieses Defizit ist zwar seit einiger Zeit erkannt, eine tatsächliche Umorientierung aber hat noch nicht stattgefunden — dazu ist ein langer Lernprozeß nötig.

Eine Etappe in diesem Lernprozeß war die Reise unserer Delegation. Die Grameen Bank hat großes Interesse an einem solchen Dialogprozeß, weil er einerseits den eigenen Ansatz bereichert, andererseits dazu beiträgt, den Ansatz der „People's Economy“ stärker in den Mittelpunkt der developmentspolitischen Diskussion zu rücken — eine unerläßliche Vorbedingung für die Änderung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer diese Initiative operieren muß. Es ist aber auch ein Anliegen von „Justitia et Pax“, nach neuen „Allianzen der Solidarität“, zu denen Kardinal Ratzinger die Kirche „in ganz besonderer Weise“ aufgerufen hat, zu suchen. Solche Allianzen, die für ein Umdenken in den reichen Ländern sorgen sollen, können nur dann von Dauer sein, wenn sie von einer Verbundenheit in der Sache und von einer gemeinsamen Erfahrung getragen werden.

I. Kirche — ein Dienstleistungsbetrieb in Krise

„Als sie das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.“ So charakterisiert Mark Twain die auf hoher See umherrudernde Menschheit. Seit meiner Reise nach Bangladesh im Oktober 1989 geht mir dieser Aus-

spruch nicht aus dem Sinn. Das Kennenlernen der Grameen Bank und die engagierten Diskussionen in unserer internationalen Delegation unter Leitung von Karl Osner bringen mich zum Nachdenken über den Zustand und das Handeln „meines“ Unternehmens. Dort bin ich als Professor für Pastoraltheologie (Wissenschaft vom kirchlichen Handeln) und als Pfarrer einer bayerischen Landpfarrei tätig. Dies war ja auch das erklärte Ziel des Dialogprogramms der deutschen Sektion von „Justitia et Pax“: Nicht unseren Gastgebern sollten wir einen Rat geben, vielmehr mit uns selber nach dieser Begegnung zu Rate gehen.

Eigentlich müßte es bei uns doch optimal laufen. Unser Angebot als Kirche ist optimal. Wir liefern Güter, die höchste Lebensqualität verheißen: Glaube, Hoffnung und Liebe, Bibel und Gebet, Modelle familiären und gesellschaftlichen Zusammenseins, sogar „Lebensmittel“ für ein Leben, das nicht einmal der Tod zerstören kann. Unsere Mannschaft ist optimal nach Qualität und Quantität. Nach dem öffentlichen Dienst sind die Kirchen in unserem Land der größte Anstellungsträger. Als Tendenzbetrieb können wir uns die passenden Mitarbeiter in voller Freiheit auswählen: Menschen, die überzeugte Christen sind und den kirchlichen Normen voll entsprechen. Unsere Arbeitsmittel sind ebenfalls optimal. Wer beneidet nicht die Kirchen in der Bun-

desrepublik Deutschland um die Kirchensteuer und um ihre bestens ausgestatteten Institutionen? Unsere Behörden und örtlichen Einrichtungen sind so stark, daß sie noch jahrelang weiterfunktionieren könnten, selbst wenn niemand mehr von ihnen Gebrauch machte. Bloß eines ist nicht optimal: Mit der Kundschaft gibt es leider Ärger. Ihre Zahl, ihre Zufriedenheit und ihr Interesse nehmen seit Jahrzehnten kontinuierlich ab. Und das zeitigt wiederum fatale Rückwirkungen auf unsere Mannschaft. Sie leidet zusehends an Symptomen wie Ratlosigkeit, Rastlosigkeit, Erfolgslosigkeit. „Als sie das Ziel aus den Augen verloren...“

Ein orthodoxer Bischof, mit dem ich kürzlich über diese fatale Situation sprach, bildete sich folgenden Reim: „Wenn die Liebe erkalte, entsteht Mißtrauen, Mißtrauen erzeugt Angst, aus Angst greift man zu Gesetzen, um die Liebe zu retten — aber vergebens.“ Liegt vielleicht die eigentliche Ursache der Misere im Unternehmen selbst, so daß es dringend eines Kurswechsels bedarf? Mir scheint, Kirche könnte von der Wirtschaft lernen, und zwar — so paradox es klingen mag — um ihr ureigenstes Ziel wieder ins Auge zu fassen.

Fred Matzke, ein erfolgreicher Unternehmensberater der englischen Wirtschaft, erklärte mir seine Strategie folgendermaßen: Unterstützt von Befragungsinstituten, erforschen unsere Vertreter

den Markt. Sie sind angewiesen, nicht bloß modische, oberflächliche Bedürfnisse zu melden, sondern die tieferliegenden, eigentlichen. Anderenfalls werden uns später die Käufer beschimpfen, wir hätten ihnen Dinge offeriert, die sie nicht brauchen (auch wenn sie selbst lautstark nach ihnen verlangt hatten). Sie hätten recht; denn der Kunde ist König. Wenn wir um des kurzfristigen Profits willen die Kundschaft ausnehmen, verkehrt sich der Dienst am Kunden zum Dienst des Kunden (am Unternehmen), und seine Verärgerung wird sich bald zum Nachteil des Unternehmens auszahlen. Aufgrund der Meldungen von der „Front“ entwickelt unsere Produktionsabteilung sodann entsprechende Angebote und unsere Verwaltung plant die Wege zwischen Produktion und Vertrieb nach dem Kriterium der Kostenminimierung — wobei die Zufriedenheit der Mitarbeiter als die wirkungsvollste Kostenersparnis gilt. Das eigentliche „Produkt“ sind also nicht Zahnbürsten, Kleider oder andere Waren und Dienstleistungen, sondern das eigentliche Produkt heißt Dialog bzw. Kommunikation: zwischen Käufern, Vertretern, Planern, Arbeitern und Angestellten. Hapert es an der Kommunikation, ist ein Betrieb erwiesenermaßen zum Scheitern verurteilt, mögen seine Produkte noch so gut, der Markt noch so günstig und seine Kapitaldecke noch so respektabel sein. Dieses Unterneh-

mensideal konnte ich mitsamt seinen menschlichen Erfolgsbedingungen in einem überschaubaren Rahmen und in erstaunlicher Qualität am Wirken der Grameen Bank studieren.

II. „Wirtschaft der Armen“ — eine Alternative

Die Rahmenbedingungen unseres Partners sind alles andere als optimal. Das macht das Experiment umso interessanter: Was im Ernstfall glückt, hat die Bewährungsprobe bestanden. Bangladesh, das Armenhaus Asiens, ist das zweitärmste Land der Welt. Die ökonomischen, politischen und ökologischen Bedingungen sind katastrophal. Die Grameen Bank setzt nochmals tiefer an: Sie wendet sich an die Ärmsten der Armen, besonders an Frauen, die total im Elend sind; ohne Arbeit, ohne Selbstvertrauen, ohne Ansehen (in einer islamischen Kultur), viele von ihnen geschieden oder verwitwet. Und was zudem ins Gewicht fällt: Es handelt sich um eine ökonomische Initiative. Miteinander arbeiten und wirtschaften ist nämlich unvergleichlich anspruchsvoller als miteinander meditieren oder studieren. Ökonomie ist das härteste, aber auch wirksamste Bewährungsfeld für menschlichen Fortschritt.

Das Wirtschaftsunternehmen, das wir erforscht haben, heißt nicht Grameen Bank; denn diese versteht sich bloß als ein Dienstleistungsbetrieb für die eigentli-

chen Unternehmer: 520 000 Frauen und 80 000 Männer. Exemplarisch hat jede Kleingruppe unserer Delegation einen „Kleinstbetrieb“ untersucht, in dem die Arbeiterin ihr eigener Unternehmer und Händler ist. Als Ergebnis haben wir eine Fallstudie in Form der Lebensgeschichte einer Frau angefertigt. Es sind Open-end-Stories. Trotz aller Verschiedenheit und der Unabgeschlossenheit aber läßt sich in jeder Geschichte derselbe Wendepunkt ausmachen: Vor dem Anschluß an die Grameen Bank lebte die Frau im äußersten menschlichen Elend, jetzt ist sie eine Persönlichkeit, die Würde ausstrahlt, eine voll realisierte Frau, die ihr eigenes Leben und das ihrer Familie in die Hand nehmen kann.

Ein Vergleich der Lebensgeschichte gestattete uns sodann eine Formalisierung, weil trotz aller individuellen Prägung eine gemeinsame „Logik“ der Entwicklung festzustellen ist. Sie ist nicht von der Art einer ausgedachten Theorie, sondern empirisch aus vielfältigen Beobachtungen gewonnen. Formal gesprochen hat die „Wirtschaft der Armen“ bisher folgende Erfahrungen und Einsichten gesammelt:

- Jeder Mensch ist kreativ, ist mit Fähigkeiten begabt, die es zu entdecken und zu entwickeln gilt. Es fällt auf, daß Frauen besonders unternehmerisch sind, weil sie unmittelbarer als die Männer an der Zukunft ihrer Kinder interessiert sind und

deshalb zielstrebig und zäher ihre Ziele verfolgen.

- Was der einzelne allein nicht vermag, ermöglicht die Gemeinschaft. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, daß die ideale Gruppengröße bei fünf Frauen bzw. Männern und die ideale Größe für ein örtliches Center bei fünf bis sechs Gruppen liegt.
- Als optimaler Zeitrhythmus haben sich wöchentliche Meetings erwiesen, in denen zunächst die Bankgeschäfte abgewickelt und dann mit ihnen zusammenhängende Lebensfragen gemeinsam beraten werden. Weil das Jahr ein für die dortigen Menschen leicht überschaubarer Zeitraum ist, werden nur Jahreskredite vergeben.
- Die Auswertung der wirtschaftlichen und menschlichen Erfahrungen in den örtlichen Gruppen wurde schließlich die Grundlage für die Erstellung der „16 Grundsätze“ durch den Direktor der Bank — vergleichbar dem biblischen Dekalog: eine Sammlung konkreter Ideale mitsamt entsprechenden Verhaltensregeln. Von daher erweist sich „die Wirtschaft der Armen“ als eine Initiative, die auch die menschlichen Voraussetzungen, Grundlagen und Konsequenzen des Wirtschaftens in allen Lebensbereichen mit in Anspruch nimmt — vergleichbar dem ka-

tholischen Verbandswesen in seinen gelungenen Ausprägungen.

- Kredite und andere Hilfsmittel (wie etwa Bauteile für Häuser oder Tabletten zur Reinigung des Trinkwassers) werden äußerst sparsam vergeben — eine Bestätigung des Subsidiaritätsprinzips der katholischen Soziallehre.
- Als wichtigstes Hilfsmittel hat sich nicht die materielle, sondern die personelle Hilfe gezeigt: Beratung (nicht Leistung!) durch die Bankangestellten. Die Grameen Bank ist daher ein sehr personalintensives Unternehmen mit derzeit 9000 Angestellten.
- Das Muster gemeinsamer Beratung in Wirtschaftsfragen hat sich als ein Verfahren herausgestellt, das zur Lösung anderer Lebensfragen ebenfalls geeignet ist. In den Gruppen werden auch Gesundheitsprobleme, Fragen der Geburtenregelung, politische Entscheidungen usw. diskutiert. Frauen (und Männer), die zu Persönlichkeiten geworden sind, können offenbar auch neue Probleme, wenn sie sich stellen, selbst lösen.
- Das schließlich ist das erklärte Ziel der Grameen Bank; nicht für andere Probleme lösen, sondern andere in die Lage versetzen, ihre Probleme selbst lösen zu können.

III. Das Dienstleistungsunternehmen Grameen Bank

Der Gründer und Direktor der Bank, Muhammad Yunus, Professor für Wirtschaftswissenschaften, handelt konsequent als Unternehmer, nicht als „Caritas Direktor“. Er macht keine Geschenke an Mittellose: „Bei uns gibt es nichts umsonst.“ Gratisgaben schädigen seiner Auffassung nach das Selbstbewußtsein. Die Situation der Ärmsten der Armen wurde für seinen unternehmerischen Geist zur Herausforderung, aus nichts etwas zu machen. Genauer gesagt: Für ihn ist die Überwindung der Armut nicht eine Frage der Ressourcen, sondern des commitment, des Willens, etwas zu unternehmen. So sammelt er um sich — biblisch gesprochen, er beruft und sendet — Leute mit commitment als seine Angestellten.

Der Markt, den Yunus zu erschließen sich vorgenommen hat, sind die Ärmsten, die durch Selbsthilfe nicht nur materielle Fortschritte machen, sondern auch und vor allem ihre Würde entdecken. Als Bürgschaft für Kredite gilt ihm der Zusammenhalt in den Gruppen: „Einheit macht stark“ lautet die dreizehnte Regel seines Manifests. „Emotion relationship“ (personale Beziehungen, würden wir sagen) heißt das Schlüsselwort seiner Philosophie. Der für Kenner der Entwicklungsszene verblüffende Erfolg ist die beste Bestätigung: über 98 % der Kredite werden zurückgezahlt! Aber ist

dieser hoffnungsvolle Beginn, der national und international Beachtung findet, die sich auch finanziell auszahlt, nicht in vielfacher Hinsicht äußerst gefährdet, etwa durch die klimatische Verschlechterung oder Einbrüche westlicher Zivilisation, um nur zwei Faktoren zu nennen? Ferner können rücksichtslose Eigeninteressen anderer zur Bedrohung werden. Aber der Direktor fürchtet weit weniger diese „äußeren Feinde“ als vielmehr die „Feinde von innen“. Würde der „Glaube der Grameen Bank“ unter Bankangestellten und Kunden verdunsten, die personalen Strukturen schwach werden, dann freilich wäre es um die ganze Initiative geschehen. Deshalb kommt dem Training der Trainer, d.h. der Schulung der Angestellten, die erste Priorität zu. Aus diesem Grund soll das Wachstum der Grameen Bank bis 1995 auf eine Million Kunden und 15000 Angestellte beschränkt werden. Menschen mit commitment sind und bleiben das Rückgrat der Wirtschaft der Armen!

IV. Fällige Innovationen für die Kirche in unserem Land

Was muß sich bei uns ändern, damit wir echte Partner für die Grameen Bank werden, besser: für die Wirtschaft der Armen in Bangladesh? Diese selbstkritische Frage war das Ergebnis unserer Schlußrunde in Dhaka. Die Entwicklungshelferin, der Journalist, der Ministeriale, der Theologieprofessor,

ein jeder will sich dieser Aufgabe in seinem Wirkungskreis stellen. Zwischenergebnisse und Pläne wurden in die erste gemeinsame Nachbesprechung im Frühjahr 1990 eingebracht. Insoweit unser Bemühen Frucht trägt — einige Früchte sind bereits im Entstehen —, werden wir zu Partnern. Dies verlangt selbstverständlich ein nüchternes und schöpferisches Sehen und Handeln, Begeisterung und Imitation helfen nicht weiter. Partner für Bangladesh sind Menschen, die vom selben Geist beseelt sind, dem Glauben an die kreativen Fähigkeiten eines jeden Menschen und an die Kraft der Gemeinschaft teilen und aus diesem commitment unternehmerisch tätig werden. Die Selbsthilfe bei uns ist auch die beste Hilfe für die Kunden und Angestellten der Grameen Bank. Was dies für meinen Wirkungsbereich, die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, bedeuten könnte, vermag ich hier nur kurz anzudeuten.

Zunächst fordert mich die Philosophie von Professor Yunus zur Prüfung heraus, ob mein christliches Menschenbild seinem vom Islam geprägten Menschenbild ähnlich ist. Nehme ich die Mitte des Christentums ernst, die im Glauben an den dreieinigen Gott und an die Menschwerdung Jesu Christi liegt, der Gottes Leben auf die Erde gebracht hat und dafür die Mühe des Kreuzes nicht scheute, komme ich in der Tat zu genau

demselben Ergebnis wie Yunus. Dann sind Dialog, Kooperation und Communio, zu deutsch: gemeinschaftliches Denken, Handeln und Leben nicht Konzessionen an den Zeitgeist, sondern notwendige Konkretion der christlichen Liebe.

Auf den Bereich der Wirtschaft übertragen, zieht Johannes Paul II. in seinem Schreiben über die menschliche Arbeit: „*Laborem exercens*“ dieselben Folgerungen wie Yunus. Seine Grundthese lautet: Das eigentliche Arbeitsprodukt ist die Gestaltung eines Arbeitsprozesses, in dem die Menschen, aber auch die Naturgüter in ihrer eigenen Würde geachtet werden und mit ihren Qualitäten zum Zuge kommen. Diese Weisung gilt auch für die Pastoral, für eine konsequent im Sinn des letzten Konzils angelegte Seelsorge. Dies konnte ich vor zwei Jahren bei Bischof Jesus Cabrera in Alaminos auf den Philippinen studieren. Dort erlebte ich beispielhaft einen Glauben, der Zellen lebendiger Gemeinschaft zeugt und sich in sozialen, auch wirtschaftlichen Initiativen konkretisiert.

Auf unsere Verhältnisse übertragen, würde dieser Ansatz den „kirchlichen Betrieb“ vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu nur zwei Hinweise:

- Die Pfarrgemeinden müßten ihr einseitiges Engagement für Verkündigung und Liturgie aufgeben und sich öffnen für den Aufbau einer Gemeinschaft,

die auch für Unbequeme und Andersdenkende attraktiv ist, und für beispielhafte Initiativen zugunsten der Ärmsten unter uns. Wenn die Hauptkrankheit unserer westlichen Gesellschaft und Kirche die Beziehungslosigkeit ist, tut sich hier ein breites Feld von Nöten auf, auf die unsere Kirche keine überzeugende Antwort gibt. Man denke etwa an zerbrochene Familien, Drogenabhängige, Aidskranke, personelle und materielle Entwicklungshilfe in unseren Nachbarländern.

- Anstatt hauptsächlich Programme und Normen zu entwickeln, die die meisten nicht als Hilfe zur Freiheit, sondern als Reglementierung ansehen, müßten wir empirisch Lebensgeschichten schreiben, von ihnen her mit den Betroffenen Wege suchen und solche Geschichten und Wege reflektieren. Die Klage über die Lebens- und Weltfremdheit der Kirche spricht für sich! Es wäre eine Revolution für unsere Pastoral, wenn man sich unsere Maxime einmal konkret vorstellt, z. B. für die kirchliche Haltung gegenüber den wiederverheirateten Geschiedenen.

Auch wir sind ein Entwicklungsland, das aus der „Dritten Welt“ dringende Entwicklungshilfe braucht.

Hanspeter Heinz
(aus „*Lebendiges Zeugnis*“, September 1990)

Gegen Geister, Dämonen und Depressionen

Meditation zum Karneval

Im grauen, nebelverhangenen November, dem Monat der Toten und der Rückbesinnung, beginnt unsere Sucht nach Abstand von des Alltags Bürden, den Schuldgefühlen ob unserer Unzulänglichkeit, immer mächtiger zu werden. Die langen Nächte geben viel Raum für mystische Vorstellungen und Ängste. Die hierzulande fast perfekte, beherrschende Technik kann dank der Elektrizität die angstmachende Dunkelheit zum Teil erhellen. In dieser aufgeklärten Zeit wurden Märchen- und Fabelgestalten als unwirkliche Wesen entlarvt. Nun geistern Monster und dubiose Wesen von fernen Sternen in Bilderserien durch Comics und über die Fernseher. Abgehärteten Zuschauern überkommt dabei kaum noch ein Gruseln, aber unterschwellige Angst macht sich durch ständige Katastrophenmeldungen breit und bedroht vor allem empfindsame Kinder.

In manchen Gegenden Deutschlands reihen sich die Kleinen erwartungsfroh am Martinstag mit ihren Laternen in den Umzug ein, und sie werden gern mit Martinswecken beschenkt. Aber wird ihnen noch die Legende vom Heiligen Martin erzählt?

Der in Ungarn geborene Sohn eines römischen Tribunen diente im Alter von 15 Jahren bereits im kaiserlichen Heer. Als 18jähriger ließ er sich taufen und begegnete bald danach, während er als römischer Soldat in Gallien weilte – so die Überlieferung –, einem halbnackten Bettler. Martin stieg vom Pferd, teilte seinen Mantel mit dem Schwert und reichte dem Mann eine Hälfte. In der Nacht darauf erschien ihm Jesus in Bettlergestalt und sprach zu den ihn begleitenden Engeln: „Martinus, obwohl erst Katechumene, hat mich mit diesem Mantel bekleidet!“

Martin erzählte seinen Kameraden diesen Traum. Bald danach gab er seinen Soldatenberuf auf und widmete sich als Einsiedler ganz seiner religiösen Motivation. Er empfing priesterliche Weihen, wurde Bischof von Tours und gründete etliche Klöster. Dieser fromme Christ starb am 8.11.397. Am 11. November wurde er beigesetzt und wegen seiner vielen guten Taten später heilig gesprochen. Seither und auch zum Gedenken an Martin Luther, der am 10.1. Geburtstag hatte, werden in unseren beiden christlichen Kirchen die Predigten an diesen Tagen gern unter das Bibelwort gestellt: „Was ihr getan habt unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“

Die Soldaten und Tuchmacher fühlten sich wie der Heilige Martin zum Patronat für die Armen und Bedürftigen bestellt, Bauern, Win-

zer, Kaufleute schlossen sich ihnen an. Sie benannten den 11. November als Beginn der Fastenzeit, in der Gewänder eine bedeutende Rolle spielen – auch heute noch, und auch der Termin gilt: 11.11. um 11 Uhr 11!

Ganze Kompanien bunt-uniformiert gekleideter Menschen kommen zwanglos zusammen, lassen sich zu riesigen Karnevalsumzügen organisieren, die am Rosenmontag, massigen Schlangen gleich, sich durch die Straßen wälzen, und dokumentieren heute wie ehemals brauchtumsgemäß ihre Gemeinsamkeit, wenn sie – zeitlosen Wesen gleich und dennoch gegenwärtige Mißstände angreifend –, ausgelassen rhythmischen Klängen schmissiger Musik folgend, sich des Schutzes der Gemeinschaft erfreuen. Sie genießen die Würde und fühlen sich im Übermut beschwingt und frei, denn sie dürfen anprangern, ihrem Herzen Luft machen, die Welt auf den Kopf stellen. Jetzt regieren die Jecken. An einem Tag übernehmen sogar die Weiber die Macht!

In den Jahren 1559 – 1573 wurde an der Musterlehranstalt der Jesuiten in Rom die Institution eines Karnevalskönigreiches ausgerufen. Hier spielten die Theologiestudenten des Collegium Germanicum, die zur Rekatholisierung Deutschlands ausgebildet wurden, „verkehrte Welt“. Sie wählten einen König, feierten Bankette, theatrales Fastnachtsspiele, belustigten sich auf Ausfahrten und hiel-

ten Rügegerichte. Am letzten Faschingsabend aber stellte der Karnevalskönig in einer kurzen Rede fest, daß das materiell und sinnlich ausgerichtete Treiben in dieser Welt von des Teufels Macht sei, eine schnellvergängliche, sündige Last. Darum legte er seine majestätischen Insignien ab und bewies damit beispielgebend seine Bereitschaft, die Fastenzeit anzunehmen als Vorbereitung in willentlicher Umkehr zu einem Leben der guten Taten unter der Herrschaft Gottes.

Ähnliche „Narrenreiche“ kannte man im späten Mittelalter bereits in Frankreich. Sie wurden bald in vielen Bistümern nachgeahmt. Wir kennen noch ihre Hochburgen in Mainz, Köln, Trier, Düsseldorf, München, und das bunte Fastnachtstreiben im alemannischen Raum, in den Alpenländern, vereinzelt und weniger schwungvoll auch in Norddeutschland. Immer spielen dabei Verkleidungen und Masken eine wichtige Rolle.

Viele Rituale aus heidnischer und frühchristlicher Zeit vermischten sich und blieben überliefert. In der Vorstellung der Menschen damals zogen Götter und Dämonen über Berg und Tal. Machtvoll forderten sie Tribut von den Menschen. Die legten sich demutsvoll, vielleicht auch, um abschreckend zu wirken, Tierkostüme an und verbargen sich hinter furchterregenden Masken. In der Selbstverleugnung fühlten sie sich wohl stärker und weniger angreifbar.

Die regional verschieden herausgebildeten Fastnachtsbräuche und ihre dazugehörenden eigentümlichen Tiergestalten, Kostüme und Masken werden von den Heimat- und Trachtenvereinen gepflegt, oft sorgsam streng geschützt, um sie unverfälscht an spätere Generationen überliefern zu können.

Forscht man nach dem Sinn der Karnevalsfiguren, erfährt man z. B., daß die Schönmaskenträger, die sich als barocke Weißnarren im Baarkreis versammeln, zwar des Leibes Anmut huldigen, zugleich aber von seiner verdorbenen Seele erzählen. Die groteskhäßlichen Masken hingegen stellen die Gebrechen des Körpers zur Schau als Beweis, daß der liebreizenderen Jugend bald das Alter mit seinen Mängeln folgt. Tiere

sollen meist negative Eigenschaften darstellen: Gier, Geilheit, Hochmut, Freßsucht, Hoffart usw.

Der leidvollen Erfahrung mit den menschlichen Schwächen ist das Fastnachtstreiben ein Ventil. Schon die Vorbereitungen zu diesem großen Ereignis zwingen zum Bedenken der Moral und zu gemeinschaftlichem Tun, befreien dadurch besonders in der dunklen, kalten Jahreszeit die zu Vereinsamung und Schwermut neigenden Menschen von trüben Gedanken.

Daran mag der Mainzer Bischof Paul Leopold Haffner gedacht haben, der den Karneval für eine höchst christliche und katholische Institution hielt. Er soll gesagt haben (im 19. Jahrhundert!), er würde es als Ketzerei betrachten, wollte man den Karneval abschaffen!

Anne Bahrs

Frisch & Fromm.

Die Katholische Presse gibt erfrischend
andere Antworten auf aktuelle Zeitfragen.

Ihr Fundament ist und bleibt der christliche Glaube.

Und der ist überraschend vielseitig.

Überzeugen Sie sich selbst davon.

Eine Informations-Broschüre liegt für Sie bereit.

Rufen Sie an: 02 28 / 21 53 34.



**KATHOLISCHE
PRESSE**

ÜBERRASCHEND VIELSEITIG !

APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL

Christliche Wertvorstellungen sollen auch in der Sicherheitspolitik und der Armee gelten

General Karl Majcen, der österreichische Generaltruppeninspekteur, war der Hauptredner bei der diesjährigen Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI), die vom 6.—10. Juni in Flensburg stattgefunden hat. Mit den „Möglichkeiten der Verwirklichung christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften“ wollten sich die Delegierten vorrangig auseinandersetzen.

Das AMI ist ein internationaler Verband, in dem katholische Soldaten aus vielen Ländern sich zusammengeschlossen haben. In diesem Jahr waren Österreich, Spanien, Frankreich, die USA, Kolumbien, Portugal, Italien, Kanada, Belgien, die Niederlande und Deutschland (das mit Oberst i.G. Jürgen Bringmann auch den Präsidenten stellt) vertreten. Sie wollen gemeinsam daran arbeiten, daß der Dienst des Soldaten in den Kirchen und der Gesellschaft ihrer Länder als Dienst am Frieden verstanden und ausgeübt wird.

Zu Beginn feierte der Katholi-

sche Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, mit den Delegierten ein Pontifikalamt und gab einen Empfang. Auch vom Oberbürgermeister von Flensburg, Olaf Cord Dielewicz, und — in Vertretung des Bundesministers der Verteidigung — vom Befehlshaber der Flotte, Vizeadmiral Dieter F. Braun, wurden die Delegierten empfangen.

(Pressemitteilung)

Grußwort des Generalinspektors der Bundeswehr

Entsprechend Ihrem Selbstverständnis als freiwillige internationale Vereinigung von Soldaten, die Christen sind, haben Sie sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam an der Festigung und Verbreitung des Friedens, für internationale Zusammenarbeit und für die Verwirklichung christlicher Normen und Wertvorstellungen in den Streitkräften zu arbeiten.

Immer noch und immer wieder stehen Christen vor der Frage, welcher Beitrag zur Erhaltung und Gestaltung des Friedens zwischen Menschen und Völkern ihnen möglich und geboten ist. Der Bruch des moralisch und ethisch begründeten sowie verpflichtend geltenden Völkerrechts durch Saddam Hussein und der Krieg am Golf hat

bei vielen Menschen die Frage nach der Legitimation von Streitkräften neu aufgeworfen. Nicht immer waren die Diskussionen von der nötigen Sachlichkeit bestimmt. Wer Streitkräfte verantwortlich machen will als Ursache für Bedrohungen oder Bruch des friedlichen Zusammenwirkens der Völker, übersieht, daß die Soldaten nicht Anlaß für Spannungen und Unfrieden in der Welt sind, sondern deren Folge. Er verwechselt das Mittel — wie so häufig — mit der Tat.

Auch in Zukunft wird sich der Wille eines Staates und seiner Bürger zur Selbstbehauptung und zur Sicherung des Friedens in Freiheit auf Macht stützen müssen. Soldaten und Streitkräfte bleiben auch in Zukunft legitimiert, denn die Aufgabe eines Staates ist es, Recht und Freiheit seiner Bürger nach innen wie nach außen wirksam zu schützen. Soldatischer Dienst in so legitimierten Streitkräften ist deshalb auch immer Dienst für die Gemeinschaft und damit auch Dienst für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Nach meiner Überzeugung kann gerade der Christ Soldat sein in Streitkräften, deren Auftrag dem Schutz von Frieden in Freiheit, der Wahrung der Würde des Menschen und der Durchsetzung des Rechts mit angemessenen Mitteln gilt. Dies gilt um so mehr, wenn die innere Ordnung der Streitkräfte die Werte, für die sie einzutreten haben, widerspiegelt.

Ich freue mich, daß die diesjährige Gesamtkonferenz des Apostolat Militaire International erstmalig im vereinten Deutschland stattfindet und wünsche Ihnen allen interessante Gespräche und ein gutes Gelingen Ihrer Konferenz in Flensburg.

Dieter Wellershoff

Katholischer Militärbischof, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, zu katholischen Soldaten aus aller Welt am 6. Juni 1991

— Bonifatius ist nicht nur Apostel der Deutschen, sondern auch ein großer christlicher Europäer. —

„Wer heute den Glauben bezeugen will, der muß den Kopf hinhalten“, erklärte Erzbischof Johannes Dyba, deutscher Katholischer Militärbischof bei der Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) in Flensburg. Vor Delegierten aus 11 Ländern Europas und Amerikas (Italien, Spanien, Niederlande, Frankreich, Österreich, USA, Kanada, Portugal, Kolumbien, Belgien und Deutschland) wies der Bischof darauf hin, nur durch persönliches Zeugnis, wie

es der heilige Bonifatius in seinem Leben und seinem Tod gegeben habe, könne der Glaube heute weitergegeben werden. Es sei Aufgabe katholischer Soldaten — wie aller Christen —, christliche Werte überzeugend vorzuleben und zu vertreten.

Die internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes, die 1959 als Symbol der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland begann und an der in diesem Jahr erstmals auch Soldaten aus Polen und Ungarn teilnahmen, ist nach Dybas Worten das Modell für eine neue Ära der Kooperation — in einer Zeit, in der es gelte, den Glauben nicht nur in Osteuropa, sondern in ganz Europa wieder zu verbreiten und eine „Zivilisation der Liebe“ zu versuchen. „Wenn Menschen Gott suchen, finden sie einander.“

Der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation in Europa habe auch Konsequenzen im Bereich der Völkerrechte, erklärte Erzbischof Dyba. Die Welt sei nun zu weit zusammengedrückt, als daß man es noch unter dem Deckmantel der Anerkennung nationaler Souveränität einfach mit ansehen könne, mit welcher Grausamkeit Diktatoren Zehntausende von Menschen, ja halbe Völker ausröteten.

Erzbischof Dyba forderte die katholischen Soldaten im AMI auf, sich weiterhin engagiert für die Würde, die Rechte und die Freiheit der Menschen in ihren Ländern

und in der Völkergemeinschaft einzusetzen.

General- versammlung

Rede des Präsidenten des AMI bei der Eröffnung der Generalversammlung 1991

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
als neuer Präsident des Apostolat Militaire International begrüße ich Sie sehr herzlich zur diesjährigen Generalversammlung in Flensburg, der nördlichsten Stadt Deutschlands — auch des wiedervereinigten Deutschlands. Gastgeber unserer diesjährigen Konferenz ist die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Deutschlands, vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Paul Schulz. Und ich begrüße Sie in der deutschen Diaspora. Auch wenn sich jeweils etwa die Hälfte der Christen in Deutschland zur protestantischen bzw. zur katholischen Konfession bekennen, so ist dies doch nur eine umfassende statistische Aussage. Unter regionalen und geographischen Gesichtspunkten sind deutliche Unterschiede feststellbar. Während der Süden Deutschlands, also besonders Bayern und Baden-Württemberg, sozusagen katholisch dominiert wird, sind die Katholiken im Norden Deutschlands und jetzt auch im Osten Deutschlands eine

Minderheit, sie sind eben in der Diaspora. Deswegen freuen sich die Katholiken hier in Flensburg, in Schleswig-Holstein, Gastgeber der diesjährigen Konferenz des Apostolat Militaire International zu sein und damit auch nach außen hin als Katholiken Flagge zeigen zu können.

Ich freue mich, hier so viele Delegierte, Freunde und Gäste unseres internationalen Militär-apostolats zu sehen — viele lange Bekannte und um die gemeinsame Arbeit verdiente Gesichter, viele aber auch, die neu zu uns gestoßen sind. Das ist wichtig, denn der Gedanke des AMI soll ja nicht in exklusiven Zirkeln behandelt werden, sondern hinausgetragen werden in die Lebenswirklichkeit unserer Länder — und deswegen begrüßen wir neue Gesichter. Ich begrüße die Delegierten und Gäste aus Frankreich, Kanada, Portugal, Spanien, Italien, Kolumbien, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, den Niederlanden, Belgien und natürlich auch aus Deutschland. Und ich weise mit Freude darauf hin, daß in diesem Jahr erstmals eine offizielle Delegation aus den USA und aus Kanada bei uns ist. Ich hätte mich besonders gefreut, auch in diesem Jahr den Vizepräsidenten des Päpstlichen Rates für die Laien, Bischof Dr. Paul Josef Cordes, wieder bei uns begrüßen zu können. Aber leider mußte er vor wenigen Tagen seine Zusage zurücknehmen — die römische Kurie

braucht ihn anderswo.

Hiermit eröffne ich die diesjährige Generalversammlung des AMI.

Diese Konferenz des AMI steht unter dem Thema „Möglichkeiten der Umsetzung christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften“. Ich freue mich, daß General Karl Majcen, der Generalruppeninspekteur des österreichischen Bundesheeres und — was sicher für uns ebenso wichtig ist — der langjährige Präsident des Apostolat Militaire International, sich bereit erklärt hat, zu diesem Thema den Grundsatzvortrag zu halten. Ich begrüße ihn und die Mitglieder des Präsidiums von 1985 bis 1990 ganz herzlich als alte Freunde und Weggefährten. Ich habe heute die angenehme Aufgabe, in Ihrer aller Namen General Majcen und den Mitgliedern seines Präsidiums aus Österreich, Divisionär Dr. Franz Eckstein und Vizeleutnant Erich Hansmann, sehr herzlich für ihre Arbeit für das AMI in den vergangenen sechs Jahren zu danken.

General Majcen war fast seit der Gründung des AMI dabei und hat vom Oberstleutnant bis zum Viersternegeneral unablässig, ohne irgendwann in seinem Engagement nachzulassen, mit Verstand und Herz die Anliegen des Apostolat Militaire International vertreten. Er war von 1972 bis 1979 Generalsekretär unserer Gemeinschaft und seit 1985 der erste Präsident nach der Anerkennung des AMI als Inter-

nationale Katholische Organisation durch den Hl. Stuhl.

Die Zeit österreichischer Präsidentschaft war eine gute Zeit für das AMI; es ist gewachsen und bekannter geworden. Es würde zu weit führen, alle Aktivitäten hier zu nennen. Aber es soll doch gesagt werden, daß schon 1987 das AMI über „Möglichkeiten des Laienapostolats in den Streitkräften in Osteuropas“ nachgedacht hat — ein Thema, das uns nun, nach der Selbstwiderlegung des materialistischen Kommunismus, noch intensiver beschäftigen wird. Unter Österreichs Präsidentschaft wurde das AMI Mitglied der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen (OIC) und kann damit seine Stimmen in den Laiengremien der Weltkirche noch besser zur Geltung bringen. Schließlich feierte das AMI unter österreichischer Präsidentschaft sein 25jähriges Bestehen — eine lange Zeit in einem Menschenleben, für eine kirchliche Gemeinschaft allerdings trotz allem eine kurze Zeit.

Unser Dank an Österreich, an General Karl Majcen, an Divisionär Franz Eckstein und an Vizeleutnant Erich Hansmann ist zugleich unsere Bitte, daß unsere österreichischen Freunde wie bisher in bewährter Weise in unserer internationalen Gemeinschaft mitarbeiten — wir brauchen Sie.

Es ist mir eine besondere Freude, heute im Namen und Auftrag aller Mitglieder und Freunde des

AMI Sie, verehrter Herr General Majcen, Dich, lieber Karl, zum Ehrenpräsidenten des AMI zu berufen. Dies soll unser Dank und unsere Anerkennung für Deine Arbeit nicht nur als erster Präsident des AMI, sondern in den vergangenen Jahrzehnten sein. Es ist natürlich auch ein zusätzliches Band, mit dem wir Dich auch in Zukunft eng in unsere Arbeit für die Soldaten als Christen einbinden wollen. Herzlichen Glückwunsch, Herr Ehrenpräsident.

Als Dank und zur Erinnerung überreiche ich Dir als erstem Mitglied des Apostolat Militaire International die neugeschaffene große Ehrenplakette des AMI.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die Symbolik dieses Emblems unserer Gemeinschaft kurz eingehen, das wir ja in Toulouse 1988 für uns beschlossen haben. Innerhalb der Umschrift „Apostolat Militaire International“ — AMI — kreuzen sich drei Schwerter. Die beiden unteren gekreuzten Schwerter stehen als Symbol für das Soldatische, als ein traditionelles, alle Teilstreitkräfte umfassendes Zeichen für den militärischen Dienst.

Das dritte Schwert steht senkrecht über diesen beiden gekreuzten Schwertern. Dadurch entsteht das XP, das Zeichen für Christus. Mit seiner Spitze weist es auf die Buchstaben AMI hin. Der soldatische Dienst, den wir leisten, wird also auf der Grundlage unseres christlichen Glaubens geleistet, er

wird damit Dienst für die „Sicherheit und Freiheit der Völker“. Wir leisten unser Apostolat in den und für die Streitkräfte. Unser Dienst, wie wir ihn als christliche Soldaten verstehen, ist damit Teilhabe am Weltauftrag des Christen. Wir verwirklichen ihn innerhalb der Streitkräfte unserer Länder, die wir der Würde des Menschen und unserer christlichen Grundeinstellung entsprechend gestalten wollen. Wir verwirklichen diesen Auftrag aber auch in unseren Ländern und international, indem wir zur Verhütung von Krieg, zur Friedenssicherung, zur Landesverteidigung und Wiederherstellung des Friedens beitragen und uns für Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrecht und Menschenwürde und auch für die Rechte aller Völker einsetzen. Sie sehen, unser Emblem hat wirklich eine gut durchdachte und tiefgehende Bedeutung.

Herrn Divisionär Dr. Franz Eckstein und Herrn Vizeleutnant Erich Hansmann, denen ich ebenfalls noch einmal ganz herzlich für ihre Arbeit in den langen Jahren der Präsidentschaft danke, darf ich die kleine Ehrenplakette des AMI überreichen. Möge diese Plakette Sie immer an das AMI erinnern und zu weiterer Arbeit dafür anspornen.

Zu danken ist natürlich auch unserem Generalsekretär Oberst d.G. Rolf Urrisk, und unserem Geistlichen Beirat, Padre Fernandez Martinez. Da Sie aber beide weiterhin Ihre Funktionen wahr-

nehmen und gemeinsam mit uns die Arbeit des AMI tragen wollen, wollen wir Sie heute weder verabschieden noch beschenken — das kommt irgendwann später.

Das neue Präsidium arbeitet natürlich in der Kontinuität und auf der Basis dessen weiter, was in den vergangenen Jahren getan wurde. Lassen Sie mich Ihnen, da Sie sie vielleicht nicht alle kennen, noch einmal die beiden Mitglieder des Präsidiums vorstellen. Oberstabsbootsmann Günter Thye ist vielen von Ihnen durch lange Jahre der Mitarbeit im AMI bekannt. Er hat hier in Flensburg beim Flottenkommando seine dienstliche und private Heimat. Er war im übrigen der erste, der den Gedanken hatte, AMI-Familienfreizeiten durchzuführen; viele davon hat er selbst organisiert. Sein Interesse gilt, schon von der geographischen Lage her, den nordischen Ländern; er wird sich deshalb besonders dafür einsetzen, auch in diesem Bereich Verbindungen mit dem AMI zu knüpfen.

Oberst i.G. Franz Thiele, wie Günter Thye langjähriges Mitglied der GKS, ist jetzt G1 des Korps/TerrKdo OST in Potsdam. Nach Neigung und Erfahrung — er war deutscher Verteidigungsattaché in Madrid — wird er einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Verbindung zu den romanischen und lateinamerikanischen Ländern legen. Aber natürlich, und das ist das Entscheidende, wird sich das Präsidium gemeinsam bemühen,

im Sinne der Ziele zu arbeiten, denen wir uns im AMI gemeinsam verpflichtet fühlen und die Sie und die Generalversammlungen der kommenden Jahre uns vorgeben.

Jürgen Bringmann

Vortrag anlässlich der AMI-Konferenz 1991

„Möglichkeiten der Umsetzung christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften“

Aus dem Zeitpunkt, zu dem wir heute beieinander sind, um uns mit diesem Thema auseinanderzusetzen, ergibt sich vielleicht ein Ansatz, wie wir denn Antworten finden könnten auf die darin enthaltenen Fragen. Der Zeitpunkt, den ich meine, ist das Pfingstfest, das wir vor kurzem feierten. Ich hoffe, daß Sie meine Auffassung teilen, warum ich gerade für unsere Konferenz und gerade zu diesem Thema den Bezug zum Fest des Heiligen Geistes herstelle. „Als sich das Getöse erhob, strömte die Menge zusammen und war ganz bestürzt; denn jeder hörte sie in seiner Sprache reden“ (Apg 1, 6).

Wir sind zwar nicht unter Getöse zusammengekommen, aber doch wohl in der Hoffnung, in der hoffnungsvollen Erwartung, daß wir einander verstehen würden. Die Mitglieder des AMI kommen ja aus Ländern mit unterschiedlichen

Sprachen, mit unterschiedlichen Organisationsformen der Streitkräfte bzw. unterschiedlichen Wehrformen, und sie repräsentieren schließlich Streitkräfte, in denen die Wirkungsmöglichkeiten katholischer Militärseelsorge, die Entfaltungsmöglichkeiten für Laienarbeit unter Soldaten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. So darf wohl zunächst für uns selber gelten, was eine österreichische katholische Wochenzeitung „Die Furche“ (Nr. 20/91) anlässlich des Pfingstfestes schrieb: „Pfingsten ist das Fest des Geistes Gottes, der sich uns Menschen mitteilen will.“ Und sie wünscht ihren Lesern dann: „Das Vertrauen in das Wirken des Geistes, auf den man bauen kann, die innere Bereitschaft zum Hinhören und Verstehen, aber auch Fähigkeit in der Sprachverwirrung unserer Tage, viel zu oft die Quelle von Mißverständnissen, selbst eine Sprache von Mensch zu Mensch zu finden, die *mitteilt*.“

Das gilt sowohl für unser Suchen nach Antworten untereinander und miteinander als auch für das Finden von Möglichkeiten des Umsetzens christlicher Normen und Wertvorstellungen. Wir sind damit also ganz eindeutig auf das Problem der Sprache verwiesen. Das beginnt wohl schon damit, daß wir immer wieder Bezug nehmen sollen auf unsere Statuten in der gültigen Übersetzung, damit wir zu zielgerichtetem Denken und Handeln auf der Basis des gemein-

samen Verstehens kommen. Insofern sind unsere bisherigen Konferenzen immer wieder auch ein kleines Pfingstwunder gewesen; ein Pfingstwunder, das meist seinen Ausgang in der menschlichen Begegnung am Rande unserer Treffen nahm, um sich dann im Konferenzsaal in den erarbeiteten Texten zu dokumentieren. Wenn ich heute die Ehre habe, Ihnen, verehrte Anwesende, liebe Freunde, meine als Grundsatzvortrag angekündigten Gedanken vorzulegen, so tue ich das in der Hoffnung des pünktlichen Eintreffens des Heiligen Geistes hier in Flensburg, und ich tue es im Bewußtsein dessen, was wir schon als AMI auf dem Weg durch die 25 Jahre unseres Bestandes dazu gesagt haben. Das will aber auch heißen, auf einer gewissen Grundlage aufzubauen, sie als sicher und bekannt vorzusetzen. Ist dieser Anspruch gerechtfertigt? Im Prinzip ja, möchte ich mit einer bekannten Formel antworten, im Detail habe ich jedoch gewisse Zweifel. Zum Beispiel darüber, ob wir alle dasselbe meinen, wenn wir von christlichen Normen und Wertvorstellen sprechen. Ganz zu schweigen, ob wir uns dann darüber einig wären, ob es möglich, ja — so verstehe ich unsere heutiges Thema — notwendig sei, sich um das Umsetzen der von uns als christlich erkannten und auch als solche bezeichneten Normen explizit zu bemühen.

Unsere Kameraden der GKS ha-

ben sich in etlichen Veranstaltungen des Begriffes der Grundwerte angenommen, und dabei wurde vielfach unterstrichen, wie sehr, gerade in den Gesellschaften, in denen die katholische Kirche in der Geschichte eine wesentliche Rolle spielte und spielt, das Herausarbeiten und Formulieren der Grundwerte seine Wurzeln im Christentum hat.

In jüngster Zeit und sicher unter den Eindrücken des sich anbahnenden Wandels hat dies der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, anlässlich des internationalen Soldatengottesdienstes am 30. Jänner 1990 im Kölner Dom wie folgt zum Ausdruck gebracht, nachdem er auf den soldatischen Dienst in seiner christlichen bzw. ethischen Bindung hingewiesen hatte: „Und nach unserem gesellschaftlichen Verständnis ist Ethik ohne die normative Bedeutung des Evangeliums wiederum nicht denkbar. Denn mehr noch, als vielleicht mancher heute wahrhaben möchte, durchzieht der christliche Glaube unsere geistige Welt und unsere abendländische Kultur.“

Man ist fast versucht auszurufen: ein unverdächtigter Zeuge! Der Generalinspekteur fährt in seiner Dankansprache an den Prediger, Kardinal Meisner, dann fort: „Daher empfinden wir uns auch nicht als Soldaten aus einem nur professionellen Selbstverständnis, nein wir verstehen uns als Soldaten, denen über ein ethisches Bewußt-

sein eine höhere Dimension von Verantwortung aufgegeben ist. Und diese Verantwortung ist geleitet von einem Wertverständnis, das Frieden in Freiheit, Menschenrechte, Demokratie heißt.

So stehen wir und unsere alliierten Kameraden, die ich unter uns sehe, nicht so sehr im Bewußtsein eines „Wogegen“, welches die Anfangsjahre des Bündnisses und die Gründungsjahre der Bundeswehr vielleicht noch bestimmt hat, als vielmehr im Verständnis eines „Wofür“. Und dieses „Wofür“ in seiner Bindung an christliche Kultur und bürgerliche Errungenschaften wird Bestand haben, solange Konflikte zwischen Interessen, Menschen und Völkern bestehen.

Dieses Konfliktpotential Mensch sollten wir nicht aus falsch verstandener christlicher Einschätzung mißdeuten. Denn die Hoffnung auf eine gänzlich friedvolle Welt steht — zumindest nach meinem christlichen Selbstverständnis — in Widerspruch zu Gottes Schöpfungsgedanken.

Die Freiheit steht unauflöslich im Zusammenhang mit der Gefahr, schuldig zu werden. Dabei hilft uns der mündig gewordene Glaube, in der Zuversicht und Kraft, die notwendig sind, um unsere Aufgabe zu erfüllen.

Ich glaube, daß es der Auftrag Gottes ist, unsere Friedlosigkeit und Unzulässigkeiten in dem uns gegebenen Maß zu überwinden, daß wir aber nicht hoffen können,

das Böse aus dieser Welt zu verbannen, d.h., den Menschen aus seinem Menschsein zu entlassen.

Ein solches Menschsein ist aber ohne auf Recht gründende Ordnungssysteme nicht denkbar und diese sind auch nicht ohne Macht zu beherrschen. So gesehen erfüllen Streitkräfte als Teil staatlicher Macht eine Aufgabe zwischen göttlicher Schöpfungsabsicht und gelebter Wirklichkeit. Und damit steht das ethisch begründbare „Wofür“ über jenem wandelbaren „Wogegen“. 2)

Der Admiral verweist dann noch auf die Rückbesinnung auf die christliche Dimension des Auftrages von Streitkräften heute und kommt unter Bezugnahme auf den Freiheitswillen des Menschen zum Schluß: „Diese Kraft, die — wie ich glaube, durch Gott — im Menschen angelegt ist, sollte uns zuversichtlich machen und uns gerade auch in Zeiten großer Dynamik mit Geduld und Vertrauen ausstatten.“ 3)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir bewußt, daß es vergleichbare Aussagen auch aus den anderen Mitgliedsländern des AMI gibt, ich setze aber Ihr Verständnis dafür voraus, daß ich mit diesem längeren Zitat sowohl dem Gastgeberland meine Reverenz erweisen möchte, als auch unserer Verständnisbasis, warum wir uns mit dem Thema auseinandersetzen, eine aktuelle Deutung geben will, mit der wir uns alle identifizie-

ren können sollten.

Damit habe ich einen Akkord angeschlagen, den wir im Ohr behalten sollen, weil ich ihn für entscheidend beim Suchen nach Möglichkeiten zum Umsetzen von christlichen Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften halte. Deswegen entscheidend, weil wir ohne dieses Leitmotiv Gefahr laufen, uns im Dschungel von Zuständigkeiten, Verantwortungsebenen etc. zu verlieren, wollte ich heute versuchen, in der Art eines Kochbuches Handlungsanweisungen zu geben, bei welcher konkreten Gelegenheit man sich wie verhalten müsse, um im Sinne unseres Themas richtig zu handeln. Mir kommt dabei Lukas 3, 10–18, in den Sinn; wo von der Predigt Johannes des Täufers am Jordan die Rede ist, von seiner Bußpredigt und den Fragen der Leute, welche Konsequenzen dies nun für ihre Lebensführung habe.

Und es heißt dann in diesem Evangelium vom 3. Adventsonntag u.a.: „Auch Soldaten fragten ihn: Was sollen denn wir tun? Und er sagte zu ihnen: Mißhandelt niemand, erpreßt niemand, begnügt euch mit eurem Sold!“

Bezogen auf unser Thema wäre das wohl etwas wenig, wenngleich bei einem Blick auf so manche Handlungen, die Soldaten auf der ganzen Welt setzen, auch dies schon sehr viel wäre, wenn es Katholiken in den Streitkräften gelänge, dieser Weisung des Vorläufers

Jesu zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist aber für unseren Anspruch ein Minimalprogramm und ist im Zusammenhang mit der Ankündigung des Täufers zu sehen, der wir uns ausgesetzt sehen und die uns Motivation sein muß: „Er wird Euch mit heiligem Geist und mit Feuer taufen. Er hält schon die Schaufel in der Hand, um seine Tenne zu säubern und den Weizen in seine Scheune zu sammeln. Die Spreu aber wird er in nie erlöschendem Feuer verbrennen.“

Karl Rahner hat in einer Meditation über diese Bibelstelle den Kontrast angesprochen zwischen der scheinbaren Banalität der Antwort des Johannes auf die Fragen der Menschen und seinen drohenden Ankündigungen, und kommt dabei zum Schluß: „Was sollen wir tun, fragten die Leute etwas verschüchtert nach der unheimlichen Predigt des Täufers von Sünde und unausweichlichem Gericht, von Umkehr, die wirklich alles umkehrt. Er gibt Antwort, und plötzlich sind wir durch diese Antwort da, wo wir sowieso leben und uns in nüchterner Geduld plagen müssen. Aber seine Antwort besagt, daß wir gerade da das Kommen des Reiches Gottes erfahren können. Wenn wir nur wollen und uns dem geheimen Sein und der innersten Kraft dieses Alltages hoffend überlassen.“ 4)

Diese Aussage ist eine wichtige Zwischenantwort auf unsere Suche nach den Möglichkeiten des Umsetzens christlicher Normen

und Wertvorstellungen, denn sie zeigt uns, daß anscheinend einfache Antworten auf anscheinend einfache Fragen immer im Zusammenhang mit den Umständen gesehen und verstanden werden müssen — und sie verweist auf die Anstrengung, die wir dabei auf uns nehmen müssen — nicht ohne auch auf den Lohn zu verweisen. An dieser Stelle halte ich es für richtig, immer auch geleitet vom Bemühen, die Spuren katholischer Soldaten bei ihrer Arbeit in der Kirche unter Soldaten sichtbar zu machen, das Schlußwort von Heinrich Hauermann, Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Inspektionsbereich des katholischen Militärbischofs, vom 27.4.1988 zu zitieren: „Grundwerte erfordern Grundhaltungen.“ Um sich an geistigen Auseinandersetzungen beteiligen, Sinn im Verteidigungsauftrag des Soldaten und den Heils- bzw. Weltauftrag der Kirche im Standort verwirklichen zu können, ist ein wachsender Blick, Lerneifer und auch Arbeitsbereitschaft erforderlich, vor allem aber der Mut zum Zeugnis.

Unser Bischof sagte der Zentralen Versammlung 1987 in Stapelfeld:

„Den Grundwerten, zu denen man sich bekennt, müssen persönliche Grundhaltungen entsprechen. Eine politische und soziale Verantwortung, die sich von Grundwerten leiten läßt, verlangt aus ihrer Natur heraus, daß die Menschen sich

entsprechend diesen Grundwerten verhalten. Das Bekenntnis zu den Grundwerten wird erst dann glaubwürdig, wenn der, der sich zu ihnen bekennt, Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit zu seiner eigenen, zu seiner ganz persönlichen Sache macht.“ Dazu ist jeder von uns aufgerufen. 5)

Erinnert sich dabei nicht mancher unter Ihnen an eine der zentralen Aussagen von Prof. Wallner in seinem Vortrag bei der AMI-Konferenz in Wien/Neuwaldegg, in dem er formulierte: „Selbstbesserung kommt vor Weltbesserung.“ 6)

Ich rufe Ihnen hiermit zu: das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um es tun zu können, eine der entscheidenden Möglichkeiten, im Sinne unseres Themas einen Beitrag zu leisten.

Eingangs meines Vortrages meinte ich, daß leichte Zweifel angebracht seien, ob wir denn das gemeinsame und einheitliche Verstehen von christlichen Normen und Wertvorstellungen hätten, die es umzusetzen gelte. Und ich verband damit eine gewisse Warnung, das große „C“ (= christlich) sozusagen vor sich hertragend, mit einem Unabdingbarkeitsanspruch in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften als katholische Soldaten aufzutreten. Bei uns in Österreich gibt es, wohl aus der Zeit der Gegenreformation stammend, den Spruch: „Wir werden Euch schon noch katholisch machen!“ Daß dies nicht gemeint

ist, nicht gemeint sein kann und auch nicht gemeint sein will, darüber sollten wir uns hier und heute einig sein.

Warum aber dann das Thema? Aus dem oben dargelegten Verständnis der Werte, der Grundrechte, der Menschenrechte und aus unserer Verpflichtung als Christen, im speziellen Fall als katholische Soldaten einen Beitrag zum Kommen des Reiches Gottes zu leisten. Beizutragen, wie es der Präsident des katholischen Laienrates Österreichs in seinem Wort zum Pfingstempfang 1989 „Verantwortung der Christen für eine säkularisierte Welt“ u. a. ausdrückte: „Darum ist es angebracht, gerade die bewußten Christen im Land auf ihre Verantwortung für die säkularisierte Welt, in der sie leben, aufmerksam zu machen. Wo und wie sie ihrer Verantwortung nachkommen können, hängt natürlich von den jeweiligen Fähigkeiten und Möglichkeiten ab. Jeder sollte bereit sein, seine Fähigkeiten weiter zu entwickeln; oft aber fehlt der letzte Anstoß, sie auch ins Spiel zu bringen. Auffordern, Ermuntern und Fördern gerade junger Menschen in einem weit größeren Maß als bisher sind notwendig. Und wenn jemand seiner christlichen Weltverantwortung nachkommt, dann sollten wir ihm auch weiter Mut machen und ihn unterstützen.“ 7)

In diesen Worten sind doch wohl auch einige wichtige Anregungen und Hinweise für uns enthalten.

Wir sind zunächst an unsere Weltverantwortung erinnert, wie sie der Kirche, und im speziellen den Laien, vom II. Vatikanischen Konzil aufgetragen ist. Soweit also ein Wort zum Warum des Suchens nach Möglichkeiten des Umsetzens christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Welt von heute. Diese Welt ist für katholische Soldaten wohl auch und vorwiegend das Feld der Verteidigungspolitik und der Streitkräfte. Waldstein verweist uns aber auch auf das dazu notwendige Entwickeln unserer Kenntnisse und Fähigkeiten. Wie sagte Bischof Hengsbach in einem Vortrag am 26.9.1974 beim Territorialkommando Süd in Heidelberg zum Thema „Werte der Zukunft — Zukunft der Werte“:

„Um der Zukunft willen müssen Werte erkannt, anerkannt, gelebt und auch gelehrt werden.“ 8) Ohne ausdrücklichen Bezug auf das Bild des Menschen als Geschöpf Gottes und damit auch mehr aus dem Blickwinkel der Sozialwissenschaften kommt Ludwig Schulte in seiner Arbeit zum Thema „Wertsysteme und Normen in den Streitkräften“ zu folgender Aussage: „Für die Streitkräfte ist es dagegen von ausschlaggebender Bedeutung, daß zu ihrem Selbstverständnis das Bewußtsein jener Werte gehört, die den Auftrag der Streitkräfte verständlich machen.“ 9)

An anderer Stelle des Textes von Schulte heißt es: „So wichtig

die Tatsache ist, daß der militärische Bereich auf in sich einsichtige Grundnormen oder Werte hin orientiert ist, so entscheidend ist die konkrete Verdeutlichung dieser Werte auf den verschiedensten Ebenen der Verantwortlichkeit. Eine allgemeine Begriffsbestimmung von Frieden, Freiheit, Menschenwürde oder Gewissensfreiheit nutzt wenig. Worauf es ankommt ist die Exemplifizierung dieser Grundwerte in den verschiedensten Bereichen militärischer Funktionen.“ 10) Um es nochmals zu unterstreichen, auch wenn bei Schulte's Ausführungen der funktionalistische Gesichtspunkt zu überwiegen scheint: für uns und unseren Anspruch im Sinne der Statuten des AMI wird damit das Feld, das wichtigste Feld unseres Tätigwerdens in der Verteidigungspolitik, zu den Streitkräften abgesteckt. Wir sind also mit aufgefordert, uns zu beteiligen an der Formulierung von Wertvorstellungen; mitzuwirken, wie ich schon mehrmals in meinem Beitrag darlegen durfte, daran, daß die Sicht von Streitkräften und den in ihnen Dienst versehenen Menschen, nicht auf das Funktionieren eingengt wird, sondern daß die Werte, denen sie sich verpflichtet fühlen, verpflichtet fühlen sollen, solche sind, in denen das Zeugnis der Kirche, auch als Kulturgut im weitesten Sinn, zum Ausdruck kommt. Und Gott hat nur uns, für ihn und sein Wirken Zeugnis abzulegen. Das ist unser Auftrag, unsere Be-

rechti gung, uns für das Umsetzen christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften einzusetzen. Anläßlich des Symposiums anläßlich „30 Jahre Menschenrechte“ hielt Dr. Rudolf Pesch unter dem Titel „Bergpredigt und Menschenrechte“ drei Referate. Dabei führte er in der Zusammenfassung zum 2. Referat u.a. aus:

- „3. Die Bergpredigt avisiert eine Kirche, die Gesellschaften und Staaten den Sinn der von ihnen proklamierten Grundwerte und Grundrechte erst ‚übertrefflich‘ aufzuschließen vermag und verpflichtet die Christen auf eine Übereinstimmung von Lehre und Praxis in christlicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in heilvoller Weltgestaltung.
4. Die Bergpredigt erweist um der christlichen Freiheit willen, die eine unterscheidbare empirische Gestalt freier Gesellschaftung verlangt, die Religionsfreiheit als das zentrale Menschenrecht, das Recht des Menschen (facultas), das ganz seiner Pflicht (obligativ) korrespondiert, die ihm eigene Würde als Geschöpf Gottes, das zur Sohnschaft berufen ist, frei und öffentlich zu begrenzen: Gott die Ehre zu geben.“ 11)

Welche Schlüsse können wir daraus für unser Thema ziehen? Nun, ich will — auf meiner Linie bleibend — Sie nochmals einladend sagen, daß die Möglichkei-

ten des Umsetzens sich nach der Notwendigkeit richten und nicht lehrbuchartig erfaßt und aufgezählt werden können und vielleicht auch nicht sollen. Wir sind im Zuge unseres Referates schon auf die Betrachtungsweise nach Verantwortungsebenen gekommen, aber wohin würden wir gelangen, wollten wir versuchen — und ich wiederhole mich — etwa dem General konkret, für unterschiedliche Staaten, sagen zu wollen, wo seine Möglichkeiten für das Umsetzen liegen.

Und im gleichen Atemzug das gleiche für den Militärseelsorger, das gleiche für den Wehrpflichtigen? Nein, ich bleibe dabei und versuche, Ihnen das auch klarzumachen: da die Notwendigkeit aus unserem Mandatum als Getaufte und Gefirmte gegeben ist, müssen wir in mühevолlem Tun, im Einzelfall die Möglichkeiten finden, wo und wie wir, um weiter in der Themenformulierung zu bleiben, christliche Normen und Wertvorstellungen umsetzen können.

Das bedeutet zweierlei, und das ist gleichzeitig eine Herausforderung an den Soldaten und an den Christen in uns:

a) *Wir müssen uns als Katholiken ständig um die Fundierung unseres Glaubenswissens bemühen und unablässig für die Grundwerte in der Sicht des Menschen als Geschöpf Gottes eintreten.* Der schon zitierte Rudolf Pesch faßte beim Symposium 1978 seine Überle-

gungen zum Thema „Der Mensch und seine Würde in der Bergpredigt“ wie folgt zusammen (— und das soll verdeutlichen, was ich meine):

„1. Der Glaube an die Würde des Menschen wie ihn die Vereinten Nationen proklamiert haben, ist auslegungsbedürftig. In der Einladung zu unserem Symposium heißt es mit Recht: Was allerdings mit dieser Menschenwürde genauer gemeint ist, muß immer neu aus den Quellen der Religion, der Ethik und der gesamten Menschheitserfahrung erhoben werden.“

Also, wir wissen was wir tun müssen, wollen wir ein aktuelles, diskussionsfähiges Bild vom Menschen und von Gott — und damit von den christlichen Normen und Wertvorstellungen haben.

b) *Katholische Soldaten sollen in ihren beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten, ihrem Verständnis von Sicherheitspolitik und ihrem Wissen über die Streitkräfte, denen sie angehören, einschließlich der Organisation der Militärseelsorge, an der Spitze stehen.* Dann wird es leicht sein, die Anerkennung ihrer Kameraden zu finden, vor allem aber werden sie keine Schwierigkeiten haben beim Aufspüren von Möglichkeiten des Umsetzens christlicher Normen und Wertvorstellungen. Dies befähigt sie, sozu-

sagen automatisch zum „Recht-versehen des Dienstes“, womit sie auch als „Diener des Friedens und der Freiheit der Völker“ qualifiziert sind. Gibt es einen höheren Anspruch an einen katholischen Soldaten?

Diese Art der Suche nach den Umsetzungsmöglichkeiten verlangt allerdings Mut. Mut zur Freiheit des Denkens, Mut zur Freiheit des Handelns, mit einem Wort Mut zur Anwendung auch der Prinzipien der katholischen Soziallehre. Ihr hat gerade Papst Johannes Paul II eine Enzyklika gewidmet.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich habe versucht, Sie für den Gedanken zu gewinnen, daß die Möglichkeiten des Umsetzens christlicher Normen und Wertvorstellungen in den Streitkräften sich an der Notwendigkeit dazu orientieren soll. Ich hoffe, ausreichend begründet zu haben, daß der Bereich der Grundwerte das zentrale Feld unseres Suchens sein soll — und daß es dafür nicht möglich ist, eine „Zentrale Dienstvorschrift“ des AML herauszugeben. Wohl aber, meine ich, wir sollten nicht aufhören, uns gegenseitig darüber aufzuklären, wie die Situation in unseren jeweiligen Streitkräften ist und gemeinsam unser Wollen stärken, uns dieser Aufgabe stets und immer wieder aufs Neue zu stellen. Das bedeutet die Sicht der Möglichkeiten als die Herausforderung des Aufspü-

rens. Als Hilfe dabei habe ich das Verständnis der Grundwerte ganz allgemein und das Bemühen um deren richtige Auslegung angegeben und das Verständnis für die Aufgabenstellung der Streitkräfte und den Dienstbetrieb in ihnen.

Ich möchte aber nicht schließen, ohne Ihnen in Erinnerung zu rufen, daß wir in unserem Schatz an Erkenntnissen und Beiträgen auch solche finden, die, mit gutem Recht und viel Engagement auch sehr konkrete Hinweise enthalten. Kurt Land stellte unter dem Titel „Geht hinaus und bringt den Frieden!“ 12 Leitgedanken zur Diskussion (siehe Beilage) 12) und Ekkehard Richter sprach bei der 28. Woche der Begegnung zum Thema „Umsetzen der Grundwerte und Grundhaltungen im täglichen Dienst des Soldaten“. 13)

In beiden Fällen handelt es sich um sehr konkrete Handreichungen, die zeigen, daß man sich der Lösung unseres Problems auch von einer anderen Seite nähern kann. Und wir sollten uns auch bemühen, diesem Zugang unsere Aufmerksamkeit zu widmen.

Auf welchem Wege wir, jeder einzelne von uns, wo immer er steht, er auch immer die Möglichkeit nutzt, Wertvorstellungen einzusetzen, lassen Sie mich abschließend ein konkretes Beispiel nennen, wie es z.B. sich bei der Gestaltung von Vorschriften auswirken kann:

„§ 2 Gottesfurcht

Die Gottesfurcht ist die Grundlage eines moralischen Lebenswandels und eine Aneiferung zur treuen Erfüllung der Pflicht.

Grundsätze, die den Menschen zum strengen Erfassen seiner Obliegenheiten anspornen, ihn in den Beschwerlichkeiten des Lebens unterstützten, seinen Mut beleben, ihm Beruhigung in Gefahren und Trost im Unglück bieten, müssen geehrt und gepflegt werden.

Spott über religiöse Gegenstände oder Verunglimpfung derselben ist ebenso wie alles, was eine Gehässigkeit zwischen den verschiedenen Glaubensgenossen hervorrufen könnte, zu vermeiden.

Der Soldat soll demnach die Achtung, welche jeder religiösen Überzeugung gebührt, bei keiner Gelegenheit verletzen, sie vielmehr jederzeit würdig zum Ausdruck bringen.

Dieser Gesichtspunkt ist auch für das Verhalten des Militärs bei der Beteiligung an religiösen Festlichkeiten maßgebend.

Jedem ist, soweit der Dienst es zuläßt, die Verrichtung seiner Andacht und seiner religiösen Pflichten zur gehörigen Zeit zu gestatten.

§ 3 Moralität

Die Moralität des Soldaten hat als Stütze seines Pflichtgefühles, seiner Treue und Verlässlichkeit eine hohe Bedeutung für den Dienst.

Charakter und Lebenswandel

des Kriegsmannes sollen tadellos sein. Offen und wahr, ehrlich und treu, halte er sich nicht nur fern von Vergehen und Verbrechen, sondern auch von Heuchelei, Eigennutz und krankhafter Ehrsucht.

Er strebe nach Achtung und Anerkennung, nach Auszeichnung und Ruhm, aber nur auf der geraden Bahn redlicher Pflichterfüllung.

Er hüte sich vor Trunkenheit, Hazardspiel, leichtsinnigem Schuldenmachen und Umgang mit schlechter Gesellschaft.

Solche sittliche Gebrechen entfernen von den Berufspflichten, hindern am Auslangen mit den Bezügen, rauben Ehre und Gesundheit, verleiten oft zu Verbrechen und stürzen ins Verderben.

Der Soldat darf dem allgemeinen Gute weder Schaden tun, noch, wenn er es verhindern kann, Schaden tun lassen; er soll daher auch alles vermeiden, wodurch voraussichtlich ein Nachteil an demselben entstehen könnte.“

Das allerdings stammt aus dem „Dienstreglement für das Heer aus der österr.-ungar. Monarchie.

Ich bin sicher, es lassen sich auch in unseren heutigen Vorschriften genügend Spuren des Wirkens katholischer Soldaten finden.

Sollten wir das nicht zu einem Forschungsgegenstand machen, um uns selbst und unserer Umwelt zu zeigen, wie sich die Gedankenwelt katholischer Soldaten zum Nutzen von Kirche und Welt Gel-

tung verschafft hat und noch verschafft?

Wir kommen damit sicher auch einer Vorstellung von Kardinal Ratzinger nach, wenn er fragt: Und die Kirche — was soll sie „tun“?

„Ich würde antworten: Sie sollten zunächst einmal wirklich sie selber sein. Sie dürfen sich nicht zu einem bloßen Mittel der Moralisierung der Gesellschaft degradieren lassen; noch weniger sich durch die Nützlichkeit ihrer Sozialwerke rechtfertigen wollen. Je mehr Kirche nur noch das direkt anzielt, was in ihr sozusagen ein von ‚selbst Hinzugegebenes‘ sein sollte, desto mehr wird sie auch darin versagen. Die Kirche muß zunächst dem Auftrag genügen, in dem ihre Identität gründet: Gottes Reich verkündigen. So entsteht der Raum, in dem das Moralische seine Existenz zurückgewinnt, weit über den Kreis der Glaubenden hinaus.

Ihre Verantwortung für die Gesellschaft muß die Kirche desungeachtet auf vielfältige Weise wahrnehmen, nicht zuletzt dadurch, daß sie sich verständlich zu machen versucht; daß sie das Göttliche und das daraus folgende Moralische einsichtig werden läßt. Sie muß überzeugen, denn nur, indem sie Überzeugung schafft, öffnet sie den Raum für das, was ihr übergeben ist und immer nur auf dem Weg der Freiheit — das heißt über Verstand, Wille und Gefühl — zugänglich werden kann.“

Wir alle sind Kirche! Also sind

wir auch als katholische Soldaten aufgerufen, dem wandernden Volk Gottes in den Streitkräften zu richtigem Marschtempo und zum Halten der Richtung zu helfen. Für alle gilt dabei aber: *Der Mensch ist der Weg der Kirche!*

Ich habe eingangs auf das Pfingstfest Bezug genommen und ich will nun den Kreis schließend, auch noch auf etwas Wichtiges für jedes Tun eingehen: das Wirken des Heiligen Geistes. Darum müssen wir auch beten. Was können wir dann erwarten? Das, was wir zum Erfolg auch benötigen, wollen wir beim Umsetzen christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften Erfolg haben. In einem in Österreich gängigen Kirchenlied lautet das so:

— ... Hauch uns deine Weisheit ein, daß wir suchen Gott allein! ...

— ... Um Verstand und Licht wir flehn, daß wir Gottes Wort verstehen ...

— ... Steh uns bei mit deinem Rat, daß wir gehn den rechten Pfad ...

— ... mach uns stark in Leid und Streit, salb uns mit Standhaftigkeit ...

— ... Gib uns heilige Wissenschaft, aus dem Quell der Glaubenskraft ...

— ... Uns mit deiner Lieb entzünd, daß wir ganz gottselig sind ...

— ... Die Furcht Gottes uns erhalt, denn der Himmel leidet Gewalt ...

Beilage zu Vortrag Gen Karl Majcen anlässlich AMI-Konferenz 1991

„Geht hinaus und bringt den Frieden“ (Kurt Landl, 12 Leitgedanken)

1. Wir reichen allen Menschen die Hand, ganz gleich welcher Hautfarbe, welchen Standes, welcher Konfession, welchen Geschlechts und welcher Nationalität. Auch der Rang, der Dienstgrad ist hierfür für uns nicht entscheidend.

„Kirche sind wir alle.“

2. Wir akzeptieren alle Menschen, die im Miteinander, in der Fürsorge für in Not geratene, im Zusammenspiel von Organisationen und Einrichtungen die Realisierungsmöglichkeit für ein Konzept sehen, zum Wohle einer menschenwürdigen und freien Gesellschaft.

„Frieden kann es nur geben, wenn die Menschen einander verstehen.“

3. Wir sehen uns als Menschen, die bereit sind, bei allen Leistungen unserer Dienstleistungsgesellschaft auch die Verantwortung, besser formuliert „das Prinzip der Verantwortung“ — als Dienstleistung anzuerkennen.

„Jeder wirke als Apostel entsprechend seiner Fähigkeiten.“

4. Wir stehen zu allen Menschen positiv, die, aufbauend auf dem Prinzip „Verantwortung“, bereit sind, mit der uns nachfolgenden Generation über die unverant-

wortliche Zerstörung der Natur, der Umwelt, nicht nur zu diskutieren, sondern Maßnahmen zum gemeinsamen Handeln zu überlegen, und die diese Maßnahmen auch realisieren. Wir bekennen uns zur Achtung jeder Kreatur und zur Achtung der Schöpfung überhaupt. Wir stellen uns damit auch uneingeschränkt den Fragen der Verantwortungsethik und wollen damit erreichen, daß das Schlagwort „no future“ wirklich nur ein Schlagwort bleibt. Wir werden dafür Phantasie beweisen müssen. „Phantasie ist wichtiger als Wissen“, sagt Einstein. Ohne Phantasie, ohne Utopien bleiben wir der Gegenwart verfallen. Die Utopie, das Platzlose, hat sich für die Zukunft häufig mehr bewährt als das sogenannte Bewährte.

„Menschsein heißt, Utopien zu haben!“

5. Wir reichen allen Menschen die Hand, die erkennen und wissen, daß wir nicht nach dem beurteilt werden, was wir sagen, sondern auch nach den Inhalten unseres Handelns. Werte und Maßstäbe wie Dienen, Disziplin und Gehorsam, aber auch wie Selbstverwirklichung, Beteiligung und Mitwirken, Freizeit und Familie haben für uns verbindlichen Charakter.

„Nichts ist so beispielhaft, wie das eigene Vorbild.“

6. Wir reichen allen Menschen die Hand, die bereit sind anzuerkennen, daß es sich lohnen würde, die Grundsätze von Freiheit, von Gerechtigkeit, von Solidarität im

persönlichen Tun als Richtschnur anzuerkennen. Leider suchen wir selbst oft nicht die Wahrheit, sondern nur die Bestätigung unserer Ansichten. Kritischsein heißt jedoch immer auch selbstkritisch sein. Selbstkritisch dem eigenen Urteil gegenüber. Das fällt uns um so schwerer, je mehr unser Urteil ein Vor-Urteil ist, also damit ein Urteil, das vor dem Denken kommt.

„Wir möchten in einer Kirche sein, die denken darf.“

7. Wir sind einig mit allen Menschen, die wissen, daß es Freiheit nur mit dem Anderen, dem Mitmenschen, in der Gesellschaft, in einer Gemeinschaft geben kann, im Sinne einer anzustrebenden Solidarität und nur im Einklang mit der Natur.

„Die Freiheit des einzelnen hat ihr Ende zu finden bei der Gefährdung des Gemeinwohles.“

8. Wir reichen allen Menschen die Hand, die bedingungslos anerkennen, daß die humanen Voraussetzungen für unser Leben, die Freiheit der Erkenntnis, die Freiheit der Selbstbestimmung und die Freiheit der Selbstverpflichtung sind. Unser aller Tun ist politisches Handeln und Politik bestimmt unser Tun. Das Leben ist Politik. Politik ist aber nicht Glaubenssache — Glaubenskämpfer sind nur mit Gewalt zu schlagen —, sondern Politik ist eine Frage von Sachkunde, von Sachlichkeit, Verantwortung und Kompromißbereitschaft.

„Wir vertreten die Idee einer politi-

schen Kirche, nicht jedoch die Idee einer Kirche, die politisiert; und jeder übernehme und trage die Verantwortung, die ihm im Sinne des Ganzen zukommt.“

9. Wir reichen allen Menschen die Hand, die erstreben, nicht auf Dauer in einem autoritären, sondern in einem demokratischen Staat zu leben, weil nur dieser den persönlichen Freiraum gewährt, der erst das Menschsein ausmacht. Er gewährt auch Sicherheit, und Sicherheit ist die Folge von verantwortlichem Handeln der Bürger und nicht das Ergebnis eines staatlichen Gewaltmonopols. „Freiheit bedeutet auch, den eigenen Glauben bekennen zu können.“

10. Wir unterstützen alle Menschen, die mit uns die Einigung Europas voranbringen wollen, nicht nur eines Teiles — der EG oder eines Westeuropas —, und die den Mut haben, sich weiterhin zur Utopie eines Weltstaates zu bekennen. Die Entwicklung der letzten Monate bestärkt in dieser Hinsicht unsere Hoffnungen.

„Kirche kennt keine Grenzen und baut Straßen, die zueinander führen.“

11. Wir begrüßen all jene Menschen, die überzeugt davon sind, daß Anständigkeit mehr bedeutet als eine schöne Sentimentalität und Menschlichkeit mehr als nur eine Phrase. Sie sind in der heutigen Zeit beinahe schon ein Wagnis, und damit dieses Wagnis keine Torheit ist, bedarf es der An-

strengung vieler Menschen, beginnen wir damit bei der AKS, beginnen wir bei uns.

„Im Mittelpunkt steht der Mensch.“

12. Wir gehen auf alle Menschen offen zu, die mit Überzeugung anerkennen, daß es nicht nur wichtig ist, daß ein Mensch das Richtige denkt, sondern auch, daß der, der das Richtige denkt, ein Mensch ist.

„Mensch sein im Sinne der Nachfolge Christi.“

Karl Majcen

Bericht des Präsidenten am 8. Juni 1991

Mit dem heutigen Bericht des Präsidenten des AMI schließe ich an das an, was ich am Donnerstag bei der Eröffnung der Konferenz gesagt habe. Und da dieses Präsidium hier offiziell erst ein knappes halbes Jahr im Amt ist, bin ich in der glücklichen Lage, weniger über bisher Geleistetes Rechenschaft ablegen zu müssen, als vielmehr zu Themen und Aufgaben sprechen zu können, die sich dem AMI in der Zukunft stellen. Ich will aber gleich hinzufügen, daß das Präsidium und, ich bin sicher, der Generalsekretär und der Geistliche Beirat, sich natürlich in der Kontinuität der Arbeit sehen, die das AMI in den vergangenen 26 Jahren geleistet hat. Internationa-

le Arbeit braucht einen langen Atem; Oberst Dr. Korn, der Gründer der GKS, meinte immer, international werde in zehn Jahren allenfalls das erreicht, was man national in einem Jahr vollbringen könne. Es gilt also, das weiter voranzubringen, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam angepackt haben.

Aber trotz der Kontinuität unserer Arbeit glaube ich, daß ich bestimmte Schwerpunkte unserer Aufgaben in der kommenden Zeit aus meiner Sicht ansprechen sollte.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des Apostolat Militaire International sollten in den kommenden Jahren sein — ohne Anspruch auf Vollständigkeit und natürlich immer unter dem Aspekt, auch auf aktuelle Entwicklungen in Kirche und Welt durch unsere Arbeit zu reagieren:

1. Wir müssen uns mit dem soldatischen Auftrag weiterhin auseinandersetzen. Dieser Auftrag ist auf die Erhaltung des Friedens, auf seine Förderung, aber — wie uns die Ereignisse der letzten Monate in aller Welt gezeigt haben — auch auf die Wieder-in-Kraftsetzung des Rechts und die Wiederherstellung des Friedens mit militärischen Mitteln ausgerichtet. Ich denke, in manchen Ländern ist man in den vergangenen Jahren von diesem Aspekt des soldatischen Dienstes in Gedanken etwas weggekommen. Wir müssen uns mit dem harten Faktum auseinandersetzen,

daß Soldatsein auch die Anwendung militärischer Gewalt und Machtmittel bedeuten kann; es bedeutet in letzter Konsequenz die Möglichkeit des Tötens und Getötet-Werdens. Ich denke, hierüber muß die AMI weiter ernsthaft nachdenken, und hierzu muß es sich äußern.

Ich denke, der Golfkrieg — von seinem Anfang mit der Okkupation Kuwaits am 2. August 1990, über den Beginn der Gegenangriffe gegen den Irak am 17. Januar 1991, über die Einstellung der Kampfhandlungen am 27. Februar dieses Jahres bis hin zur Hilfeleistung für die vom Regime Saddam Husseins verfolgten Kurden und Schiiten — hat für unsere Auffassung von Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik und legitimer Gewaltanwendung drei wichtige Erfahrungen gebracht.

Zum ersten: Sicherheitspolitik darf sich auch bei der Auswahl von Verbündeten oder Partnern nicht nur an sogenannten realpolitischen Gegebenheiten orientieren, sondern muß — wie alle verantwortliche Politik — auch moralische und ethische Kriterien berücksichtigen. Diktatoren und Aggressoren können aus unserer Sicht auch dann keine Sicherheitspartner sein wenn sie vorübergehend für unsere eigenen Ziele nützlich erscheinen.

Zum zweiten: „Wehret den Anfängen!“ Wer einem potentiellen Aggressor rechtzeitig klarmacht, daß eine Aggression nicht gedul-

det und auf Widerstand stoßen wird, hält ihn häufig von der Aggression ab. Und wer einer Aggression sofort entgegentritt, verhindert oft ihre Ausweitung und schlimme Folgen für die Streitkräfte und für die Bürger der betroffenen Länder.

Und ein drittes: Der Einsatz legitimer militärischer Gewalt muß klug geplant und durchgeführt werden. Er darf weder zu spät noch zu früh beginnen; er darf aber auch nicht zu früh enden. Selbstverständlich gilt es, die Belastungen und Leiden von Bevölkerung und Streitkräften so gering wie möglich zu halten. Es darf aber nicht sein, daß durch falsch verstandene Rücksichtnahme auf internationale Vorgaben oder nationale Selbstbestimmung der Einsatz der militärischen Macht zu früh beendet wird und dadurch nach dem Ende der Kampfhandlungen mehr Menschen zu Schaden kommen als im eigentlichen Krieg. Die Güterabwägung, zu der wir verpflichtet sind, gilt auch hier; die Menschenrechte sind unteilbar und dürfen nicht von der vermeintlichen Souveränität eines Gewaltherrschers abhängig gemacht werden.

2. Damt komme ich zum Thema der Menschenrechte. Es wird uns künftig stärker als in der Vergangenheit beschäftigen müssen. Einerseits geht es darum, den Rechten der Menschen in den Streitkräften verstärkt Geltung zu verschaffen und Verstöße gegen die-

se Rechte zu unterbinden. Andererseits gilt es, darauf zu drängen, daß Streitkräfte nur in einer Weise eingesetzt werden, die den Menschenrechten und natürlich dem Völkerrecht entspricht. Und schließlich geht es auch darum, den soldatischen Dienst als einen Dienst zu verstehen, verständlich zu machen und auszuüben, der dem Schutz der Menschenrechte dient — in wohlverstandener Auslegung der Aussagen der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils „*Gaudium et Spes*“.

In den Internationalen Katholischen Organisationen, den OIC, gibt es eine Arbeitsgruppe „Menschenrechte“. Ich habe bei der letzten Generalversammlung der OIC in Annecy die Mitarbeit des AMI in dieser Arbeitsgruppe angeboten. Es wird darauf ankommen, auf diese Weise in die Internationalen Katholischen Organisationen unser Verständnis von den Menschenrechten und ihrem Schutz einzubringen und zugleich dem — in Einzelfällen leider berechtigten — umfassenden Eindruck unter vielen Internationalen Katholischen Organisationen entgegenzuwirken, daß Soldaten nicht für die Menschenrechte eintreten, sondern sie vielmehr im eigenen Land wie im internationalen Bereich unterdrücken.

3. Eine weitere wichtige Aufgabe des AMI sehe ich, wie bisher auch, in der Unterstützung der Militärseelsorge. Wir als Soldaten und Christen sind Mitglieder unserer

Kirche, gehören der katholischen Militärseelsorge an. Es muß unsere Aufgabe sein, der Militärseelsorge in unseren Streitkräften den ihr gebührenden Raum einzuräumen und unsere Militärgeistlichen bei ihrer schwierigen und wichtigen Aufgabe an den Soldaten und ihren Familien zu unterstützen.

Wir sind überzeugt davon, daß durch „*Spirituale militum curae*“ die Militärseelsorge gestärkt und ihre wichtige Bedeutung für unsere Länder und unsere Soldaten unterstrichen worden ist. Das AMI wird sich den Anforderungen, die hier nicht nur den Geistlichen, sondern allen Christen in den Streitkräften gestellt worden sind, gerne und aus Überzeugung stellen.

4. Ebenso wichtig erscheint mir die Förderung der Laienarbeit in den Streitkräften. Die Kirche, das sind die Amtskirche und die Laien gemeinsam. Die Laien sind zum Weltdienst der Kirche berufen, wie es in der „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“ heißt. Es muß unser Ziel sein, in unseren Streitkräften immer mehr Soldaten aller Dienstgrade zu finden, die ihren Dienst als Laien in der Kirche als einen Auftrag zur Verkündigung und Verwirklichung des Evangeliums in ihrer spezifischen Arbeitswelt, in den Streitkräften, verstehen.

Es war wichtig, daß an der Bischofssynode 1987 erstmalig ein Soldat als Auditor teilgenommen hat. Wichtiger aber ist, daß diese

Synode und ihre Aussagen nicht ein einmaliges geschichtliches Ereignis bleiben, sondern daß die hier gesetzten Ziele und Aufgaben von uns als Laien erkannt und tagtäglich in unserem Dienst verwirklicht werden.

5. Die Konfrontation zwischen Ost und West in Europa ist weitgehend überwunden; wir sind auf dem Weg zur Kooperation. Es gilt nun, eine neue europäische Friedensordnung auf den Grundlagen unserer christlich-abendländischen Weltanschauung zu schaffen. Es gilt auch, diese Friedensordnung durch eine allgemeine europäische Sicherheitsordnung von innen zu stabilisieren und nach außen zu schützen. In Toledo habe ich 1989 gesagt: „Der Abbau der Grenzanlagen zwischen Österreich und Ungarn ist allerdings ein gutes Beispiel dafür, daß Spannungen und Grenzen überwunden werden können. In Ungarn hat man erkannt, daß der Westen mit seiner Politik allein dem Frieden und seiner Sicherung verpflichtet ist. Als Deutscher muß ich sagen: „Es wäre zu wünschen, wenn nicht nur die ungarische Grenze geöffnet wird, sondern ebenso die Grenzen zwischen der Tschechoslowakei und unserem Lande und schließlich die künstliche Grenze, die unser Vaterland teilt.“ Ich freue mich, daß diese Hoffnung von damals inzwischen Wirklichkeit geworden ist. Die Mauern sind gefallen, die Grenzen haben ihren trennenden Charakter verloren. Worauf es nun

aber ankommt, das ist, die Mauern auch in den Köpfen abzubauen. Wir müssen den Ländern und Völkern im Osten Europas im Rahmen des uns Möglichen mit Rat und Tat zur Hilfe kommen, ihnen unsere brüderliche Hand entgegenstrecken, für sie Verständnis in ihrer schwierigen Lage aufbringen. Ich denke, es ist eine wichtige Aufgabe für das AMI in den kommenden Jahren, die Kontakte zu unseren östlichen Nachbarn aufzunehmen und zu festigen. Polen ist ein katholisches Land, es hat eine eigene Militärseelsorge. Ungarn ist ein katholisches Land. Auch in den anderen östlichen Ländern ist das Christentum trotz jahrzehntelanger Verfolgung lebendig — manchmal sogar auf eine Art lebendiger und ursprünglicher als in dem einen oder anderen unserer Länder. Ein kleines Zeichen, ein kleiner Schritt in diese Richtung ist die Tatsache, daß in diesem Jahr erstmalig 85 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der polnischen Armee und 13 ungarische Soldaten an der internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes teilgenommen haben. Ich denke, das AMI muß auf diesem Weg vorangehen.

6. In diese Richtung zielt auch ein Vorhaben, das General Majcen 1990 in Wien für das Jahr 1995 vorgeschlagen hat. 50 Jahre nach Kriegsende sollten wir gemeinsam Veranstaltungen an historischen Stätten des letzten Weltkrieges in Europa durchführen, an Heiligtü-

mern im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Diese Veranstaltungen sollen ehemalige Gegner zusammenführen. Sie sollen der Erinnerung dienen, vor allem aber sollen sie vor aller Welt deutlich machen, daß Krieg und Feindschaft überwunden werden können, wenn Menschen guten Willens sind und diesen Willen auch in die Tat umsetzen.

7. Erwähnen will ich auch vier ganz konkrete Punkte und Aktionen:

- 1975 hat das AMI in Rom beschlossen, alljährlich den Weltfriedenstag international zu feiern und bei dieser Gelegenheit auf unsere Aufgabe als Soldaten und Christen hinzuweisen und für den Frieden in der Welt zu beten. Ich bitte Sie, in Ihren Ländern diese Feier des Weltfriedenstages als eine der zentralen Veranstaltungen des AMI in jedem Jahr zu begehen und dazu Freunde und Nachbarn aus anderen Ländern einzuladen.
- In diesem Jahr wird zum fünften Mal die AMI-Familienfreizeit durchgeführt. Sie soll dazu dienen, auch auf der Ebene der Familien die Mitglieder des AMI zusammenzuführen und unsere Verbindungen zu festigen. Dreimal wurde diese Freizeit inzwischen durch Deutschland gestaltet, einmal durch Österreich, einmal durch Frankreich. Wer dabei war, weiß, daß diese Freizeiten

wirklich zum Zusammenhalt und zur Freundschaft beitragen. Aber, das muß ich leider heute sagen, wir werden solche Freizeiten in Zukunft nur dann weiter durchführen können, wenn sich auch andere Länder zu ihrer Vorbereitung und Durchführung verpflichten. Deshalb bitte ich heute ganz herzlich, daß sich noch bei dieser Konferenz ein AMI-Land bereit erklärt, im Jahre 1992 in der Haupt-Urlaubszeit, also im Juli oder August, eine solche Freizeit zu gestalten.

- Das AMI vereint Länder und Mitglieder der verschiedensten Sprachen. Bei unseren Konferenzen verständigen wir uns durch unsere eigenen Sprachkenntnisse und mit Hilfe unserer Dolmetscher. Aber wir feiern auch gemeinsam Gottesdienst und singen gemeinsam. Das Präsidium hat sich vorgenommen, in den nächsten zwei Jahren ein Gebet- und Gesangsbuch für die Mitglieder des AMI zu erarbeiten, das Texte und Lieder zumindest in den Sprachen italienisch, spanisch, französisch, englisch und Deutsch, möglichst auch in niederländisch enthalten soll. Ich bitte Sie alle herzlich, diesem Projekt zuzustimmen und dem Präsidium hierzu Ihre Vorschläge und Anregungen zu geben.
- Für das Thema „Finanzen“ ist eigentlich der Generalsekretär

zuständig. Worum ich Sie aber alle bitte, ist, zu prüfen, ob wir mit Ihrer Hilfe die finanzielle Basis des AMI etwas verbreitern können. Vieles von dem, was wir tun könnten und tun müßten, hängt eben von Finanzen ab. Ich frage mich immer, weshalb „Pax Christi“ und der christliche Pazifismus weltweit große Geldmittel für Werbung und Information ausgeben können, während wir in dieser Beziehung recht kläglich dastehen. Es müßte doch möglich sein, etwas mehr Geld für unsere guten Vorhaben zu beschaffen — ich bitte sie alle um Ihre Hilfe.

8. Für 1992 hat uns Kolumbien eingeladen, die Generalversammlung in Bogota durchzuführen, und zwar vom 7. bis 12. Oktober. Ich denke, der 500. Jahrestag des Beginns der Evangelisierung Amerikas ist ein guter Termin, um auch als AMI in Südamerika präsent zu sein und unsere Vorstellungen zu verdeutlichen. So könnte denn auch das Thema dieser Konferenz sich mit der Christianisierung in den Streitkräften beschäftigen. Aber ich will hier der anstehenden Diskussion über diese Frage natürlich nicht vorgreifen. Dennoch darf ich aber meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Kolumbien — neben CELAM — Mitglied des AMI werden will; ich empfehle der Generalversammlung die Annahme des Aufnahmeantrages.

9. Schließlich, und dies ist

nichts Neues, liegt dem neuen Präsidium daran, die konkreten Kontakte zwischen den Mitgliedern und Freunden des AMI zu vertiefen, den Informationsfluß untereinander zu verbessern und vor allem in persönlichen Gesprächen dazu beizutragen, daß unsere gemeinsamen, in den Statuten des AMI festgelegten Ziele erreicht werden. Deshalb werden wir uns bemühen, in den kommenden Jahren auch persönlich in den Ländern des AMI, bei den Militärbi-schöfen und den verantwortlichen Laien, für unsere gemeinsame Arbeit zu werben und Vorschläge für die Intensivierung der Laienarbeit katholischer Soldaten zu machen.

10. Zum Schluß will ich noch einmal auf das Thema dieses Jahres zurückkommen, „Möglichkeiten der Umsetzung christlicher Normen und Wertvorstellungen in der Verteidigungspolitik und in den Streitkräften“. Wir haben gehört, was General Majcen in seinem beeindruckenden Vortrag zu diesem Thema zu sagen hatte. Wir werden noch hören, was die einzelnen Länder aus ihre Sicht dazu erarbeitet haben. Und ich denke, viele der Anregungen und Vorschläge, die ich aus der Sicht des Präsidiums gemacht habe, passen zu diesem von uns gewählten Thema — und dieses Thema ist ja auch ein Auftrag. Wir wollen, daß unsere Streitkräften vom christlichen Menschenbild geprägt sind und daß unser soldatischer Auftrag aus christlicher Sicht verstanden und

erfüllt wird. Und wir wollen, daß unter unseren Mitchristen und Mitbürgern Verständnis für diese Aufgabe christlicher Soldaten besteht und zunimmt. Lassen Sie uns ge-

meinsam an diesen Aufgaben im Sinne der Zielsetzung des Apostolat Militaire International weiterarbeiten. Ich danke Ihnen.

Jürgen Bringman

6. Familienfreizeit des Apostolat Militaire International (AMI)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Gleich zu Beginn des neuen Jahres – wenn auch insgesamt ein wenig spät – einige Hinweise zur diesjährigen Familienfreizeit des Apostolat Militaire International (AMI).

Diese 6. Familienfreizeit wird durch unsere italienischen Kameraden ausgerichtet.

Ihnen und Ihren Familienangehörigen wünsche ich für das eben angebrochene Jahr alles Gute und Gottes reichen Segen.

Mit freundlichem Gruß
Günter Thye

Ort:

Erholungsstätte Colle Isarco
(Gossensass)

Tel.: 0039/472 – 6 23 26

Zeit:

5. bis 17. September 1992

Lage:

Die Erholungsstätte befindet sich in der gleichnamigen Stadt Südtirols am Oberlauf des Eisachtales an der Mündung der Flüsse Isarco und Fleres in 1098 m Seehöhe – ca. 5 km von VIPITENO (Sterzing) und 15 km von der Grenze (Brenner) zu Österreich entfernt.

Freizeiteinrichtungen:

Räume zur allgemeinen Benutzung:

- Kaffeebar, Kino, Diskothek, Pizzeria, Fernsehraum, Spielsaal
- Sporteinrichtungen, Friseur, Solarium
- Bügel- und Waschgelegenheiten

Kosten:

Kinder bis 1 Jahr: keine Kosten

Kinder 1 – 3 Jahre: 50 % Ermäßigung

Kosten pro Tag in Lire:

Art des Zimmers	mit gemeinsamen Bad und WC			mit eigenem Bad und WC		
	Verpflegung	Unterkunft	gesamt	Verpflegung	Unterkunft	gesamt
1 Bett	9000,-	9000,-	18000,-	9000,-	10000,-	19000,-
2 Bett	9000,-	8500,-	17500,-	9000,-	9000,-	18000,-
3 Bett	9000,-	7000,-	16000,-	9000,-	8500,-	17500,-
4 Bett	9000,-	6500,-	15500,-	9000,-	8000,-	17000,-
5 Bett	9000,-	6000,-	15000,-	9000,-	7000,-	16000,-

(1000 Lire = ca. 1,40 DM)

Anmeldungen:

Reservierungen müssen bis spätestens **31. März 1992** vorgenommen werden beim

Ordinariato Militare

salita des Grillo 37, I-00184 Roma, Tel.: 0039/6 - 6795100

oder

Colonelo Giancarlo Naldi, Via ripa candida 13, I-00178 Roma. Tel.: Büro: 0039/6-49865219, 8 - 18 Uhr, Privat: 0039/6 - 7187250.



KIRCHE UND STAAT

Katholische Militärseelsorge nach der Vereinigung Deutschlands

Militärseelsorge versteht sich als eine Ausgestaltung des an die Kirche ergangenen Auftrags, den Glauben in der Welt zu leben und zu bekennen. „So sollen alle Jünger Christi“, verlangt das II. Vatikanische Konzil, „überall auf Erden... für Christus Zeugnis geben und allen, die es fordern, Rechenschaft ablegen von der Hoffnung auf das ewige Leben, die in ihnen ist.“¹⁾ Es entspricht dem in der Kirchenkonstitution dargelegten kirchlichen Selbstverständnis, über das Bekenntnis des Glaubens hinaus an der Gestaltung der Welt teilzunehmen. Daher bietet das Konzil „der Menschheit die aufrichtige Mitarbeit der Kirche an zur Errichtung jener brüderlichen Gemeinschaft aller, die dieser Berufung entspricht.“²⁾

Die Militärseelsorge ist im Sinne des II. Vatikanischen Konzils Teil der dort beschriebenen Kirche, die sich an dem ihr zugewiesenen Ort als „Kirche unter den Soldaten“ den im Wesen gleichen Aufgaben stellt wie die gesamte Kirche: dem Gottesdienst (Liturgia), der Verkündigung des Wortes Gottes (Martyria) und dem Dienst für den

Menschen (Diakonia). So wird dem Auftrag des Konzils entsprochen, „auf die geistliche Betreuung der Soldaten wegen ihrer besonderen Lebensbedingungen eine außerordentliche Sorgfalt“ zu verwenden.³⁾ „Die alltägliche Lebenswelt der Soldaten und ihrer Familien soll im Geist des Evangeliums gestaltet werden“, heißt es im Wort des Katholischen Militärbischofs zur Vereinigung Deutschlands.⁴⁾

Im folgenden werden angesichts der Herausforderungen, die sich für sie aus der Vereinigung Deutschlands ergeben, einige zentrale Aspekte des Konzeptes der Militärseelsorge dargestellt. Dies ist erstens die Einbindung der Militärseelsorge in die Gesamtseelsorge und zweitens der in der Pastoral sich niederschlagende Versuch einer christlichen Durchdringung der Lebenswelt der Soldaten.

1. Militärseelsorge ist Teil der Gesamtseelsorge

Kirche und Staat haben aus unterschiedlichen Gründen ein Interesse an der Präsenz von Geistlichen in der Kaserne. Die Kirche strebt aufgrund ihres Selbstverständnisses eine größtmögliche Nähe zum Soldaten an. Durch diese Nähe soll die seelsorgliche Begleitung und ethische Orientierung im militärischen Bereich ermöglicht werden. Der Staat hingegen ist bestrebt, auch den Soldaten unter ih-

ren besonderen Dienst- und Lebensumständen im Frieden wie im Verteidigungsfall das religiöse Bekenntnis zu ermöglichen.

Rechtliche Basis des Zugangs der evangelischen und katholischen Kirche zu den in staatlichen Einrichtungen tätigen Soldaten ist letztendlich das grundgesetzlich verankerte Recht des Individuums auf ungestörte Religionsausübung (Art. 4 GG). Dieses Grundrecht ist durch Artikel 140 des Grundgesetzes⁵⁾ dahingehend näher ausgestaltet, daß Gottesdienst und Seelsorge in den Streitkräften zuzulassen sind, wenn ein entsprechendes Bedürfnis besteht. Der einzelne Soldat hat nach § 36 des Soldatengesetzes gegenüber seinem Dienstherrn einen Anspruch „auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung“.

Das Recht des Individuums auf ungestörte Religionsausübung erfährt Einschränkungen durch die mit dem Dienst des Soldaten einhergehenden besonderen Umstände. Daher sieht sich der Staat als Dienstherr der Soldaten in der Pflicht, durch die Übernahme von Kosten und des organisatorischen Aufbaus der Militärseelsorge⁶⁾ „das seinerseits Erforderliche zu tun, um diesen Anspruch zu verwirklichen“.⁷⁾ Der Bundeswehr ist im Reichskonkordat von 1933 durch Vereinbarung von Kirche und Staat für die katholischen Soldaten und ihrer Familien eine „exempte Seelsorge“⁸⁾ zugestanden worden; demgemäß obliegt die Mi-

litärseelsorge nicht unmittelbar den Diözesanbischöfen, sondern untersteht dem Katholischen Militärbischof, wenngleich die Diözesanbischöfe an zweiter Stelle ebenfalls zuständig sind.⁹⁾

Die weltkirchliche Regelung der Militärseelsorge, die Apostolische Konstitution *Spirituali militum curae* von 1986, sieht als Regelfall den hauptamtlichen Militärbischof vor, „außer wenn die Umstände einer Nation etwas anderes anraten“.¹⁰⁾ Aufgrund der kritischen Auseinandersetzung mit der Wehrmachtseelsorge des Zweiten Weltkrieges steht im Mittelpunkt des neuen Konzeptes der Militärseelsorge die strukturelle Einbindung in die übrige Kirche.¹¹⁾ „Dreh- und Angelpunkt“¹²⁾ dieses Konzeptes ist, daß ein in der Bundesrepublik Deutschland residierender Diözesanbischof zusätzlich das Amt des Militärbischofs übernimmt.¹³⁾ Hierdurch soll neben der Gewährleistung der äußeren und inneren Unabhängigkeit des Militärbischofs „die enge Kooperation zwischen den Bischöfen gefördert und die Verantwortung der Teilkirchen gestärkt werden...“¹⁴⁾

Diese Kooperation hatte ihre Tragfähigkeit zu erweisen, als es im vergangenen Jahr um die Frage katholischer Militärseelsorge in den Streitkräften des beigetretenen Teils Deutschlands ging. Auch wenn die Jurisdiktion des Katholischen Militärbischofs sich seit dem Tage der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 nach der

Rechtslage automatisch auf die katholischen Soldaten der nun zur Bundeswehr gehörenden ehemaligen NVA erstreckt, wäre es im Geiste der Statuten und kirchlichen Mitbruderschaft nicht angezeigt gewesen, diese Jurisdiktion ohne das vorherige Einvernehmen mit den Bischöfen in den neuen Bundesländern auszuüben. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, daß die Diözesanbischöfe wie auch die Orden Seelsorger aus ihrem Klerus für eine begrenzte Zeit von in der Regel 8—10 Jahren für die Militärseelsorge freistellen.

Pfarrer und Pastoralreferenten, die aus den Gemeinden kommen, Angehörige ihres Bistums bleiben und nach ihrer Zeit in der Militärseelsorge dorthin wieder zurückkehren,¹⁵⁾ binden Ihrerseits die Kirche unter den Soldaten ein in die übrige Kirche. Einer diesem Prinzip entsprechenden Militärseelsorge im Bereich der ehemaligen DDR wird nur dann Erfolg verheißen sein, wenn sich aus dem Klerus der Kirche in den fünf neuen Bundesländern Geistliche zum Dienst in der Militärseelsorge bereitfinden.

II. Christliche Durchdringung des Lebensbereichs der Soldaten

„Zweck und Einsatz des soldatischen Dienstes (sind) von der gesamten Gesellschaft wie vom Soldaten selbst vor allem auch unter ethischen Gesichtspunkten zu verantworten“, hat die „Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bun-

desrepublik Deutschland“ festgehalten. Hierbei soll „die Militärseelsorge ihrerseits den Soldaten zu einer verantworteten Entscheidung verhelfen“.¹⁶⁾ Militärseelsorger tragen hierzu keine eigenständig entwickelten Positionen vor, vielmehr ist gemäß Artikel 1 der Statuten dem Militärbischof die Verkündigung der kirchlichen Lehre aufgetragen.¹⁷⁾

Orte dieser Verkündigung sind neben dem Gottesdienst und religiösen Intensivformen (Exerzitien und Werkwochen) der Lebenskundliche Unterricht wie auch Unteroffizier- und Offizierarbeitsgemeinschaften, die innerhalb der Dienstzeit der Soldaten stattfinden. Durch sie ist der evangelischen wie der katholischen Kirche vom Gesetzgeber die Beteiligung am Erziehungsprogramm für die Streitkräfte eingeräumt worden.¹⁸⁾

Mit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes und der Teilung Deutschlands ist die Frage nach dem Sinn des Soldaten in den Kasernen vermehrt gestellt worden. Die bald greifbare neue Friedensordnung für Europa schien militärische Friedenssicherung überwunden zu haben. Schneller und anders als erwartet ist der Einsatz militärischer Mittel durch den Golfkrieg zu einer Wirklichkeit geworden, die selbst viele Soldaten der Bundeswehr nicht mehr für möglich hielten. In der seelsorglichen Begleitung von Soldaten und ihren Familien wie in den Unterkünften werden die Militärfarrer

und Pastoralreferenten nach der Haltung der Kirche zum Golfkrieg gefragt. Die kirchliche Friedenslehre unterscheidet zwischen politischen Urteilen, über die Christen unterschiedlicher Meinung sein können, und ethischen Prinzipien, die lehrbar sind.¹⁹⁾

In der Bewertung des Golfkriegs und der Frage einer möglichen Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Einsätzen steht die absolute Ächtung jeglichen Kriegs im Mittelpunkt. Ziel einer am Frieden orientierten Politik muß sein, das völkerrechtliche Kriegsverbot nicht nur auf dem Papier bestehen zu lassen, sondern wirklich durchzusetzen. Nicht nur der Überfall des Irak auf Kuwait, sondern jeder Bruch des völkerrechtlichen Kriegsverbots durch einen Angriff oder Überfall auf ein anderes Volk stellt jeden, der prinzipiell gegen Krieg ist, vor die Frage, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Der Christ wird realistischerweise in seine Überlegungen immer auch die Sündhaftigkeit des Menschen mit einbeziehen, durch die der Menschheit Unrecht und Gewalt drohen.²⁰⁾ Eine friedliche Weltordnung kann also nicht ausschließlich auf guten Willen aufgebaut werden, sondern bedarf garantierter Grundrechte — der Menschenrechte —, die einklagbar sind und deren Einhaltung notfalls erzwungen werden kann.²¹⁾ Mit ihrer eindeutigen Reaktion haben die Vereinten Nationen nicht nur verbal gegen die Besetzung Kuwaits pro-

testiert, sondern zum ersten Mal seit dem Koreakrieg durch Sanktionen deutlich gemacht, daß sie den Bruch des völkerrechtlichen Kriegsverbots nicht hinnehmen. Gerade auch im Blick auf künftige potentielle Aggressoren gibt diese entschlossene Haltung Hoffnung, daß von ihr eine abschreckende Wirkung ausgeht. Es bleibt darüber hinaus zu hoffen, daß dies ein Schritt war, durch den die Vereinten Nationen in die Rolle der vom Konzil geforderten „von allen anerkannte(n) öffentliche(n) Weltautorität“²²⁾ hineinfinden.

Ob am 16. Januar alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren, den irakischen Rückzug durch politische Mittel zu erzwingen, darüber kann und wird auch in der Kirche gestritten. Wichtig ist, daß die Anwendung militärischer Gewalt zur Befreiung Kuwaits und damit zur Verteidigung des Völkerrechts nur letztes Mittel (*ultima ratio*) sein darf. Dies bedeutet aber auch, daß es als letztes Mittel der Völkergemeinschaft nicht prinzipiell verwehrt werden kann, sofern der durch den Krieg zu erwartende Schaden nicht größer ist als der Schaden, den das Erdulden des Unrechts bewirkt. Bestandteil dieses Folgenkalküls muß aber auch die Frage künftiger Rechtssicherheit bzw. die Folgen einer Kapitulation der Völkergemeinschaft vor einem Rechtsverletzer sein.

Ein Krieg, der zur Verteidigung des Völkerrechts geführt wird, kann nach kirchlicher Lehre nur

sittlich verantwortet werden, wenn zugleich die künftige Friedensordnung mit bedacht wird.²³⁾ Die hier anstehenden Probleme werfen ein Licht darauf, daß seit dem Ende des II. Weltkrieges eine Fülle von latenten Konflikten in der arabisch-islamischen Welt angenommen wurden, die heute Nährboden und Ursache für den Golfkrieg darstellen.²⁴⁾ Zudem ist die Mitverantwortung unseres wie anderer Länder an der Hochrüstung des Irak durch Rüstungs- und Waffengeschäfte unübersehbar. Hieraus ergeben sich Konsequenzen: Um eine Friedensordnung auf der Basis der Menschenrechte im Nahen Osten realisieren zu können, die diesen Namen verdient, ist eine Solidarität mit den dortigen Völkern gefordert, die nicht dann endet, wenn uns wirkliche Opfer zu ihren Gunsten abverlangt werden.

Da das Ziel des Krieges die Verteidigung des Völkerrechts und die Wiedereingliederung des Rechtsbrechers in die Völkergemeinschaft sein muß, ergeben sich hieraus Konsequenzen für die Behandlung des Gegners im Krieg auch dann, wenn er sich selbst nicht an moralische Normen hält. Die Zivilbevölkerung darf nicht beabsichtigtes Ziel militärischer Gewalt sein. So erklärt das Konzil: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und

entschieden zu verwerfen ist.“²⁵⁾ Die Forderung des Proportionalitätsprinzips, nur soviel Gegengewalt anzuwenden, wie unbedingt notwendig ist, soll gegnerische Soldaten vor Willkür oder schonungsloser Vernichtung schützen.

Für Soldaten haben solche Überlegungen einen unmittelbaren Berufsbezug. Seit der Vereinigung Deutschlands und mit Beginn der Golfkrise im letzten Jahr ist der Ruf nach einer stärkeren Teilhabe Deutschlands an der Verantwortung für das Völkergemeinwohl laut geworden. Während manche Stimmen verlangen, den Auftrag der Streitkräfte auf die Verteidigung des eigenen Territoriums und des Bündnisses zu begrenzen, verlangt die kirchliche Lehre vom Soldaten, seinen Dienst aus der Solidarität mit allen Völkern zu verstehen: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“²⁶⁾ Soldaten auch vor einer falsch verstandenen Engführung ihres Berufes zu warnen und Perspektiven aufzuzeigen, die diesen Beruf wirklich zu einem Dienst am Frieden machen, gehört zu den Aufgaben des Militärseelsorgers.

Heinz-Gerhard Justenhoven
(aus *Lebendiges Zeugnis* Heft Mai 1991).

Anmerkungen:

- 1) Dogmatische Konstitution über die Kirche *Lumen gentium* 10.
- 2) Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes* 3.
- 3) Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe *Christus Dominus* 43.
- 4) Zur Aufgabe der Kirche unter den Soldaten im vereinten Deutschland, in: Für Christus leisten wir Botschafterdienste. Ansprachen und Predigten des Katholischen Militärbischofs Elmar Maria Kredel 1978–1990, Bonn 1991, 121.
- 5) Artikel 140 des Grundgesetzes bestimmt, daß Artikel 136–139 und 141 der Weimarer Verfassung Bestandteil des Grundgesetzes sind, die diese Regelung enthalten.
- 6) Vgl. Art. 2, Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge, BGBl. 1957 II, S. 1229, sowie in: Dokumente zur Katholischen und Evangelischen Militärseelsorge, hg. v. Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr/Katholischen Militärbischofsamt, Bonn, 4. Aufl. 1990, 33. Für die Katholische Militärseelsorge gilt inhaltlich dieselbe Regelung; vgl. Verbalnote des Auswärtigen Amtes an die Apostolische Nuntiatuur vom 16.1.1990, in: Dokumente a.a.O., 25.
- 7) Franz Lubbers, Die Neuordnung der Militärseelsorge, in: Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr, hg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Köln 1986, 14.
- 8) Art. 27, Reichskonkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, in: Dokumente zur Katholischen und Evangelischen Militärseelsorge, 11.
- 9) Vgl. Art. 3 der Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, Sonderheft „Militärseelsorge“, 32. Jg., hg. v. Katholischen Militärbischofsamt, Bonn 1990, 13. Diese Statuten sind gemäß Art. 27 Abs. 4 des Reichskonkordates erlassen worden. Von dem Zugeständnis der Exemption ist also nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht worden.
- 10) *Spirituali militum curae* II, § 3, in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, 27.
- 11) Klaus Steuber, Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1972, 73.
- 12) Martin Gritz, Beiträge zur neuen Konzeption der Militärseelsorge aus Katholizismus und Kirche, in: Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr, 31.
- 13) Vgl. Art. 2, Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, 12.
- 14) Alfred E. Hierold, Die Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr, in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, 55.
- 15) Art. 17, Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, in: Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr, 17.
- 16) Beschluß „Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden“, Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg i. Br. 1976, 503.
- 17) Vgl. hierzu Harald Oberhem, Die Wiedererrichtung einer katholischen Militärseelsorge, in: P. Blaschke/H. Oberhem, Militärseelsorge, Regensburg 1985, 58.
- 18) Vgl. Ernst Niermann, Zur Lage der Katholischen Militärseelsorge, in: Militärseelsorge 30, 1988, 266.
- 19) Vgl. Ernst Josef Nagel, Die Friedenslehre der Kirche. Eine Konkordanz kirchenamtlicher Dokumente, Barsbüttel 1990, 54–58.

- 20) Vgl. II. Vatikanisches Konzil, *Gaudium et spes* 78: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi. Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewaltsamkeit, ...“.
- 21) Die kirchliche Lehre wie auch das moderne Völkerrecht gehen in diesem Punkt auf den spanischen Spätscholastiker Francisco de Vitoria (1483—1546) zurück; vgl. H. G. Justenhoven, *Francisco de Vitoria zu Krieg und Frieden*, Köln 1991, 71—75.
- 22) *Gaudium et spes* 82.
- 23) Vgl. das Verhältnis von Friedensförderung und Friedenssicherung im Wort der deutschen Bischöfe zum Frieden „Gerechtigkeit schafft Frieden“, 1983, 48.
- 24) Vgl. Papst Johannes Paul II., Ansprache vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York, 1979, in: Dienst am Frieden. Stellungnahmen der Päpste, des II. Vatikanischen Konzils und der Bischofssynode, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 222 f.
- 25) *Gaudium et spes* 80.
- 26) *Gaudium et spes* 79.

Kirche geht auf Sendung

Katholische Rundfunk- initiativen in der Bundes- republik Deutschland

„Für alle himmlischen Hörscharen“ oder „Die Kirche ist bei uns gut drauf“ — so werben private Rundfunkanbieter in der Bundesrepublik Deutschland für kirchliche Programme. Locker und munter preisen sie so einen Programmteil an, zu dem sie die Medienge-

setze der einzelnen Bundesländer verpflichtet haben. Denn nach diesen Gesetzen muß in den Programmen Meinungsvielfalt gewährleistet sein. Zu den gesellschaftlichen Gruppen, die innerhalb des Programms zu Wort kommen müssen, gehören auch die Kirchen. In den Staatsverträgen für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind diese Ansprüche der Kirchen angemessen berücksichtigt und umfassende Rechte gesichert worden.

Kirche bei den „Privaten“

Ähnliche Abmachungen ließen sich bei den Gesetzen, die das duale Rundfunksystem aufbauten, nicht in jedem Fall durchsetzen. Dies lag nicht zuletzt daran, daß sich die neuen Rundfunkanbieter ausschließlich über Werbeeinnahmen finanzieren müssen und bei der Gründung deshalb nicht abzu-sehen war, ob und wann eine ausreichende finanzielle Deckung erreicht werden würde. Deshalb haben es die Kirchen übernommen, in eigener Verantwortung Redaktionen zusammenzustellen, die Beiträge aus dem religiösen und kirchlichen Leben erarbeiten und anbieten. Dies geschieht für eine Übergangszeit auf eigene Rechnung. Falls die privaten Rundfunkveranstalter Gewinne erwirtschaften, werden den Kirchen die entstehenden Produktionskosten erstattet.

Inzwischen sind entsprechende kirchliche Strukturen entstanden.

So gibt es eigene Diözesanbeauftragte für den privaten Rundfunk, so gibt es eigene Redaktionen, die den privaten Hörfunkveranstaltern Beiträge anbieten. Dabei ist der zeitliche Rahmen, innerhalb dessen die Redakteure und Redakteurinnen Beiträge platzieren können, sehr unterschiedlich. Haben die einen Redaktionen täglich ein „Kästchen“ für ein „Wort in den Tag“ oder einen Magazinbeitrag zur Verfügung, so können andere nur am Sonntag oder — je nach Konfessionsproporz — ein oder zweimal im Monat ein mehrstündiges Magazin gestalten. Dabei ist der Musikanteil immer sehr hoch.

Der Markt entscheidet

Für einige kirchliche Redaktionen gibt es allerdings überhaupt keine eigenen Sendeplätze. Sie müssen, je nach Thema, mit den Kolleginnen und Kollegen des Senders um eine Übernahme ringen. Dabei ist allein die Aktualität sowie die professionelle Bearbeitung des Themas entscheidend. Auch die Kirche und ihre Mitarbeiter müssen sich den Gesetzen dieses Marktes unterwerfen. Das führt zu einer ständigen Gratwanderung, weil die privaten Sender eher „leichte Kost“ bevorzugen und deshalb befürchten, die inhaltlich „schwergewichtigeren Beiträge“ aus den Kirchen könnten Hörer abschrecken. Daß dies nicht immer so sein muß, zeigt eine Analyse aus Bayern, die belegt, daß in Einzelfällen sogar durch kirchliche

Beiträge Hörer an den Sender gebunden werden können. Themen mit christlichen Inhalten werden dann vom Hörer gerne angenommen, wenn sie attraktiv und professionell gestaltet sind.

Weltliches Umfeld

Es wird nicht als Nachteil empfunden, wenn die „kirchliche Stimme“ in ein „neutrales“ Umfeld gebettet ist. Denn auch die Gläubigen leben in einem „weltlichen“ Umfeld, in dem es Meinungsstreit gibt. Ein Ziel der kirchlichen Redaktionen bei privaten Hörfunksendern ist, sich in diesem vielschichtigen Umfeld zu behaupten. Um es auf eine griffige Formulierung zu bringen: „Die Kirche kann und soll auch Gegenstand von kritischen Nachrichten und Berichten sein, und sie soll auch selbst mit ihrer Botschaft zu Wort kommen können.“

Die mehrjährige Erfahrung in einzelnen Bundesländern hat gezeigt, daß die ursprünglich angestrebte Beschränkung auf lokale und regionale Themen nicht lange durchzuhalten ist. Das führt dazu, daß auch überregionale Themen oder Ereignisse der Weltkirche in den lokalen Sendern Platz finden. Wenn also über den Heiligen Vater nicht nur dann berichtet wird, wenn er das eigene Bistum besucht, sondern auch dann, wenn er sich zu aktuellen Fragen in Kirche oder Politik äußert, dann ist das vielfach inzwischen auch Thema in den lokalen privaten Rundfunk-

sendern. Damit öffnet sich ein zusätzlicher Markt für solche Anbieter, die sich nicht auf lokale und regionale Berichterstattung beschränken. Der „Rundfunkdienst“ der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Bonn wird seit Oktober 1987 diesen Bedürfnissen der privaten Programmanbieter gerecht. Der KNA-Rundfunkdienst vermittelt Themen aus der Kirche in Deutschland und aller Welt. Ziel ist es auch hier, in den allgemeinen Programmen der Privaten zu landen, um auf diese Weise Kirche und ihre Botschaft präsent zu machen. Der KNA-Rundfunkdienst ist außerdem auch eine Art Verteilstelle für Beiträge, die einzelne Redaktionen vor Ort produzieren und die so einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden.

Austausch von Beiträgen

Basis dieser Kooperation ist nicht zuletzt auch die „Katholische Arbeitsgemeinschaft privater Rundfunkinitiativen“ (KAPRI). In ihr sind die einzelnen Diözesanbeauftragten für den privaten Hörfunk zusammengeschlossen. Inzwischen hat sich zusätzlich eine Parallelorganisation der „Macher“ konstituiert, die nicht nur Erfahrungen, sondern vor allem auch Programme austauscht.

So hat sich auf diese Weise ein Korrespondentennetz kirchlicher Rundfunkmitarbeiter herausgebildet. Moderne technische Übermittlungsmöglichkeiten erlauben aktuelle Berichterstattung. Ein über

Bildschirmtext abgewickelter „Radio-Programm-Archiv-System (RAPAS)“ ist zudem in der Lage, schnell auf Produktionen anderer Redaktionen zurückzugreifen, um so die eigene Arbeit anzuregen oder zu ergänzen. Eine Stichwortdatei erleichtert das Auffinden bestimmter Themen oder einzelner Original-Töne prominenter Zeitgenossen. Die noch im Aufbau befindliche Datei ist in dieser Art einzigartig in der deutschen Rundfunklandschaft. Sie belegt die Leistungsfähigkeit kirchlicher Rundfunkredaktionen im privaten Anbieterbereich. In einer späteren Phase soll die KAPRI — betreut von der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz — auch eine Clearing- und Beratungsstelle werden, die Hilfe bei juristischen und ökonomischen Aufgaben sowie im Produktionsbereich geben kann.

Berührungängste überflüssig

Es hat sich gezeigt, daß Berührungängste kirchlicher Kreise mit den privaten Programmanbietern überflüssig sind. Im Gegenteil: Die Machart der neuen Hörfunkprogramme stellt eine Herausforderung gerade für die kirchliche Verkündigung dar. Die Arbeiten der Hörfunkredaktionen haben längst gezeigt, daß neue Verkündigungsformen möglich sind und auch vom Publikum angenommen werden. Das vielfach geäußerte Bedenken, in zweieinhalb Minuten könne keine wie auch immer gear-

tete Botschaft sinnvoll übermittelt werden, übersieht, daß auch die Gleichnisse Jesu kaum mehr Zeit beanspruchen. Es kommt darauf an, so lehrt die Erfahrung aus den ersten Jahren, sich auf die Möglichkeiten des Mediums einzulassen und Neues zu probieren. Die Unbefangenheit, mit der dies geschehen ist, färbt inzwischen auch auf entsprechende Sendeformen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten ab. Unabhängig von den Beteiligungen am privaten Hörfunk hat sich eine Initiative kirchlich engagierter Laien „Katholiken im Rundfunk — Verein zur Förderung und Schaffung eines kirchlichen Hörfunkprogramms“ gebildet, die zunächst ein bundesweit, über Satellit ausgestrahltes tägliches zwei- bis vierstündiges Fensterprogramm anstrebt.

Präsent auch im Privatfernsehen

Inzwischen haben die Kirchen auch Verträge mit den beiden privaten Fernsehanbietern RTLplus und SAT1 über kirchliche Beiträge abgeschlossen. Bei diesen Anstalten besteht keine eigene Kirchenredaktion, die ähnlich denen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten Programmbeiträge entwickeln und gestalten. Diese Aufgabe haben die Kirchen übernommen, die gleichsam von außen den Sendern zuliefern — in einem vertraglich abgesteckten Rahmen. Dazu gehört auch, daß die Gestaltung der Beiträge sich an der Machart des

Gesamtprogramms zu orientieren hat.

RTLplus strahlt Beiträge in der Reihe „Kunst und Botschaft“ aus, in der Werke religiösen Inhalts aus der bildenden Kunst gezeigt und besprochen werden. Bei SAT1 wird am Sonntagvormittag ein aktuelles Ereignis der Vorwoche unter christlichen Gesichtspunkten erläutert und durchdacht. Außerdem wirken beim Frühstücksfernsehen von RTLplus einmal in der Woche Pfarrer der beiden Kirchen mit. Daß Kirche dann Gegenstand der Berichterstattung ist, wenn aktuelle Ereignisse dies erfordern, entspricht dem journalistischen Selbstverständnis dieser Sender.

Kriterien der Beurteilung

Bevor die Deutsche Bischofskonferenz sich für eine Beteiligung an Privatprogrammen entschieden hatte, waren in den medienpolitischen Grundsätzen die Kriterien festgeschrieben worden, die für eine — von vielen Seiten erwünschte — Beteiligung erfüllt sein mußten. So sollte eine kontinuierliche Programmkontrolle gewährleistet sein, die unabhängig vom Staat und von einzelnen Interessengruppen arbeitet und in der neben den Kirchen auch andere gesellschaftlich relevante Gruppen vertreten sind. Diese Programmkontrolle sollte ähnlich konstruiert sein wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, nämlich durch die Rundfunkräte. Außerdem sollte sich das Gesamt-

programm den Grundwerten verpflichtet fühlen und religiös-ethische Überzeugungen achten, Meinungstoleranz üben, Jugend, Ehe und Familie besonders wertschätzen, die Werbung maßvoll einsetzen, Sonn- und Feiertage achten sowie ein Mindestmaß an Bildungs- und Informationsprogrammen bieten. Schließlich sollten die Kirchen innerhalb des Gesamtprogramms in Gottesdiensten und anderen religiösen Sendungen eigenverantwortlich und angemessen zu Wort kommen. Für ein Mindestmaß solcher Beiträge sollten die Veranstalter die Kosten tragen.

Da diese Voraussetzungen bisher in einem von den Kirchen als ausreichend empfundenen Maße erfüllt wurden, gaben diese die anfängliche Zurückhaltung gegenüber privaten Programmanbietern auf. Im Hörfunkbereich sind inzwischen große Investitionen getätigt worden, um Kirche in diesen Programmen präsent zu halten. Im Fernsehbereich ist die Zurückhaltung nach wie vor groß, vor allem wegen der unvergleichlich höheren Kosten.

Anschriften

Redaktionen der Katholischen Arbeitsgemeinschaft privater Rundfunkinitiativen

Bamberg	Erzbischöfliches Ordinariat Domplatz 3 8600 Bamberg 12
Berlin	Kath. Rundfunkarbeit Steifensandstraße 8 1000 Berlin 19
Eichstätt	Kirchlicher Hörfunk Luitpoldstr. 6 8078 Eichstätt
Frankfurt	Kath. Kirche bei RADIO ffh Eschenheimer Anlage 21 6000 Frankfurt/M 1
Freiburg	Institut für Medienpädagogik und Medienarbeit der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 6 7800 Freiburg
Hamburg	Kath. Medienarbeit Hamburg Danziger Straße 52 2000 Hamburg 1
Hildesheim	Bernward-Verlag Domhof 24 3200 Hildesheim
Kiel	Kath. Medienarbeit in Schleswig-Holstein Dänische Straße 17 2300 Kiel 1
Köln	Erzbischöfl. Generalvikariat Abteilung Bildung Referat Privater Rundfunk Marzellenstr. 32 5000 Köln 1
Mainz	Bischöfliches Ordinariat Mainz Bischofsplatz 2 6500 Mainz
München	Münchner Kath. Radioredaktion Herzogspitalstr. 13/II 8000 München 2
Passau	Kath. Radio und Kulturbüro Wolfinger Str. 5 8398 Pocking
Regensburg	Kath. Erwachsenenbildung Obermünsterplatz 7 8400 Regensburg
Stuttgart	Katholische Kirche im privaten Hörfunk Sonnenbergstraße 15 7000 Stuttgart
Würzburg	Medienreferat KBA Kardinal-Döpfner-Platz 5 8700 Würzburg

Sonstige
Bonn

Katholische
Nachrichten-Agentur
Rundfunkdienst
Adenauerallee 134
5300 Bonn 1

Bonn

Zentralstelle Medien der
Deutschen Bischofskonfe-
renz
Referat Privatrundfunk
Kaiserstr. 163
5300 Bonn 1

Herausgeber: Katholischer Pressebund
e.V., Gemeinnütziger Verband zur Förde-
rung der katholischen Publizistik, Friedens-
straße 30, 5205 Sankt Augustin 1, Telefon
02241/28872.

Konten: Pax-Bank Köln 13629013 (BLZ
37060193) oder Postgiroamt Köln 270-509
(BLZ 37010050)

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Mit-
gliedschaft oder Spenden!

Zeter und Mordio

Schreien hilft nicht, wenn die Kirche
in den Medien wieder einmal durch den
Kakao gezogen wird. Unterstützen Sie
lieber die gemeinnützige Arbeit des
Katholischen Pressebundes! Wir sorgen
dafür, daß die Stimme des Glaubens in
den Medien nicht untergeht.

Ich erbitte nähere Informationen:

Katholischer Pressebund e.V. · Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1



Erklärung evangelischer Soldaten zur Weiterführung des Militärseelsorgevertrages

Im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands ist in der Öffentlichkeit und vor allem in den Kirchen der Militärseelsorgevertrag von 1957 wieder im Gespräch. Evangelische Soldaten fordern aufgrund ihrer positiven Erfahrung mit der Militärseelsorge das Beibehalten des Vertrages.

1. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat für Deutschland und Europa ein Leben in Frieden und Freiheit in greifbare Nähe gerückt. Das Denken in neuen Strukturen, in einer neuen Qualität des Miteinanders der Völker in Europa, verlangt die Bereitschaft zur Offenheit gegenüber bisher fremden Gedanken.

Über die Beseitigung der Grenzen zwischen Ost und West hinweg darf jedoch nicht übersehen werden, daß wir von einem globalen Frieden weit entfernt sind. Streitkräfte sind deshalb unverzichtbarer Bestandteil des Staatswesens. Wir bejahen das Recht des Staates auf Selbstverteidigung. Die völlige Abschaffung von Streitkräften würde die Schutzlosigkeit des

Staates bewirken und ihm ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung und Friedenssicherung aus der Hand nehmen.

2. Auch in einem vereinigten Deutschland wird es Streitkräfte geben, die in einem Bündnis für gemeinsame Werte und Ziele stehen. Als evangelische Christen in der Bundeswehr wünschen wir, daß der Dienst der Kirche unter den Soldaten auch weiterhin nach den Richtlinien des Militärseelsorgevertrages geschieht, und daß die Kirchen im Rahmen ihrer Vereinigung an den Grundsätzen dieses Vertrages festhalten.

Wir verstehen, daß besonders Christen und Kirchen in der DDR Verträgen zwischen Kirche und Staat aus leidvoller Erfahrung skeptisch gegenüberstehen. Als Christen in der Bundeswehr haben wir jedoch erlebt und erfahren, daß sich ein solcher Vertrag zum Wohle der Soldaten und ihrer Familien bewährt hat.

3. Als Soldaten der Bundeswehr wissen wir auch um die Vorteile einer unmittelbaren, eigenständigen seelsorgerischen Betreuung. Militärpfarrer, die das Dienstgeschehen begleiten, können Sorgen und Nöte der Soldaten besser verstehen, schneller reagieren, wirksamer beraten und begleiten. Die Zuordnung – nicht Einbindung in Verbände – schafft Vertrauen in die Funktion des Seelsor-

gers, der keine Uniform trägt. Wohltuend haben wir die geistlichen Anfragen in Unterricht und Dienst empfunden. Mancher Soldat wurde ermutigt, seinem Gewissen zu folgen und sich nicht normativen Kräften zu beugen. Und viele Soldaten haben durch ihren Militärfarner nach Jahren der Abstinenz ihre Kirche neu kennen und schätzen gelernt.

4. Weil der Dienst des Soldaten auch in Zukunft durch seine Eigenart ein besonderer Dienst bleibt, empfehlen wir dringend, am bewährten Konzept des Militärseelsorgevertrages festzuhalten. So wird es Christen in den Streitkräften möglich sein, Christsein und Soldatsein als Einheit zu erleben. Und es wird die Anfrage an die gewissenhafte Dienstausbildung auch weiterhin wertorientiert beantwortet werden.

5060 Bergisch-Gladbach, 27. September 1990

Hptm Christian **Bader**, OStFw a.D. Karl **Beck**, OTL a.D. Paul **Brückner**, Hptm a.D. Horst **Herion**, Hptm Gerhard **Kalkowski**, OTL Gerhard **Keiser**, OTL Wilfried **Kissel**, StFw Dieter **Klingenberg**, Oberst a.D. Hans-Hermann **Koch**, Hptm Gerhard **Kupper**, OTL a.D. Winno v. **Löwenstern**, FKpt Horst **Meyenfeld**, Lt Ralph **Pachner**, Hptm Paul **Seren**, OTL Hans-Georg **Steets**, Maj Rainer **Thorun**, HptFw Hart-

mut **Wehr**, OTL Hans-Wolfram **Willberg**, OFw Volker **Wisser**. (Viele weitere evangelische und katholische Christen haben sich inzwischen der Erklärung angeschlossen.)

(aus *Sternbrief der Cornelius-Vereinigung CoV Nr. 3/91*)

Afrika trotz großer europäischer Aufgaben nicht vergessen

Kirchliche Entwicklungskonferenz legt „Plädoyer für Afrika“ vor

Bonn, 9. Juli 1991. — Angesichts der sich extrem verschärfenden Nöte der afrikanischen Völker hat die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zu stärkeren Anstrengungen für die Überwindung des Massenelends in Afrika aufgerufen. In einem aus Anlaß des Londoner Wirtschaftsgipfels der führenden Industriestaaten am Dienstag, 9. Juli 1991, in Bonn veröffentlichten „Plädoyer für Afrika“ treten die Kirchenvertreter dafür ein, die Entwicklungsanstrengungen in den afrikanischen Staaten durch eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch die Erhöhung der finanziellen Mittel für die armen Länder sowie durch einen weite-

ren Schuldenerlaß zu unterstützen.

Hinter den Begriffen Armut, Hunger, Krieg, Ausbeutung, Flucht, Naturzerstörung und Katastrophen stehe das unermessliche Leid von Millionen Menschen, die wie wir ein Recht auf menschenwürdige Existenz und Zukunftssicherung hätten, heißt es in der Studie, die zu den drängendsten Wirtschaftsproblemen Afrikas Stellung nimmt. In einem Katalog notwendiger Maßnahmen wird vor allem darauf gedrängt, die tragischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturanpassung im sozialen und ökologischen Bereich zu mindern, was nur durch eine Änderung der Anpassungsprogramme sowie durch erhöhten Mitteleinsatz möglich sei. Gleichzeitig müsse weiterhin und großzügig konstruktive humanitäre Hilfe bei Hungersnöten, Flüchtlingselend und Katastrophen geleistet werden. Entscheidend sei jedoch eine Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die den Lebensinteressen der Völker Afrikas Rechnung trage.

In dieser Zeit des weltpolitischen Umbruchs stünden Deutschland und seine europäischen Nachbarn vor der schwierigen Entscheidung, Prioritäten zu setzen. Dies dürfe jedoch nicht zu Lasten Afrikas gehen, betonen die Kirchenvertreter. Sie erinnern daran, daß die Kirchen seit jeher durch ihre Hilfswerke Entwicklungsvorhaben in Afrika überpro-

portional gefördert haben. „Die Kirchen werden ihre Hilfe in partnerschaftlicher Solidarität fortsetzen und gleichzeitig für Strukturen der Gerechtigkeit eintreten“, bekräftigt die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, in der die Einrichtungen und Gremien der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit aus der Evangelischen und der Katholischen Kirche zusammenarbeiten. Die Studie „Plädoyer für Afrika“ ist bei den beiden Geschäftsstellen erhältlich.

GKKE-PD 2/91



GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Jugoslawienkonflikt

Der Vatikan verfolgt den Krieg in Kroatien mit großer Sorge

Mit Entsetzen und allergrößter Sorge verfolgt man im Vatikan die immer grausamer werdenden Kämpfe in Jugoslawien. Einzelne Dienststellen der Römischen Kurie, in denen aus Kroatien stammende Prälaten bisher rein kircheninterne Angelegenheiten bearbeiteten, haben sich in kleine Krisenstäbe verwandelt. Fast stündlich treffen dort telefonische oder schriftliche Nachrichten aus dem Kriegsgebiet ein, werden gesammelt, bearbeitet und an das vatikanische Staatssekretariat weitergeleitet.

Papst Johannes Paul II. hat am Mittwoch während der Generalaudienz eine Gruppe von Flüchtlingen und Verwundeten aus Kroatien empfangen. Den meist jungen Leuten, von denen einige noch ihre Militärkleidung trugen, versicherte der Papst, er stehe ihnen wie allen, „die aufgrund dieses absurden Kriegs in eurem geliebten Land leiden“, im Gebet und mit besonderer Zuneigung nahe.

In einem der Berichte, die vor allem aus Kirchenkreisen im östlichen Kroatien nach Rom gelangen — und deren Verfasser aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden dürfen —, heißt es zur Lage in dem von der jugosla-

wischen Bundesarmee und serbischen Einheiten angegriffenen Gebieten: „Wir haben mehrere namentlich bekannte Fälle von Ortschaften, (Dalj, Struga, Celije, Cetkovac, Vaganac, Petrinja), deren Einwohner grausam massakriert wurden. Viele flohen in die Wälder, um dem Blutvergießen zu entkommen. Die Zahl der Vertriebenen und Obdachlosen ist auf vierhunderttausend gestiegen und wächst weiter... Kirchen, Krankenhäuser, Altenheime und Kindergärten werden beschossen. 226 Kirchen, fast alle katholisch, sind zerstört oder schwer beschädigt“.

In besonderer Weise beklagt der Bericht, daß die Angreifer vor allem das geschichtliche Erbe des kroatischen Volks vernichten: „Kulturdenkmäler, Heiligtümer und Friedhöfe werden mit besonderer Wut aufs Korn genommen. In einem von der Armee schon besetzten Dorf stellten sich die Panzer vor die Kirche und schossen in aller Ruhe so lange auf den Kirchturm, bis er einstürzte.“ Zu Allerheiligen und Allerseelen, heißt es in dem Bericht, habe die jugoslawische Luftwaffe gezielt katholische und jüdische Friedhöfe und Gräber bombardiert und verwüstet. Den bisher in Kroatien entstandenen Kriegsschaden beziffert der Bericht auf fünfzehn Milliarden Dollar.

(Bericht aus „Deutsche Tagespost“ vom 23. 11. 1991)

Schluß mit dem Wahnsinn in Kroatien

Pax europaea

Über vier Jahrzehnte lang hat der amerikanische Atomschirm — die „pax americana“ — uns Europäer vor jedem Krieg geschützt. Da schon jeder Übergriff, etwa in Berlin, den Dritten Weltkrieg hätte auslösen können, durfte es auch solche Konflikte nicht geben. Nun aber hat sich durch den Wegfall der Ost-West-Konfrontation die politische Welt radikal verändert, und das heißt, wie Peter Glotz richtig bemerkt: Kleine Kriege sind wieder möglich. Sie sind nicht nur möglich, sie sind in Südslawien bereits ausgebrochen. Man kann die heutige Situation kaum besser beschreiben, als dies Otto von Habsburg kürzlich getan hat: „Wer hätte schon in den herrlichen Tagen des Jahres 1989, als eine Zwingburg nach der anderen fiel, gedacht, daß wir nur zwei Jahre später auf europäischem Boden Verbrechen und ein Genozid erleben müssen, das uns an Hitler, Stalin und Pol Pot erinnert, noch dazu begleitet vom mitschuldigen Schweigen jener, die nicht genug hervorheben konnten, daß die Greuel der Vergangenheit nie wiederkehren dürften“ (siehe Deutsche Tagespost vom 8.10.1991).

Die Tatsache, der wir jetzt ins Auge schauen müssen, ist, daß wir auf den Sturz der Mauern, auf die Freiheit, nicht vorbereitet waren — nicht in Europa und schon gar

nicht in Deutschland, das noch 1987 einen Honecker in Bonn mit Ehren und Fanfaren empfangen hat.

Nun stehen wir, im wahrsten Sinne „hilflos“ vor dem großserbisch-kommunistischen Aggressionskrieg gegen das tapfere, aber wehrlose kroatische Volk. Alle Sitzungen, Erklärungen und „Hoffnungen“ christlicher, ministerieller, europäischer Gremien helfen da ja gar nichts, verschleiern nicht einmal die „Verhöhnung Europas“ (Erich Läufer).

In dieser Situation sollten wir uns auf das Zweite Vatikanische Konzil besinnen, das schon vor einem Vierteljahrhundert zur absoluten Ächtung des Krieges die Einsetzung einer Autorität gefordert hat, „die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“ (Gaudium et spes, 82).

Wie diese „wirksame Macht“ nun aufgebaut werden soll, ob deutsch-französisch oder als EG- oder Nato-Variante, ist Sache der Politiker zu entscheiden. Daß sie, so schnell wie möglich, kommen sollte, ist ein eminent christliches Anliegen, sollen wir in unserer bequemen Fernsehsesselposition nicht mitschuldig werden an Mord und Vertreibung. Für die Gewährleistung dieser „pax europaea“ sind wir aber nun selbst verantwortlich — und werden wir Deutsche uns da, aus welchen Gründen auch immer, aus der Gemein-

schaft der dafür verantwortlichen Völker heraushalten können?

Aus der jetzigen Situation ergeben sich für uns wohl vor allem zwei Schlußfolgerungen:

- Anerkennung eines freien Staates Kroatien, weil nur diese Anerkennung internationale Unterstützung möglich macht und
- Hilfeleistung für das leidende kroatische Volk, konkret für Mütter und Kinder, die von den letzten kommunistischen Kräften in Europa aus ihrer Heimat vertrieben werden. Darum bittet Ihr Bischof

*DDr. Johannes Dyba,
Bischof von Fulda und
Militärbischof der Bundeswehr*

„Stoppt den Krieg in Jugoslawien“

Die katholischen Bischöfe Jugoslawiens haben unter dem Titel „Leiden der Kirche in Kroatien“ ein Dokument veröffentlicht. (Nicht autorisierte Übersetzung der Katholischen Nachrichtenagentur)

Auf dem Territorium Kroatiens herrscht seit mehr als einem Jahr ein Krieg, der unerbittlich menschliches Leben tötet, die Zahl der Verwundeten und Vertriebenen vervielfacht und kulturelle und materielle Güter vernichtet. Wir tragen der einheimischen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit die Fakten über die Leiden der Kirche in Kroatien vor, soweit sie uns bisher zugänglich sind.

1. Menschliche Opfer

Das größte Übel dieses unsinnigen Krieges sind die zahlreichen menschlichen Opfer, die Gefallenen und Verwundeten unter Zivilisten und Soldaten auf beiden Seiten. Die Informationen sprechen von Tausenden von Gefallenen und Zehntausenden von Verwundeten. In tiefem Schmerz fühlen wir mit deren Familien, Verwandten, Bekannten, und flehen zum Herrn, daß er dieses Blutvergießen beenden möge.

2. Entvölkerte Pfarreien

Wegen der täglichen Angriffe, wegen der Angst vor Terror und wegen Ausweitung der Kriegsschauplätze sind unsere Gläubigen gezwungen, ihre Wohnorte und ihre Heime zu verlassen. Viele unserer Pfarreien sind verwaist, zahlreiche Siedlungen sind einfach verschwunden. Nach neuesten Angaben sind über 170 Pfarreien in den Diözesen Dubrovnik, Djakovo, Krizevci, Rijeka-Senj, Split-Makarska, Sibenik, Zadar und Zagreb verwaist.

3. Vertriebene Priester

Zusammen mit ihren Gläubigen waren auch zahlreiche Priester gezwungen, ihre Pfarreien zu verlassen. Ihre Zahl in den obengenannten Diözesen beträgt 130. Auf den Gebieten, die von der Bundesarmee besetzt sind, gibt es eine große Zahl von Priestern und Ordens-

schwwestern, deren Schicksal uns unbekannt ist.

4. Zerstörte oder beschädigte Kirchen und kirchliche Objekte

Bisher sind durch die Kriegsverwüstungen eine große Zahl Kirchen, Kapellen, Klöster und andere kirchliche Objekte in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Angaben reichen von 210 vernichteten oder schwer beschädigten Pfarr- oder Filialkirchen, 22 zerstörten oder schwer beschädigten Klostergebäuden und über 50 Pfarrwohnungen. Die meisten von ihnen sind bei bewaffneten Überfällen auf einzelne Orte systematisch zerstört worden, was vom Haß der Ausführenden zeugt.

5. Wirtschaftliche Opfer

Kriegszerstörungen hinterlassen schwere, unschätzbare Schäden an der Wirtschaft Kroatiens. Der Eroberer vernichtet unterschiedslos Fabriken, Raffinerien, Hotels, Jachthäfen. Er blockiert Häfen und Landverkehrsverbindungen. Er verhindert die Ernte, das Einbringen des Korns und die Aussaat. Mit Entsetzen konstatieren wird, daß er neben Kirchen immer zuerst Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime, Schulen und Kulturinstitutionen, Museen, Bibliotheken oder sonstige Kulturdenkmäler zerstört, auch solche, die unter dem Schutz der UNESCO stehen. Der Angreifer vernichtet ganze Dörfer, Siedlungen, Städte.

6. Pastoralarbeit und karitative Tätigkeit

Pastorale Arbeit ist unmöglich, nicht nur in den Pfarreien, aus denen die Bevölkerung vertrieben oder geflohen ist, sondern im ganzen Kriegsgebiet, das mehr als ein Drittel Kroatiens umfaßt. In weiten Gebieten sind Telefon-, Verkehrs- und alle anderen Verbindungen mit dem Bistumssitz unterbrochen.

Die vertriebenen Geistlichen teilen das Schicksal ihrer Gläubigen und betreuen sie in pastoraler Hinsicht an den Stätten ihrer Vertreibung. Die Kirche hilft den Vertriebenen über die Caritas in den einzelnen Pfarreien und Diözesen. Dies wird von einem Zentralausschuß der Caritas und der Bischofskonferenz koordiniert. Hiermit drücken wir unsere Dankbarkeit und Anerkennung zuerst an unsere Priester, Ordensschwwestern und Ordensleute sowie an die Gläubigen aus, die mit großer Liebe die Vertriebenen aufnehmen und ihnen nach Möglichkeit Hilfe leisten. Besondere Dankbarkeit schulden wir den kroatischen katholischen Missionen und Pfarreien in der ganzen Welt, wie auch der internationalen und europäischen Caritas, der Caritas der einzelnen Länder, dem Roten Kreuz und anderen humanitären Einrichtungen im Lande und in der Welt. Tief zu Dank verpflichtet fühlen wir uns gegenüber dem Heiligen Vater, der die ganze Kirche aufruft, für den Frieden in Jugoslawien zu

beten. Wir danken ebenso allen, die sich in der Heimat und in der Welt in dieses Gebet einschließen.

Hilfsappell

Die angeführten Tatsachen sprechen für sich über die schrecklichen Leiden und die große Not. Wir wenden uns an die ganze katholische Kirche, an alle christlichen Kirchen und Glaubensgemeinschaften, an die humanitären Weltorganisationen und edle Einzelpersonen, damit sie uns in diesen schweren Zeiten beistehen. Unsere Kirche, Teilnehmerin an den Leiden ihres Volkes, bittet und fleht alle Menschen guten Willens an, ihren ganzen Einfluß und ihre Möglichkeiten zu nutzen, um den Krieg in Kroatien zu stoppen.

*gez. Franjo Kardinal Kuharic
Erzbischof von Zagreb
(aus KOMPASS Nr. 24/15. 11. 1991).*

Brief des GKS-Bundesvorsitzenden

An Ansprechpartner und Kreise der GKS, Bundesvorstand und Sachausschüsse, Herren Geistliche Beiräte der GKS, Vorstand der Zentralen Versammlung, Pfarrgemeinderäte.

Waldbröl, 16. November 1991

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

am heutigen Morgen klagt in einem Leitartikel der FAZ „Verlassen von allen Völkern“ Johann Georg Reißmüller die Politiker der westlichen Welt und die freien Völker Europas an, sie hätten im Angesicht des serbischen Krieges gegen Kroatien beschämend versagt. Die Menschen seien von der Friedenssehnsucht so überwältigt, daß sie einen Krieg nicht mehr wahrnehmen wollten. Besonders kritisiert J.G. Reißmüller das lange Ausbleiben kirchlicher Solidarität. Er schreibt:

„Die Kroaten zählen zu den Säulen der katholischen Weltkirche. Seit Jahren gibt es in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, kroatische katholische Gemeinschaften, deren Leben mit dem der deutschen Kirchengemeinden verschränkt ist. Doch monatelang wartete man vergebens darauf, daß des leidenden kroatischen Volkes in Predigten, Fürbitten, Hirten-Botschaften der Bischöfe gedacht werde. Erst im Herbst wachten einige Quartiere des katholischen Deutschlands auf.“

Diese journalistische Äußerung trifft so pauschal nicht zu. Es gibt seit dem Sommer (KNA-Dokumentation vom 29.6.91) zahlreiche kirchliche Appelle gegen den Krieg, Initiativen zur Lösung des Konflikts und Zeichen der Solidarität mit dem kroatischen Volk. Auch in unserer Gemeinschaft gab es kein Treffen, keine Sitzung von Gremien und keine Veranstaltung,

in der nicht der ungerechte Krieg in Jugoslawien im Mittelpunkt der Beratungen und Gespräche stand. Stets wurde aber auch die Hilflosigkeit deutlich, mit der wir sowohl als Christen und Staatsbürger, aber auch als Soldaten einem Krieg gegenüberstehen, den wir mit völkerrechtlichen und politischen Mitteln und nicht mit militärischer Gewalt gelöst sehen wollen. Statt des zum Jahresende üblichen Rundbriefes sende ich Ihnen das Positionspapier „Nur politische Lösungen können den Krieg in Jugoslawien beenden“. Ich würde mich von Herzen freuen, träfe diese Argumentationshilfe „zu spät“ bei Ihnen ein, weil die zwar unermüdlichen, aber unzureichenden Bemühungen der EG doch noch zu einem dauerhaften Waffenstillstand geführt haben könnten. Hoffen wir und beten wir dafür, daß in der bevorstehenden Adventszeit die Waffen zum Schweigen gebracht und die Völker des auseinanderfallenden Jugoslawiens das Weihnachtsfest wieder in Frieden feiern können.

Denken wir aber auch daran, daß die katholische Kirche in Kroatien für die Versorgung der Verwundeten und die Unterstützung der Flüchtlinge schon heute auf unsere Solidarität angewiesen ist. Erst recht dann, wenn der Krieg beendet sein wird und die Menschen an den Wiederaufbau ihrer zerstörten Häuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen und Kulturstätten gehen können, ist unse-

re Hilfe vonnöten. Der deutsche Caritasverband nimmt über sein Konto 202 beim Postgiroamt Karlsruhe sowie allen Banken und Sparkassen Spenden entgegen. Stichwort „Konfliktopfer Kroatien“.

Mit dem Hinweis, daß es für uns Deutsche weder die „pax europaea“ noch einen Frieden in Jugoslawien zum Nulltarif gibt, wünsche ich Ihnen dennoch eine besinnliche Advents- und gesegnete Weihnachtszeit.

Ihr
Paul Schulz

Nur politische Lösungen können den Krieg in Jugoslawien beenden

Katholische Soldaten sorgen sich um die Entwicklungen in Europa, die den Hoffnungen der Jahre 1989/90 mit dem Ende des West-Ost-Gegensatzes und dem Aufbau einer europäischen Friedensordnung zuwiderlaufen. Der brutale und irrational anmutende Krieg im auseinanderbrechenden Jugoslawien ist zwar nicht alleiniger, dennoch aber ein zentraler Gefahrenherd für die Sicherheit und Stabilität in Europa.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die ihr Selbstverständnis aus der Achtung und dem Schutz der Menschenwürde, aus dem Dienst an der Sicherheit und Freiheit der Völker, aus der Verteidigung der Rechte aller Menschen

gegen Angreifer ableitet, kann über die bedrückende Situation in Jugoslawien nicht schweigend hinweggehen.

Jugoslawien ist ein künstliches, in der Folge des Ersten Weltkrieges errichtetes Staatsgebilde, dessen innere Spannungen bereits in der Zwischenkriegszeit kaum verdeckt werden konnten. Im Zweiten Weltkrieg stand der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht der durch Tito geführte Befreiungskampf gegenüber. Dieser kroatischen Führerpersönlichkeit gelang es, mit teilweise auch westlicher Unterstützung, die zahlreichen Völker Jugoslawiens unter kommunistischer Einheitsherrschaft zusammenzuhalten. Dieser Staat der Serben, Kroaten, Bosnier, Slowenen, Albaner, Mazedonier, Montenegriner, von Ungarn und Bulgaren litt aber unter der Strukturschwäche des Schein-Föderalismus, der Schein-Selbstverwaltung und der nur vordergründigen kulturellen Selbständigkeit der nationalen Gebilde. Das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle erhöhte die Spannungen.

Als Tito 1980 starb, erwiesen sich gegenüber den verbindenden, den Gesamtstaat erhaltenden Kräfte, bald die Elemente der Abgrenzung als stärker. Die Gegensätze verschärften sich in dem Maße, in dem in Ost- und Südosteuropa die Herrschaft des Kommunismus zusammenbrach. So standen sich seit 1990 in den einzelnen Republiken der SFRJ demo-

kratisch gewählte Regierungen und Zentralinstitutionen, wie vor allem Armee und Wirtschaftsbürokratie gegenüber, die vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens beherrscht werden und in denen der Anteil der Serben überwiegt.

Die Grenze zwischen Kroaten und Serben — nicht identisch mit der Landesgrenze zwischen Kroatien und Serbien — ist eine Kulturgrenze, eine der ältesten und konstantesten Trennlinien des Kontinents. Sie ist eine Scheidelinie zwischen West und Ost, zwischen Abendland und Morgenland, zwischen Rom und Byzanz, zwischen kroatisch-katholischer und serbisch-orthodoxer Kirche, zwischen dem Heiligen Römischen Reich und dem Osmanischen Reich.

Dieser geistesgeschichtliche Hintergrund macht deutlich, daß die Wurzeln dieses Konflikts in der gesamten Spanne ethnischer, religiöser, kultureller, sozialer und regionalpolitischer Unstimmigkeiten liegen. Solche Spannungen führen fast zwangsläufig zu gewaltsamen, langandauernden und hartnäckigen bewaffneten Auseinandersetzungen. Beispiele sind die Kriege in Eritrea, Nordirland, auf den Philippinen, in Angola und im Libanon.

Fundierte Kenntnisse über die Ursachen der internen Probleme Jugoslawiens sind in Westeuropa selten vorhanden. Nur so wird verständlich, wie schwer das Eintreten für den Erhalt der staatlichen Einheit oder die Anerkennung der

neuen Nationalstaaten Slowenien, Kroatien, Serbien und anderer für die europäische und internationale Staatengemeinschaft wird.

Der Krieg in Jugoslawien ist keine innere Angelegenheit eines die Menschenrechte achtenden Staates, kein Bürgerkrieg. Vielmehr ist er rücksichtsloser Eroberungskrieg, in dem — angeschürt auch durch skrupellose Dorfbanden auf beiden Seiten — die serbisch beherrschte Bundesarmee der Aggressor ist. Die Offiziere dieser Armee haben Angst vor dem Zerfall des Landes, weil damit gleichzeitig ihre Vormachtstellung im Staat entfällt. Ein großserbischer Staat soll entstehen. Schließlich ist dieser Krieg auch ein Kampf des Bolschewismus, der in Serbien noch herrscht, gegen die Demokratie.

Ohne nennenswerten Gegenruck von außen wird Serbien nicht einlenken und seine Aggression nicht beenden. Jedoch würde ein vollständiges und allseitiges Waffenembargo einseitig Kroatien benachteiligen, weil Serbien über die Waffen der Bundesarmee verfügt und dazu eigene Produktionsanlagen unterhält.

Ein Wirtschaftsembargo hätte vermutlich keine Wirkung, da das Land im Lebensmittelbereich weitgehend Selbstversorger ist. Diese Argumente gegen Wirtschaftssanktionen sind sicher berechtigt. Dennoch müßte die Staatengemeinschaft erst einmal prüfen, welche Druckmittel im Vorfeld militärischer Zwangsmaßnahmen

überhaupt geeignet sind, die Aggression zu beenden. So könnte ein konsequent eingehaltenes Ölembargo sich langfristig doch entscheidend auf die Einsatzbereitschaft der Bundesarmee auswirken.

Die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch die Staatengemeinschaft, die dadurch mögliche Internationalisierung des Konflikts und ein Bündel von Sanktionen scheinen die einzige Chance für eine baldige Waffenruhe zu sein. Notwendige Maßnahmen dürfen durch die Furcht einiger europäischer Regierungen vor dem offenen Aufbrechen eigener ungeklärter Minderheitenkonflikte und vor einem wachsenden deutsch-österreichischen Einfluß in dieser Region nicht verhindert werden.

Es kommt darauf an, daß das Schicksal des Balkans nicht durch militante Usurpatoren, sondern durch verantwortungsbewußte Politiker entschieden wird. Mit klassischen militärischen Mitteln ist dieser Konflikt nicht zu lösen. Deshalb muß die Konfliktlösung einer „supranationalen Streitschlichtungsagentur“ übertragen werden, die sowohl die erforderliche Legitimation und Autorität besitzt als auch die zur Wiederherstellung von internationaler Sicherheit, Frieden und Recht erforderlichen Maßnahmen treffen kann. Die Einsetzung einer solchen Macht, und daß sie so schnell wie möglich kommt, ist nach den Worten des katholischen Militärbischofs für

die Bundeswehr, Dr. Johannes Dyba, ein eminent christliches Anliegen, sollen wir in unserer bequemen Fernsehsesselsposition nicht mitschuldig werden an Mord und Vertreibung.

Die Zukunft muß jenen in diesen Ländern gehören, die sich an den Menschenrechten orientieren, der nationalen Selbstbestimmung zu ihrem Recht verhelfen und dabei Minderheiten nicht unterdrücken wollen. Folgende Maßnahmen müßten unverzüglich ergriffen werden:

- Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, der USA und der Sowjetunion;
- Einbringen des Konflikts in den Weltsicherheitsrat, Beschließen und Durchsetzen strenger Wirtschaftssanktionen;
- Herbeiführen einer UN-Resolution, die folgende Maßnahmen zum Ziel hat:
 - sofortige Beendigung aller bewaffneten Gewaltanwendungen;
 - sofortiger Rückzug der Konfliktparteien in die Ausgangsposition;
 - Einsatz einer UN-Friedenstruppe zwischen den Parteien zur Überwachung eines politisch erreichten Waffenstillstandes und danach
 - Durchführen humanitärer Maßnahmen für die betroffene Bevölkerung auf bei-

den Seiten;

- Sicherstellen der Minderheitenrechte und des Selbstbestimmungsrechts;
- Neuordnung der Region nach dem Willen der betroffenen Völker und ethnischen Minderheiten, um anderen Konflikten (z. B. in Kossowo, in Albanien oder in Rumänien) vorzubeugen.

Das höchste Ziel der Jugoslawien-Politik Europas und der Vereinten Nationen muß eine befriedete Region sein, in der die Ursachen von Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Dies wird nur möglich sein, wenn menschenrechtsorientierte demokratische Grundordnungen garantiert, Gerechtigkeit in den politischen, ökonomischen und ökologischen Strukturen sichergestellt sowie zur Herrschaft des Rechts über zwischenstaatliche Beziehungen eine supranationale Autorität als Streitschlichtungs- und Sanktionsgewalt anerkannt wird. Militärische Sanktionsmaßnahmen im Auftrag des Weltsicherheitsrates gem. UN-Charta Art. 42 müssen in jedem Fall ultima ratio sein. Zunächst muß Politik alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit es erst gar nicht zu einer Durchsetzung des Rechts mit militärischen Mitteln kommt.

Nach dem Krieg müssen Kroaten, Serben und andere nationale Minderheiten in gemischtnationalen Gebieten miteinander auskommen können. Auf keinen Fall darf es zu Aktionen wie Vertreibung

oder Umsiedlung kommen. Serben müssen in Kroatien und umgekehrt Kroaten in Serbien alle Rechte nationaler Minderheiten erhalten. Im Rahmen der KSZE muß die absolute Souveränität von Staaten zugunsten von Menschenrechten, Frieden und Schutz der Umwelt überwunden werden.

Kroatien darf auch nicht die Last dieses Krieges allein tragen müssen. Deshalb begrüßt die GKS die Aufrufe kirchlicher und anderer Stellen zur Solidarität mit den Opfern des Krieges und fordert ihre Mitglieder auf, Aktionen von Kirchengemeinden, Verbänden und einzelner Mitchristen durch praktische und materielle Hilfe tatkräftig zu unterstützen. Bischof Karl Lehmann, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, schließt seinen Aufruf vom 30.10.1991 an die deutschen Katholiken zur Solidarität und zu Spenden für die vom Krieg betroffenen Menschen in Kroatien mit dem Satz: „Beten wir zu Gott, daß er die Herzen der Menschen zu Taten des Friedens rühre und Gerechtigkeit und Liebe über Gewalt und Haß siegen lasse.“

Wiederaufbau und Wertevakuum

Menschen auf der Suche nach Gott

Nach mehr als sieben Jahrzehnten gilt der sowjetische Marxismus-

Leninismus heute als gescheitert: in seiner staatlichen Ausformung, als Ideologie und unter wirtschaftlicher Rücksicht ohnehin. Für die christlichen Kirchen, auch der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, bedeutete er in auf- und abebbender Intensität Unterdrückung, Verfolgung, Ausrottung. Folge des kommunistischen Kirchenkampfes war das Entstehen einer äußerst vitalen, spirituell hochstehenden Katakombenkirche einerseits sowie die Verdrängung des Christentums mit seinen Werten und Zielsetzungen aus dem öffentlichen Bewußtsein andererseits. Werte wie Wahrheit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe sowie die Vorstellung personaler Individualität in freier Selbstbestimmung und unantastbare Würde wurden abgelöst durch das absolut gesetzte Kollektiv, den gesellschaftlichen Nutzen des einzelnen, den Absolutheitsanspruch der Partei und den Archipel Gulag, der alle anderen Fragen und Probleme auffing.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die hinzueroberten Warschauer-Pakt-Staaten, die nun vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer einen tiefen Sicherheitsgürtel um die Westgrenze der Sowjetunion bildeten, für die nächsten fünfundvierzig Jahre unter dieselbe ideologische Knute, wurde der Atheismus aggressiv oder subtil eingepaukt und, wenn nötig, eingebleut. — Für die ehemalige DDR dürfen noch einmal zwölf Jahre Nazi-Indoktrination hinzugerech-

net werden, die mindestens ebenso menschenverachtend, weil gottlos, war wie ihr stalinistisches Pendant.

Seit 1955 hilft das internationale „Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ den Christen hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang, ihren Glauben zu bewahren und als Christen zu überleben. Bis zu Gorbatschows Reformversuchen, deren Ende die Ereignisse im Baltikum zu markieren scheinen, mußte diese Hilfe mit großer Diskretion und vielfach über Untergrundkanäle, der Lage der jeweiligen Kirche entsprechend, geleistet werden. Trotzdem gelang es, die Glaubensgeschwister in der Verfolgung und Unterdrückung mit religiöser Literatur zu versorgen, bei der Ausbildung von Priestern zu helfen, über Rundfunksendungen die Botschaft Christi zu verkünden und Tausenden Trost und Hoffnung zu geben sowie im Rahmen des Möglichen bestehende Seelsorge überhaupt zu unterstützen.

Mit Glasnost und Perestroika wurde erstmals offene Hilfe für die Christen im Osten möglich. Gleichzeitig zeigte sich aber auch das tatsächliche Ausmaß des durch den Kommunismus angerichteten Schadens: nicht nur und nicht einmal so sehr materielle Hilfe für den Wiederaufbau von Kirchen oder kirchlichen Einrichtungen ist dringend notwendig, sondern vielmehr ideelle: „Die Menschen müssen wieder menschlich denken lernen.“ Wer den Wert des

Menschen nur nach seinem gesellschaftlichen Nutzen beurteilt, hat keine Grund, sich um Behinderte, chronisch Kranke oder Sterbende zu sorgen. — Welche Werte sollen an die Stelle der jetzt nicht mehr gültigen treten? Welche Antwort soll auf die Frage nach dem Warum und Wozu des Lebens gegeben werden? Welches Welt- und Menschenbild wird sich als tragfähig erweisen?

In dieser Situation suchen und fragen die Menschen im Osten heute in einem seit Generationen nicht mehr dagewesenen Ausmaß nach Gott. Sie suchen im Christentum Antwort auf ihre existentiell bedrängenden Fragen. Und sie fragen uns! — Bisher sind bei „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ an die 300000 Briefe eingegangen, die diese Suche und den Hunger der Menschen nach geistig-geistlicher Nahrung ausdrücken. Nur für die Sowjetunion konnten seit der „Wende“ im Osten mehr als 600000 Kinderbibeln finanziert und verschickt werden. Mit der gerade jetzt in den deutschen Pfarreien laufenden Aktion „Kinder in Osteuropa bitten: gebt uns Bibeln“ will das Hilfswerk weitere 400000 Kinderbibeln in armenischer, tschechischer, slowakischer, rumänischer, bulgarischer und weißrussischer Sprache produzieren und in die entsprechenden Länder bringen. Die junge Generation in Osteuropa soll die Chance haben, Gott und das Christentum kennenzulernen.

Die Gesamtkosten für eine Kinderbibel betragen 4,— DM. Hilfe ist hier also schon mit einem verhältnismäßig geringen Betrag möglich. Um Ihre Hilfe bitten wir Sie, wenn Sie unserer Aktion in Ihrer Pfarrei begegnen oder sich direkt an uns wenden wollen: Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Albert-Roßhaupter-Str. 16, 8000 München 70, Postgiro München, Nr. 348145-809 (BLZ 70010080).

Der Beitrag der Orden zur Bildung und Erziehung in Europa

Tradition der Orden

Die Orden können in Europa auf eine lange und vielfältige Tradition in nahezu allen Bereichen der Bildung und Erziehung zurückblicken. Zahlreiche Gemeinschaften sind entstanden, die sich ausschließlich die Bildung und Erziehung der Jugend zur Aufgabe gestellt haben. In (nahezu) allen Ländern waren Ordensleute die ersten, die Schulen eröffneten und die Bildung systematisch vorantrieben. Sie haben den verschiedenen Zweigen der Wissenschaft ebenso gedient wie der Heranbildung von Persönlichkeiten für Gesellschaft und Kirche, Wirtschaft

und Politik, Kunst und Medizin. Vor allem durch Bildung in Schulen und Erziehung in Internaten haben sie wesentlichen Anteil am Aufbau der europäischen Kulturen. Aber ebenso waren sie zu nahezu allen Zeiten engagiert für berufliche Bildung und für Benachteiligte. Dabei war ihnen immer eigen, dem ganzen Menschen zu dienen; nicht nur den intellektuellen Fähigkeiten, sondern auch den praktischen Fertigkeiten, dem ethisch-sozialen Verhalten, dem musischen Können — der Bildung der Persönlichkeit. Nicht zuletzt ist festzuhalten, daß die Spiritualität der Orden Generationen von Trägern verantwortungsvoller Aufgaben entscheidend geprägt hat.

Stand

Für die Gegenwart ist festzustellen, daß die Erziehungs- und Bildungsangebote der Orden stark gefragt sind. Die Gesellschaft gibt den Orden als private Träger von Bildung und Erziehung Raum für vielfältige Initiativen, Eltern schätzen die Angebote und nehmen sie an und Jugendliche anerkennen sie weitgehend.

Zu den traditionellen Formen sind zahlreiche andere hinzugetreten, die außerhalb von Schule liegen und den jungen Menschen in ihrer Freizeit zur Verfügung stehen. Neue Möglichkeiten des Lernens wurden entwickelt und auf vielfältige Weise realisiert, die einerseits jungen Menschen ein begrenztes Mitleben in Ordensge-

meinschaften erlaubt, andererseits darin besteht, daß Ordensleute die Lebenswelten der Jugendlichen aufsuchen und ihr Leben teilen.

Unübersehbar bleibt freilich die Tatsache des Rückgangs der Mitglieder der Ordensgemeinschaften, so daß zahlreiche Einrichtungen geschlossen werden mußten. Nahezu alle Einrichtungen aber haben damit begonnen, gemeinsam mit Laien — in unterschiedlichen Formen — ihre Aufgaben in der veränderten Situation fortzusetzen. Viele haben darin eine neue Chance erkannt, ihr Engagement für die Jugend und die Gesellschaft zu erhalten.

Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen haben ebenso neue Inhalte von Bildung und Erziehung notwendig gemacht, die von Ordensleuten mit hoher Überzeugungskraft glaubhaft vermittelt werden können.

Perspektiven für die Zukunft

Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart und die Zukunft in einem geeinten Europa stellen für die Orden hinsichtlich Bildung und Erziehung eine vielfache Herausforderung dar. Sie liegt in politischer Hinsicht auf der Ebene der sozialen Gerechtigkeit im Innern wie nach außen und in gesellschaftlicher Hinsicht in der sich vergrößernden Pluralität, was Werte und Kulturen angeht.

Der Beitrag der Orden zu einem geeinten Europa angesichts sich

verringender Mitgliederzahlen wird vor allem Zeugnischarakter haben. Diese Gesellschaft bedarf des Zeugnisses der Transzendenz angesichts weitverbreiteter materialistischer Grundeinstellungen. Die Orden werden ihren Beitrag leisten, wenn sie entschieden Partei für den Menschen ergreifen — für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung —, zumal für den jungen und den benachteiligten. Die Orden werden ein Zeugnis der Zusammenarbeit geben, wenn sie selbst über Grenzen hinweg Solidarität zeigen. Die Orden werden Zeichen sein, wenn sie Stätten des Gebetes und der Besinnung sind, für sich und für andere. Und schließlich werden sie Instrumente der Evangelisierung sein, indem sie selbst eine Kultur der Liebe leben.

Die Bildungswesen werden sich in einem geeinten Europa annähern, vielfältiger werden und den Orden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in ihren Einrichtungen der Bildung und Erziehung geben. Die Orden können für junge Menschen ein „europäisches Netz“ werden und bei zunehmender Mobilität „Stützpunkte“ darstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordensleute finden ein weites Land für ihr Engagement in Bildung und Erziehung vor.

Autor: Kommission Bildung & Erziehung der Vereinigung Deutscher Ordensobern, verantwortlich: Vorsitzender P. provincial August Brecheisen SDB

Die Muslime in der heutigen Welt

Spannend bleibt es schon: wann werden die Demonstranten gegen den Schah und die Verfechter der Frauenemanzipation oder unsere Bürger-/Menschenrechtler erneut in großen Massen demonstrieren?

Vor wenigen Wochen ging durch die Presse, als nicht besonders hervorragende Meldung, die Information, daß ab sofort im Iran mit dem Tode bestraft werden könne, wer als Frau oder auch junges Mädchen ab 13 Jahre gegen die islamischen Grundsätze zum Tragen des Tschador verstößt.

Wir wollen nicht ungerecht sein. Die islamische Welt ist kein einheitlicher und gleichförmiger Block. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß in immer mehr islamischen Ländern die Grundsätze der Scharia immer stärker angewendet werden. Diesen Strafbestimmungen, die nach unserem Empfinden alttestamentarischen Vergeltungen gleichen, werden alle Bürger, und zunehmend auch die Gäste, in diesen Ländern unterworfen.

Die Grundtendenz ist immer und überall, den islamischen Glauben zu stärken und auszubreiten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Rechtgläubigen nur die sind, die als Muslime auch ihr gesamtes Leben nach den Vorschriften des Koran gestalten. Dazu ge-

hört auch die Ausbreitung des Glaubens und, nicht zu vergessen, die Nachrangigkeit der Frauen. So steht in der zweiten Sure: „Die Männer stehen eine Stufe über ihnen“ (den Frauen)... oder, „die Männer haben den Vorrang vor ihnen“. Muslime heiraten nach dem Koran auch keine Nichtgläubigen, wobei für Christinnen, weil sie auf dem Wege sind, eine Ausnahme gilt. Die Anweisung in der zweiten Sure ist eindeutig: „Und heiratet nicht eher Heidinnen, als sie gläubig geworden sind.“

Wo sind eigentlich die westlichen, aufgeklärten Frauen und Männer, die gegen einen Glauben demonstrieren oder zumindest argumentieren, in dem es an vielen Stellen klargestellt wird, daß: „Die Männer den Frauen überlegen sind und die rechtschaffenen Frauen gehorsam (den Männern) sind“ (Sure vier). Wer, wie wir Christen, an die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen vor Gott glaubt, kann nicht hinnehmen, daß ein solcher, den fundamentalen Menschenrechten entgegenstehender Glaube, sich auch in unseren Regionen ausbreitet, ja, durch unsere Gesellschaften und durch unser Toleranzgebot gefördert wird.

Toleranz ist auch ein Wort, das man im Koran vergeblich suchen wird. In der Sure drei (134) heißt es: „Und Allah liebt nicht die Ungerechten.“ Und weiter (168): „Hölle ewig und immerdar“ für die Ungläubigen. Es darf zwar nicht über-

sehen werden, daß es auch im Islam eine Vielzahl von Richtungen und Auslegungen der Koranverse gibt. Die Grundtendenz ist aber durchgehend und klar erkenntlich: Der „wahre“ Glaube ist nur der von Mohammed verkündete.

Daraus ist auch zu verstehen, daß die „Ungläubigen“ vor Allah nicht bestehen können. So heißt es z.B. „wer ungläubig ist und frevelt, wird keine Vergebung finden“. Dies wird im Zusammenhang damit gesagt, daß für den gläubigen Muslim eine Vergebung immer möglich ist. Für die „Ungläubigen“ aber gibt es nur die Hölle „ewig und immerdar“. In der Sure neun heißt es: „Die die Gläubigen verhöhnen... Allah spottet über sie und ihnen wird sein schmerzliche Strafe... Ob Du auch 70 Mal um Verzeihung für sie bätest, so wird ihnen doch Allah nimmer verzeihen.“

Auch das Gebot, den Islam weiter zu verbreiten, wird immer wieder erkennbar: „und Allah liebt nicht die Ungerechten“ und weiter: „Und erlahmet nicht in der Verfolgung des Volkes“ (der Ungläubigen) (4, 105).

Verständlich werden harte Strafbestimmungen, wie die eingangs erwähnte der Todesstrafe für das Nichttragen des Tschador dann, wenn man sich vor Augen hält, daß eben nur der Gläubige die Möglichkeit der Vergebung hat. In der Sure zwei wird es deutlich: „Allah liebt nicht die Übertreter. Und erschlägt sie, wo immer ihr auf sie

stößt, und vertreibt sie, von wannen sie euch vertrieben, denn Verführung ist schlimmer als Totschlag... Also ist der Lohn der Ungläubigen... Und bekämpft sie, bis die Verführung aufgehört hat, und der Glaube an Allah da ist.“

Gläubige Muslime müssen unter allen Umständen verhindern, daß ein Anhänger Mohammeds vom Glauben abfällt, oder diesen vollziehen kann, weil ja sonst nach ihrer Glaubensüberzeugung die ewige Hölle verdammnis droht. Deshalb heißt es in der Sure 29: „Trotz der gebotenen Ehrerbietung darf der Mensch seinen Eltern nicht gehorchen, wenn sie versuchen, ihn vom Glauben abzubringen.“ In einer anderen Sure (3) wird das, wie an vielen anderen Stellen auch, so gesagt: „Siehe, wer den Glauben für den Unglauben verkauft... für sie ist schmerzliche Strafe.“

Vor diesem Hintergrund ist erkennbar, daß allein die Definition, was ist Glaubensabfall, zu den entsprechenden muslimischen Strafen führen kann. Ist z.B. das nicht vorschriftsgemäße Tragen des Tschador gleichzusetzen mit dem Beginn des Glaubensabfalles? Die Meldung aus dem Iran kann eigentlich nur so verstanden werden.

Noch einmal zur Toleranz. Bei allem Verständnis für die gerechtfertigte Forderung, daß jedermann seiner eigenen Glaubensüberzeugung leben darf, ist doch zu fragen, warum dies nur einseitig von

und in der westlichen Welt gefordert wird. Die Glaubensausübung oder gar die Glaubensverbreitung des Christentums wird in allen muslimischen Ländern mehr oder weniger verfolgt. Selbst die Türkei, die z. B. ein Verschleierungsverbot hat und jede öffentliche Einmischung des islamischen Glaubens verbietet, duldet keine religiösen christlichen Gemeinschaften.

Andererseits wird immer stärker auch in unserem Land die Anerkennung des Islam als Religion gefordert. Dabei ist das Grundproblem auch hier: Kann der Staat, kann die Gesellschaft eine religiöse Überzeugung akzeptieren und ihre Verbreitung sowie ihr Glaubensleben fördern, die gegen die allgemeine Überzeugung und vor allem gegen die Grundrechte der Lebensgemeinschaft und das Grundgesetz des Staates so klar verstoßen. Eine weitere Problematik liegt in der großen Aufspaltung der religiösen Glaubensüberzeugungen der Muslime. Es ist ja nicht so, daß der in arabischer Sprache geschriebene Koran von allen muslimischen Glaubensgemeinschaften in gleicher Weise in die jeweilige Sprache übersetzt und in die jeweilige Kultur- und Staatsform umgesetzt wird.

Notwendig und begrüßenswert ist eine Verbreiterung und Vertiefung der Kenntnis dessen, was muslimische Mitbürger in unserem Land als Grundlage ihres Lebens betrachten. Falsch wäre eine einseitige Sicht und — wie so häufig

— das Heraussuchen der wenigen Stellen, die bei entsprechender Auslegung für die westlichen Lebensvorstellungen positiv sind. Auch bei der Betrachtung des Islam und der Bewertung der Möglichkeiten des Zusammenlebens gilt der allgemeine Grundsatz, daß die Einzelheit nicht zum Maßstab der Gesamtwertung herangezogen werden darf.

Willy Trost

Freizeit ein Problem?

Auch die Freizeit ist nun zum wissenschaftlichen Feld geworden. Freizeitwissenschaftler versuchen auch diesen so menschlichen Bereich wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Fast jeder zweite schätzt Freizeit mehr als Arbeit.

Dies auch, weil zunehmend Freizeit als Freiheit und Arbeit als Unfreiheit verstanden wird. Die Lebensstile bestimmen das Freizeitverhalten, wie eine Umfrage bei mehr als 5000 Bundesbürgern belegt. Dennoch ist das Streben in den Beruf, vor allem bei den Frauen, stetig gewachsen. Für rund 42 % der erwachsenen Bundesbürger ist Freizeit bedeutsamer als Arbeit. Dies drückt sich nach einer Untersuchung, die von der DGFF Gesellschaft zur Förderung der

Freizeitwissenschaften mbH veröffentlicht wurde, deutlich in den unterschiedlichen Freizeit-Lebensstilen aus.

1. Jung mit Sinn für Freizeit und Konsum

Besonders deutlich tritt die Vorrangstellung der Freizeit bei der Gruppe der jungen freizeitorientierten Konsumenten hervor: 17 % (7,8 Mio.) der erwachsenen Bundesbürger haben diesen Lebensstil, der durch ein starkes Bedürfnis nach Selbstentfaltung und Genuß gekennzeichnet ist.

Der Beruf hat für diese Gruppe eine geringe Bedeutung. Arbeit ist für sie nur ein „Job“. Freizeit und Konsum sind dagegen die zentralen Lebensräume und werden als Gegenwelt und Arbeit verstanden.

Der junge freizeitorientierte Konsument ist ein geselliger Mensch, der Tätigkeiten bevorzugt, die ihn in Verbindung mit Gleichgesinnten bringen. Zuhause bleiben ist für ihn langweilig. Diskotheken- und Kinobesuche und sportliche Betätigung schätzt er besonders.

2. Konservativ und familienfreundlich

Rund 16 % der erwachsenen Bundesbürger (7,3 Mio.) können als häuslich und familienzentriert bezeichnet werden.

Für sie hat Berufsarbeit nur eine geringe Bedeutung, auch Fragen des öffentlichen Lebens stehen

sie wenig interessiert gegenüber. Am meisten Zeit und Gefühl wenden sie für ihre Familie auf.

Mehr als vier Fünftel dieser Gruppe sind Frauen. Mit einem Durchschnitt von 1,9 Kindern haben sie weit mehr Kinder erzogen als die Mitglieder jeder anderen Lebensstilgruppe. Ein harmonisches Familienleben geht ihnen über alles.

Dementsprechend verhalten sie sich auch in der Freizeit. Bevorzugt werden vor allem häusliche Freizeitaktivitäten, wie gemütlich zuhause zu bleiben und auszuruhen, radiohören, fernsehen und lesen. Auffällig häufig ist in dieser Lebensstilgruppe auch der Kirchenbesuch: 70 % gehen mindestens einige Male im Jahr, 28 % sogar wöchentlich in die Kirche.

3. Angepaßt, passiv und ängstlich

Die Lebensziele des passiven, anpassungsfähigen Arbeitnehmers (16 % = 12,3 Mio.) sind von einem starken Sicherheitsbedürfnis geleitet.

Seine Lebensplanung ist einerseits auf einen sicheren Arbeitsplatz ausgerichtet, andererseits strebt er als privates Auffangnetz eine harmonische Familie an. Nur 33 % dieser Lebensstilgruppe sind Frauen. Ein niedriger Bildungsstand überwiegt.

Seine Freizeit verbringt der passive, anpassungsfähige Arbeitnehmer meistens alleine oder mit seiner Familie in der gewohnten

häuslichen Umgebung, um sich zu entspannen und die Angebote von Fernsehen, Video und Radio zu nutzen.

4. Normorientiert, fremdbestimmt und durchschnittlich

Soziale Anerkennung zu finden ist für 15 % (6,9 Mio.) der erwachsenen Bundesbürger ein zentrales Ziel. Dafür richtet dieser normorientierte Durchschnittsbürger seine Einstellungen an gesellschaftlich anerkannte Prinzipien, aber auch an neueren Strömungen des Zeitgeistes aus.

Der normorientierte Durchschnittsbürger steht voll im Berufsleben, dem er einen hohen Stellenwert beimißt. Im Konfliktfall zieht er die beruflichen Interessen den Familieninteressen vor.

5. Jung, intellektuell und engagiert

Kulturelles Interesse und soziales Engagement kennzeichnen den Lebensstil von etwa 15 % der erwachsenen bundesdeutschen Bevölkerung (6,9 Mio.). Frauen und Männer mit hohem Bildungsgrad sind zu gleichen Teilen in dieser Gruppe vertreten.

Für diese motivierten, engagierten Jüngerer haben Arbeit und Freizeit etwa gleichrangige Bedeutung. Viele von ihnen können sich eine persönliche Zukunft ohne ein erfülltes Familienleben vorstellen. Freude am Beruf vermitteln ihnen die Kontakte zu Arbeitskollegen

und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten durch die kreative Bewältigung von Arbeitsaufgaben. Selbstverwirklichung und Selbstständigkeit im Beruf gelten ihnen als anzustrebende Ideale.

6. Leistungsbewußt, konservativ und beruflich erfolgreich

Männer überwiegen mit 74 % in dieser Gruppe der etablierten beruflich Erfolgreichen, die etwa 12 % der Gesamtbevölkerung (5,5 Mio.) ausmachen.

Der Beruf nimmt bei diesen durchschnittlich 52 Jahren alten Personen eine zentrale Stellung ein. Auch nach Feierabend und ohne Bezahlung sind sie gern bereit, Zusatzarbeiten durchzuführen. Folglich rangiert Freizeit unter ihren Lebensorientierungen am Schluß. Sie ziehen den Beruf ihrer Familie vor und diese wiederum der Freizeit außerhalb der Familie.

7. Schlicht, zurückgezogen und alt

Die Lebensplanung der Gruppe der zurückgezogenen älteren Menschen mit einem Durchschnittsalter von 59 Jahren ist weitgehend abgeschlossen. In dieser Lebensstil-Gruppe, die etwa 10 % der Gesamtbevölkerung (4,6 Mio.) ausmacht, sind Frauen mit 70 % überrepräsentiert.

Die Zukunftswünsche dieser Älteren sind auf die Erhaltung des im Leben Erreichten gerichtet. Ein harmonischer Ruhestand, Ge-

sundheit und inniger Kontakt zu den eigenen Kindern und anderen Familienmitgliedern sind häufig geäußerte Bedürfnisse. Relativ niedrige Einkommen verlangen Sparsamkeit bei den Dingen des täglichen Bedarfs wie auch für Freizeit.

Zurückgezogene Ältere haben zwar mehr Freizeit als die Angehörigen in anderen Lebensstil-Gruppen, aber sie haben keine besonders ausgeprägten Freizeitinteressen.

Überfrachtung der Freizeit wie auch die „Über“-Information durch die Medien führen in der Regel zu allgemeiner Ratlosigkeit. Diese führt dann zur unbewußten Krisenstimmung und der Erwartung neuer Informationen zur Bestätigung der Verunsicherung im täglichen Verarbeitungstreß.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die öffentlich-rechtlich organisierten Freizeiten nicht angenommen werden. Freizeit ist in erster Linie freibestimmte Zeit. Wenn also fast die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik der Freizeit höheren Wert beimißt als der Arbeit, dann müssen alle Verantwortlichen die Selbstbestimmung auch in diesem Bereich fördern.

Willy Trost

Das Rotkehlchen (*Erithacus rubecula*)

Vogel des Jahres 1992

Es war leicht zu fangen, gewöhnte sich ohne Probleme in den Käfigen ein und wurde dabei alsbald zahm. Da das Rotkehlchen selbst hinter Gittern das Singen nicht einstellte und über das ganze Jahr dabei blieb, galt es stets als „Attraktion“ auf den Vogelmärkten — und das hat sich bis heute so gehalten, nämlich dort, wo die Vogelschutzbestimmungen nicht so streng sind, wie hier bei uns. Noch vor hundert Jahren verschwand es im Herbst aus seinen Revieren, zog in den Süden, um erst im März wieder in den Norden zurückzukehren. So galt es als Zugvogel mit Südeuropa (Italien, Spanien, Griechenland), Nordafrika, Syrien, Persien als Winterquartiere und lebte fast ausschließlich im Wald, dort wo dichtes Unterholz ausreichend geschützten und auch „bestückten“ Lebensraum abgab, in dem es sich dann fast stets bewegt.

Wenn nun das Rotkehlchen zum „Vogel des Jahres 1992“ gewählt wurde, deutet das alarmierend auf eine bedrohliche Einschränkung seines Lebensraumes hin. Nur wenn wir uns intensiver mit seinen Lebensgewohnheiten — informativ — befassen, kann es gelingen, seine Gefährdung zu mindern, ihm jene Bedingungen zu schaffen, in

denen es optimale Lebensbedingungen vorfindet.

Standvogel in Südeuropa.

Heute bleibt das Rotkehlchen auch im Winter bei uns, lebt nicht weniger häufig in unseren Gärten, wenn sie genügend Büsche aufweisen, als im Wald und nimmt selbst die Winterfütterung gerne an, wenn Weichfutter in den Vogelhäuschen vorhanden ist — und wirkt da sehr eindrucksvoll im Kontrast zum Schnee. Dabei gibt es Standvögel in Südeuropa, die nicht im Frühjahr in den Norden ziehen, wie auch Teilzieher, die im Herbst aus dem hohen kalten Norden zu uns nach dem milderen Mitteleuropa kommen, um hier zu überwintern. Sein Verhalten dem Mensch gegenüber wird als „zutraulich“, „freundschaftlich“, „neugierig“, ja „anhänglich“ bezeichnet; jeder Gartenfreund macht seine eigene Beobachtung, wenn er Vögel liebt.

Der Mensch, ein „größeres Waldtier“

Da sich Ornithologen vor einer „Vermenschlichung“ dessen hüten was unsere Beziehung zum Tier betrifft, suchen sie nach Gründen für dieses Verhalten. Die Wissenschaft glaubt, daß das Rotkehlchen im Menschen ein größeres Waldtier sieht, das ihm mit Hilfe seiner Hufe die begehrten Insekten „aufwirbelt“, im Winter bei der Äsung den Schnee zur Seite räumt, so daß es — davon profitie-

rend — auf diese Weise ebenfalls seine Nahrung finden kann. Erwiesen ist hier allerdings nichts; so können wir uns, zumal die Zuneigung auf beiden Seiten uneigennützig erscheint, an diesem zutraulichen Wesen des kleinen Kerls getrost freuen. Das Rotkehlchen sieht ohnehin reizvoll genug aus, nicht nur durch seine Färbung, auch durch seine Gestalt: klein, rund — und kaum daß man bei ihm einen Halsansatz bemerkt, dazu relativ große, dunkle Augen — alles Merkmale, die das Gemüt des Menschen ansprechen.

Interesse an allem, was sich im Revier ereignet

Als kleiner Vogel ist es ebenfalls sehr lebendig, bewegungsfroh, heiter wirkend, optimistisch. Es interessiert sich dabei offenbar sehr für die Gartenarbeit, und auch hier scheint es der kleine Federball nicht so absolut auf die vom Gärtner gelockerte Erde abgesehen zu haben, wo er allerdings reichlich Nahrung fände. Berichte schildern immer wieder seine Neugier, ja sein „Interesse“ an allem, was sich in seinem Revier zuträgt. Er ist stets zur Stelle, wenn es „etwas zu beäugen gibt“ und folgt dem Menschen „auf Schritt und Tritt“. Das war offenbar schon immer so, wie die Namensbezeichnungen beweisen.

„Thomas Winter“

Sein lateinischer, der vogelkundliche, Name: *Erithacus rube-*

Abalimi Bezekhaya

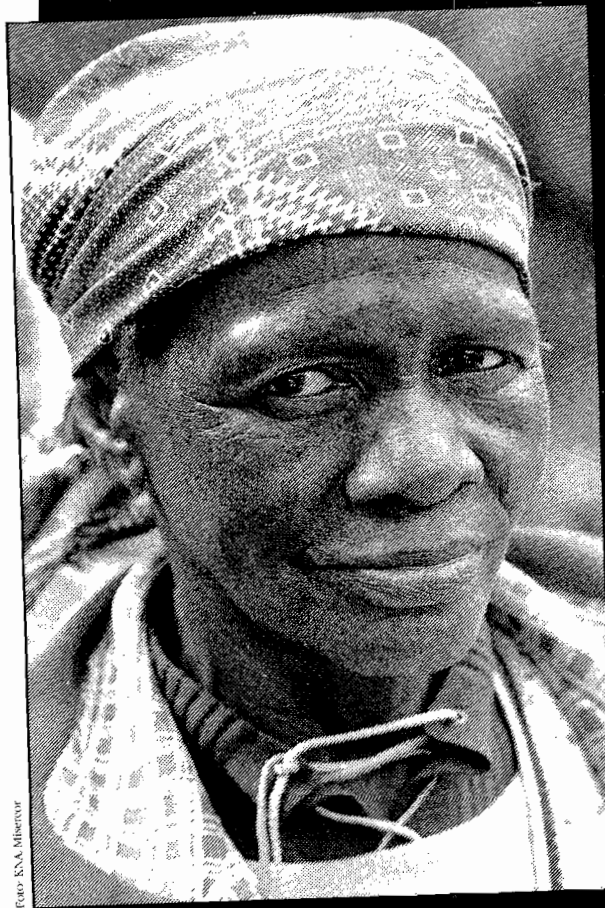


Foto: EVA Misereor

Gemüse im eigenen Garten anbauen – das ist doch nicht der Rede wert. Doch, wenn der Garten in Khayelitscha, der schwarzen „Township“ von Kapstadt (Südafrika) liegt. Über 500.000 Menschen leben hier auf engem Raum in einer Stadt, die im wahrsten Sinne des Wortes auf Sand gebaut ist. Die politischen, sozialen und kulturellen Folgen der Apartheid bündeln sich in dieser Enge wie in einem Brennglas. „Abalimi Bezekhaya“ heißt in der Xhosa-Sprache: Heim-Gemüsebauer. Das ist gleichzeitig der Name eines mit Misereor-Spenden geförderten Entwicklungsprogramms. In kleinen Musterbetrieben werden die Bewohner, die einen eigenen Gemüsegarten anlegen wollen, beraten und unterstützt. Die Ernährungslage der beteiligten Familien verbessert sich, manche verdienen sich durch den Verkauf von Überschüssen sogar ein kleines Zusatzeinkommen. Hilfe zur Selbsthilfe in einer schwierigen Übergangszeit.

Post giro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstr. 9
5100 Aachen

cula. Man trifft das Rotkehlchen im Norden bis hoch in Mittelskandinavien und sogar auf Island. Die Engländer nennen es Robin, die Franzosen „rouge-gorge“ (Rot-hals), die Italiener „Pettiorosso“. Wir Deutsche gaben ihm, je nach Gegend, die verschiedensten Namen, wie „Federball“, „Rotbart“, „Rotkatel“, „Rotwuschele“, „Buschröschen“ und (seitsamerweise) „Thomas Winter“. Der Ursprung dieses Namens — er liegt sicherlich weit zurück in der Vergangenheit — müßte noch ergründet werden. Seine Bedeutung ging seither verloren.

Rot als Warnfarbe

Dank seines doch mehr ins Orange statt ins Rote zielenden Brust-, Hals- und Stirngefieders, weißgrau gefaßt, seiner kugeligen Gestalt, den relativ langen Beinen mit großen, standfesten Füßen, ist das Rotkehlchen leicht zu erkennen. Die rote Farbe gilt dabei offenbar gleichzeitig auch als Warnfarbe zur Identifizierung von Artgenossen und zu ihrer Abschreckung, wenn sie in das Revier einzudringen versuchen. Oberkopf, Oberseite und Flügel sowie der Schwanz sind dunkelolivengrau mit grauweißen Aufhellungen, der Bauch grauweiß.

Verträgt auch giftige Beeren

Das Rotkehlchen zählt, wie schon erwähnt, zu den kleinen Vögeln, mißt etwa 15 cm vom kleinen,

spitzen Schnabel bis zum Schwanz, die Flügelspannweite beträgt 22 cm. Es sucht Spinnen, Insekten, kleinere Schnecken, Regenwürmer (die es fast so geschickt wie die Amsel aus der Erde zu ziehen versteht) und Beeren als Futter, wobei es in Weingegenden, auch Weinbeeren „pflückt“, ohne allerdings — wie etwa die Stare — Schaden anzurichten. Selbst einige für uns giftige Beeren verträgt das Rotkehlchen ohne weitere schlimme Folgen.

In den unteren Etagen der Natur

Das Weibchen, vom Männchen im Gefieder nicht unterschieden, baut allein das Nest aus Halmen, Blättern, Gras, Moos. Es beginnt damit relativ spät, Mitte oder Ende April, und bevorzugt die „unteren Etagen der Natur“, meist am Boden, aber stets nach oben zu abgedeckt, unter Wurzeln, in Erdspalten, in überdeckten Mauerecken, vielleicht Dachvorsprüngen — und wo auch immer. Das Nest ist kugelförmig angelegt und enthält meist sechs gelblichweiße, rostgelb punktierte Eier, die, ebenfalls vom Weibchen allein, in zwei Wochen ausgebrütet werden.

Wenn Brust und Hals rot werden...

Die geschlüpften Jungen bleiben ebensolange im Nest, ehe sie flügge sind. Noch verfügen sie da nicht über rotes Brustgefieder, so daß sie von den Eltern auch weiter

gefüttert werden; bald aber wachsen die roten Federchen über die dunklen heraus. Das ist für die Eltern das Signal, die Jungen aus dem Revier — wie vor der Brut erwachsene Vögel — hinauszutreiben. Wenige Wochen später beginnen sie dann mit der zweiten Brut.

Futtergaben für das Weibchen

Die Lage der Nester, die Hilflosigkeit der geschlüpften Jungen, lassen Rotkehlchen leicht zur Beute der verschiedenen Nesträuber werden. In der Verteidigung beweisen beide, Weibchen und Männ-

chen, viel Mut, ebenso bei der Revierbehauptung, die aber vorwiegend doch durch den Gesang, der hohe Meisterschaft erlangt, präsentiert wird. Während der Balzzeiten bringt das Männchen dem Weibchen Futtergaben dar; wenn es diese annimmt, gilt die Ehe als geschlossen. Ist das Brüten vorbei, nehmen die Rotkehlchen wieder ihre individuelle Absonderung auf: es sind im Grunde Einzelgänger, die höchstens in kalten Winternächten ein wenig mit ihresgleichen zusammenrücken.

Wolfgang Altendorf



**durch Teilen
überwinden**

Spendenkonto: Post giro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Mozartstr. 9
5100 Aachen

AUS GKS UND PGR

Akademie Oberst Helmut Korn vom 28. 10. bis 1. 11. 1991 im Bonifatiushaus Fulda

Europäische Friedensord- nung — Soldaten denken an morgen

Wie können sich Soldaten mit einem christlich geprägten Selbstverständnis in eine künftige europäische Friedensordnung einbringen? Mit dieser Frage haben sich katholische Soldaten in den Tagen vor Allerheiligen im Bonifatiushaus in Fulda beschäftigt. Im Rahmen einer Akademie, die den Namen „Oberst Helmut Korn“ trägt, einem der Gründerväter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), wurde interessierten Staatsbürgern in Uniform ein Diskussionsforum geboten, das inhaltliche Anregungen durch Referate von kompetenten Fachleuten aus der Politik erhielt. Dabei wurde noch einmal deutlich, wie sehr sich die historisch bedeutsamen politischen Umwälzungen im Europa der Gegenwart, der demokratische Aufbruch in ehemals unterdrückten Staaten nicht nur auf die Bundeswehr, sondern auch auf

übernationale Sicherheitssysteme auswirken.

Welche Konturen könnte eine künftige Friedensordnung annehmen, welche Sicherheitsarchitektur wäre zu schaffen, in welche Strukturen wären Streitkräfte in Europa einzubinden? — Worauf müßten sich die europäischen Nationalstaaten einlassen, was hätten sie loszulassen? — Und schließlich: Auf was haben sich Soldaten einzustellen, zumal, wenn sie ihr Selbstverständnis aus den Einsichten des II. Vatikanums ableiten, Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker sein zu wollen?

In einem offenen Akademieabend gab der Alterzbischof von Luxemburg, Jean Hengen, eine Einstimmung in die Bildungswoche, zu dem er „Perspektiven und Herausforderungen der europäischen Integration“ für die Kirche aufzeigte. Bei der Aussprache wurde jedem sehr schnell klar, daß die Kirche einerseits keine treibende politische Kraft sein kann und will, daß sie aber andererseits ihrer Mission entsprechend das moralische Bewußtsein der Bürger in den jeweiligen Ländern wachhalten kann. — Wie läßt sich der Dienst des Soldaten auf dem Weg nach Europa ethisch begründen? Dieser Frage ging der Moraltheologe Prof. Dr. Franz Furger nach. — General Dieter Clauß, Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlsha-

bers der NATO in Europa und Schirmherr dieser Akademie, umriß den Auftrag des europäischen Soldaten in einer künftigen europäischen Friedensordnung. — Vom Institut für Theologie und Frieden in Hamburg kam Dr. Gerhard Beestermöller und bestätigte, daß die Katholische Friedenslehre auch in Bezug auf den Golfkrieg ihre Bedeutung behält.

Die Referate führten zu lebhaften Diskussionen, die einmal mehr verdeutlicht haben, daß es zwar auf viele Fragen keine fertigen Antworten gibt, wohl aber wichtige Orientierungshilfen aus dem reichen Schatz der Katholischen Soziallehre im allgemeinen und der darin enthaltenen Friedensethik im besonderen.

Fazit: Die nächsten Jahre sind entscheidend für eine friedenserhaltende und -gestaltende Politik. Katholische Soldaten in der Bundeswehr stellen sich ihrem Selbstverständnis entsprechend der Verantwortung, auch im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme Aufgaben der militärischen Friedenssicherung zu übernehmen. Sie wären demzufolge auch bereit, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen. Denn mit der Durchsetzung des Völkerrechts, dem „Grundgesetz für eine Weltinnenpolitik“, würde nach Auffassung katholischer Soldaten immer auch das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes verteidigt werden. Diese Bereitschaft gilt jedoch nur im Kontext einer Friedensethik,

nach der mit äußerster Kraft und Entschiedenheit alles unternommen sein muß, jeden Konflikt zunächst auf friedlichem Wege beizulegen.

Helmut P. Jermer

Reflexionen zur Akademie Oberst Helmut Korn

Die Akademie Oberst Helmut Korn hat auch zum dritten Male zur Bestätigung und Neuorientierung, innerhalb des gestellten Themenkreises „Frieden“, beigetragen. Ethische Begründungen konnten gefestigt und neue Gedankenansätze bekamen ausreichend geistliche Nahrung. Im Einladungsschreiben hieß es zum Thema: „Mit diesem Thema stellen wir uns den historisch bedeutsamen politischen Umwälzungen in unserer Zeit.“

Den Veranstaltern ist diese Zielsetzung gelungen, von den Referenten wurden erwartungsgemäß keine Musterlösungen angeboten, aber trotzdem waren die Beiträge aussagekräftig und hilfreich.

Welche Folgerung kann diese Tagung für den einzelnen Soldaten bewirken, der der Katholischen Friedenslehre kritisch gegenübersteht bzw. für den diese unbekannt oder bedeutungslos ist?

Die folgende Darstellung stellt eine verkürzte Reflexion der Thematik dar, es ist keine wörtliche Wiedergabe der Vorträge und Diskussionen.

1. Europäische Sicherheitsunion als neue Chance

Zu den bisherigen zwei Supermächten USA und UdSSR gesellt sich in naher Zukunft Europa. Europa stellt sich als Zukunftsträger der neuen demokratischen Staaten in Osteuropa dar und ist deshalb gefordert, eine gemeinsame europäische Sicherheitskonzeption zu erarbeiten. Die hierzu wichtigen Sicherheitsstrukturen der NATO und der WEU sollten zum gemeinsamen Mittel einer europäischen Sicherheitsunion genutzt werden.

Wenn auch der aufgelöste Warschauer Pakt keine Bedrohung mehr darstellt, so ist doch zu berücksichtigen, daß die UdSSR derzeit noch eine starke nukleare Militärmacht ist. Die Wandlung der Völker der Sowjetunion, aber auch die Veränderungen in den osteuropäischen Ländern, stellen einen Unsicherheitsfaktor dar. Die vorhandenen, potential großen Streitkräfte stellen nach wie vor ein Risiko für Europa dar und ermöglichen auch weltweite Operationen.

Im 19. Jahrh. hatten die USA zweimal als Friedensstifter in Europa eingreifen müssen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die USA an einem sicheren Europa interessiert sind. Die Position der Überlegenheit ist geschmälert, kann aber in kürzester Zeit wieder hergestellt werden. Die USA sind ferner daran interessiert, ein

gleichgewichtiges Bündnis mit Europa einzugehen, um die NATO zu einem Bindeglied einer kollektiven Sicherheit zu nutzen.

Die kollektiven Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen, mit einer engen Zusammenarbeit zwischen NATO und WEU, können zur

Grundlage einer chancenreichen Sicherheitsunion in Europa werden.

2. Ethische Begründung soldatischen Dienstes

Die zuvor geschilderte neue politische Lage muß zu einer diskussionsfähigen Beurteilung der Sicherheitspolitik führen, sie darf aber nicht die Verteidigungsbereitschaft schwächen. Vertrauensbildende Maßnahmen sollten nicht zur überwachten Mißtrauenszeugung ausarten, sie führen sonst zur Trennung und nicht zum Zusammenschluß. Eine überregionale Schutzmacht scheint deshalb notwendig, um die Entwicklung eines Vertrauenspotentials zwischen ehemaligen Gegnern zu schaffen. Diese überregionale Schutzmacht müßte den Charakter einer sozialordnenden Kriegsverhinderung verdeutlichen. Ebenso muß die internationale Zusammenarbeit gestärkt werden, welches auch zur Folge hätte, daß nationale Souveränität an eine Staatengemeinschaft abgegeben werden muß. Die Bedeutung der Streitkräfte wäre somit kein Symbol der nationalen Souveränität, sondern einer internationalen

Schutzmacht der Völker. Diese Verlagerung der staatlichen Autorität würde dem Anspruch gerecht werden, daß der Soldat als Diener der Sicherheit, der Freiheit und der Völker zu sehen ist. Womit auch gleichzeitig die ethische Begründung des soldatischen Dienstes, wie ihn „Gaudium et spes“ beschreibt, auf ein vertretbares Fundament gestellt werden kann.

3. Katholische Friedenslehre als Orientierungshilfe

Die Katholische Friedenslehre sieht eine wirksame Verwirklichung des Friedens in einer supranationalen Weltautorität, deren Form noch keine greifbaren Strukturen erkennen läßt. Die wirksame Macht muß eine Autorität oberhalb aller Staaten haben und die Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten wahren. Es erscheinen also supranationale Organisationen notwendig, die über Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen verfügen und ihre „Macht“ durchsetzen können, wobei diese Macht ihre Grenzen am Menschenrecht findet. Da Menschenrechte nur mit dem Mittel der Vernunft begründet werden können, steht die vernunftsmäßige Friedensforderung in enger Verbindung mit der Nächstenliebe. Diese begründet sich ebenfalls im Recht auf den Schutz des Schwächeren und naturgemäß in der eigenstaatlichen Sicherung nach innen und außen. Somit läßt sie die

Schlußfolgerung zu, daß Frieden uns alle angeht. Jeder Soldat ist daher aufgefordert, bereits im Vorfeld, aber auch gerade während seines Dienstes, eine Gewissensforschung vorzunehmen, die nach Abwägung aller Aspekte ein soldatisches Dienen rechtfertigt.

4. Folgerungen für den einzelnen Soldaten

Sicherheits- und Verteidigungspolitik muß im Einklang mit den Menschenrechten stehen, die wiederum im unmittelbaren Zusammenhang der Grundrechte und der Menschenwürde zu sehen sind. Die christliche Weltordnung umfaßt diese Elemente und vermittelt dem einzelnen die Grundlage zum sittlichen Handeln. Dieses bedeutet auch, daß für den einzelnen der Mensch der Maßstab aller Dinge sein muß und seinen Stellenwert sowohl in der Verteidigungsbereitschaft als auch bei der Vermittlung der Verteidigungswilligkeit seinen allerersten Stellenwert haben muß. Die heutige Lage erlaubt es nicht mehr, daß nach einem alten Grundsatz, nämlich: „daß der Soldat kämpft, daß der Feldherr siegt und daß der Regierende den Frieden macht“, Friedenspolitik für den einzelnen Soldaten erklärt wird. Vielmehr sollen alle Soldaten befähigt sein — mit dem Wissen über eine Katholische Friedenslehre — die Forderungen nach Frieden anzumehmen.

Siegfried Granrath

Europäische Sicherheitskonzeption

Vortrag am 29.10.1991
im Rahmen der Akademie
Oberst Korn der GKS

A.

Es ist mir eine große Ehre, heute vor der Gemeinschaft Katholischer Soldaten über Europa und seine mögliche künftige Sicherheitsarchitektur vorzutragen. Ich erinnere mich noch gut an eine Veranstaltung des damaligen Königsteiner Offizierkreises in den frühen 60er Jahren, an der ich als Leutnant und Zugführer einer Wetzlarer Pionierkompanie teilgenommen habe. Diese Veranstaltung war damals von Oberstleutnant Korn geleitet worden.

Ihre Tagung findet in einer Zeit dramatischer Veränderungen statt. Letzte Woche ist das Vertragswerk über den Europäischen Wirtschaftsraum gelungen. In wenigen Wochen wird der EG-Gipfel in Maastricht, der seit Dezember letzten Jahres durch zwei Regierungskonferenzen vorbereitet wird, schwerwiegende und weitreichende Entscheidungen zu treffen haben: Über eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union Europas, zu der notwendigerweise eine Sicherheitsunion gehören muß. Bundeskanzler Helmut Kohl hat in mehreren Regierungserklärungen deutlich gemacht, daß die Wirtschafts- und Währungsunion

und die Politische Union einander bedingen. Er will die angestrebten Vertragsänderungen für das eine Projekt nur dann dem Parlament zur Entscheidung vorlegen, wenn auch das andere gelingt. Er hat bewußt ein Junktim geschaffen und damit dem europäischen Prozeß eine neue Dynamik gegeben.

Die „Partie“ ist eröffnet. Das Spiel ist zur Zeit sehr unübersichtlich. Einige stellen sich schon auf eine Hängepartie ein. Doch möchte ich daran erinnern, daß in Europa Entscheidungen immer nur unter Zeitdruck bzw. unter dem Druck des möglichen Scheiterns von „Gipfeln“ und Konferenzen gefällt worden sind.

Daher sehe ich mit einigem Optimismus dieser Gipfelkonferenz entgegen und freue mich ganz persönlich darüber, daß offensichtlich dort europäische Strukturen vertraglich vereinbart werden sollen, die mein Fraktionsvorsitzender, Dr. Alfred Dregger, von dem ich herzlich grüßen soll, schon lange vorgeschlagen hat; vor der Wende, um den Status quo zu überwinden; nach der Wende, als Fundament für die Architektur einer gesamteuropäischen Friedensordnung.

B.

Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ stehen wir vor einer Neuordnung Europas. Das 20. Jahrhundert hat uns in seiner ersten Hälfte den 30jährigen Europäischen Bürgerkrieg (Raymond

Aron) gebracht; mit seinen schlimmen Folgen. Danach den Niedergang Europas im „Kalten Krieg“, der andauerte, solange der Ost-West-Konflikt alles andere überdeckt hat. Doch hat sich im Schatten dieses Konfliktes ein neues Europa entwickeln können: das der freiwilligen Kooperation aller mit allen, in dem jeder jeden kontrolliert (Jean Monnet). Nicht Dominanz und Hegemonie sind dessen bestimmende Faktoren, sondern die Fähigkeit zur Kooperation bei offenen Grenzen und nach einheitlichen Regeln. Dieses erfolgreiche, freiheitliche, friedliche, integrierte Europa mit seinen immer stärker werdenden supranationalen Einrichtungen ist heute das faszinierende Modell für alle Staaten Ost- und Ost-Mittel-Europas — nach dem gescheiterten Putsch vom August dieses Jahres auch der „ehemaligen Sowjetunion“ (Jelzin) —, die ihre Misere, das Erbe des völlig gescheiterten sozialistischen Modells, überwinden müssen. Diese Völker und Staaten kehren nun nach Europa zurück (Vaclav Havel).

Wir sind Zeuge eines atemberaubenden historischen Vorganges.

Bis vor kurzem bestand unsere wichtigste Aufgabe im „containment“ gegen den Panzerkommunismus und die Raketen der Sowjetunion darin, uns Frieden in Freiheit zu bewahren, als Voraussetzung einer besseren Weltordnung. Nun, da dies gelungen ist,

können wir uns und müssen wir uns auch stärker auf die Ausgestaltung einer stabilen gesamteuropäischen Friedensordnung konzentrieren.

Vorbei ist die Zeit, in der wir die sowjetische Militärmaschinerie mehr als alles andere fürchten mußten. Fürchten müssen wir heute die Folgen des Kommunismus, die auf der Menschheit lasten; auf der ganzen Menschheit, auch auf den Ländern des freien Westens, die dem Kommunismus erfolgreich widerstanden haben.

Deshalb müssen wir uns nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit der Frage beschäftigen: Was wird aus der zerfallenden Sowjetunion, der immer noch „atomaren Supermacht“, der immer noch stärksten Militärmacht Europas, die immer noch starke Truppen in Deutschland stehen hat?

Die zweite Frage wird sein: Welche Rolle werden die USA in Zukunft weltweit und in Europa haben?

Und die dritte Frage schließlich: Wie handlungsfähig wird Europa sein?

C.

Zunächst zur Sowjetunion.

Solange die KPdSU die dort allein bestimmende Kraft gewesen ist, war die Sowjetunion berechenbarer als heute. Sie war auf Expansion angelegt, obwohl hierzulande viele dies nicht mehr offen auszusprechen wagten. Sie wollte ihr Vorfeld festigen, beherrschen,

ausbeuten und ausdehnen. Sie fühlte sich als Vollstreckerin der kommunistischen Weltrevolution, die sie als einen determinierten historischen Prozeß betrachtet hat.

Erst das gescheiterte Afghanistan-Abenteuer und die Bereitschaft des Westens zur Gegenstationierung euro-strategischer Waffen haben der sowjetischen Führung klargemacht, daß diese Politik ihr Weltreich in die Sackgasse geführt hat. Andropow kehrte an den Genfer Verhandlungstisch zurück und Gorbatschow leitete die Politik des „Neuen Denkens“ ein. Das ist seine historische Leistung. Er hatte wohl nicht erkannt, daß dieses „Neue Denken“ notwendigerweise zum Zerfall des letzten Kolonialreiches der Erde führen mußte, zumal dieses von einer inkompetenten Klasse, der kommunistischen Nomenklatura, gewaltsam regiert wurde. Mit der kommunistischen Ideologie zerfällt das rote Imperium.

Insofern markiert der merkwürdige „Putsch auf Zeit“ (Prof. Voslensky) vom August die Wende in der bisherigen Sowjetunion. Subjekt der Politik werden die Republiken. Eine Zentralgewalt kann nur durch Delegation von Aufgaben aus diesen entstehen. Gorbatschow ist ein Präsident ohne Reich.

Kristallisationskern für eine neue Union in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum wird die Russische Föderative Republik sein. Insbesondere die mittelasia-

tischen Republiken müssen sich Rußland anlehnen. Andere werden dies nicht tun: die baltischen Staaten, möglicherweise Armenien, Georgien, Aserbaidschan. Moldawien ist ein Sonderfall.. Eine für mich derzeit offene Frage ist: Wird die Ukraine nach Westen blicken?

Manche dieser „unabhängigen Staaten, die Subjekte der früheren UdSSR waren“ (Vertrag über die neue Wirtschaftsgemeinschaft), tragen den Bazillus des Zerfalls in sich, haben Nationalitätenprobleme und ethnische Minderheiten, die nach Selbstbestimmung verlangen.

Während des Putsches wurde die bange Frage aufgeworfen: Wer verfügt über die sowjetischen Atomwaffen? Aber auch: wer verfügt über die Armee, wer über die Marine, die im Atlantik operiert?

Die Fragen sind noch offen. Aus alledem ziehe ich den Schluß: Wenn auch diesen sowjetischen Streitkräften die frühere offensive Zielsetzung fehlt, sie bleiben ein Risiko für Europa. Alle sowjetischen Klein- und Mittelstaaten sind für sich genommen zu schwach, um gegenüber diesem Potential in Ruhe und Sicherheit leben zu können. Deshalb brauchen sie ein Bündnis für ihre Sicherheit, damit sie auch in Zukunft ihre Politik frei und souverän gestalten können.

Die zerfallende Sowjetunion, das Erbe des Kommunismus, sind aber beileibe nicht die einzigen Risiken für Europa. Im Golf-Krieg ha-

ben wir z. B. erfahren, wie nahe uns der Nahe Osten ist.

D.

Unsere Erfahrung war bisher, daß wir das Übergewicht der Supermacht Sowjetunion in Europa nur austarieren konnten mit Hilfe der anderen Supermacht, die als einzige weltweit operieren kann: mit Hilfe der USA. Dies bleibt auch so. Deshalb bleibt das Nordatlantische Bündnis der Sicherheitsanker für die Freiheit Europas. Es wäre fatal, wenn die europäischen Völker und Staaten sich in eine Lage manövrierten, die jener vor dem Ersten Weltkrieg ähnlich wäre.

Es wäre ebenso fatal, wenn sich die USA in einer „Wendung nach Innen“ (Michael Stürmer) wieder in den Isolationismus begäben, der dieser Weltmacht die Fähigkeit zur Weltpolitik nähme. Diese Art „Friedensdividende“ wäre rasch verbraucht. Zweimal mußten die USA in Europa militärisch intervenieren, nachdem es politisch zu spät war. Deshalb haben auch sie ein vitales Interesse daran, daß die Lage vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr Wirklichkeit wird.

E.

Das heißt nicht, daß alles unverändert bleiben könnte. Dramatische Veränderungen sind auch im Westen im Gange. Nicht von ungefähr sind alle bedeutenden Abrüstungsinitiativen von amerikanischen Präsidenten ausgegangen:

Das INF-Abkommen und der START-Vertrag von Reagan, das KSE-Abkommen und nun auch die Initiative zur Beseitigung der landgestützten Kurzstreckenwaffen von Bush.

Amerika will die Friedensdividende. Amerika will eine bessere Lastenteilung im Bündnis. Das ist legitim. Weniger legitim ist allerdings die Vorstellung, daß dennoch die USA im Bündnis weiter aus der Position der Überlegenheit handeln könnten. Lange Zeit konnten sich die Vereinigten Staaten auf die „special-relationship“ mit den Briten und auf die „Partnerschaft in der Führung“ (Bush) mit der Bundesrepublik Deutschland verlassen. Diese Zeit ist vorbei. Wenn die Allianz Zukunft haben soll, muß sie zu einem gleichgewichtigen Bündnis unter Gleichen, zu einem Bündnis zwischen Amerika und Europa werden.

Es war wohl der größte außenpolitische Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl, daß er gegenüber dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow im Kaukasus im Juli 1990 die Mitgliedschaft des vereinten Deutschland im Nordatlantischen Bündnis durchsetzen konnte. Deutschland ist heute — im Unterschied zum Bismarck-Reich — in einer überaus günstigen Konstellation: Alle seine Nachbarn — und wir haben die meisten — haben die Wiedervereinigung schließlich gewollt. Wir sind der Bündnispartner unserer westli-

chen Nachbarn und wir sind der Hoffnungsträger für unsere Nachbarn im Osten. Es wird für Deutschlands Zukunft wichtig sein, daß wir beides bleiben: guter Bündnispartner und gute Kooperationspartner.

Deshalb dürfen wir nicht den Eindruck einer Dominanz in Europa erwecken. Das führte zu Mißtrauen und dazu, die Geister der Vergangenheit wieder zu beschwören. Wie rasch das möglich ist, haben wir in der Jugoslawien-Krise erfahren, in der von weniger freundlich gestimmten ausländischen Journalisten der Verdacht formuliert worden ist, Deutschland wolle mit seinem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker zugunsten von Slowenien und Kroatien einen mittel-südosteuropäischen Block bilden.

Wenn allerdings die USA nicht mehr wie bislang vom Weißen Haus über die NATO in Brüssel alle relevanten Entscheidungen des Bündnisses in allenfalls bilateralen Abstimmungsprozessen bestimmen können, dann wirft dies die Frage auf nach der Handlungsfähigkeit Europas; also danach, inwieweit Europa auf diesem Kontinent, aber auch weltweit, seine Interessen vertreten kann; die Frage, ob Europa das, was zu seiner Sicherheit notwendig ist, auch notfalls durchsetzen könnte.

Die Europäische Gemeinschaft ist unter dem Schutz der NATO entstanden, trotz gelegentlicher

Konflikte mit der Zustimmung der USA, aber seinerzeit gegen den Willen der Sowjetmacht. Die Europäische Gemeinschaft hat sich deshalb als reine „Zivilmacht“ verstanden. Das erklärt ihren heutigen Zustand: wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärisch ein Nichts. Das kann so nicht bleiben. Das müssen wir ändern.

Wie dringend notwendig das ist, haben wir nach dem Golf-Krieg erneut im Krieg der serbischen Tschetniks und der jugoslawischen Volksarmee gegen Kroatien erfahren. Da war Europa als Ganzes gefordert. Aber Europa war ohne Politische Union, zu der eine gemeinsame Sicherheitsunion gehören muß, nicht handlungsfähig, jedenfalls nicht durchsetzungsfähig. Man sollte das der gegenwärtigen Ratspräsidentschaft und dem niederländischen Außenminister van den Broek nicht anlasten.

Die NATO fühlte sich für Jugoslawien nicht zuständig. Die USA haben diese Krise als eine europäische Angelegenheit betrachtet. Die europäischen Truppen aber sind überwiegend der NATO zugeordnet (nicht unterstellt). Dies beweist, daß wir für unsere Sicherheit in Europa beides brauchen: die NATO und eine Europäische Sicherheitsunion. Beide ergänzen einander. Sie müssen deshalb kompatibel werden.

F.

Betrachten wir die vorhandenen Strukturelemente der europäischen Architektur und ihr Entwicklungspotential:

Über die NATO brauche ich Ihnen nicht viel zu sagen. Doch möchte ich darauf hinweisen, daß diese nicht etwa eine rein militärische Organisation ist. Sie war dies nie gewesen. Sie ist das transatlantische Bündnis zum Zweck der gemeinsamen kollektiven Sicherheit, aber auch zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt. Die im Laufe der Zeit weit über den eigentlichen Vertragstext hinaus entstandenen militärischen Strukturen sind Ergebnisse von zusätzlichen Vereinbarungen und Entscheidungen der Führungsorgane; der Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs, des Rates der Außenminister, des Verteidigungsplanungsrates oder der nuklearen Planungsgruppe. Viele Vereinbarungen sind auch nur auf der Ebene der ständigen Vertreter getroffen worden, also auf Botschafterebene.

Diese intensive Zusammenarbeit im Bündnis ist historisch ohne Beispiel. Jeder Konflikt, jede wichtige politische Frage kann unverzüglich auf Botschafterebene kompetent beraten werden. Dies ist schon ein Wert an sich, über die militärische Handlungsfähigkeit hinaus.

Es waren NATO-Strukturen, die NATO-Logistik, das NATO-Transportsystem, die NATO-Regeln, die

im Golf-Krieg die gemeinsame Aktion der Anti-Saddam-Koalition erfolgreich gemacht haben. „Never change a winning team“ ist eine alte britische Fußballregel. Es ist ein Gebot der Vernunft, daß wir diese eingespielte Zusammenarbeit nicht preisgeben.

Die NATO ist auch eine entscheidende Voraussetzung gewesen für den Erfolg der KSZE, für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie wissen, daß diese Konferenz auf eine sowjetische Initiative zurückgeht. Die Sowjets wollten sich (damals) die Beute des Zweiten Weltkrieges völkerrechtlich festschreiben lassen.

Es ist etwas ganz anderes daraus geworden. Die Sowjets mußten die Teilnahme der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas anerkennen. So wurde die KSZE zu einer „die Blöcke überwölbenden“ Konferenz, in der die Sowjets das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Katalog der Menschenrechte anerkennen mußten; die KSZE wurde zu dem Instrument, mit dessen Hilfe wir im November 1990 mit der Charta von Paris und dem Zwei-plus-vier-Vertrag den „Kalten Krieg“ beenden konnten. Diese Verträge wurden ergänzt durch das sehr umfassende KSE-Abkommen mit dem Ziel der konventionellen Stabilität in Europa. Das von der Sowjetunion im Rahmen dieser Konferenz schließlich akzeptierte Prinzip der asymmetrischen Abrüstung für

denjenigen, der sich vorher eine massive Überlegenheit errüstet hatte, hat den Weg geebnet für die Beseitigung der sowjetischen Invasionsfähigkeit.

Einige haben geglaubt, die KSZE könne allein die Architektur der künftigen europäischen Sicherheit bilden. Da wurden Ursache und Wirkung verwechselt. Ein auf Konsens angelegtes Gremium von inzwischen — nach der Aufnahme der baltischen Staaten — 38 Mitgliedstaaten, kann Richtlinien und Prinzipien formulieren und beschließen. Im Konfliktfall durchsetzen könnte es diese nicht. Die KSZE kann wichtige Elemente beitragen zur gesamteuropäischen Friedensordnung. Doch könnte sie diese Ordnung nicht garantieren.

Die Europäer sind daher gut beraten, wenn sie auch künftig ihre Sicherheit mit Hilfe eines nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen legitimen kollektiven Beistandspaktes organisieren. Entscheiden müssen sie allerdings darüber, ob dies die NATO allein bleiben soll oder ob die NATO im nun ungeteilten Europa endlich ihren „Europäischen Pfeiler“ erhalten soll, den schon Kennedy gefordert hat; mit eigener Statik — und, um im Bild zu bleiben: nicht als „Pendelstütze“, sondern als handlungsfähige Europäische Sicherheitsunion.

Ohne eine solche Europäische Sicherheitsunion wird es keine gemeinsame Außenpolitik der Euro-

päischen Gemeinschaft geben und damit keine Politische Union Europas.

Die zweite Frage ist, ob die Europäische Gemeinschaft selbst und jetzt schon diese Aufgabe erfüllen könnte und sollte.

In den letzten Jahren ist dies insbesondere vom Europäischen Parlament favorisiert worden. Auch Frankreich schien dies zu wollen. Zu einer solchen Sicherheitsunion gehört jedoch mehr als gute Absicht und vertragliche Vereinbarungen über das gemeinsam angestrebte Ziel: Wesentlich ist ihre militärische Handlungsfähigkeit. Dazu aber ist die EG bis auf weiteres nicht in der Lage.

G.

Die Verteidigungsplanungsgruppe der NATO hat im Mai 1991 einen Beschluß gefaßt, in dem die NATO als das für die europäische Sicherheit wichtigste Instrument bezeichnet wurde. Konsequenterweise haben die Verteidigungsminister dann auch gleich eine neue Militärstruktur beschlossen, für die zwar nicht eine neue, gültige, von den Regierungschefs abgesegnete Strategie Pate stand, aber das Bemühen, die amerikanische und britische militärische Führungsdominanz in Europa zu gewährleisten. Dieser Beschluß war von vorneherein Makulatur. Er war nicht europa-kompatibel. Er war an Frankreich vorbei und gegen wesentliche französische Positionen gefaßt worden. Die Außenmi-

nister haben dies wenig später in Kopenhagen korrigiert. Offen ist allerdings bis heute, wie es wirklich weitergehen soll.

Immer noch bildet die (notwendige) Europäische Sicherheitsunion den Kern dreier miteinander verzahnter Debatten:

- in der NATO mit dem Ziel der Erneuerung ihrer Strukturen und einer neuen Strategie;
- innerhalb der Westeuropäischen Union nach deren Reaktivierung von 1984 bzw. auf der Grundlage der Charta von Den Haag 1987;
- und schließlich in der Regierungskonferenz der EG über die Politische Union.

Diese Debatten müssen nun bald zu konkreten Ergebnissen führen. Der NATO-Gipfel im November in Rom und der europäische Gipfel im Dezember in Maastricht bieten die beste Gelegenheit dazu.

Unser Ziel muß eine Europäische Sicherheitsunion sein als Bestandteil der Politischen Union und zugleich als gleichgewichtiger und gleichberechtigter europäischer Pfeiler der NATO.

Das bedeutet: Die Europäische Sicherheitsunion darf weder der NATO entfremdet noch ihr nachgeordnet oder ihr gar unterstellt werden.

Deshalb wäre diese Sicherheitsunion im Rahmen der EG zur Zeit verfrüht. Weder die Amerikaner noch die Briten, auch nicht die Holländer würden dies akzeptie-

ren — aus unterschiedlichen Gründen. Außerdem hat die EG alle Hände voll zu tun mit anderen vordringlichen Aufgaben: die Integration der Staaten Ost- und Ost-Mittel-Europas, die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes mit den bisherigen EFTA-Staaten und die Vollendung des Binnenmarktes einschließlich der Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Deshalb ist die geeignete Einrichtung für die Europäische Sicherheitsunion die Westeuropäische Union mit ihrer „harten“ Beistandsverpflichtung (mit allen Mitteln) bei der Verteidigung Europas. Darüber hinaus ist die Westeuropäische Union das vertraglich vereinbarte Forum für die Beratung der sicherheitspolitischen Fragen Europas in anderen Teilen der Welt. Ihr gehören neun der zwölf EG-Mitgliedstaaten an, die alle NATO-Mitglieder sind. Insbesondere „out-of-area“ (der NATO) und in Fragen der europäischen Verteidigung ist sie also kein Konkurrenzunternehmen zur NATO, sondern ergänzt sie. Dafür gibt es im WEU-Vertrag eine klare Grundlage, die jedoch dahingehend ergänzt werden sollte, daß die WEU ihre Aufgaben im Einvernehmen mit dem Nordatlantischen Bündnis erfüllt. Dies ist eines der Ziele der Kohl-Mitterrand-Initiative in der letzten Woche.

Schon im Dezember 1990 haben Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl ge-

meinsam darauf hingewirkt, daß die „Westeuropäische Union“ (WEU) und die Politische Union Europas eine klare, organische Beziehung herstellen sollten... und die WEU, operativer ausgestaltet, schließlich Teil der Politischen Union bilden und für sie die gemeinsame Sicherheitspolitik erarbeiten könnte“ (Botschaft an die damalige italienische Ratspräsidentschaft).

Zu dieser Europäischen Sicherheitsunion hat insbesondere der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, in vielen Aufsätzen und Bundestagsreden konkrete Anregungen gegeben:

- Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe;
- Personalunion der ständigen Vertreter bei der NATO und bei der WEU;
- Verlegung des WEU-Sitzes nach Brüssel, damit die Generalsekretäre der NATO und der WEU enger zusammenarbeiten könnten;
- ein Militärkomitee der Generalstabschefs als WEU-Planungszelle und anderes mehr.

Der Zweck aller dieser Vorschläge sollte sein, daß dieselben Truppen und dieselben Stäbe je nach Lage und Krise der NATO bzw. der WEU zur Verfügung stehen sollten. Einige konnten sich dies nicht vorstellen. Möglicherweise haben sie dabei zu wenig bedacht, daß die wesentlichen Leistungen von Truppen und Stäben heute Beiträge

zum Krisenmanagement sein müssen — im politischen Spiel der Kräfte. Die Grundlage dafür muß die Verteidigungsfähigkeit sein. Doch der vorrangige politische Zweck ist Kriegsverhinderung. Die neuerliche Kohl-Mitterrand-Initiative zeigt:

Der Ausbau der WEU zur Europäischen Sicherheitsunion wäre die mittlere Linie, der sowohl Frankreich als auch die USA zustimmen könnten. Großbritannien und Italien haben übrigens einen ähnlichen Vorschlag gemacht, den Vorschlag, die WEU „als Brücke“ der NATO zur EG auszubauen.

Ich sehe überhaupt keine Probleme, den französisch-deutschen Vorschlag und den britisch-italienischen Vorschlag zur Deckung zu bringen.

Auch die neuen Demokratien in Mittel- und Mittel-Ost-Europa könnten sich an eine solche Europäische Sicherheitsunion anlehnen, ohne deshalb notwendigerweise Mitglied der NATO zu werden. Sie werden sich erinnern, daß Vaclav Havels Besuch bei der NATO im März dieses Jahres nicht auf ungeteilte Gegenliebe gestoßen ist. Die NATO wollte die Sowjetunion nicht provozieren. Sie hat wohl auch gut daran getan. Aber in einem Vakuum können diese Länder ihre Sicherheit nicht finden, schon gar nicht gegenüber so ungewissen Entwicklungen, wie sie sich im Zerfallsprozeß des früheren Warschauer Paktes und der früheren Sowjetunion im Osten

Europas vollziehen.

Havel hat jetzt wieder in Washington vergeblich für eine engere Bindung seines Landes und der anderen mitteleuropäischen neuen Demokratien an die NATO geworben. Die NATO indessen will diese Europäer wie eine „Liaison“ behandeln. Deshalb ist die WEU gefordert.

H.

Die bevorstehende NATO-Gipfelkonferenz in Rom und wenig später der Gipfel der Europäischen Gemeinschaft in Maastricht müssen die Grundsteine legen für die Architektur einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Ich bin optimistisch, daß die EG-Regierungskonferenzen und die Vorbereitungsgremien der NATO sich der historisch einmaligen Situation, in der sie zur Zeit beraten, bewußt sind.

Zu dieser gesamteuropäischen Friedensordnung werden drei große Staatenunionen gehören, die auf den Prinzipien der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Gleichberechtigung und der freiwilligen Mitgliedschaft in supra-nationalen Einrichtungen aufbauen: die Vereinigten Staaten von Amerika im Westen, eine Staatenunion im Osten Europas vom Bug bis nach Wladiwostok und in der Mitte die Politische Union Europas vom Baltikum bis Portugal.

Europa hat die Chance, angesichts weltweiter Herausforderun-

gen und weltweiter Interdependenzen eine Politische Union der Freiheit, des friedlichen Zusammenlebens der Völker und damit der Prosperität zu schaffen. Diese könnte am Ende des 20. Jahrhunderts wiedergutmachen, was in der engen nationalen Konkurrenz des sogenannten europäischen Mächtekonzerths des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts an vorher vorhandenen Gemeinsamkeiten und an Ressourcen zerstört worden ist. So könnte Europa den besten Beitrag leisten zu den wirklichen Überlebensfragen der Menschheit.

Markus Berger

Das Bild der Soldaten in einer europäischen Friedensordnung

Hochwürdigster Herr Militärbischof!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kameraden!

Einleitung

Es ist mir eine große Freude, wie schon im Jahre 1987 zur Eröffnung der Akademie Oberst Helmut Korn, zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Als Schirmherr danke ich vor allem Ihnen, Exzellenz, daß wir in Fulda – der Stadt der Bischofskonferenz und am Grab des Heiligen Bonifatius – zusammenkommen dürfen.

Lassen Sie mich zu Beginn Oberst Korns gedenken, dessen

Name die Akademie mit Stolz – aber auch im Bewußtsein der damit verbundenen Herausforderung trägt. Ohne seinen unermüdlichen Einsatz gäbe es die GKS in der heutigen Form nicht. Schon seit seinem Eintritt in die Bundeswehr 1956 hat er – zunächst im Königssteiner Offizierskreis und dann in der GKS überzeugend vorgelebt, wie katholische Christen Dienst als Soldat leisten können. Wir stehen in seiner Schuld.

Ich will heute zum Thema „Das Bild des Soldaten in einer europäischen Friedensordnung“ zu Ihnen sprechen.

Die Friedensaufgabe und der Beitrag von Streitkräften

Die Sorge um den Frieden beschäftigt Menschen aller Völker, nicht zuletzt uns Soldaten.

Nun sind es nicht die Waffen, die Kriege verursachen, sondern es ist der Mensch, der tötet und Kriege vom Zaune bricht.

Wer über Frieden und Krieg nachdenkt, muß sich über den Menschen, so wie er ist, nicht wie man ihn gerne hätte, ein Bild machen. Der christliche Glaube ist hier ein guter Lehrmeister, festigt einen realistischen Blick, hält ab sowohl von Pessimismus wie von Übermut:

Er lehrt, daß der „menschliche Wille schwankend und von der Sünde verwundet ist“ (Gaudium et Spes 78). Und daraus folgt: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krie-

ges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi.“ Verantwortliche Friedenspolitik darf diese bleibende Gefährdung nicht leichtnehmen oder gar übersehen. Der Krieg am Golf sei hier als Beispiel genannt.

Für den christlichen Glauben aber gilt auch: Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewalt-samkeit, bis sich einmal die Worte erfüllen: „Zu Pflügen schmieden sie die Schwerter um, zu Wintermessern ihre Lanzen. Kein Volk zückt mehr gegen das andere das Schwert. Das Kriegshandwerk gibt es nicht mehr (Is 2,4).“ Als Christen glauben wir, daß wir zur Liebe fähig sind, daß insofern schon hier auf Erden Friedenspolitik in mehr bestehen muß als in punktueller Kriegsverhinderung. Hier ist jener Beitrag gefordert, den wir Friedensförderung oder -gestaltung nennen.

Unser Beitrag zum Frieden besteht folglich darin, uns selbst mit allen Menschen guten Willens in Liebe zu vereinen und zugleich die bis zum Ende der Zeit drohende Gefahr des Krieges politisch zu beherrschen.

Frieden ist auf Erden nie ganz erreichbar – und das Erreichte ist nie gesicherter Besitzstand, sondern immer aufs neue gefährdet. Frieden bleibt daher immer Ziel politischen Bemühens, neue Aufgabe, neue Anstrengung.

Auf diesem Hintergrund stellt

sich dann auch jedesmal neu die Frage nach dem Ob und dem Wie des militärischen Beitrags zur Friedenssicherung.

Hoffnung und neue Risiken

Wodurch wird der Frieden heute konkret bedroht? Er wird bedroht durch uns Menschen; durch die Art des individuellen und kollektiven Umgangs der Menschen untereinander; durch die Ungerechtigkeiten dieser Welt; durch Ideologien und wirtschaftliche Ausbeutung; durch Überrüstung und den Mißbrauch militärischer Macht. Darum kann Papst Johannes Paul II. sagen: „Kriege werden im Herzen der Menschen geboren.“ Und jeder, der in seinem Herzen Egoismus und Unrecht und die gewaltsame Durchsetzung seiner Interessen zügelt, fördert schon den Frieden. Insofern dürfen wir nicht meinen, Kriege seien ein für allemal ein Schicksal der Menschheit, seien unvermeidbar und unabänderlich. Kriegsverhütung ist möglich und unsere Pflicht. Die Beendigung des Ost-West-Konflikts bestätigt unsere Hoffnungen.

So konnten wir mit dem Ende der Teilung Europas und unseres Vaterlandes den Sieg der Demokratie und Freiheit in den Staaten Ost- und Mitteleuropas erleben. Eine nie für möglich gehaltene Bereitschaft zu Kooperation und Vertrauen ermöglichte den Abschluß von weitreichenden Abrüstungsvereinbarungen im konventionel-

len und nuklearen Bereich. Der Warschauer Pakt hat aufgehört zu existieren, und die Sowjetunion zieht ihre Truppen auf ihr eigenes Territorium zurück.

Die nuklearen Abrüstungsvorschläge des amerikanischen Präsidenten Bush, die Antwort des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow und die Ergebnisse der Tagung der Verteidigungsminister der NATO in Sizilien vor zwei Wochen lassen uns hoffen, daß die landgestützten Nuklearwaffen kurzer Reichweite in Kürze völlig aus Europa abgezogen werden.

Von unseren Nachbarn im Osten geht keine akute militärische Bedrohung für unsere Sicherheit mehr aus.

Bei aller Dankbarkeit, daß Jahrzehnte der Konfrontation in Europa zu Ende gegangen sind, bleibt aber auch festzustellen:

Der Prozeß des Wandels in Osteuropa, insbesondere in der früheren Sowjetunion, ist mit Unsicherheit und Risiken behaftet, wie die Ereignisse in einigen dieser Republiken belegen. Auch nach Durchführung der vereinbarten konventionellen und nuklearen Abrüstungsmaßnahmen wird die frühere Sowjetunion die militärisch stärkste Macht auf dem eurasischen Kontinent bleiben. Dieses militärische Machtgefälle von Ost- nach Westeuropa kann kein europäisches Land für sich allein ausgleichen.

Ethnische und kulturelle Gegensätze sowie Minderheiten- und Na-

tionalitätenkonflikte, die das Gesicht und die Geschichte über Jahrhunderte geprägt haben und bislang durch politischen und ideologischen Zwang unterdrückt wurden, sind neu aufgebrochen. Die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien zeigen, daß Europa keine Insel des Friedens geworden ist.

Der Golf-Krieg machte deutlich, daß sich in bestimmten Regionen instabile oder totalitäre Regime, religiöser Fanatismus, hohes Bevölkerungswachstum, Armut sowie die rasche Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln zu einem explosiven Gemisch verbinden können. Der Golfkonflikt hat uns warnend vor Augen geführt, daß die Sicherheit Europas von Entwicklungen abhängt, die weit jenseits seiner Grenzen liegen können.

Konfliktpotentiale liegen

- in wirtschaftlichen und sozialen Problemen wie Überbevölkerung, Hunger, Überschuldung,
- in ideologischen Bewegungen wie Fundamentalismus und Rassismus oder
- im Kampf um die Kontrolle der Rohstoffe.

Auf diese möglichen Risiken hat sich die Sicherheitspolitik einzustellen. Dabei müssen wir erkennen, daß vielen dieser Konflikte nicht mit militärischen Mitteln, sondern vor allem politisch und wirtschaftlich zu begegnen ist.

Recht auf Verteidigung

Es bleibt angesichts der aufgezeigten Risiken eine wichtige Aufgabe des Staates, für die innere und äußere Sicherheit zu sorgen, die Rechte seiner Bürger zu schützen, Garant des Gemeinwohls zu sein. Daraus ergibt sich: Gegen die existenzbedrohende Wirkung eines Angriffskrieges haben wir das Recht, hat der Staat sogar die Pflicht zu Notwehr und Nothilfe.

Die ethischen Grundlagen hierfür finden wir in der päpstlichen Friedenslehre, wie sie vor allem seit Papst Pius XII. ab 1939 entwickelt wurde. In der Weihnachtsbotschaft 1944 spricht er die friedensethisch bedeutsame Ächtung des Angriffskrieges aus. „Krieg dem Kriege!“ heißt es. Hier wird der Anspruch deutlich, daß nicht nur dieser oder jener Krieg, sondern der Krieg schlechthin verhindert werden soll. Dieser erstrebenswerte Zustand ist noch nicht erreicht. Als *ULTIMA RATIO* gilt darum auch heute noch für den Staat, das Recht auf und die Pflicht zur Verteidigung. *Gaudium et Spes* formuliert diese Verpflichtung des Staates. „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwor-

tung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen“ (Nr. 89). Soldaten zählen sich zu denen, die hier als Verantwortungsträger angesprochen sind.

Die UN-Charta hält in Art. 51 ausdrücklich das „naturegegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ fest. Unser Grundgesetz verpflichtet uns, „dem Frieden der Welt zu dienen“ und die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Es stellt fest: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Das ist die Rechtfertigung unseres Dienstes als Soldat.

Diese Grundlagen finden wir in den Gremien gemeinsamer Sicherheitsvorsorge und Zusammenarbeit wieder, denen sich die Bundesrepublik Deutschland angeschlossen hat.

Die Vereinten Nationen bieten ein Forum für weltweite Friedens- und Sicherheitsbemühungen. Ihre Wirksamkeit bei der Wahrung des Friedens hängt jedoch davon ab, ob sie stark unterschiedliche Interessen der Mitgliedstaaten vereinen kann.

Das Grundkonzept der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) besteht in der Verpflichtung aller Teilnehmer zur gemeinsamen Aktion gegen einen Angreifer, wobei sich diese Verpflichtung nicht primär auf einen äußeren Feind, son-

dern auf andere Teilnehmer bezieht. Durch die Gewährleistung einer militärischen Übermacht auf der Seite des „Opfers“ soll einem potentiellen Angreifer jede Chance genommen werden; man gewinnt „Sicherheit voreinander“, weniger gegen eine Bedrohung von außen.

Damit wird die KSZE in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Konfliktverhütung, aber auch in Feldern wie Rüstungsvereinbarungen, Rüstungskontrolle, Verifikationen, Kommunikation und Konsultation spielen.

Als regionale sicherheitspolitische Komponente kommt der Westeuropäischen Union eine bedeutende Rolle zu. Sie verfügt über eine klare vertragliche Grundlage und eine funktionierende Organisation. Ihre Mitglieder verbinden gemeinsame Interessen und Wertvorstellungen. Als Ausdruck einer eigenständigen europäischen Sicherheitsidentität wird sie weiter ausgebaut werden. Der kürzlich erfolgte Vorstoß von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, ihre politische Bedeutung zu stärken und langfristig militärische Führungsstrukturen zu schaffen, geht in diese Richtung. Damit kann die WEU andere Foren ergänzen.

Bedeutung und Entwicklung der NATO

Wesentlicher Pfeiler unserer Sicherheit bleibt jedoch die NATO.

Sie bindet Europa und Nordamerika zusammen und gibt ihren Mitgliedern Sicherheit vor Angriffen von außen. Ihre neue Strategie wird von folgenden Grundgedanken bestimmt:

1. umfassende Zusammenarbeit und erweiterter Dialog mit reformwilligen Staaten;
2. Verteidigungsfähigkeit und Rüstungskontrolle als Grundlage für Sicherheit und Stabilität;
3. weniger präsenzte und weniger vorne stationierte Streitkräfte;
4. Festhalten an der militärischen Integration und stärkere Betonung multinationaler Verbände;
5. Abkehr vom bisherigen operativen Konzept der Vorverteidigung und
6. Verringerung der Abhängigkeit von Nuklearwaffen, wobei aber ein Restbestand weiterhin unverzichtbar bleibt.

Auf ihrem Treffen im Juni 1991 in Kopenhagen haben die Außenminister der Allianz erklärt, daß „unsere eigene Sicherheit untrennbar mit der aller anderen Staaten in Europa verbunden ist“ und daß „unsere gemeinsame Sicherheit am besten durch die Weiterentwicklung eines Geflechts ineinandergreifender Institutionen und Beziehungen gesichert werden kann, deren wesentliche Elemente die NATO, der europäische Integrationsprozeß und die KSZE sind“.

Das Selbstverständnis des Soldaten

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich nun dem Selbstverständnis des Soldaten der Bundeswehr zuwenden.

Wir Soldaten haben geschworen: „...der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, (so wahr mir Gott helfe)“.

Mit diesem Schwur haben wir eine sittliche Verpflichtung übernommen: Nicht Treue an sich, sondern die Treueverpflichtung gegenüber den Grundwerten unseres Grundgesetzes, die vor allem in der unantastbaren Würde des Menschen, im Grundrechtskatalog und im Leitbild des Staatsbürgers in Uniform zum Ausdruck kommt. Erst auf dieser Basis des „Wofür“ kann der Staatsbürger in Uniform sein Selbstverständnis bilden und die Bundeswehr ein neues Verständnis ihres Auftrages entwickeln.

Der ehemalige Generalinspekteur, Admiral Wellerhoff, hat dies so ausgedrückt:

„Erstens:

Gemeinsam mit den Alliierten wird unsere Bundeswehr wie bisher die Sicherheit unseres Landes gewährleisten müssen. Sie muß das Gebot der Solidarität ebenso erfüllen, wie Deutschland Solidarität von seinen Partnern in der Allianz und in Europa erwartet.

Zweitens:

Unsere Bundeswehr wird künf-

tig ein wichtiger Faktor in der gesamteuropäischen Balance sein; sie kann und soll der Stabilität des gesamteuropäischen Sicherheitsgefüges dienen.

Drittens:

Nach Schaffen der notwendigen Voraussetzungen soll unsere Bundeswehr auch für kollektive Einsätze außerhalb Mitteleuropas, ggfs. auch außerhalb des Bündnisgebietes, zur Verfügung stehen – soweit es deutsche Interessen und unsere Mitverantwortung für die UNO und das sich vereinigende Europa erfordern. Das bedeutet eine neue Herausforderung an die Streitkräfte.“ Zitat Ende.

Christliche Aspekte des soldatischen Selbstverständnisses

Lassen Sie mich nun etwas zum Selbstverständnis des christlichen Soldaten sagen. Der entscheidende Punkt scheint mir in der Position des Apostolat Militaire International (A.M.I.) von 1984 eingefangen zu sein: „Das Denken und Handeln katholischer Soldaten wird – dem Beispiel Jesu Christi folgend – im privaten wie im öffentlichen Bereich von der Grundeinstellung schöpferischer Liebe geleitet. Dies schließt das Bemühen um Feindesliebe ein, die im Gegner zuerst den Menschen und Bruder sieht und Feindschaft durch Verstehen und Versöhnung zu überwinden sucht.“

„Du sollst nicht töten“ heißt für uns auch „Du sollst Leben schüt-

zen“, „Du sollst mithelfen, Kriege zu verhindern“. Hierin wird für uns eine Forderung des Liebesgebots deutlich, nämlich der Bedrohung des menschlichen Lebens mit allen verantwortbaren Mitteln entgegenzutreten.

Dabei ist die in der Bergpredigt geforderte „Feindesliebe“ – wie Professor Franz Böckle hervorhob – durchaus „streitbare“ Liebe: „Eine verantwortliche Regierung kann nicht widerstandslos der Unterwerfung unter ein System zustimmen, das die Würde und Freiheit des Menschen seinen totalitären Macht- und Wahrheitsansprüchen unterordnet. Hier findet die Toleranz ihre notwendige Grenze an der Schutzpflicht des Staates.“

In diesem Kontext ein Wort zum Pazifismus. Pazifismus ist eine Haltung, der man Verständnis, Toleranz und Brüderlichkeit entgegenbringen muß. Wären jedoch alle Bürger eines Staates Pazifisten, so würde ein Machtvakuum entstehen, das zur politischen Erpreßbarkeit und Verwundbarkeit führen könnte. Nächstenliebe heißt auch: „Du sollst Deinen Gegner nicht in Versuchung führen.“

Kommt es nun in der Verteidigung gegen einen Angriff zu einem Krieg, so lautet die Frage: Welche sittlichen Grenzen gibt es für den Christen? Der Angriffskrieg ist selbstverständlich verwerflich. Doch wie steht es mit dem Verteidigungskrieg? Einigkeit besteht hinsichtlich der Verwerfung des „totalen“ Krieges. Eine totale ge-

gegenseitige Zerstörung, Kriegshandlungen, die unterschiedslos Soldaten und Zivilbevölkerung in die Vernichtung einbeziehen, kann von Christen nicht verantwortet werden.

Wie sind in diesem Zusammenhang Nuklearwaffen zu bewerten? Mit Erleichterung und Dankbarkeit sehen wir die einschneidende Verringerung von Nuklearwaffen.

Es wäre jedoch unklug, vor schnell völlig auf die kriegsverhindernde Funktion von Nuklearwaffen zu verzichten. Nuklearwaffen sind nun einmal auf dieser Welt. Man kann ihre Erfindung nicht rückgängig machen. Friedenspolitik bedeutet, diese Fakten und Herausforderungen zu sehen und ihnen politisch zu begegnen.

Weiterhin ist der Verzicht auf Rache als sittliche Grenze zu nennen. Auch im Krieg hat der Gegner Anspruch auf unsere Nächstenliebe.

Für das Selbstverständnis des katholischen Soldaten gilt: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachtet sich als Diener der Sicherheit und Freiheit aller Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (Gaudium et Spes 79). Auch im heutigen Gegner sehen wir den Freund von morgen.

Für uns gilt es also, den einmal eingeschlagenen Weg der Abrüstung, der Kooperation und des fortgesetzten Dialogs weiter zu beschreiten. Der Stellenwert von

Streitkräften ändert sich, ihre grundsätzliche Bedeutung ist jedoch nicht in Frage gestellt. Sie bilden die Risikovorsorge und den Schutzfaktor gegen unvorhersehbare Gefährdungen. So verstehen wir Soldaten uns als Werkzeuge der Friedenspolitik.

Für uns gilt, daß Frieden in dem Maße wächst, in dem Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität zunehmen. Dies gilt für Friedenshandeln auf allen Ebenen.

Folgerungen für den militärischen Alltag

Damit aber liegen unsere Aufgaben nicht nur in der Mitwirkung an strategischen und friedenspolitischen Fragen, sondern auch im Alltag in der Kaserne, im Umgang miteinander. Das Prinzip der Inneren Führung macht dies deutlich:

- Soldat sein ist heute nur vertretbar bei positiver Wertbestimmung des Wehrmotivs: für Frieden, Freiheit und Recht. Erst auf dieser Grundlage läßt sich dann – mit Toleranz, Offenheit und Sachverstand – über die richtigen Wege zur Sicherung dieser Werte streiten.
- Im Umgang miteinander in den Streitkräften muß das Menschenbild unserer Verfassung „erlebbar“ werden. Fürsorge und Geborgenheit sind notwendig. Der Soldat will „gebraucht“, nicht „benutzt“ werden.
- Der Soldat braucht das Gefühl des „Sich-getragen-wissens“.

Er benötigt das Verständnis der Vorgesetzten für die Sorgen und Ängste gerade unserer jungen Generation. Soldaten haben einen Anspruch darauf, daß sie und der ihnen von der Politik gegebene Auftrag von der Öffentlichkeit akzeptiert werden. Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft bleibt ohne Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Armee und ihrem Auftrag unvollständig.

Wird Innere Führung in diesem Sinne verstanden und praktiziert, ergibt sich für den christlichen Soldaten ein weiterer Grund, zur Bundeswehr und zu ihrem Auftrag „ja“ zu sagen.

Erziehung zum „näheren Frieden“

Die von uns geforderte Umkehr und Erneuerung des Herzens beginnt bei der tätigen Hilfe füreinander. Für den Dienst in den Streitkräften heißt dies Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und Rücksicht, besonders aber soziales Engagement für Schwächere, für Außenseiter, für Menschen, die in Not sind. Eine Erziehung zu dieser Einstellung der Nächstenliebe ist auch erreichbar über Aufgaben der Streitkräfte in der Katastrophenhilfe, im Rettungswesen, bei nationalen oder internationalen Hilfsaktionen sowie beim Umweltschutz. Hier liegen Möglichkeiten, die noch stärker genutzt werden können.

Ausbildung und Führerausbildung

Das von mir skizzierte Selbstverständnis des Soldaten muß seine Entsprechung auch im Berufsbild finden. Offiziere und Unteroffiziere sollen neben beruflichem Wissen auch die Bildung und das allgemeine Wissen seiner Zeit besitzen. Militärfachliches Können und berufsbezogene Bildung gehören zusammen, der Waffenhandwerker genügt nicht. Darüber hinaus kann der Soldat seinen Beruf nur ausüben, wenn er auf festen ethisch-moralischen Grundlagen steht. Wir müssen durch Erziehung, Ausbildung und Vorleben versuchen, jedem Soldaten zu seinem eigenen Standpunkt zu verhelfen. Diesem Ziel dient auch diese Akademie. Schwerpunkt der Führerausbildung ist die Fähigkeit zur Menschenführung. Hier müssen wir uns besinnen auf den Menschen, seinen Wertebezug, auf die Sinnerfüllung zwischenmenschlicher Beziehungen, auf unser von der Verfassung vorgegebenes Menschenbild und nicht zuletzt auf die christliche Auffassung, daß der Mensch das Ebenbild Gottes ist.

Christ, Familienvater, gesellschaftliche Aufgaben

Der Soldat ist nicht nur Angehöriger der Streitkräfte. Er ist Bürger, Familienmitglied, Angehöriger der Kirche. Auch für ihn gilt, was Johannes Paul II. in der Botschaft zum Weltfriedenstag 1984 sagt: „Da man also zu einem neuen Her-

zen gelangen und eine neue Mentalität des Friedens schaffen muß, kann und soll jeder Mann und jede Frau, wo auch immer ihr Platz in der Gesellschaft ist, bei der Errichtung eines wahrhaften Friedens in ihrem Lebensbereich, in der Familie, in der Schule, im Betrieb, in der Stadt ihren Teil an Verantwortung wirklich übernehmen.“

Wir können als katholische Christen in vielen Bereichen etwas für den Frieden tun. Das beginnt bei der Erziehung unserer Kinder und gilt für die

- Mitwirkung an der Friedensarbeit an Schulen oder
- für die Gestaltung und Mitarbeit bei Informationsveranstaltungen, Hilfsaktionen, Gottesdiensten,
- für die Arbeit in Pfarrgemeinden, Diözesen, katholischen Verbänden, aber auch
- für die Teilnahme an Wallfahrten wie Lourdes, die uns in der Konfrontation mit dem Leiden unserer Kameraden neue Dimensionen des „Dienens“ erschließen können.

Die Mitwirkung des katholischen Soldaten in den Laiengremien der Militärseelsorge, in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sowie im Apostolat Militaire International verdient besondere Erwähnung. Diese Aktivitäten helfen ihm, einen klaren eigenen Standpunkt in den ethischen Grundfragen seines Berufes zu finden, sein Gewissen wach zu halten und sich dem täglichen Dienst, seinen Auf-

gaben in der Familie und in der Kirche zu stellen. Schließlich braucht der Soldat auch Geborgenheit und Wärme, die er dort erfahren kann. Bei all dem, so meine eigene Erfahrung, ist die aktive Mitarbeit in der Kirche unter Soldaten hilfreich, ermutigend und herausfordernd.

Fazit

Lassen Sie mich abschließen:

- Es gilt für uns weiterhin alles zu tun, um bewaffnete Konflikte unmöglich zu machen, und zwar weltweit. Christen, die ihre Aufgabe darin sehen, als Soldaten zu diesem Ziel beizutragen, gebührt hierfür Anerkennung.

Die Umwälzungen der vergangenen Jahre haben uns Hoffnung gemacht. Bei aller Freude über das Ende des Ost-West-Konfliktes dürfen wir unsere Augen aber nicht vor den zukünftigen Gefährdungen verschließen.

Wir werden mit neuem Mut auf ein stabiles Friedenssystem hinarbeiten, in dem Krieg nicht nur juristisch geächtet, sondern auch faktisch unmöglich wird. Die neue Strategie der NATO und die Stärkung der UNO, der KSZE und der WEU sind entscheidende Schritte auf diesem Weg.

- Es ist nötig, intensiver die Ursachen zu erforschen, die zu Kriegen führen. Es genügt nicht, nur über unterschiedliche Wege zur Friedenssiche-

rung zu diskutieren. Bei dieser Diskussion darf keinem der Friedenswille abgesprochen werden, auch nicht den Soldaten.

- Friedenserhaltung und Friedensförderung sind kompliziert; dennoch sind sie nicht nur eine Aufgabe der Experten. Alle müssen sich darum bemühen, aber: ohne Sachverstand, Rationalität und Differenzierungsvermögen geht es nicht.
- Wir sind alle aufgefordert, etwas für den Frieden zu tun, jeder an seinem Platz. Hierbei müssen wir uns immer wieder der Grundlagen für Frieden zwischen Menschen und Staaten vergewissern: Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität.
- Wir bleiben aufgefordert, uns als katholische Soldaten in der Militärseelsorge und in der GKS zu engagieren, denen ich herzlich dafür danken möchte, daß sie uns seelsorgerischen Beistand sowie ethische Lebens-, Orientierungs- und Entscheidungshilfen bieten. Sie bringen Menschlichkeit in unseren Dienst und die Ermunterung, uns ganz für den Frieden einzusetzen.

Dieter Clauß

Katholische Friedenslehre – Orientierungshilfe auch nach dem Golfkrieg?

Zu den längerfristigen Folgen des Golfkriegs gehört eine große Nachdenklichkeit und Perplexität gerade unter denjenigen, die sich professionell mit Fragen des Krieges und seiner Verhinderung beschäftigen. Zwar war ihnen allen irgendwie klar, daß die entscheidenden Bedrohungen des Friedens in Zukunft weniger aus dem Ost-West-Konflikt als aus dem Nord-Süd-Konflikt erwachsen. Einigen weitsichtigen Köpfen war auch schon lange bewußt, daß das kommunistische System keine Zukunft haben kann und daß sein Zerfall enorme Kriegsgefahren heraufbeschwören wird.

Daß aber die vorausgeahnte Zukunft nun so schnell zur bedrängenden Gegenwart werden würde, hatte kaum jemand ernsthaft erwartet. Insofern brach der Golfkrieg in eine fast offene Flanke der Sicherheitspolitik mit ihren für den Kalten Krieg geschmiedeten Waffen ein. So ist es weniger das Ende des Kalten Krieges als solches, das eine Neukonzeption unserer Sicherheitspolitik erfordert, als vielmehr die neuen Bedrohungen, für die der Golfkrieg als ein alarmierender Vorbote auf der politischen Bühne erschienen ist.

Neukonzeption von Sicherheitspolitik ist also angesagt. Die Herausforderung, vor der ein solches Unterfangen steht, erstreckt sich

nicht nur auf dieses oder jenes Detail der herkömmlichen Planungen und der bewährten Strategien. Die neuen Bedrohungen sind vielmehr derart neuartig, daß sie uns dazu zwingen, die gesamte Axiomatik unserer Sicherheitsdoktrin neu zu überdenken.

Wenn dies so ist, wenn also das Ende des Ost-West-Konfliktes und die andrängenden neuartigen Friedensbedrohungen eine Neuformulierung der gesamten Sicherheitspolitik erfordern, dann drängt sich auch die Frage auf, ob sich nicht auch die überkommene Sicherheitsphilosophie und -ethik, insbesondere die katholische Friedenslehre, als obsolet erweisen. Ist nicht auch die katholische Friedenslehre genauso wie die heute implementierten Strategien ein Kind des Ost-West-Konfliktes? Und wird nicht katholische Friedenslehre heute im entscheidenden Augenblick des sicherheitspolitischen Umbruchs als Orientierungshilfe ausfallen, wenn sie sich erst selbst neu konzipieren muß.

In dieser Zuspitzung jedenfalls möchte ich über die Frage nachdenken, ob die katholische Friedenslehre auch nach dem Golfkrieg noch als ethische Orientierungshilfe für die Bewältigung der heutigen sicherheitspolitischen Aufgaben dienen kann. Entscheidend für die Antwort auf diese Frage ist, welche Art von Orientierungshilfe man von der kirchlichen Lehre erwartet. In einem ersten Schritt möchte ich zeigen, daß der-

jenige enttäuscht wird, der von ihr ein eindeutiges Urteil über einen konkreten Krieg erwartet. Daß sich die katholische Friedenslehre als Orientierungshilfe gerade in der heutigen Umbruchsphase bewährt, wird hingegen deutlich, wenn man sie auf ihr friedensethisches Gesamtkonzept hin befragt. Dies soll hier in einem zweiten Schritt geschehen.

1. Die begrenzte Leistungsfähigkeit der Kriterien für eine erlaubte Verteidigung

Um nun die begrenzte Leistungsfähigkeit der Friedenslehre zur Bewertung eines konkreten Krieges aufzuzeigen, werde ich zunächst die Kriterien für eine erlaubte Verteidigung in Erinnerung rufen, um dann am Beispiel des Golfkrieges die Grundprobleme der konkreten Anwendung dieser Kriterien aufzuzeigen.

a. Die Kriterien der sittlich erlaubten Verteidigung

Traditionellerweise nennt die katholische Friedensethik drei Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit ein Krieg sittlich erlaubt ist: die legitime Autorität, der gerechte Grund und die rechte Intention.

Das Kriterium der *legitimen Autorität* besagt, daß ein Rechtsbruch am besten durch eine richterlich-unparteiische Instanz geahndet werden soll und möglichst nicht durch den Geschädigten selbst, dessen Urteil doch irgend-

wie mit eigenen Interessen behaftet ist. Daher sollte ein Angriffskrieg durch die Völkergemeinschaft der ganzen Welt geahndet werden. Dem angegriffenen Staat wird nur insofern ein nationales Verteidigungsrecht zugebilligt, als die Völkergemeinschaft ihrer Verpflichtung nicht nachkommt.

Das zweite Kriterium ist die *causa iusta, der gerechte Grund*: Diese Bedingung besagt, daß Gewalt nur zum Schutz des Rechts angewendet werden darf. Damit ist gesagt, daß nur ein wirklicher Rechtsbruch Gewalt legitimieren kann. Es reicht nicht aus, daß irgendein Schaden unbeabsichtigt angerichtet wurde, wie er z.B. durch einen unbeabsichtigten Waldbrand entstehen kann.

Aus der Forderung nach einem gerechten Grund leitet die kirchliche Lehre nun mehrere Unterkriterien ab. Das erste Unterkriterium besagt, daß Gewalt immer nur als *ultima ratio*, als letztes Mittel, erlaubt sein kann, wenn alle anderen Mittel keine Aussicht auf Erfolg haben.

Ein zweites Unterkriterium besteht in der Forderung nach *Proportionalität*, nach Verhältnismäßigkeit. Recht wird nämlich nur dann durch militärische Gewalt geschützt, wenn die Kriegsfolgen nicht wesentlich schwerwiegender sind als der Schaden, der abgewehrt werden soll. Mit dieser Forderung hängt es zusammen, daß die kirchliche Friedensethik heute nicht mehr von einem gerechten

Krieg, sondern von einer gerechtfertigten Verteidigung spricht. Die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg erlaubte nämlich auch einen Angriffskrieg zur Wiederherstellung verletzter Rechte.

Ein drittes Unterkriterium besteht in der Forderung nach *begründeter Aussicht auf Erfolg*. Wer zur kriegesischen Gewalt greift, ohne daß die begründete Aussicht vorliegt, dem Unrecht erfolgreich widerstehen zu können, erreicht nichts anderes, als daß er zu dem Unrecht, was er eigentlich bekämpfen will, noch die Kriegsleiden hinzufügt, so daß das Leiden der Menschen sinnlos vermehrt wird. Diese Einsicht führt zur Verurteilung eines Krieges, der das zerstört, was er schützen will.

Das dritte Hauptkriterium der katholischen Friedenslehre ist die Forderung nach der *rechten Intention*. Dieses Kriterium der *intentio recta* besagt, daß es keinesfalls erlaubt ist, daß Völkerrecht in einem bestimmten Fall nur aus dem Grunde zu verteidigen, weil eine zufällige Deckungsgleichheit zwischen den Forderungen des Rechts und den eigenen Interessen besteht, während man ansonsten immer bereit ist, das Völkerrecht zu brechen, wo es den eigenen Interessen im Wege steht. Wer sich in dieser Weise auf das Völkerrecht beruft, um die brutale Durchsetzung eigener Interessen zu verschleiern, handelt nicht nur subjektiv unmoralisch, sondern untergräbt auch die Rechtsord-

nung als solche. Das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Rechts wird auf diese Weise unterhöhlt.

Wenn diese drei Hauptforderungen, legitime Autorität, gerechter Grund und rechte Intention, erfüllt sind, ist der Griff zur militärischen Gewalt aus der Perspektive der katholischen Friedenslehre sittlich erlaubt. Dies bedeutet nicht, daß damit jedwede Kriegsführung legitimiert wäre. Auch die Kriegsführung als solche unterliegt einschränkenden Bedingungen.

Die wichtigste Einschränkung für die Gewalt, die zur Verteidigung angewendet werden darf, ist die Forderung nach Diskrimination, nach Unterscheidung zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden. Es ist niemals erlaubt, militärische Gewalt direkt gegen Zivilbevölkerung zu richten. Dementsprechend lehrt das II. Vatikanische Konzil: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“⁽¹⁾

Wieweit trägt nun die Krieriologie der katholischen Friedenslehre zu einer sittlichen Bewertung eines konkreten Krieges bei? Jedes Urteil, daß sich an ihr orientiert, kann nur hypothetische Gewißheit beanspruchen. Diese These möchte ich am Beispiel des Golfkriegs begründen.

b. Der hypothetische Charakter jedes konkreten sittlichen Urteils

Der beste Indikator für die Schwierigkeit einer konkreten Urteilsbildung sind vielleicht die Stellungnahmen von kirchenoffizieller Seite zum Golfkrieg. Das Spektrum reicht von seiner Verurteilung über eine verhaltene Zustimmung bis hin zur Gutheißung.

Die deutlichste Ablehnung erfährt der Golfkrieg in den Äußerungen des Bischofs von Limburg, Franz Kamphaus: „Mochte früher die Lehre vom gerechten Krieg dazu dienen, die Wahl des geringeren Übels angesichts eines größeren Unheils zu rechtfertigen, so kann dies spätestens heute nicht mehr gelten. Selbst Kriege, die nur verteidigen wollen, erreichen ihr Ziel nicht mehr. Zu unverhältnismäßig sind die schrecklichen Mittel selbst für einen 'guten Zweck', zu fürchterlich und unabsehbar die Folgen für die Betroffenen, die Völkergemeinschaft und die Schöpfung.“⁽²⁾

Dieser deutlichen Ablehnung steht die verhalten-positive Bewertung der Verteidigung Kuwaits durch den Diözesanrat der Katholiken im Bistum Essen gegenüber. Eine Kapitulation „würde den Konflikt zwar regionalisieren, doch die voraussehbaren Kriegsfolgen nicht mindern, vielmehr im Falle eines drohenden irakisch-israelischen Krieges ins Unermeßliche und bis zu einem Weltbrand steigern. Die Alternative, sich – um

noch größere Schäden zu vermeiden – mit dem Verlust Kuwaits abzufinden, ist darum keine Garantie für wirkliche Schadensbegrenzung.“⁽³⁾

Eine Gutheißung des Militäreinsatzes zur Befreiung Kuwaits spricht der Militärbischof für die Bundeswehr, Johannes Dyba, aus. Für ihn scheinen die Kriterien der kirchlichen Lehre erfüllt zu sein. Die am Golf auf der Seite der Alliierten kämpfenden Soldaten „werden zu 'Dienern der Sicherheit und der Freiheit der Völker', wie es das Konzil vom Soldaten erwartet (GS/79)“.⁽⁴⁾

Auf dem Hintergrund dieser Differenzen verwundert es nicht, daß die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Stellungnahme über die Erinnerung der kirchlichen Prinzipien nicht hinausgeht: „Unsere Aufgabe als Bischöfe ist es nicht, politische und militärische Entscheidungen zu treffen, die in die Zuständigkeit der staatlichen und internationalen Autoritäten gehören. Wir haben das Evangelium, ..., zu bezeugen und so das Gewissen aller Menschen zu schärfen...“⁽⁵⁾

Wie kommt es nun, daß derart divergierende Urteile möglich sind, die sich allesamt auf die gleichen Kriterien berufen. Der Grund dafür besteht in der logischen Struktur eines konkreten sittlichen Urteils. Jedes konkrete Urteil hat nur den Status einer Hypothese, deren Wahrheit, wenn überhaupt, erst die Zukunft erweisen wird.

Dies wird sofort einsichtig, wenn man der Frage nachgeht, ob der Krieg am Golf wirklich das letzte Mittel war, und ob die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt wurde.

Am deutlichsten läßt sich diese hypothetische Struktur an der Forderung nach der ultima ratio erkennen. Wie soll man jemals die Frage entscheiden können, ob eine Verlängerung des Embargos zu einem Einlenken Saddams geführt hätte oder ob diese Zeit von ihm vielleicht zur atomaren Aufrüstung genutzt worden wäre? Es gibt gute Gründe für die eine oder andere Meinung. Beide Meinungen haben aber den logischen Status einer Vermutung.

Vor schwere Abwägungen sieht sich auch derjenige gestellt, der das Kriterium der Verhältnismäßigkeit der Mittel anwenden will. Rechtfertigte die Befreiung Kuwaits die Schäden, die der Krieg mit sich brachte? Wären umgekehrt die Perspektiven für den Aufbau einer Friedensordnung nicht noch viel heillosen, als sie es heute sind, wenn man Hussein Kuwait überlassen hätte? – Wer darüber zu entscheiden hat, ob er zur Gewalt greift oder nicht, muß eine Prognose über die Kriegsfolgen anstellen. Prognosen können nicht wahr oder falsch sein, sondern sie können es nur werden. Keiner kann also für seine Abschätzungen der Folgen unbezweifelbare Gewißheit in Anspruch nehmen.

Es ist wohl schon hinreichend deutlich geworden: Jedes konkrete Urteil über den Golfkrieg, welches auf den Wertmaßstäben der katholischen Friedenslehre beruht, hat nur hypothetischen Charakter und ist, wenn es politikgestaltend wird, mit schweren Risiken belastet. Aus dieser Klemme führen auch die Kriterien für eine gerechtfertigte Verteidigung nicht heraus. Was leisten sie dann überhaupt?

Nun, zunächst setzen sie sich mit vielen Positionen sozusagen schon im Vorfeld der Urteilsbildung auseinander. So weist die kirchliche Lehre z.B. die Position zurück, zur Manifestation des Rechts in dieser Welt sei es erlaubt, einen alles vernichtenden Krieg zu führen. Zurückgewiesen wird auch ein absoluter Pazifismus, für den jegliche Gewaltanwendung immer und überall verwerflich ist. Zu diesen Positionen besteht ein Dissens auf der Ebene der Prinzipien. Auf dieser Ebene nimmt die kirchliche Lehre eine klare Stellung ein, die sie vor dem Forum der allen Menschen gemeinsamen Vernunft ausweisen zu können glaubt.

Darüber hinaus will die Lehre von der sittlich erlaubten Verteidigung auch eine Brücke zwischen divergierenden Standpunkten schlagen, und unbegründeten Verabsolutierungen und Verwerfungen entgegenreten. Der erste Pfeiler dieser Brücke besteht darin, daß sich unterschiedliche konkre-

te Urteile der gleichen Wertorientierung vergewissern können. Man wird kaum einen anderen Menschen verabscheuen oder bekämpfen, von dem man weiß, daß er den gleichen Werten verpflichtet ist und nur zu einer anderen Sacheinschätzung gelangt.

Der zweite Brückenpfeiler besteht darin, daß die kirchliche Lehre jedem vor Augen stellt, daß auch seine Analysen nur hypothetischen Charakter beanspruchen können. Darum schärft das II. Vat. Konzil ein, daß „niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen.“⁽⁶⁾

Somit leisten also die Kriterien für die Bewertung kriegerischer Gewalt durchaus einen bedeutsamen Dienst. Der ganze Reichtum der kirchlichen Friedenslehre wird aber erst sichtbar, wenn man ihre Gesamtstruktur betrachtet, in der die Gewaltkriterien nur eine nachgeordnete Bedeutung haben.

2. Die zukunftsweisende Perspektive einer supranationalen Weltautorität

Die Kriterien für eine gerechte Verteidigung sind eingebettet in ein Konzept einer Weltordnung, in der durch eine supranationale Autorität Krieg für immer überwunden werden soll. Nachdem ich die Grundzüge dieses Konzepts erläutert habe, werde ich zeigen, welche Orientierungshilfen dieses

Konzept für die Bewältigung der heutigen Herausforderungen gibt.

a. Das Konzept einer supranationalen Weltautorität

Das Grundanliegen der katholischen Friedenslehre besteht darin, einer verantwortlichen Friedenspolitik Perspektiven aufzuzeigen. Perspektiven sind konkreter als abstrakte Prinzipien und offener als eindeutige Vorschriften. Perspektiven beziehen sich vielmehr auf die Ziele, an denen sich Politik orientieren soll und von denen her sich ihre Mittel und Wege bestimmen.

Was ist nun das Ziel, auf das sich Friedenspolitik ausrichten muß und an dem die politischen Strategien zu bemessen sind? Was ist das Höchstmaß an politischem Frieden, auf dessen Verwirklichung Politik verpflichtet ist? Dies sind die Fragen, die die katholische Friedensethik aufwirft. Ist das Ziel verantwortlicher Politik eine derart grundlegende befriedete Welt, in der Krieg und Ungerechtigkeit sozusagen strukturell ein für allemal undenkbar geworden sind? Ist es eine waffenstarrende Welt, in der der jederzeit mögliche Kriegsausbruch nur durch die Androhung mit einem größtmöglichen Schadenspotential verhindert werden kann?

Wie auch immer man die Frage nach dem Zielpunkt von Friedenspolitik beantworten mag, die Antwort gründet immer auf einer Ein-

schätzung der Friedensfähigkeit des Menschen. Die Friedensfrage ist daher immer eine anthropologische Frage. Dementsprechend basiert auch die kirchliche Friedenslehre auf einer theologischen Anthropologie. Das II. Vatikanische Konzil hat sie in folgende Worte gefaßt: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, . . . Soweit aber die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden sie auch die Gewalt-samkeit, . . .“⁷⁾

Mit diesem Basissatz wird zweierlei zum Ausdruck gebracht: Erstens wird die Position zurückgewiesen, durch die Überwindung bestimmter Strukturen, z.B. der Weltwirtschaftsordnung, würde für immer ungefährdeter Friede anbrechen. Die tiefste Ursache für Kriege liegt nämlich nicht in den Strukturen und Systemen. Diese sind immer nur Zweitursachen. Die entscheidende Ursache für Krieg liegt vielmehr in der Sündhaftigkeit der Menschen begründet. Solange der Mensch zu Egoismus und Herrschsucht neigt, besteht die Gefahr der Aggression, des Unrechts und der Unterdrückung.

Diese pessimistische Einschätzung der Friedensfähigkeit des Menschen bedeutet nun nicht, dies ist der zweite Teil der anthropologischen Grundaussage, daß es auch immer Kriege geben wird. Auch unter den Bedingungen der Sünde in der Welt ist es möglich,

Kriege für die Zukunft zu verhindern. Wenn Politik auch nicht die sündhafte Verfaßtheit des Menschen ändern kann, kann sie doch die Macht der Sünde über andere brechen. Dazu muß sie alles bekämpfen, was Menschen geneigt macht, zur Gewalt zu greifen, und darüber hinaus muß sie die negativen Auswirkungen der Sünde auf andere abwehren.

Auf der Folie dieser letztlich positiven Einschätzung über die Möglichkeiten des Friedens in der Welt entwirft das II. Vaticanum ein sehr anspruchsvolles Ziel, auf das es Politik verpflichten möchte. Es ist die absolute Ächtung des Krieges. Unter dieser absoluten Ächtung ist zu verstehen, daß Krieg nicht nur fallweise verhindert, sondern daß Krieg überhaupt aus dem Spektrum der erfolgversprechenden Mittel der Politik ausscheidet und somit praktisch unmöglich wird. Dieses weitgreifende Ziel kann nach der Überzeugung der Konzilväter nur im Rahmen einer neuen Weltordnung realisiert werden. Die zentrale Aussage lautet so: „Es ist also deutlich, daß wir mit all unseren Kräften jene Zeit vorbereiten müssen, in der . . . jeglicher Krieg absolut geächtet werden kann. Das erfordert freilich, daß eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität eingesetzt wird, die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten.“⁽⁸⁾

Diese Sätze enthalten drei Grundforderungen an eine Weltordnung, die in der Lage ist, die Institution des Krieges zu überwinden: Die erste Grundforderung zielt auf die Errichtung einer Autorität oberhalb der Staaten. So wie ein Gemeinwohl innerhalb eines Staates nicht nur auf Privatverträgen der Bürger gründen kann, sondern auch einer Staatsgewalt bedarf, kann ein Weltgemeinwohl nicht ohne eine supranationale Autorität zustande kommen.

Die zweite Grundforderung zielt auf die Aufgaben einer Weltautorität. Sie kann Frieden in den internationalen Beziehungen nur dann bewahren, wenn sie die Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten jedes Staates sichert. Dies bedeutet, daß sie jeden Staat vor Angriffshandlungen und vor anderen schwersten Ungerechtigkeiten zugleich schützen muß.

In der dritten Grundforderung geht es um die Mittel, über die eine Weltautorität verfügen muß, wenn sie Sicherheit und Gerechtigkeit garantieren soll. Sie wird auf sicherheitspolitische Instrumente bis hin zur militärischen Gewalt nicht verzichten können. Denn auch noch so gerechte Strukturen können den Hang des Menschen zu Unrecht und Gewalt nicht definitiv überwinden.

Der Prozeß nun, an dessen Ende die neue Weltfriedensordnung stehen soll, beruht für die kirchliche Friedenslehre auf zwei Grundpfei-

lern. Dies wird im Friedenswort der Deutschen Bischöfe, Gerechtigkeit schafft Frieden, von 1983 entfaltet, auf das ich mich im folgenden beziehe.

Der erste Grundpfeiler ist die sogenannte Friedensförderung, der konstruktive Aufbau der neuen Ordnung. Dieser Pfeiler beruht sozusagen auf drei Ecksteinen. Der erste Eckstein ist die Demokratie: „Durch die Bindung der Staatsgewalt an eine menschenrechtsorientierte Grundordnung ist das Recht des Stärkeren grundsätzlich überwunden. Der demokratische Staat garantiert durch seine Rechtsordnung, daß Konflikte nach vereinbarten Regeln, vor allem durch unabhängige Gerichte, gelöst werden. Durch die Gewaltenteilung beugt er dem Machtmißbrauch vor.“⁹⁾

Der zweite Eckstein ist Gerechtigkeit in den internationalen politischen und ökonomischen Strukturen. Denn weltweite Gerechtigkeit ist „das Fundament des Friedens in einer Welt, in der alle von allen abhängig geworden sind“.¹⁰⁾

Der dritte Eckstein besteht aus der Herrschaft des Rechts über die zwischenstaatlichen Beziehungen. „Das Völkerrecht bildet eine der entscheidenden Grundlagen für den Weltfrieden. . . . Zur Durchsetzung des internationalen Rechts ist vor allem ein Weltgerichtshof einzurichten, dessen Entscheidungen bindend sind und mit entsprechender Sanktionsge-

walt durchgesetzt werden können.“¹¹⁾

Der zweite Grundpfeiler des Friedensprozesses ist die sogenannte Friedenssicherung. Ihre Aufgabe besteht in der Verteidigung der schon realisierten Strecke auf dem Weg zur Weltfriedensordnung. Das Fundament der Friedenssicherung ist die Achtung des Angriffskriegs. So forderte schon Pius XII. „alles nur irgend Mögliche zu tun, um ein für alle Mal den Angriffskrieg als rechtmäßige Lösung internationaler Streitigkeiten und als Werkzeug nationaler Bestrebungen zu ächten und zu bannen“.¹²⁾

Die Ächtung des Angriffskriegs in der kirchlichen Friedenslehre ist der Sache nach identisch mit dem absoluten Kriegsverbot der UN-Charta.¹³⁾ In der Terminologie der UN-Charta wird nämlich die militärische Verteidigung nicht als Verteidigungskrieg bezeichnet. Statt dessen spricht die Satzung von militärischen Sanktionsmaßnahmen¹⁴⁾, wenn die Gewaltmaßnahmen im Auftrag des Sicherheitsrates ausgeführt werden, und von Selbstverteidigung, wenn ein Staat sich aufgrund eigener Autorität militärisch schützt¹⁵⁾. In diesem Sinne ist Kriegführen völkerrechtlich immer unerlaubt.

Wenn nun auch der Angriffskrieg moralisch und völkerrechtlich verboten ist, bedeutet dies in der heutigen Weltordnung noch keine Garantie, daß es nicht doch Staaten gibt, die dagegen versto-

Ben. Wie ist gegenüber einem solchen Staat zu verfahren, der dieses Recht bricht? Auf diese Frage versuchen die oben entfalteten Kriterien der Lehre von der sittlich erlaubten Verteidigung eine Antwort zu geben. „Eine solche Aussage hat jedoch nur Existenzrecht im Gesamtkonzept einer Friedensethik, die den entschiedenen Willen und die äußerste Anstrengung fordert, daß alles getan wird, um eine solche Situation gar nicht erst eintreten zu lassen.“¹⁶⁾

Welche Orientierungshilfe gibt nun dieses Konzept einer supranationalen Weltautorität für die Neukonzeption der Sicherheitspolitik? Dem ist nun nachzugehen.

b. Perspektiven für die Zukunft

Mit ihrem Konzept einer supranationalen Weltautorität ist die katholische Friedenslehre gerade heute in der Lage, einer verantwortungsbewußten Friedenspolitik Perspektiven für eine neue Architektur der politischen Ordnung zu eröffnen. Diese zentrale These soll an zwei Beispielen erläutert werden, nämlich an der Unterdrückung der Kurden im Irak und dem Streben vieler Völker nach Souveränität in Osteuropa.

Wie allgemein bekannt, nahm Saddam Hussein grausame Vergeltung an den Kurden, weil sie sich gegen ihn erhoben hatten. Gegen diesen Pogrom protestierte der Sicherheitsrat mit der Resolution 688 vom 6.4.91. Für uns ist

nun die Begründung des Rats entscheidend. Er sieht in dem kurdischen Flüchtlingsstrom in Richtung auf die Grenze eine Gefährdung des internationalen Friedens. Nur weil der Konflikt internationale Dimensionen anzunehmen drohte, konnte der Sicherheitsrat für die Grundrechte der Kurden einschreiten.¹⁷⁾

In dieser Argumentation zeigen sich sehr deutlich die Grenzen der UNO. Sie besitzt keine Mittel, die Menschenrechte innerhalb der Staaten zu schützen. Denn die UN-Satzung beruht auf dem Prinzip der Souveränität der Staaten¹⁸⁾ und dem daraus abgeleiteten Prinzip der Nichteinmischung¹⁹⁾. Alle Anläufe, die Souveränität der Staaten einzuschränken, sind bisher weitgehend torsoartig geblieben. So gibt es beispielsweise seit 1948 eine UN-„Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“. In dieser Konvention ist zwar ein internationales Strafgericht oberhalb der souveränen Staaten vorgesehen.²⁰⁾ Dieser Gerichtshof ist aber nie eingerichtet worden.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, in welche Richtung das Konzept einer supranationalen Weltautorität den politischen Prozeß lenken will. Die staatliche Souveränität hat ihre Grenze an den Menschenrechten. Sie liegen vor der Verfügungsgewalt des Staates. Diese ethische Begrenzung staatlicher Macht muß völkerrechtlich und mit institutionalisier-

ter Durchsetzungsgewalt abgesichert werden.

Als zweites Beispiel für die perspektiveneröffnende Kraft kirchlicher Lehre soll hier das Streben vieler Völker Osteuropas nach staatlicher Souveränität dienen. Es scheint, daß im Bewußtsein vieler Menschen die Selbstbestimmung eines Volkes und seine souveräne Staatlichkeit eine untrennbare Einheit bilden. Sich selbst zu bestimmen, ist für sie anscheinend das gleiche, wie einen souveränen Staat zu bilden. Solche Vorstellungen sind aber keineswegs unproblematisch.

Dies wird schon durch eine erste Begriffsbestimmung deutlich: Das Recht auf Selbstbestimmung ist völkerrechtlich als ein Recht der Völker definiert, „frei über ihren politischen Status zu bestimmen und frei ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verfolgen“.²¹⁾ Die Souveränität eines Staates besteht nach klassischem Verständnis darin, daß er keine Herrschaftsgewalt, keinen Richter und keine anderen Bindungen oder Derogationsformen über sich anerkennt.²²⁾ Souveräne Staatlichkeit ist somit nur eine mögliche Form politischer Organisation neben anderen, die sich Völker in freier Selbstbestimmung für sich wählen können.

Die entscheidende Frage ist nun, ob sich die Völker selbst einen Gefallen tun, wenn sie nach staatlicher Souveränität streben,

oder ob nicht gerade die Souveränität in Zukunft zu einer großen Gefahr für das Selbstbestimmungsrecht werden kann. Es geht hierbei um eine Zielorientierung der Politik. Gegenüber zu großen Erwartungen an die staatliche Souveränität weist das kirchliche Konzept einer supranationalen Weltautorität darauf hin, daß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zwei Gefahren drohen, die beide zugleich verhindert werden müssen. Die eine Gefahr ist die diktatorische Scheinordnung, sei es durch Staaten oder überstaatliche Unionen, in die Völker gegen ihren Willen und unter Mißachtung ihrer Rechte gezwungen werden. Die andere Gefahr, die nicht weniger groß und andrängend ist, sind Chaos und Anarchie in den internationalen Beziehungen. Die entscheidenden Probleme der Zukunft, nämlich Friedenssicherung, Entwicklungspolitik und internationale Gerechtigkeit, Umweltpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik und Drogenbekämpfung können nur durch einen politischen Agenten gelöst werden, der über einen problemadäquaten Wirk- und Machtradius verfügt. Die Zukunft einer Friedensordnung kann daher nicht in der Segmentierung der politischen Gewalt liegen, sondern nur in supranationalen Organisationen, in denen durch institutionelle Vorkehrungen sicher gestellt sein muß, daß sie die Selbstbestimmung der Völker sichern und nicht wieder in Diktatur entarten.

Zusammenfassend lehnt also die kirchliche Friedenslehre jedes Politikkonzept entschieden ab, in dem ein wie auch immer qualifizierter gerechter Krieg als sinnvolles Instrument verewigt wird. Es geht ihr gerade um die definitive Überwindung des Krieges. Die Bereitstellung militärischer Gewalt ist nur insoweit sinnvoll und auch notwendig, wie sie an diesem Ziel ausgerichtet ist. Mit ihrem Konzept einer supranationalen Weltautorität will sie das neuzeitliche Politikkonzept aus der Sackgasse herausführen, in die es ein auf die Souveränität von Nationalstaaten fixiertes Denken geführt hat. Krieg kann nur dann definitiv geächtet werden, wenn es eine verlässliche Weltautorität gibt, die über die wirksame Macht verfügt, die Verletzung der Menschenrechte in und zwischen den Staaten zu verhindern und den Aufbau gerechter Strukturen zu fördern. Kirchliche Friedenslehre ist in der Lage, auch heute einer verantwortlichen Politik Perspektiven aufzuzeigen, weil sie kein Kind des Ost-West-Konflikts ist. Sie beruht auf einem Erfahrungsschatz von eineinhalb Jahrtausenden. Dessen Wert zeigt sich gerade in Phasen des Umbruchs.

Dr. Gerhard Beestermöller

Anmerkungen

- 1) Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et Spes* (= GS), Nr. 80.
- 2) Hirtenwort von Bischof F. Kamphaus zum Krieg am Golf vom 1. Februar 1991.
- 3) Zum Konflikt am Golf, Positionsbestimmung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Essen, 1.2.1991.
- 4) Brief an die Soldatenseelsorger, *Kompaß* Nr. 5/22.2.1991.
- 5) Wort der deutschen Bischöfe zum Golfkrieg, Pressedienst der Deutschen Bischofskonferenz vom 21.2.1991.
- 6) GS Nr. 43.
- 7) GS Nr. 78.
- 8) GS Nr. 82.
- 9) Gerechtigkeit schafft Frieden. Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, 18. April 1983 (= GSf), S. 44.
- 10) GSf S. 47.
- 11) GSf S. 47f.
- 12) Weihnachtsbotschaft 1944, zitiert nach: Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente mit einer Einführung von O. v. Nell-Breuning, hrsg. KAB, Kevelaer 1977, S. 176.
- 13) „Alle Mitglieder unterlassen ... jede ... Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ (UN-Charta Art. 2 Abs. 4)
- 14) Vgl. UN-Charta Art. 42.
- 15) Vgl. UN-Charta Art. 51.
- 16) GSf S. 41.
- 17) Der Sicherheitsrat „verurteilt die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung in vielen Teilen des Irak, einschließlich der in jüngster Zeit in den von Kurden bewohnten Gebieten, deren Auswirkungen den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region bedrohen.“ (Resolution 688, zitiert nach: Süddt. Zeitung, Nr. 81, vom 8.4.91)
- 18) „Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.“ (UN-Charta Art. 2 Abs. 1)
- 19) „Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden.“ (UN-Charta Art. 2 Abs. 7)

- 20) „Personen, denen Völkermord ... zur Last gelegt wird, werden vor ein zuständiges Gericht des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen worden ist, oder vor das internationale Strafgericht gestellt, das für die Vertragsschließenden Parteien, die seine Gerichtsbarkeit anerkannt haben, zuständig ist.“ (Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Art. VI)
- 21) „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“ (14. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 1 Abs. 1, zitiert nach: Völkerrechtliche Verträge. Beistandspakte. Menschenrechte. See-, Luft- und Weltraumrecht. Umweltrecht. Kriegsverhütungsrecht. Überwindung der deutschen Teilung. Kriege. Hrsg. A. Randelzhofer, 51991, Nördlingen.)
- 22) Vgl. H. Dreier, Art.: Souveränität, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1988.

Ethische Begründung sozialistischen Dienstes auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung

Vortrag am 29.10.1991

Voraussetzungen

Um die gestellte Thematik konkret angehen zu können, scheint es unerlässlich, sich über einige vom christlichen Glaubensverständnis her grundlegende Voraussetzungen Klarheit zu verschaffen. Dabei sind diese ethischen anthropologischen Vorgaben in ihrer Letztbegründung zwar spezifisch christlich, also weltan-

schauungsgebunden, in ihrem Gehalt aber bleiben sie zugleich allgemein menschlicher Einsicht zugänglich bzw. plausibel. Als Ausgangspunkt wäre dann erstens festzuhalten: „Frieden“ im umfassenden Sinn des biblischen „Schalom“ ist erstens Heil in Zeit und steht im Zeichen des eschatologischen „Noch-Nicht“. D.h.: Frieden und Heil sind zwar noch nicht in der Fülle zugesprochen und doch „schon“ wirklich-wirksames Heil. Dabei bleiben sie aber auch noch in der Sünde gefährdet. Auch der Friede bleibt noch dem ruchlosen Egoismus, das heißt der Sünde, ausgesetzt. Friede ist daher, so sehr er Heilsgabe ist, auch zugleich Aufgabe. Er ist ein zu förderndes und zu schützendes Gut. Man kann also dabei nicht so tun, als ob die eschatologische Erfüllung schon erreicht oder gar durch menschliche Demarchen einfach machbar wäre.

Entsprechend dieser Einsicht sind — und das ist als zweites festzuhalten — die Friedensforderungen der Bergpredigt „teleologisch“, also als Zielgebote und nicht als deontologische, ausnahmslos geltende Tatgebote zu verstehen. Friedensstiftung als konstante Aufgabe verlangt folglich nicht schlechthin Gewaltverzicht ohne jede Berücksichtigung von Folgen (u.U. auch einer Gewaltsteigerung), sondern ein verantwortetes Abwägen aller Umstände und Konsequenzen. In der Vorläufigkeit der Jetztzeit bedeu-

tet das eschatologische Ziel der Gewaltfreiheit also größtmögliche Gewaltminimierung.

Dies schließt dann drittens den nicht bis zuletzt unbedingt gewaltlosen Schutz unschuldiger Dritter und sogar die persönliche Notwehr nicht völlig aus, zumal dort nicht, wo sie als „Dissuasion“ Gewalttat von vornherein verhindern hilft. Denn Dissuasion, die nur den Angriff auf das eigene Gemeinwesen auf eigenem Territorium gewaltsam verhindern will, ist nicht das gleiche wie Abschreckung als „Deterrence“, die über die Bedrohung auch der Zivilbevölkerung des möglichen Gegners ihr Ziel zu erreichen versucht.

Diese grundsätzliche Auffassung über den Umgang mit Gewalt in Zeit und Geschichte bleibt sich in der christlichen Verkündigung seit dem Neuen Testament (vgl. Lk 3,14 oder Joh 18,24) bis zur Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils im wesentlichen gleich. Sie entspricht aber auch, allerdings ohne den theologisch biblischen Zusammenhang, der allgemeinen menschlichen Erfahrung: „Pest, Hunger und Krieg“ gelten zwar dem modernen Menschen nicht mehr einfach als unvermeidliche Schicksalsschläge. Aber er weiß doch auch, wie gefährdet der Friede in dieser Welt immer neu ist. Wie rasch scheinbar stabilisierte Entspannung erneut in bewaffnete Konflikte kippen kann, haben in den letzten Monaten nach der Entkrampfung im Ost-West-Verhältnis

der Golf-Krieg, aber auch die Wirren in Jugoslawien deutlich werden lassen. Dennoch ist die Bemühung um Frieden nicht einfach sinnlos; politischer Einsatz dafür lohnt sich. Die Annäherung zwischen den amerikanischen Präsidenten Reagan und Bush und dem russischen KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow haben die Weltsicherheit vergrößert, die UNO-Resolutionen von 1990 gegen die Skrupellosigkeit des irakischen Diktators Saddam Hussein waren erfolgreich. Wenn auch — trotz aller Zurückhaltung — mit höheren Kosten als zunächst erwartet, haben sie nämlich doch deutlich gemacht, daß die Weltgemeinschaft rücksichtslose Aggressionen nicht einfach hinzunehmen bereit ist.

D.h. Gewaltminimierung ist — wenn auch ohne Zweifel noch wesentlich weiter zu verbessern — möglich. Aber gerade dies ist ohne ein Drohpotential an Gewalt nicht durchsetzbar: Weder hätte wohl die UdSSR ohne den deutlich gemachten Willen der USA zur Nachrüstung im Nuklearbereich in den 1980er Jahren auf Verhandlungen mit den USA eingelenkt, noch war Saddam Hussein bereit, seinen Angriff ohne die massive Repression durch die alliierten Kräfte zurückzunehmen. Gewaltminimierung ist also offensichtlich nicht dasselbe wie pazifistisch totaler Gewaltverzicht. So treffend der Spruch des deutschen Schriftstellers Kurt Tucholski „Stell dir vor,

es wäre Krieg und niemand ginge hin“, auch tönen mag, realpolitisch ist er eine gefährliche Illusion. Dennoch ist auch eine auf unbedingte Sicherung ausgelegte Hochrüstung kein Weg zur Friedenssicherung, weil solche Rüstungspotentiale letztlich nicht weniger gefährlich sind als naive Gewaltlosigkeit.

Zusammengenommen bedeutet dies: Die geschichtliche Erfahrung bestätigt das christliche Verständnis, ohne dieses als zwingend einzige Erklärung für eine Friedensethik vorzuschreiben. Diesem ethischen Verständnis aus Glauben zu folgen, ist somit alles andere als unvernünftig, ja es vermag sogar weltpolitisch effektiv das Bemühen um eine realisierbare Friedensordnung zu stützen und weiter voranzubringen. In diesem Sinn soll es hier auch weiter entfaltet werden.

Dabei ergeben sich aus den genannten Voraussetzungen auf einer freilich noch sehr allgemeinen Ebene auch weitere Folgerungen: So bedingt das angedeutete Konzept der Dissuasion zugleich eine kritische Kontrolle aller Schutz- und Verteidigungskräfte (also von Polizei und Armee), auf Gewaltminimierung hin. Es ist also immer neu zu fragen, ob diese Kräfte sicher defensiv das Maß der gerade noch wirksamen Gewaltkontrolle bzw. der möglichen Verteidigung nicht überschreiten und Eigengesetzlichkeit zu entwickeln beginnen. Massenvernichtungs-

waffen haben in diesem Konzept folglich keinen Platz. Christliche Friedenssicherung darf sich dabei freilich schon vom Schalom-begriff her nicht auf das Mittel der bewaffneten Dissuasion allein beschränken. Sie hat vielmehr parallel auch aufbauende Maßnahmen zu fördern, so vor allem die soziale Gerechtigkeit im nationalen wie im internationalen Rahmen, aber auch alle Initiativen zur Völkerverständigung wie die Mittel der klassischen Diplomatie. Entsprechende zivile Dienste gehören also wesentlich zur Friedensarbeit. Unter diesen Voraussetzungen ist dann aber auch die bewaffnete Friedenssicherung Teil der in unserer Weltgeschichte möglichen Gewaltminimierung, welcher die Christen gerade auch aus dem Glauben an das kommende Gottesreich ihre Mitarbeit nicht entziehen dürfen. Wehrdienst wie Zivildienst sind entsprechend keine Gegensätze, sondern komplementäre Aufgaben. Sie dürfen weder gegeneinander ausgespielt werden noch sind sie notwendig auf verschiedene Personengruppen zu konzentrieren. Die Leistung von Wehrdienst ist kein Grund, sich vom Zivildienst dispensiert fühlen zu dürfen, wie auch ein ziviler Dienst eine gewisse letzte Bereitschaft zum Wehrdienst nicht ausschließen dürfte. Völlige Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen (um „Kriegs“-Dienst kann es in diesem Konzept ohnehin keinesfalls gehen, weshalb

denn dieser Ausdruck für einen „gewissenhaften Soldaten“ eine Beleidigung darstellt und vermieden werden sollte), ist dann als Zeichenhaltung für die im Eschaton der Heilserfüllung zu erwartende Gewaltlosigkeit, also als Mahnung gegen alle Versuchung zur Gewalteskalation, zwar zu achten, aber eine ethisch zwingende Forderung stellt sie auch unter christlichem Vorzeichen nicht dar.

Alle weiteren Überlegungen zum soldatischen Dienst in einer europäischen Friedensordnung können also davon ausgehen, daß selbst eine der Gewaltanwendung gegenüber äußerst zurückhaltende Religion wie das Christentum gerade um der Gewaltminimierung willen zur Vermeidung bzw. zur Unterbindung von böswillig egoistischer Gewalt einen freilich keineswegs beliebigen, bei der Staatsmacht als Gewaltmachtmonopol konzentrierten und politisch kontrollierten Gewalteinsatz nicht einfach ausschließt, sondern als Mittel zu einer quasi-polizeilichen Notwehr zulassen muß. Form und Ausmaß dieses Potentials stehen dabei freilich stets im Zeichen der Minimierung und sind daher unter jeden neuen politischen Verhältnissen immer neu daraufhin zu überprüfen. Eben dies ist so nach den an der Wende zum letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts erfolgten weltpolitischen Veränderungen, gerade auch in Europa, eine anstehende Aufgabe, an welcher christliche Sozialethik mitzu-

denken sich verpflichtet fühlen muß.

Die neuen politischen Fakten

Zwar kann es nicht Aufgabe des Ethikers sein, weltpolitische Veränderungen unter militärstrategischen Gesichtspunkten zu analysieren und zu beurteilen. Auch von der Theologie her stehen dafür keine besonderen Einsichten oder Kriterien zur Verfügung, obwohl solches vor allem unter Bezugnahme auf die apokalyptischen Schriften der Bibel immer wieder versucht wurde, meist allerdings von eher esoterischen Gruppen, aber oft genug mit politisch meist katastrophalen Folgen, wie es etwa die Täuferwirren des frühen 16. Jahrhunderts in der europäischen Geschichte haben deutlich werden lassen. Unverzichtbar für ein ethisch kompetentes sittliches Urteil ist jedoch die umsichtige Kenntnisnahme des jeweils aktuellen Zustandes der Gesellschaft wie der im Gang befindlichen Veränderungen. Denn konkrete sozial-ethische Beurteilung ist letztlich nichts anderes als ein Versuch, aus dem Vergleich der vorgegebenen „Lage“ mit der Zielsetzung größtmöglicher Verwirklichung von Menschlichkeit (also von Frieden und Gerechtigkeit im menschlichen Zusammenleben), Verhaltensweisen zu eruieren, welche Annäherungen diese Zielsetzungen zu fördern vermögen.

Dies bedeutet zugleich, daß ethische Urteile, sobald sie die

prinzipielle Ebene etwa der menschenrechtlichen Forderungen als allgemein bewährte Rahmenbedingungen für Menschlichkeit schlechthin konkretisierend übersteigen, keine absolute Gültigkeit mehr beanspruchen können, eben weil sie situationsbezogene Elemente enthalten. Denn einmal ist auch bei sorgfältiger empirischer Erhebung der Lagebefund nicht vollständig. D.h. die Möglichkeit, daß irgendein wirksamer Faktor übersehen wurde und so die Lagebeurteilung verkürzt oder verfälscht bleibt, ist nicht voll auszuschließen. Zudem enthalten solche Einschätzungen der konkreten Lage stets auch Elemente, die zukünftige Entwicklungen einschließen müssen und so wenigstens teilweise nicht verifiziert werden können. Sie beruhen also auf Ermessensurteilen mit allen damit verbundenen Unsicherheiten. Eben dies ist dann gerade auch bei Überlegungen zur Rolle einer militärischen Absicherung einer europäischen Friedensordnung hinsichtlich der Einschätzung der Ausgangslage wie der prospektiven Ordnungsvorstellungen zu berücksichtigen.

Dabei drängt sich bei der Lagebeurteilung Anfang der 1990er Jahre als herausragende Tatsache ohne Zweifel der in den letzten Jahren möglich gewordene Abbau der Ost-West-Spannungen auf, welche die osteuropäischen Staaten in die gesamteuropäische Kommunikation zurückfinden ließ

und eine rasch voranschreitende wirtschaftliche Integration möglich und damit zur realpolitischen Aufgabe machte. Beide Elemente stehen deutlich im Zeichen der Einheit des Kontinents und lassen nur ein halbes Jahrhundert nach einer mörderischen Phase zweier Weltkriege unter europäischen Staaten eine gewaltsame Konfliktregelung unter den früheren Hauptgegnern als so wenig denkbar erscheinen, wie man sich bislang einen Krieg nur unter einzelnen Bundesländern Deutschlands oder zwischen den einzelnen Schweizer Kantonen nicht mehr vorstellen konnte. Hier wurde also Frieden durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Vernetzungen so gesichert, daß eine kriegerische Auseinandersetzung, außer bei den unseligen Relikten von blindem Nationalismus in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten, niemandem mehr als auch nur irgendwie nützlich erscheinen lassen.

Selbst hier und dort wieder aufkeimende Gewalt, wie etwa Versuche über Terror politische Ziele zu erreichen, wird von Polizeikräften in zwischenstaatlicher Zusammenarbeit bewältigt und bedarf nicht des Einsatzes von staatlichen Armeen bzw. des spezifisch soldatischen Dienstes. Militärische Einheiten als Symbole staatlicher Macht wie Ehrenkompanien oder Truppenvorbeimärsche wirken entsprechend fragwürdig; manchen erscheinen sogar die Ar-

meen schlechterdings überflüssig. Denn selbst, wenn solche Perspektiven nicht unbedingt öffentlich ernsthaft propagiert werden, so zeigen doch politische Demarchen wie etwa die „Initiative für Abschaffung der Armee“, die 1989 in der Schweiz zwar klar abgelehnt wurde, aber doch bei einer erheblichen Minderheit Zustimmung fand, oder die regelmäßigen parlamentarischen Forderungen, im Staatshaushalt zuerst den Wehretat zu kürzen, aber auch die undifferenzierten Forderungen nach Abrüstung, daß solche Szenarien durchaus als Realutopien empfunden werden. Ein umfassender Friede, zumindest in Europa, könnte, so meint man, auf diese Weise, wenn nur der ehrliche desinteressierte Wille der Mächtigen es wolle, rasch und sicher erreicht werden.

Gegenteilige Fakten, wie etwa der Aufmarsch von Teilen der Roten Armee gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten 1990, der gescheiterte Staatsstreichversuch in der UdSSR im Sommer 1991, die ruchlose Annexion von Kuwait durch den irakischen Diktator Saddam Hussein zur gleichen Zeit, die Versuchung serbischer Kommunisten, die Vorherrschaft in Jugoslawien mit militärischen Mitteln zu sichern, usw., werden im Licht solcher Utopien verdrängt. Dabei sind entgegen aller historischen Erfahrungen, aber auch entgegen dem biblischen Realismus, der mit

dem Hang des Menschen zu skrupellosem Egoismus aus der Urform von Sünde nüchtern rechnet, offenbar gerade auch christliche Kreise aus ihrer an sich durchaus berechtigten gläubigen Friedenshoffnung für solches Wunschdenken besonders anfällig. Eine wirkliche und dauerhafte Friedensordnung darf aber nicht auf Illusionen, auch nicht auf solchen aus eschatologischer Hoffnung, aufbauen. Vielmehr muß sie die harten Fakten menschlicher Unzulänglichkeit, d.h. die Versuchung durch Gewaltanwendung zu eigenem Vorteil, in ihrem Ordnungskonzept ebenso berücksichtigen wie die geschichtlichen Erfahrungen einer erfolgreichen Eindämmung dieser Neigung zu Gewalt, die vor allem auch verbietet, sich auf vorschnelle, nur scheinbar friedensfördernde Maßnahmen allein zu verlassen. Völlige Abrüstung oder Konzessionen an Tyrannen, um durch Verzicht auf eigenes Recht Zurückhaltung des anderen zu erreichen und so den Frieden zu erhalten, gehören dazu. Skrupellose Aggressoren lassen sich durch solche eigentlich vertrauensbildende Maßnahmen gegen alle Vernunft (das eigentlich Böse ist eben stets widervernünftig) offensichtlich nicht in Pflicht nehmen. Vielmehr fühlen sie sich im Gegenteil dadurch erst recht dazu ermuntert, ihre Pläne weiter zu verfolgen.

Dagegen lehrt die Erfahrung, daß der Aufbau von Vertrauen über Abmachungen und Bündnisse, die

zunächst auf recht handfesten Interessen aufbauen und zunächst Souveränität und Machtpotential der einzelnen Partner noch intakt lassen, die Gefahr von Gewaltanwendung abbauen und diese als den Interessen eines jeden abträglich nicht bloß theoretisch (was sehr leicht plausibel zu machen ist), sondern auch praktisch politisch einsichtig machen. Wo aber solch pragmatisches Vertrauen aufgebaut wird und sich festigt, wird weitere Aufrüstung auch zunehmend uninteressant und entsprechend beginnt Abrüstung als reale Möglichkeit zu erscheinen. Je stabiler dann ein solches Bündnis wird, desto mehr Vertrauen wird möglich oder, um es in wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien zu sagen, je mehr zunehmendes Vertrauen die Transaktionskosten (etwa zum Schutz von möglicher Untreue des Partners) senkt, desto selbstverständlicher wird es. Die Konzentration des militärischen Gewaltpotentials zum Schutz nach außen bei einer übernationalen Bundesbehörde mit Gewaltmonopol beginnt — die neuesten europäischen Diskussionen zeigen es — erwägenswert zu werden, während für die restliche Eindämmung von Gewalttat eine regional vernetzte Polizei genügen kann. Ein besonders deutliches Beispiel für diese Entwicklung bietet die Entstehung des Schweizerischen Bundesstaates nach 1848. Während in diesem Jahr sich die konservativ katholischen Kantone

mit ihren eigenen Truppen gegen die liberalen Orte und ihre „Freischaren“ noch zu einem „Sonderbund“ zusammenschlossen, von diesen aber schonend zersprengt und so geschlagen wurden, vermochte der daraufhin gegründete Bundesstaat soviel Vertrauen zu schaffen, daß — übrigens anders als die Polizei — die Armee bis auf einige Restbestände, die bis heute bestehen, zur Bundessache werden konnte und sogar heute der Gedanke eines Bürgerkrieges unter Kantonen absurd erscheint.

In Europa haben die letzten Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine analoge Entwicklung eingeleitet. Was im September 1946 mit der visionären Europarede von Winston Churchill in Zürich als Idee lanciert wurde, beginnt Wirklichkeit zu werden: Der mit den Romverträgen 1957 einsetzende gemeinsame Markt schafft immer mehr eine ökonomische Vernetzung zum Vorteil aller und damit ein Vertrauen, das zwar zunächst noch keine europäische Verteidigungsgemeinschaft etabliert, aber doch gewaltsame Konfliktregelungen auch zwischen klassischen „Erbfeinden“ als schlechterdings undenkbar erscheinen läßt und mit den KSZE-Verhandlungen sogar ein über die Gemeinschaft hinausgreifendes, umfassendes Friedenskonzept als realistische Möglichkeit ins Auge zu fassen erlaubt. Abrüstungsvereinbarungen und -verhandlungen, zunächst zwischen den Super-

mächten hinsichtlich der Lang- und Mittelstreckenraketen, dann aber auch im konventionellen Bereich — in den sog. CFE-Wiener-Verhandlungen betreffen sie Europa sogar in besonderer Weise — stützen diese Hypothese. Diese läßt aber leicht übersehen, daß dieser Abrüstungsphase eine zwar als Nachrüstung bezeichnete, real aber (und als solche vorab in der damaligen Bundesrepublik Deutschland auch heftig umstrittene) Hochrüstungphase vorausging, die zusammen mit ihrem Afghanistan-Engagement die UdSSR wirtschaftlich offenbar so belastete, daß sie über die personale Ablösung von Breschnew zu Gorbatschow auch eine Änderung der Politik erzwang und (nach der Auflösung des osteuropäischen Satellitengürtels nach 1989) 1991 auch das Ende des östlichen Militärbündnisses, des sog. „Warschauer Paktes“, nach sich zog.

Diese an sich ungemein erfreuliche friedensfördernde Entwicklung sollte jedoch nicht übersehen lassen, daß sie zugleich gerade auch in der Überwindung straff totalitärer Ordnungsstrukturen zu freiheitlich politischen Ordnungen wirtschaftlich desolate Zustände und alte nationale Spannungen und Probleme zutage treten ließ, die nicht nur Verunsicherungen und damit Sehnsüchte nach früheren, scheinbar besseren Zuständen aufkommen lassen — man fühlt sich häufig geradezu an das gegen Mose und Gott gerichtete

Murren des aus der ägyptischen Sklaverei befreiten Volkes Israel auf seinem Zug durch die Wüste erinnert —, sondern auch politische Spaltungen und Wirren entstehen und befürchten läßt, die dann nur allzu leicht nach der bewaffneten Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch das von den Entwicklungen ohnehin frustrierte Militär rufen könnten. Anders als in Westeuropa oder gar in dem im innerstaatlichen Bereich lang etablierten förderativen Gemeinwesen ist gesamteuropäisch diese Friedensordnung mit entsprechenden garantierten Ausgleichsmechanismen und gesichertem Minderheitenschutz also noch längst nicht so stabilisiert, daß auch bei Frustrationen das Vertrauen auf die Wirksamkeit dieser Institutionen groß genug ist und jede andere, unter Umständen auch gewaltsame Konfliktlösung, als evident schlechter ausschließt. Die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen, und zwar auch mit der Möglichkeit des grenzüberschreitenden Überschwappens, erscheint damit in keiner Weise schon völlig gebannt, die dissuasive Absicherung durch eine von der Bewaffnung her eindeutig defensive und demokratisch rechtsstaatlich kontrollierte Streitmacht auf seiten der schon stabil verfaßten Gemeinwesen und ihrer bündnismäßig gesicherten Vernetzung zu staatlichen Gemeinschaften mit entsprechender, ebenfalls gemeinsamer und politi-

scher Kontrolle, erscheint daher politisch in keiner Weise schon als obsolet. Sozialethisch ist sie daher als gewaltpräventives Moment internationaler (aber eigentlich nicht mehr militärischer, sondern schon polizeilicher) Ordnungssicherung grundsätzlich gutzuheißen und doch zugleich gegen alle mögliche Verselbständigung stets auch kritisch zu begleiten.

Dies bedeutet aber, daß die realpolitischen Fakten eine europäische Friedensordnung für die Zukunft als durchaus realistische Perspektive erscheinen lassen, wo Friede dann nicht bloß ein aus dem hochgerüsteten Gleichgewicht des Schreckens einigermmaßen wahrscheinlich weiterdauerndes Schweigen der Waffen meint. Es ist vielmehr eine aus eingeübtem wirtschaftlichem, kulturellem wie politischem Austausch gewachsene Ordnung gegenseitigen Vertrauens, die eine bessere, weil für alle vorteilhaftere Weise des gegenseitigen Umgangs, inklusive der Konfliktregelungen, erlaubt. Eine solche Friedensordnung ist dann, so sehr sie ethisch begründetes und religiös wünschbares Ideal und Ziel ist, doch auch solide pragmatisch einsichtig, und zwar in einem solchen Maß, daß gerade diese pragmatische Komponente die Ordnung selber stabilisiert.

Solche vertrauensbildenden Faktoren daher sorgfältig zu pflegen, auszubauen, aber auch abzusichern, ist daher ebenfalls ethische Verpflichtung. Insofern zu

dieser Sicherung aber unter den gegebenen Umständen menschlicher Anfälligkeit für rücksichtslose Vorteilssuche auch ein polizeilicher, aber rechtsstaatlich kontrollierter Schutz nötig bleibt, gehört auch dieser zu dem, was auf dem gerade noch wirksamen Stand an Personal und Ausrüstung um des Friedens willen ethisch gefordert ist. So sehr also die mögliche Abrüstung ethisches Postulat bleibt, so wenig ergibt sich daraus die Forderung nach einer totalen Abrüstung. Langfristig müßte man sich freilich diese Ordnungsmacht als eine Art Welt-Innenpolizei vorstellen, die zunehmend die nationalen Armeen der immer mehr untereinander vernetzten Einzelstaaten ablösen könnte und sollte. Eben dies scheinen denn auch die Vorstellungen zu fordern, welche sich für die Friedenssicherung und eine Friedensordnung in den letzten Jahrzehnten in der kirchlichen sozialethischen Lehrverkündigung bis hin zur letzten Enzyklika „Centesimus annus“, herausgebildet haben.

Die sozialethischen Zielvorstellungen der kirchlichen Lehrverkündigung

So sehr die kirchliche Lehrverkündigung unter dem Impuls der Friedensbotschaft sich trotz aller Einbrüche in den Kreuzzügen, den Religionskriegen oder den Unterstützungen nationaler Kriegsaktionen grundsätzlich doch dem Gewaltabbau und damit der Friedens-

förderung immer neu verpflichtet wußte, so wenig vermochte man sich diese Aufgabe früher im eigentlichen Sinn als sozialetischen, also als ordnungspolitischen Gestaltungsauftrag vorzustellen. Kriege galten vielmehr, Naturkatastrophen nicht unähnlich, als Schicksalsschläge und damit eventuell als Strafe Gottes, jedenfalls als Bewährungsprobe, die man hinzunehmen hatte. Das Bemühen um waffenfreie Zonen und Zeiten, die sog. „Treuga Dei“, aber auch die Theorien vom gerechten Krieg, die durch sittliche Voraussetzungen (nämlich Wafeneinsatz nur bei gerechten Gründen, mit angemessenen Mitteln und als letzte Möglichkeit) eindämmende Wirkungen zu erzielen betrachteten, blieben letztlich punktuelle und damit wenig effektive Maßnahmen, welche erst noch außerhalb ihres direkten Wirkbereiches oft sogar der kriegerischen Konfliktbereinigung den Schein der Rechtfertigung zu geben vermochten.

Daß Kriegsverhinderung eine sozialpolitische Ordnungsaufgabe und damit gerade auch für Christen eine sittlich verbindliche Verpflichtung darstellen könnte, begann man erst mit der Neuzeit zu verstehen. Philosophisch hat diesbezüglich, wenn freilich praktisch zunächst kaum wirksam, Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1755 Anstöße gegeben, während im Bereich der kirchlichen Verkündigung bei allem Ein-

satz für den Frieden im Ersten Weltkrieg durch die Päpste Pius X. und Benedikt XV., erst Pius XII. — beachtlich ist dazu schon sein Wahlspruch „opus justitiae pax“ — dem strukturellen Moment sein eigentliches Gewicht zuzumessen begann. Zum Schlüsseldokument für das Problem wurde freilich erst die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“ von 1965, welche zunächst, und ohne deshalb in einen naiven Pazifismus zu fallen, die Ächtung des Kriegs als Mittel zur Erreichung politischer Ziele herausstellt. Deshalb wird auch der Verteidigung als Notwehr und dem diesem Ziel zugeordneten Dienst des Soldaten die sittliche Berechtigung ausdrücklich zugesprochen (Nr. 79). Die bloße Abschreckung und der damit verbundene Rüstungswettlauf als friedenssichernde Momente aber sind zugleich deutlich relativiert: Obwohl Nationen zu diesem Mittel noch ihre Zuflucht nehmen, sei das sich daraus ergebende sog. Gleichgewicht des Schreckens noch „kein sicherer und wirklicher Friede“ (Nr. 80). Vielmehr gelte es — und hier wird das sozialetisch ordnungspolitische Moment nun vollends deutlich — „mit all unseren Kräften jene Zeit vorzubereiten, in der auf der Basis einer Übereinkunft zwischen allen Nationen jeglicher Krieg absolut geächtet werden kann. Das erfordert freilich, daß eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität

eingesetzt wird, die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, zur Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten. Bevor aber diese wünschenswerte Autorität konstituiert werden kann, müssen die jetzigen internationalen höchsten Gremien sich intensiv um Mittel bemühen, die allgemeine Sicherheit besser zu gewährleisten. Da der Friede aus dem gegenseitigen Vertrauen der Völker erwachsen sollte, statt den Nationen durch den Schrecken der Waffen auferlegt zu werden, sollten alle sich bemühen, dem Wettrüsten ein Ende zu machen. Man soll wirklich mit der Abrüstung beginnen, nicht einseitig, sondern in vertraglich festgelegten gleichen Schritten und mit echten und wirksamen Sicherungen (Nr. 82 mit Verweis auf die Enzyklika „Pacem in terris“ — Nr. 112 — von Johannes XXIII. 1963).

Daß dazu auch die Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung einzusetzen und Initiativen zu entsprechender Bildung der öffentlichen Meinung zu ergreifen seien, wird ausdrücklich beigelegt. Dabei ist sich das Konzil freilich durchaus bewußt, daß diese formalpolitischen Maßnahmen für sich allein genommen zur Kriegsverhinderung nur dann zu genügen vermögen, wenn die tiefer liegenden Ursachen für den (u.U. sogar als Notwehr berechtigten) „Griff zur Gewalt gegen schreiende Ungerechtigkeit“ im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich eben-

falls angegangen werden. Deshalb wird schon im nächsten Abschnitt (Nr. 83) beigelegt: „Um den Frieden auszubauen, müssen vor allem die Ursachen der Zwietracht in der Welt, die zum Krieg führen, beseitigt werden, an erster Stelle die Ungerechtigkeiten. Nicht wenige entspringen allzu großen wirtschaftlichen Ungleichheiten oder auch der Verzögerung der notwendigen Hilfe. Andere entstehen aus Herrschsucht und Mißachtung der Menschenwürde.“

Daß zum Abbau dieser friedensgefährdenden Grundübel die Stärkung der internationalen Initiativen und Institutionen unerlässlich ist, wird dabei ebenso klar herausgestellt (vgl. GS 82) wie die Verstärkung, welche die politischen Visionen und Ansätze durch die international enge, wirtschaftliche Zusammenarbeit erfahren können. Wesentlich weniger deutlich wird dabei freilich, daß dies zugleich Beschränkungen für die einzelstaatliche Souveränität und damit den Abbau traditionsreicher Empfindlichkeiten und Ängste bedingt, obwohl hinsichtlich einer globalen Wirtschaftsordnung das genannte Rundschreiben „Centesimus annus“ (1991) dieses Moment anspricht. Während bislang die Erhaltung von eigenständiger Freiheit, Selbstbestimmung und Schutz vor Übervorteilung durch andere, stärkere oder auch nur aggressivere Mächte durchweg in der Absicherung durch eine notfalls stets einsatzbereite Armee

gesehen wurde, gilt es nun in einem Umdenkenprozeß diese vermehrt durch den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen zu gewährleisten.

Daß dies Bedeutung und Prestige von Streitkräften mindert und sie vom Symbol staatlicher Souveränität zu dem werden läßt, was oben als eine besondere Form polizeilicher Sicherung umschrieben wurde, liegt auf der Hand. Zugleich bedingt eine solche Sicht, daß die Sicherheitsprobleme sich zunehmend vom militärischen Bereich auf diejenigen der internationalen Politik verlagern und diese zugleich zunehmend zu einer regional evtl. noch aufgefächerten Weltinnenpolitik wird, in welcher Protektionismen aller, auch wirtschaftlicher Art, zum Schutz lang etablierter Privilegien ebenso wenig Platz haben wie rationalistisch zentralistische einheitsstaatliche Konzepte. Ein allseitig offener Föderalismus, der freilich für eine letzte Sicherung gegen Usurpation einzelner (z. B. nationalistischer Gruppen oder auch gegen den Terror des gemeinen oder organisierten Verbrechens wie der Mafia usw.), einer zentralen Behörde das Gewaltmonopol zubilligt, wird so — was hier im einzelnen nicht weiter ausgeführt werden kann — zum Gebot der Stunde. Immerhin vermögen die in einer noch sehr summarischen Analyse der aktuell historischen Entwicklungen zusammengetragenen Fakten wohl doch zu zeigen, daß es Anzeichen

dafür gibt, daß Sinn und Verständnis für das Konzept einer solchen zukunftsweisenden Friedensordnung trotz mancher Rückschläge im Wachsen begriffen sind.

Dies bedeutet nicht, daß damit das von Jesus verkündete endzeitliche Gottesreich des unbedingten ewigen Friedens unmittelbar bevorstünde, wenn die Politik dies nur richtig wollte. Vor einem solchen utopisch unrealistischen Optimismus der Aufklärung (und dazu zählt auch Kant mit seinem Konzept vom „Ewigen Frieden“) sollte sich zumindest der Christ, der um die Anfälligkeit des Menschen zur Sünde im genannten nüchternen Realismus der biblischen Botschaft weiß, hüten. Ebenso ist dann ein schlichter Pazifismus, der dieses endzeitliche Ziel vorwegnehmen zu können glaubt, sogar abgesehen von aller realpolitischen Naivität, keine christlich verantwortbare Haltung. Eine notfalls auch gewaltsame Abwehr gegen skrupellose, verbrecherische Gewalt bleibt — so widersinnig solche Verbrechen einer klaren Vernunft auch bleibt — eine realistische Notwendigkeit. Damit bleibt auch der freilich von einer politisch internationalen Gewaltmonopol-Instanz kontrollierte Dienst in einer solchen Schutzorganisation eine sozialpolitische Notwendigkeit. Daß er sozial-ethisch dann, freilich ohne jede falsche Glorifizierung, aber auch ohne alle falsche Minderwertigkeitsgefühle, sozialetisch verant-

wortet geleistet werden kann und muß, ergibt sich dann mit innerer Konsequenz.

Franz Furger

Neue Lebensperspektiven

**Seminar in Münster
vom 20.—24. November 1991**

Am Buß- und Betttag versammelten sich in Münster im Franz-Hitze-Haus ehemalige Soldaten oder solche, die bald in den Ruhestand versetzt werden, zu einem Seminar „Neue Lebensperspektiven“ — Ehepaare vor dem (Un-)Ruhestand.

Es war eine Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge, eingeladen hatte der Wehrbereichsdekan III, vorbereitet wurden sie von der Katholisch-Sozialen Akademie des Bistums Münster in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Katholischen Soldaten. Es waren elf Ehepaare und vier Einzeltäger, die nicht von ihren Ehefrauen begleitet werden konnten, alle aus der alten Bundesrepublik.

Das Programm war sorgfältig zusammengestellt und auf die Bedürfnisse der Pensionäre abgestimmt worden. Vorträge und Gruppenarbeit wechselten und Zeit zur Diskussion war immer gegeben. Man hatte sich auch viel zu sagen, so waren die Gespräche immer angeregt, sowohl beim Essen als auch in der „Laube“, der GER-

MANIA-Stube, einem Kellerraum, der für das menschliche Näherkommen überaus geeignet war.

Die vier ganzen und die zwei halben Tage waren wie folgt eingeteilt:

Mittwochabend nach dem Abendessen: Jeder stellte sich selber vor, mit Angabe der Motivation für dieses Seminar, denn für die Anreise hatten einige zum Teil große Strecken zurückgelegt; die Tagungsleiterin — eine junge Doktorin der Theologie — sammelte Stichworte:

Neugier, Beratung, Hilfe, Tips zur Bewältigung des ungewohnten Nichtstuns, Freizeit, verfügbare Zeit, Umgang mit der verfügbaren Zeit, wieder Arbeiten oder aktives Nichtstun, Studium, aber auch Partnerschaftsprobleme, die gerade jetzt deutlich zu Tage treten.

Donnerstag: Um 8.30 Uhr gab es Frühstück, schon das war dem veränderten Lebensrhythmus angepaßt. Dann kam ein Ehepaar, das mit uns in Arbeitsgruppen das Thema „Mein eigener Weg“ erarbeiten wollte. Die Frauen folgten der Frau, die Männer blieben beim Mann. Das war dann schon der erste Punkt der Diskussion, wie kann ein Seminar für Ehepaare gleich mit einer Trennung der Geschlechter anfangen; hierin waren sich alle Teilnehmer zuerst einig, wir wollten wissen, wie es bei den Damen aussieht, wo da die Probleme sind und wir wollten uns auch in unseren Problemen verstanden wissen oder sie auf jeden Fall aus-

breiten. Die Referentin blieb hart und entschwand mit den Damen, die wir dann nur zu den Mahlzeiten wiedersahen. Es stellte sich aber im Nachhinein heraus, daß es den Frauen gutgetan hat, ohne männliche Überwachung oder auch nur Anwesenheit eines männlichen Wesens sich einmal Luft machen zu können. Was der Schreiber aber dann vermißt hat, ist eine kurze gemeinschaftliche Vorstellung der Wünsche oder Defizite, die es auf beiden Seiten gibt, so daß man zwar der Geschlechtsgenossin oder dem Genossen sich mitgeteilt hat, aber es ist nicht an die richtige Adresse weitergeleitet worden, an den Partner, es sei denn in der „Laube“.

So sehr ich die freie, ungehemmte Aussprache befürworte, so halte ich persönlich nichts davon, daß man nicht weiß, wie die Damen denn nun fühlen, denn um Gefühle geht es sicher.

Am Abend hielt uns der Standortpfarrer von Coesfeld einen Gottesdienst im Haus und predigte zu uns über das „Vater Unser“.

Freitag begann mit einer Meditation. Nach dem Frühstück referierte eine temperamentvolle Dame über das „Zusammen die Zeit nach der Pensionierung gestalten“. Kernsatz, der uns gut gefiel, war: Ein Leben ist nur gelebt, wenn man es selbst bestimmt hat. Das Referat untersuchte drei Beziehungen — zum Partner, zum Anhang (Kinder, Enkelkinder, Schwiegerkinder, wobei Schwiegerkinder

für sie ein Trauma schienen) und vor allem zu uns selbst. Der Vortrag war brilliant, ein Feuerwerk an Sprüchen und Sentenzen, zu schnell, um nachzudenken und zu behalten, zuviel, um gründlich zu sein. Es wurde kein Thema ausgelassen, aber auch keines eingehender behandelt.

Am Nachmittag wurde ein Sachvortrag gehalten zum Thema Versorgungs- und Sozialversicherungsrecht, ein heißes Eisen. Hier waren viele Fragen zu Kapitalabfindung, Beihilfe, Renten des Partners, Sterbefall und Testament, Krankenversicherung und entgeltliche Beschäftigung und vieles mehr. Die Zeit war sehr kurz, der Referent von den gezielten Fragen überrascht, und die Antworten fielen entsprechend aus. Die GKS hat zugesagt, sich um einen kompetenteren Referenten umzutun. Ein Gebiet, das mit hohen Erwartungen befrachtet war, aber nicht genügen konnte. Wir hätten uns auch gewünscht, daß uns jemand gesagt hätte, was man noch arbeiten kann, wie man es macht und wie man das Finanzamt beteiligt, ohne es zu mästen.

Der Abend klang aus bei einem kulturellen Abendprogramm in einer typischen Münsteraner Kneipe, bei einem typischen westfälischen Essen Grünkohl mit Kaßler und Pinkel.

Samstag: Nach Frühstück und Morgenmeditation stand eine Stadtbesichtigung auf dem Programm. Es ist guter alter militäri-

scher Brauch, wenn irgendwo eine Übung stattfindet, auch die Landschaft mit ihrem Kulturgut mit einzubeziehen. So waren wir im Dom mit Paradies und dem bunten Markt, St. Lamberti mit den Käfigen der Wiedertäufer, dem Prinzipalmarkt mit dem berühmten Rathaus und dort dem noch berühmteren Friedenssaal, in dem der Westfälische Frieden geschlossen wurde, der den Dreißigjährigen Krieg beendete, sahen das Schloß mit dem großen Universitätsgebäude, waren am Droste zu Vischering Stadtpalais, machten einen Spaziergang an dem Aasee, ein großes Gewässer, das bis an das Stadtzentrum heranreicht. Bei dieser Stadtbesichtigung und bei weiteren Fußmärschen in die Stadt entdeckten wir, daß es in Münster neben der Spezies Autofahrer und Fußgänger auch noch Radfahrer gibt, oder besser neben den Radfahrern auch noch fossile Überbleibsel, vollständig rechtlose, verschüchterte und buchstäblich an die Wand gepreßte Fußgänger.

Am Nachmittag war dann ein Referat einer Familien- und Eheberaterin zu dem Thema: „Nach einer langen Zeit ... Partnerschaft und Ehe nach 50“. Diese Frau hat behutsam, aber deutlich uns auf Probleme, Defizite, Fehler, Gewohnheiten, Sprachgebrauch hingewiesen und uns Möglichkeiten, Varianten gezeigt, damit gute Ehen besser werden und man die Schwierigkeiten beim Partner schneller erkennt und somit ge-

gensteuern kann.

Der Abend war der Geselligkeit gewidmet und dank des Könnens von Seminarteilnehmern ein überaus fröhlicher.

Der Sonntag wurde mit einem Gottesdienst nach dem Frühstück eingeleitet. Der Standortpfarrer von Coesfeld zelebrierte wieder und predigte über Christus den König. Anschließend sprach ein Herr von der Universität über das Lernen im Alter. Er machte uns Hoffnung und ermutigte uns, die Studien wieder aufzunehmen oder erst anzufangen, und die Inaktivitätsatrophie (Funktionen, die selten gebraucht werden verkümmern und bleiben unterentwickelt) läßt sich auch leicht auf andere Gebiete und Fähigkeiten anwenden. Das Seminar endete mit Manöverkritik, wie es auch bei pensionierten Soldaten guter Brauch ist. Wer ohne Erwartungen kam, der war überrascht über die Fülle der Themen, der Hinweise und Ratschläge, Denkanstöße, jeder konnte für sich das herausholen, was für ihn paßte, und die Referenten waren im Einzelgespräch auch bereit, auf spezielle Fälle einzugehen. Die Arbeit zu denken, zu analysieren, zu überlegen wurde einem nicht abgenommen, man bekam keine fertigen Rezepte und Handlungsanweisungen. Es war ein fruchtbarer Austausch, eine umfassende, wenn auch nicht vollständige Einweisung in einen Lebensabschnitt, den man nicht früh genug vorbereiten kann und der auf alle

ohne Ausnahme zukommt.

Dank muß gesagt werden der Katholischen Militärseelsorge, die sich Sorgen und Gedanken gemacht hat, wie rüste ich meine Schäfchen für eine Zeit in der ich nicht mehr verantwortlich bin für sie, aber der kleine Prinz sagt, man ist zeitlebens für das verantwortlich, was man sich vertraut gemacht hat. Manch ein Kamerad hat gesagt, erst hat man für den Pfarrer gearbeitet und dann schmeißen sie uns hinaus. Es ist kein Rausschmiß, es ist ein Entlassen, die Militärseelsorge hat uns in unserer Dienstzeit begleitet, wir haben es dankbar angenommen. Jetzt werden wir entlassen in eine andere Umgebung, mit anderen Zielen und anderen Möglichkeiten. Mit diesem Seminar werden wir gerüstet für das, was jetzt kommt und wir gehen den nächsten Jahren, die uns der Herrgott noch gewährt, mit Freude und Neugier entgegen. So gesehen hat das Seminar neue Lebensperspektiven aufgezeigt und wir, eigentlich alle Seminarteilnehmer, sind froh, daß wir daran teilnehmen konnten. Allen denen, diese herrliche Zeit des Unruhestandes noch bevorsteht, wünsche ich, daß sie die Gelegenheit zu so einem Seminar wahrnehmen können. Es wird in der Regel zweimal im Jahr durchgeführt, im Frühjahr in Nürnberg und im Herbst in Münster. Auskunft können die Standortpfarrer, die Pfarrgemeinderäte und die GKS-Kreise geben. Für mich war es eine Be-

reicherung, und damit bin ich mit den anderen Teilnehmern dieses Seminars in Münster einig.

Volker TraBl

Literaturverzeichnis zum Seminar

3. Lebensabschnitt

- Meine Rechte danach — Ratgeber für ehemalige Soldaten, Walhalla-Praetoria Verlag, Regensburg 1991
- Der Prophet, Khalil Gibran, Walter-Verlag, Olten u. Freiburg
- Muscheln in meiner Hand, Anne Morrow Lindbergh, dtv, München
- Halte das Herz fest, Anne Morrow Lindbergh, Serie Piper Nr. 513, München, Zürich
- Wenn Frauen zu sehr lieben, Die heimliche Sucht, gebraucht zu werden, Robin Norwood, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg
- Männer lassen lieben, Die Sucht nach der Frau, Wilfried Wieck, Fischer Sachbuch Nr. 4734, Fischer Verlag, Frankfurt
- Sag, nicht ich bin zu alt . . . , Entdeckungen beim Älterwerden, Bernhard Kraus, Herder Verlag, Freiburg
- Liebe für ein ganzes Leben, Psychologie der Zärtlichkeit, Nathaniel Branden, rororo-Sachbuch Nr. 7867, Rowohlt Verlag, Reinbek
- Was Paare zusammenhält, Der Prozeß des Zusammenlebens, Jörg Willi, Rowohlt Verlag, Reinbek 1991
- Wohin mit meiner Wut, Neue Beziehungsmuster für Frauen, Harriet Goldhor Lerner, Kreuz Verlag, Zürich
- Das Nein in der Liebe, Abgrenzung und Hingabe in der erotischen Beziehung, Peter Schellenbaum, dtv Nr. 15023, Deutscher Taschenbuchverlag, München
- Was die Tore des Himmels öffnet, Elie Wiesel, Herder Verlag, Freiburg
- Schlüssel zum besseren Gedächtnis, Ingrid Klampf-Lehmann, Bastei-Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach
- Psychologie des Alterns, Ursula Lehr

- Der wilde Mann, Geistliche Reden zur Männerbefreiung, Richard Rohr, Claudius Verlag, München
- Von der Freiheit loszulassen, Richard Rohr, Claudius Verlag, München 1991
- Das Enneagramm, Die neun Gesichter der Seele — spirituelle Persönlichkeitslehre, Richard Rohr u. Andreas Ebert, Claudius Verlag, München 1990
- Meine Zeit steht in deinen Händen, Gebete für die zweite Lebenshälfte, Herder Verlag, Freiburg
- Lebensmitte als geistliche Aufgabe, Anselm Grün, Münsterschwarzacher Kleinschriften Nr. 13, Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach 1980
- Gras unter meinen Füßen, Ungewöhnliche Einführung in die Gestalttherapie, Paul de Roock, rororo-Sachbuch Nr. 7944, Rowohlt Verlag, Reinbek
- Werden wie Gott mich meint, Josh McDowell, Edition Trobisch, Kehl 1989
- Kraft aus der du leben kannst, Geburtstagsbrief an die Enkel, Christa Meves, Herderbücherei Nr. 1117, Herder Verlag, Freiburg
- Ehe-Alphabet, Christa Meves, Herderbücherei Nr. 485, Herder Verlag, Freiburg
- Der Weg zum sinnerfüllten Leben, Orientierung und Hilfen, Christa Meves, Herderbücherei Nr. 931, Herder Verlag, Freiburg
- Am Ende des Weges, Nachdenken über das Alter, Heinrich Albertz, Kindler Verlag, München
- Was bleibt, stiften die Liebenden, Das Lied von der Liebe, Jörg Zink, Kreuz Verlag, Stuttgart.

GKS Veitshöchheim

Vortragsreihe über das Judentum

Eigentlich sollte es nur ein ganz gewöhnlicher Vortragsabend wer-

den. Über die Grundlagen des Judentums wollten sich die Mitglieder der GKS Veitshöchheim im Rahmen des Jahresthemas „Weltreligionen“ informieren lassen. Doch es kam anders.

Über die israelitische Gemeinde in Würzburg, wohin Hauptmann Bukowski auf der Suche nach einem geeigneten Referenten die Fühler ausstreckte, wurde ihm als erste Adresse Professor DDr. Müller genannt. Prof. Müller, der den Lehrstuhl für Biblische Geschichte an der Universität Würzburg innehat, machte dann gleich im ersten persönlichen Gespräch klar, daß an **einem** Vortragsabend nur wenig über das Judentum zu erfahren sei. Und so wurde eine Vortragsreihe mit sechs Veranstaltungen aus der Taufe gehoben und durchgeplant. Prof. Müller hatte auch gleich, neben seiner Person, zwei Referenten bereit und vermittelte die finanzielle Unterstützung der christlich-jüdischen Gesellschaft in Würzburg.

Und so waren alle Diensttage im Oktober als Veranstaltungstage im Terminkalender vorgemerkt.

Im ersten Vortrag wurden die Zuhörer, die den Vortragsraum im Offizierheim der Balthasar-Neumann-Kaserne füllten, mit den religiösen Gesetzesgrundlagen der Juden vertraut gemacht. So stellte Prof. Müller die einzelnen Gesetzesbücher wie Talmud, Michna, Halacha und Haggada vor und hob die Bedeutung der mündlichen neben der schriftlichen Thora hervor.

Die religiösen Feste wie die rituellen Handlungen wurden erläutert bzw. in der anschließenden Diskussion erfragt.

Über die jüdischen Mitbewohner Würzburgs im Mittelalter, deren Lebensumstände, die Kontakte zu anderen jüdischen Gemeinden in Deutschland durch sogenannte Responsien und auch über deren Ausrottung referierte Prof. Müller am zweiten Abend. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand dann der wissenschaftliche Nachweis über Familien und Bedeutung der Würzburger Juden anhand von bedeutenden und umfangreichen Grabsteinfunden aus dem Mittelalter, die bei jüngsten Abbrucharbeiten gefunden wurden. Die anschließende Besichtigung der ca. 1400 Grabsteinfragmente — teilweise sehr gut erhalten — gab einen Eindruck von der aufwendigen wissenschaftlichen Arbeit.

In der Synagoge in Würzburg stellte dann der Leiter der israelitischen Gemeinde, Herr Wallach, den Alltag, den Sabbat und die Feste eines orthodoxen Juden dar.

Dr. Flade von der Main-Post referierte in einem Dia-Vortrag über das Engagement und die Integration der Würzburger Juden in Staat und Gesellschaft um die Zeit des 1. Weltkrieges und deren folgende schleichende Ausgrenzung. Er zeigte jüdische Patrioten, die Deutsche mit Leib und Seele waren und dennoch der Vernichtung nicht entrinnen konnten.

Als Zusammenfassung des bis-

her Gehörten war dann ein Besuch im Jüdischen Museum in Frankfurt/Main gedacht. Die Teilnehmer konnten u. a. anhand eines Vergleiches der Geschichte zwischen Würzburger und Frankfurter Juden viele Parallelen feststellen. Aufgrund der umfangreichen Informationen der vorhergegangenen Vorträge konnten die einzelnen Exponate und Abteilungen viel lebendiger gesehen werden.

Wenn man über das Judentum spricht, darf auch die Gegenwart nicht vernachlässigt werden. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß Israel Dreh- und Angelpunkt der Politik im Nahen Osten ist. Botschaftsrat Aviv Shir-On von der Israelischen Botschaft in Bonn — gerade zurückgekehrt von der Friedenskonferenz in Madrid —, stellte dann auch in seinem Vortrag das moderne Israel vor. Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft kamen ebenso zur Sprache wie die Besiedlungs- und Verteidigungspolitik. Er sprach die großen Probleme mit Israels Nachbarn an, sah diese mehr auf religiösem denn auf territorialem Gebiet, dämpfte allzu große Erwartungen in der Friedenspolitik und gab den kleinen Schritten, wie z. B. die Bewältigung des gemeinsamen großen Problems Wasser, einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs oder bei der Energiegewinnung, eine Chance.

Israel lebt von der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben mit seinen Nachbarn.

Ernst Bukowski

GKS – Katholischer Soldatenverband befürwortet weiterhin allgemeine Wehrpflicht

In einem Interview mit der „aktion kaserne“ erklärte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant i.G. Paul Schulz, jetzt in Bonn:

„Ich bejahe die allgemeine Wehrpflicht. Sie ist ein Qualitätsmerkmal für eine immer wieder junge und innovationsfähige Bundeswehr. Die Sicherheit Deutschlands, die Bundeswehr im Bündnis und die Wehrpflicht habe ich immer als eine Einheit gesehen.

Allerdings haben sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit 1989 grundlegend verändert. Die Entwicklung in Europa geht hin zu einer gemeinsamen Sicherheitsstruktur und führt zu multinationalen europäischen Streitkräften, deren Einsatz in stärkerem Maße Polizeicharakter haben wird. Ich frage mich, ob künftig mögliche Militäreinsätze, so z.B. unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges, mit Wehrpflichtigen noch erfüllbar und vor allem verantwortbar sind.

Die Wehrpflicht hat dann eine Chance, wenn die Gesellschaft sie durch einen breiten sicherheitspolitischen Konsens trägt, wenn der Staat begründen kann, warum er

von seinen männlichen Bürgern den Wehrdienst fordert. Auch die berechtigten Fragen nach der Wehrgerechtigkeit, nach der Dauer des Wehrdienstes, nach einem sinnvollen, für die Sicherheit unseres Staates und die Auftragerfüllung seiner Streitkräfte notwendigen Dienst sind zu beantworten.

Die Wehrpflicht muß von den Bürgern als notwendig, sinnvoll, zumutbar und gerecht akzeptiert werden können. Ich halte wenig von der Aussage, die Wehrpflicht sei das legitime Kind der Demokratie, mehr dagegen von dem Scharnhorst-Satz „Der Bürger ist der geborene Verteidiger seines Landes“. Sicherheit ist heute das Produkt innenpolitischer, wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und militärischer Faktoren. Schon aus finanziellen Gründen kann der Staat alle für die Sicherheit erforderlichen Dienste nicht nur gut bezahlten Spezialisten überlassen. Deshalb sollten die Bürger entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen die Errungenschaften ihres Landes und die Werte ihrer Gesellschaftsordnung selbst sichern und verteidigen.

Ich halte aus pädagogischen und moralischen Gründen einen sozialen Dienst in jungen Jahren nicht nur für gerechtfertigt, sondern zur Förderung des Verantwortungsgefühls des Einzelnen für das Gemeinwohl unbedingt für erforderlich. Der persönliche und unmittelbare Beitrag zum bonum

commune sollte Vorrang vor dem Freikaufen durch Steuern haben.

So verstanden trete ich auch für einen sozialen Pflichtdienst junger Frauen ein. Diese sollten allerdings, wenn sie später Mütter werden, dafür einen gerechten Ausgleich (Erziehungsgeld, Rentenversicherung, Lebensarbeitszeit) erhalten.“

(Originaltext des Interviews ist erhältlich bei Josef König, Jugendhaus, Düsseldorf, Postfach 320520, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 0211/4693182.

Die „aktion kaserne“ ist eine Arbeitsgemeinschaft für wehrpflichtige und kurzdienende Zeitsoldaten, die von Mitgliedsverbänden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) getragen wird.)

(aus NIMM Nr. 1 vom 9. 1. 1992).

Der Traum der Verständigung und die Wirklichkeit der Gegensätze

Unteroffiziersakademie im Kolpinghaus mit Prof. Dr. Karl Hausberger am 12.11.1991

Am vergangenen Dienstag fand im Kolpinghaus unter der Beteiligung von fast 250 Soldaten und deren Ehefrauen wieder eine Untero-

fiziersakademie der Katholischen Militärseelsorge statt.

Hauptredner des Abends war Prof. Dr. Karl Hausberger, Ordinarius für Kirchengeschichte des Donaueschinger Instituts an der hiesigen Universität, der über das Scheitern der Regensburger Religionsgespräche von 1541 und die Einführung des lutherischen Bekenntnisses in Regensburg 1542 referierte.

Mit Bedacht wurde dieses Thema vom Militärdekan des Standortes Regensburg, P. Roland Stemmler ausgewählt, da man im nächsten Jahr dieses Ereignisses ganz besonders gedenken wird.

Nach dem Scheitern der Wormser Religionsgespräche – so Hausberger – setzte Kaiser Karl V. seine ganze Autorität ein, damit nicht auch das nun nach Regensburg verlegte Gespräch ein Fehlschlag wird.

Auf Drängen des Kaisers wurde zum päpstlichen Legat Kardinal Contarini ernannt, da dieser, seit seiner Ernennung zum Kardinal im Jahr 1538, die Seele aller Erneuerungsbestrebungen an der römischen Kurie war.

Dem Ende April 1541 beginnenden Gespräch versuchte man mit allen Mitteln einen positiven Ausgang zu beschern.

So wurden ganz bewußt als verständlich geltende Theologen beider Seiten eingeladen. Die Anfangserfolge schienen dem Kaiser auch recht zu geben, selbst das so umstrittene Thema „Rechtfertigungslehre“ schien überwunden.

Letztlich scheiterte das Gespräch nicht an der Verständigungsbereitschaft der theologischen Parteien, sondern u.a. an den unterschiedlichen Auffassungen über das Wesen der Kirche und der Eucharistie.

Diese Nichteinigung beider Parteien führte in Regensburg im letzten zur Einführung des lutherischen Bekenntnisses.

Zunächst jedoch wurde ganz massiv auf den Rat der Stadt von Seiten des bayrischen Herzogs, aber auch von Seiten des Kaisers eingewirkt, den Übertritt nicht zu vollziehen. So laufen die Bürger auf privater Basis zu den protestantischen Gesandten um dort dem neuen Gottesdienst beizuwohnen.

Nachdem der pfalzneuburgische Fürst Ottheinrich in seinen Landen offiziell das neue Bekenntnis eingeführt hatte, wagte auch der Rat der Stadt dieses in Regensburg einzuführen.

Nach einem feierlichen Beichtgottesdienst am 14.10.1542 in der Dominikanerkirche, wurde am nächsten Tag erstmalig öffentlich die neue Form des Gottesdienstes in der Neupfarrkirche durch den nürnbergischen Prediger Forster vollzogen.

Sehr bald begann man nun mit dem Aufbau des lutherischen Kirchenwesens und Regensburg gewann auf diese Weise als südöstlichste Reichsstadt überregionale Bedeutung für die Ausbreitung des lutherischen Bekenntnisses

bis nach Österreich hinein.

Im Anschluß an den begeistert aufgenommenen Vortrag und einer angeregten Diskussion lud der Wehrbereichsdekan Monsignore Peter Raffoth zum bayerischen Buffett.

Harald Schäfer

Dresdner Erklärung der GKS vom 17. Januar 1992

„Zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Maßnahmen im Auftrag der Vereinten Nationen oder anderer kollektiver Sicherheitsbündnisse“

1. Golfkrieg, Jugoslawienkonflikt und Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion sind nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation alarmierende Zeichen neuer Gefährdungen der Sicherheit in Europa und in der Welt. Sie machen eine auf die neuen Risiken ausgerichtete, aktive Sicherheitspolitik zur Friedenserhaltung und Krisenbewältigung erforderlich.

2. Die GKS nimmt, wenn sie dies feststellt, eine Politik der Friedenssicherung und Friedensförderung in den Blick. Diese umfassende Sicherheitspolitik hat über verteidigungspolitische Perspektiven

hinaus die Lösung der heute vorrangig drängenden Menschheitsfragen anzustreben. Dies sind:

- Achtung und Schutz der Menschenwürde,
- Durchsetzung des Völkerrechts,
- Verwirklichung einer allgemein akzeptierten, gerechten Weltordnung,
- Bewahrung der Schöpfung.

Die Bewältigung dieser Probleme würde Ungerechtigkeiten beseitigen, die als Ursachen der Zwietracht in der Welt oft zu Kriegen führen (GS 83)*. Nur Gerechtigkeit kann zu Vertrauen führen; sie schafft Frieden und bildet die Lebensgrundlage und Entwicklungsmöglichkeit für alle Staaten und Völker, auch für ethnische Minderheiten.

3. Ziel von Sicherheitspolitik muß es sein, daß Krieg geächtet werden kann (GS 82). Deshalb ist ein Politikkonzept gefragt, das den Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten zwischen Staaten endgültig überwindet.

Demzufolge ist auch die Bereitstellung militärischer Gewaltmittel nur dann sinnvoll, notwendig und sittlich begründet, wenn sie unter dieser Voraussetzung erfolgt. Wir Soldaten haben selbst ein vorrangiges Interesse daran, daß Streitkräfte nicht als Mittel der Kriegführung betrachtet werden, sondern einer verantwortli-

chen Politik als Instrument zur Abtattung und Verhinderung von Kriegen, zum Schutz von Leben und Freiheit sowie zur Verwirklichung von Frieden und Recht dienen.

4. Dieses weitgesteckte Ziel ist nur im Rahmen einer neuen Weltordnung zu verwirklichen. Krieg kann nur dann endgültig überwunden werden, wenn es eine verlässliche, öffentliche Weltautorität gibt, wie sie bereits durch das II. Vatikanische Konzil (GS 82) gefordert wird. Diese Autorität oberhalb von Staaten muß über eine wirksame Macht verfügen, welche die allgemein anerkannte und verbindliche Rechtsordnung schützen bzw. wiederherstellen kann.

5. Die GKS fordert die Politiker dazu auf, die heute möglichen und erforderlichen Schritte hin zu einer allgemeinen Weltfriedensordnung zu gehen.

Die Staaten müssen willens sein, auf dem Weg zu einer supranationalen Autorität weitere nationale Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Einrichtungen abzutreten. Es gibt bereits solche Institutionen, wenn sie auch unter dem Aspekt der Gerechtigkeit und der Sicherheit noch unterentwickelt sind. Diesen sowie den Vereinten Nationen sind heute schon die erforderlichen Mittel verfügbar zu machen, damit Sicherheit und Gerechtigkeit sowohl regional als auch weltweit besser durchgesetzt werden können. Deutschland muß bereit sein, die in Art. 24 seines Grundgesetzes bereits vorge-

* „gaudium et spes“, Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils, Nr. 83.

sehene Möglichkeit wahrzunehmen und weiter auszuformen.

6. Wenn aber die Politik der Kriegsverhinderung doch scheitert, werden unter Umständen militärische Maßnahmen in einem System kollektiver Sicherheit, z. B. im Auftrag des Weltsicherheitsrates „zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (UN-Charta Art. 39 u. 42) erforderlich, vorausgesetzt, alle übrigen Kriterien für eine sittlich erlaubte Gewaltanwendung sind erfüllt. Diese Hauptbedingungen für sittlich erlaubte militärische Maßnahmen lauten kurzgefaßt:

- 1) Nur eine legitime Autorität darf darüber entscheiden.
- 2) Es muß ein gerechter Grund vorliegen.
- 3) Gewalt ist nur als letztes Mittel erlaubt.
- 4) Es ist zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden zu unterscheiden.
- 5) Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muß gewahrt bleiben.
- 6) Es muß eine begründete Aussicht auf Erfolg bestehen.
- 7) Mit den Maßnahmen muß die rechte Absicht verfolgt werden können.

7. Sollten alle diese Bedingungen erfüllt sein, hält die GKS „bei einer Bedrohung oder einem Bruch des Friedens oder bei einer Angriffshandlung“ den Einsatz von Streitkräften für gerechtfertigt, um als Ziel „den Weltfrieden und die Internationale Sicherheit zu wahren

oder wiederherzustellen“ (UN-Charta Art. 39 und 42). Deshalb sollten alle politisch Verantwortlichen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Bundeswehr auch für Maßnahmen der Vereinten Nationen außerhalb der Grenzen Deutschlands und des NATO-Gebietes eingesetzt werden kann.

Unter diesen Umständen handeln Soldaten der Bundeswehr nach ihrem Soldateneid und können vor ihrem Gewissen bestehen. Katholische Soldaten werden dann in militärischen Einsätzen die sittlich erlaubten Maßnahmen durchführen, die nach der Entscheidung der Völkergemeinschaft zur Wiederherstellung des Friedens erforderlich sind.

**'EINE
NEUE STADT
ERSTEHT'**

**91. Deutscher
Katholikentag
Karlsruhe
17.-21. Juni 1992**



ZdK

INFORMATIONEN

Wien – neuer Militärbischof

Große Freude und Dankbarkeit hat die Nachricht von der Ernennung von Militärdekan Mag. Christian Werner zum Bischof – Koadjutor bei der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) ausgelöst.

Freude, weil mit dieser Ernennung auch ein langer Wunsch der AKS in Erfüllung gegangen ist. Mit ihm wird erstmals ein aktiver Angehöriger des österreichischen Bundesheeres als Offizier und Priester Bischof.

Seine langjährige Erfahrung als Soldat und Seelsorge an der Theresianischen Militärakademie, die für die Ausbildung der zukünftigen Offiziere auch in ethischer Hinsicht Verantwortung trägt, ist Garant für eine zeitgemäße, den besonderen Aspekten des Militärdienstes entsprechende Pastoral.

Seine Offenheit und seine profunden Kenntnisse ermöglichten es Militärdekan Werner, ein ausgezeichnetes Gesprächsklima, vor allem mit der Jugend, dem wertvollsten Gut, das dem Bundesheer zumindest für eine bestimmte Zeit anvertraut wird, herzustellen. Dazu hat sicher auch sein musikalisches Talent einen Beitrag geleistet.

Dankbarkeit bringt die Arbeits-

gemeinschaft Katholischer Soldaten ihrem Militärbischof entgegen, dem es nicht nur gelang, die Militärdiözese zu prägen, sondern bei seiner eigenen Nachfolge auch eine Entscheidung herbeizuführen, die von der ganzen Diözese getragen wird.

Wir freuen uns für den neuen Bischof, daß er von der Militärdiözese von Österreich im allgemeinen und von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten im besonderen am 2. Februar mit frohen Herzen aufgenommen werden wird.

Urrisk (Generalsekretär)

Arbeitshilfen

Zum Welttag des Friedens ist in der Reihe „Arbeitshilfen“, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, das Heft Nr. 92 mit folgendem Inhalt erschienen:

Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Einführung in das Thema, Die Wertschätzung der Kirche für die nichtchristlichen Religionen, Der Dialog zwischen den Religionen, Das Weltgebetstreffen von Assisi, Der Friede und die Religionen – Beispiele christlicher Zeugnisse aus der Vergangenheit, Das Miteinander von Christen und Muslimen in Deutschland – Hinweise

für den alltäglichen Umgang und die Arbeit in Kirchengemeinden, Vorschläge zur Gestaltung der Gottesdienste zum Weltfriedenstag 1992 mit Anregungen für die Predigt von Bischof Spital (Trier).

(Pressedienst der Deutschen Bischofskonferenz – Aktuell – vom 9.12.1991)

Erlebnisausstellung zum Jahr mit der Bibel

Für das Jahr mit der Bibel wurde eine große Erlebnisausstellung entwickelt (mit Beduinenzelt, mittelalterlichem Schreibpult, Guten-

berg-Druckerpresse, Computer-Bibel, Chagal-Lithografien, Bibelschop usw.), die an 20 Veranstaltungsorten und auf den beiden Bibelschiffen zu sehen ist. Die Ausstellung spricht alle Altersgruppen an, ist jedoch gerade auch für junge Leute geeignet. Schulklassen, Konfirmandengruppen, Gemeindegruppen; aber auch Vereinen und Einzelbesuchern werden Führungen angeboten. Die genauen Öffnungszeiten stehen noch nicht an jedem Veranstaltungsort fest. Der erste und letzte Tag, der in der Übersicht genannt wird, ist jeweils der Aufbau- bzw. der Abbautag. Falls Sie eine weite Anreise zur Ausstellung planen, ist es ratsam, zuvor mit dem Veranstalter Kontakt aufzunehmen.

Übersicht der Veranstaltungsorte für die Erlebnisausstellung zum Jahr mit der Bibel

23.01. – 07.02.	6700 Ludwigshafen (Volkshochschule), Horst Nietzsch, Tel.: 0621/5042630
08.02. – 16.02.	7547 Wildbad, Renate Mayer, Tel. 07081/78973
17.02. – 01.03.	3408 Duderstadt (Rathaus), Herr Haase, Tel.: 05527/2581
02.03. – 15.03.	5270 Gummersbach, Andreas Laser, Tel.: 02261/700925
16.03. – 10.04.	8200 Rosenheim (Kath. Bildungshaus), Herr Töller, Tel.: 08031/34001
11.04. – 25.04.	8700 Würzburg, Dr. Heinz Geist, Tel.: 0931/53305
26.04. – 09.05.	8430 Neumarkt (Historischer Reitstadel), Wolfgang Reißner, Tel.: 09181/9898
10.05. – 23.05.	8679 Oberkotzau (Ev. Gemeindezentrum), Dieter Baderschneider, Tel.: 09286/382
24.05. – 08.06.	6101 Bickenbach (Heimatismuseum), Herr Schmidt, Tel.: 06257/2220

09.06. – 15.06.	7000 Stuttgart (Schloßkirche), Konrad Eißler, Tel.: 07 11/24 08 93
21.06. – 29.06.	Bibelschiff Bodensee, Gerd Ehemann, Tel.: 075 32/60 57
02.07. – 16.07.	4350 Recklinghausen (Saalbau, Stadtmitte), Herr Leßmann, Tel.: 023 61/25 150
17.07. – 30.07.	8770 Lohr am Main (Ulmer-Haus), Herr Wehrwein, Tel.: 093 52/20 65
31.07. – 16.08.	3554 Lohra (Bürgerhaus), Herr Kovacs, Tel.: 064 26/2 62
18.08. – 26.08.	2300 Kiel (Ausstellungsschiff), Herr Ahrens, Tel.: 043 1/164 56

(aus „Informationsbrief zum Jahr mit der Bibel 1992 Nr. 3)

Richtige Entscheidung

Bei den umstrittenen Positionen von Professor Drewermann, die nicht in Einklang mit dem katholischen Glauben stehen, gehört auch seine Kritik an der katholischen Moraltheologie in der Abtreibungsfrage. Drewermann versteht die Tötung eines Embryos zwar als schuldhafte Tötung menschlichen Lebens, er fordert aber Verständnis für Frauen in tragischen Situationen, „in denen es unvermeidlich scheint, schwere Schuld auf sich zu nehmen“.

„Verständnis für Frauen in tragischen Situationen“ einer Schwangerschaft bedeutet doch in der Konsequenz, auch die Tötung eines ungeborenen Kindes in Kauf zu nehmen. Ein solcher Standpunkt ist aber niemals mit den Geboten Gottes und der kirchlichen

Lehre vereinbar.

Wollte die Kirche hier Zugeständnisse machen, so würde das einen Dammbruch verursachen, dessen verheerende Folgen sich auch auf andere „tragische Situationen“ des Lebens auswirken würden, zum Beispiel in Verständnis und Einstellung zur Euthanasie. Will die Kirche sich nicht selbst aufgeben, so darf sie den Verlockungen des Zeitgeistes nicht nachgeben und muß unbeirrbar an Gebot und Lehre festhalten. Die Entscheidung von Erzbischof Degenhardt, Professor Drewermann die kirchliche Lehrerlaubnis zu entziehen, war deshalb konsequent und richtig. Im übrigen: Fristenlösung = Endlösung = Untergang Deutschlands!

Edgar Balling, Hösbach
(aus „Fränkische Nachrichten“,
6972 Tauberbischofsheim vom
6. 11. 1991, Seite 18, Region)

Tage im Kloster – Kloster auf Zeit

Für Frauen und Männer aller christlichen Bekenntnisse und für alle Suchenden und Interessierten bieten deutsche Ordensgemeinschaften im Jahr 1992 ein umfangreiches Programm mit Möglichkeiten für Tage der Einkehr, Besinnung und Erholung im Kloster an. Zu den Angeboten der Klöster gehören „Schnupper-Wochenenden“ (im Kloster mitleben, mitbeten, mitarbeiten), Informations- und Besinnungstage, Bibel- und Meditationskurse, Mitfeier der Kar- und Osterliturgie, Pfingsttreffen, Exerzitien für Einzelne und in der Gruppe, Pilgerfahrten, Wanderfreizeiten, Urlaub und Erholung.

Zusammengefaßt sind alle diese Angebote der Männer- und Frauenorden in Deutschland in der 74seitigen Broschüre **Kloster auf Zeit 1992**, die angefordert werden kann bei den Sekretariaten der Ordensobern-Vereinigungen VDO, Am Knöcklein 13, 8600 Bamberg oder VOD, Bonner Talweg 135, 5300 Bonn 1. Einzelexemplare kostenlos – Rückporto erbeten; Mehrfachexemplare je DM 2,- Schutzgebühr plus Versandkosten.

St. Ottilien

Die Missionsbenediktiner der Erzabtei St. Ottilien laden junge Männer ab 17 Jahren ein, ihre Gemeinschaft kennenzulernen. Die

„Tage im Kloster“ bieten die Möglichkeit, in Gebet und Arbeit, Meditation und Gespräch, den Alltag eines Benediktinerklosters zu erleben, um so auch für die eigene Lebensgestaltung Hilfe und Orientierung zu erhalten. Diese Kurse finden in Gruppen mit ca. 10 Teilnehmern statt; Beginn und Ende ist jeweils der Nachmittag des erst- bzw. letztgenannten Tages.

20. 4. – 26. 4. 1992

8. 6. – 14. 6. 1992

5. 7. – 12. 7. 1992

9. 08. – 16. 8. 1992

25. 10. – 1. 11. 1992

Rückfragen und Anmeldung an:
Pater Willibrord Driever OSB, Erzabtei, D-8917 St. Ottilien, Tel.: 08193/710

Überraschend vielseitig!

Die Informations-Broschüre
der Katholischen Presse
liegt für Sie bereit.

Rufen Sie an:
0228/21 53 34.



**KATHOLISCHE
PRESSE**

ÜBERRASCHEND VIELSEITIG!

Erinnern Sie sich noch an „Joan“?



Nicaragua am 21./22. Oktober 1988. Der Wirbelsturm „Joan“ fegt über das mittel-amerikanische Land und richtet ungeheure Verwüstungen an. 250.000 Menschen verlieren über Nacht ihr Hab und Gut. Besonders katastrophal sind die Campesinos und die Bewohner der Armensiedlungen betroffen. Ihre einfachen Hütten können keinem Sturm standhalten, ihre Siedlungen werden zerstört. Sie stehen vor dem Nichts. Der Sturm zieht weiter, das Interesse der Öffentlichkeit verfliegt. Seit 1988 unterstützt Misereor den Wiederaufbau in Bluefields und Umgebung. Sturmsichere Häuser – aufgebaut in Eigenregie. Das Baumaterial gibt es auf Kredit. Rückzahlungen werden später für landwirtschaftliche Projekte verwendet. Bluefields wird wieder aufgebaut durch die Bevölkerung. Hilfe zur Selbsthilfe.

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstr. 9
5100 Aachen

BUCHBESPRECHUNGEN

DUDEN — Deutsches Universalwörterbuch

2., völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage. 1816 Seiten mit 2×4 Seiten bedrucktem Vor- und Nachsatz. Gebunden ca. DM 50,—, Dudenverlag Mannheim/Wien/Zürich 1989.

Mit dieser Neubearbeitung vom Herbst 1989 liegt ein modernes und handliches Gebrauchswörterbuch vor, das den Wortschatz der deutschen Sprache der Gegenwart dokumentiert und allgemeinverständlich darstellt.

Das deutsche Universalwörterbuch ist sowohl ein Bedeutungswörterbuch mit ausführlichen Bedeutungsangaben als auch ein Rechtschreibungshandbuch und Wegweiser zu Grammatik, Aussprache, Herkunft der Wörter und vieles mehr.

Die starke Ausweitung unseres Wortschatzes wird an der Erweiterung des Wörterbuches um 300 Seiten auf nun 1800 Seiten deutlich. Über 1000 Wörter sind neu aufgenommen worden, z. B. „Abenteuerurlaub, Altlasten, Dünnsäureverklappung, Glasnost, Tiramisu, Ampelkoalition, Treibhauseffekt, Grufti“ und andere.

Für gelegentliche — noch mehr aber für regelmäßige — Benutzer ist das Wörterbuch eine geradezu unentbehrliche Hilfe zum Verständnis und zur Nutzung der

deutschen Sprache — und der günstige Einführungspreis macht die Anschaffung leichter.

J. B.

Ayla und das Tal der Großen Mutter

Jean M. Auel, Roman aus dem Amerikanischen (Plains of Passage). 704 Seiten. Gebunden ca. DM 50,—. ISBN 3-455-00206-4. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 1991.

Diese Geschichte einer abenteuerlichen Reise durch das Tal der „Großen Mutter“ — der Donau — spielt vor dreißigtausend Jahren, unter den Menschen der letzten Eiszeit. Es ist eine unabhängige Fortsetzung der Romane „Ayla und der Clan des Bären“, „Das Tal der Pferde“ und „Mammuthjäger“, mit denen Jean M. Auel immer wieder die Bestsellerlisten anführte.

Noch ist Europa nicht überbevölkert; im Tal der Donau stößt man nur gelegentlich auf die Lager und Höhlensiedlungen der Menschen dieser Zeit, die ihr Leben als Jäger und Sammler fristeten; Neandertaler und Cro-Magnon-Menschen begegnen sich hier.

Neben den Abenteuern der Hauptpersonen, Ayla und ihres Freundes Jondalar, bildet die lebensnahe Schilderung der Tier-

und Pflanzenwelt jener Zeit, der Heilmethoden, der Jagd, der vom Glauben an Naturgeister geprägten religiösen Riten, kurz der Kultur, den spannenden und informativen Rahmen dieser epischen Erzählung aus der Frühgeschichte der Menschheit. Ein echtes Lesevergnügen.

J. B.

LUGAL — Der Roman Mesopotamiens

Josef Nyary. 587 Seiten. Gebunden DM ca. 50,—. ISBN 3-550-06521-3. Verlag Ullstein, Berlin 1991.

Zwischen Euphrat und Tigris liegt Mesopotamien, die Wiege der Menschheit — lag nach Meinung vieler das Paradies. Hier liegt auch das Kernland des Reiches Sumer, das in den Jahren um 2300 v. Chr. der älteste Großstaat der Welt war — vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf und von den Hochgebirgen der Osttürkei bis in die Wüsten Arabiens.

Die Geschichte des Herrschers dieses Landes, Sargon von Sumer und Akkad (2340—2284 v. Chr.), genannt „LUBAL“ (Großmensch), schildert Josef Nyary in diesem lehrreichen und spannenden historischen Roman. Zugleich gibt er einen umfassenden und faszinierenden Einblick in Kultur, Geschichte, Religion, Sitten und Gebräuche dieser wohl ältesten Kultur der Menschheit im Nahen Osten, wo ja

auch die Wiege des Juden- und des Christentums steht.

Ein echtes Lesevergnügen.

J. B.

Pfarrer in Hitlers Armeen

Waren die Feldseelsorger des Zweiten Weltkrieges ein „Mittel zur Stärkung der Schlagkraft des Heeres?“ Kriegspfarrer erinnern sich:

„Ich habe nie bereut, Militärpfarrer gewesen zu sein. Im Gegenteil. Ich bin dem Herrgott dankbar für das, was ich erlebt habe, und für das, was ich an Gutem tun konnte. Wenn auch mit Einschränkungen natürlich, so hat man vielleicht mehr getan als man daheim hätte tun können. Auch nach dem Krieg war es mir nie unangenehm, daß ich Militärpfarrer war. Im Gegenteil. Ich konnte auf meine Erfahrungen verweisen, gerade gegenüber unseren jungen Theologen.“

Das ist das Fazit eines Pfarrers, der dabei war: Professor DDR. Friedrich Dörr (83). Ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, berichtet er von seinen Erlebnissen als Seelsorger im Heere Hitlers. Deutlich haben sie sich in das Gedächtnis des Geistlichen eingegraben. Zum Beispiel warum zwei kriegsgerichtliche Hinrichtungen „meine schlimmsten Erlebnisse“: Die eine in der Ukraine, die andere in Kopenhagen. Mit Fortschreiten des Krieges wurde auch die Arbeit als Priester unter den Feldsoldaten immer schwieriger.

„Im großen und ganzen konnte man durchaus tätig sein. Erst als die nationalsozialistischen Führungsoffiziere kamen, wurde es etwas schwieriger. Sie waren gegen Ende des Krieges unsere große Konkurrenz: Diese Weltanschauungsoffiziere, die doch eigentlich die Kriegspfarrer ersetzen sollten. Man mußte immer ein bißchen vorsichtig sein in seinen Äußerungen, damit sie einem nichts anhaben konnten.“

Oft wurden die Geistlichen im Felde allein gelassen. Sie erhielten weder theologische Bücher, Predigthilfen noch Zeichen der Verbundenheit. So beklagt sich der heute emeritierte Professor für Philosophie an der Katholischen Universität Eichstätt gegenüber den fragenden Journalisten über das Desinteresse seiner Heimatdiözese. „Übelgenommen habe ich zu jener Zeit, daß die Diözese Eichstätt nichts für mich getan hat... Während des ganzen Krieges kam aus Eichstätt nur ein Brief, nämlich vom Jugendseelsorger. Der hat allen kriegsbeteiligten Pfarrern ‚da draußen‘ geschrieben. Das war das einzige Mal, daß sich die Diözese Eichstätt um uns kümmerte...“

Die Erinnerungen des Eichstätter Professors bilden mit den Schilderungen von 25 Mitbrüdern den Hauptteil des Buches: Mensch, was wollt ihr denen sagen? Katholische Feldseelsorger im Zweiten Weltkrieg, das das Katholische Militärbischofsamt jetzt

im Pattloch Verlag herausgegeben hat. Der Professor an der Münchner Hochschule der Bundeswehr, Prälat Hans-Jürgen Brandt, vermittelt dem Leser in seiner Einleitung den geschichtlichen Rahmen. Als Nachwort erfährt man vom Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Katholischen Militärbischofsamt, Heinz-Gerhard Justenhoven, den Werdegang des Werks. Dieses lesenswerte Buch schließt eine Lücke in der Geschichte der katholischen Militärseelsorge. Zudem wird hier Geschichte durch die Erinnerungen von Zeitzeugen lebendig und wird bei manchem Vergangenes wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Das Fazit nach der spannenden Lektüre: Die Kriegspfarrer sahen sich nicht Hitler verpflichtet und ihre Aufgabe nicht in der Hebung der Kampfmoral. Sie leisteten ihren Dienst für gläubige Soldaten.

Katholisches Militärbischofsamt (Hrsg.): „Mensch, was wollt ihr denen sagen? Katholische Feldseelsorger im Zweiten Weltkrieg“, Pattloch Verlag, Augsburg, 208 Seiten mit s/w Abbildungen, ca. 40,— DM.

Klaus Kreitmeir

Priester heute

Anfragen, Aufgaben, Anregungen. Karl Hillenbrand (Hrsg.), 256 Seiten, Echter Verlag Würzburg, ISBN 3-429-01315-1, 1990.

Der Herausgeber Karl Hillenbrand, Regens des Würzburger

Priesterseminars und zahlreichen GKS-Mitgliedern von Rom-Seminaren persönlich bekannt, hat sich zur Aufgabe gemacht, einmal zu durchleuchten, welche Fragen zum Beruf des Priesters gestellt werden. Mit diesem Buch möchte Hillenbrand der Diskussion über den Beruf des Priesters und seine Zukunft sachliche Informationen geben, um so die Debatten voranzubringen. Dazu hat der Herausgeber renommierte Autoren gefunden, die in dem vorliegenden Band ihre Antworten anbieten. Die Ausführungen sind sehr aufschlußreich, jedoch nicht immer ganz leicht zu lesen, wenn die breite Palette der Diskussion nicht geläufig ist. Dennoch bieten diese Darlegungen eine Hilfe in zwei Richtungen: Zum einen unterstützen sie den Laien in Gemeinden ohne Priester, sich über die Aufgabenteilung von Priester und Laie in der Kirche konkrete Gedanken zu machen. Zum anderen helfen sie dem Priester, Abstand zu gewinnen von seiner Arbeitsüberlastung, von der oft mangelnden Resonanz bei der Glaubensverkündigung und auch bei dem Sich-Finden in der Berufung zu diesem priesterlichen Dienst. Der Herausgeber möchte verdeutlichen, daß die Berufung zum Priester und die Entscheidung des einzelnen, dem Anruf Gottes zu folgen, nicht private Entscheidung, sondern ein Anliegen der ganzen Kirche sein muß.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Ein Mensch namens Jesu

Gerald Messadié, 751 Seiten, Droemersch Verlagsgesellschaft, 8000 München, ISBN 3-426-19256-x, 1989.

Der Autor, ein 1931 geborener Franzose, hat sich dem Wissenschaftsjournalismus verschrieben. Seine Veröffentlichungen kreisen um gesellschaftskritische Themen. Das vorliegende Buch beruht auf einem sorgfältigen Studium der Heiligen Schrift, der Apokryphen, der Schriftenrollen am Toten Meer sowie seiner archäologischen Erkenntnisse.

So ist ein Roman entstanden, der durch die anschauliche Darstellung der einzelnen Lebensbereiche im alten Palästina von der ersten bis zur letzten Seite fesselt. Die Hauptfigur ist die begnadete Persönlichkeit, der Mensch Jesu. Dabei ist jedoch nur die menschliche Seite Jesus ausreichend zu Wort gekommen. Die Gottessohnschaft Christi hat hier nur in einem gewissen Abstand eine Rolle gespielt, und dieser Abstand beruht auf Skepsis.

So interessant das Buch somit ist, birgt es für den im Glauben nicht gefestigten Christen Schwierigkeiten, Jesus Christus als Mensch und zugleich Gott zu begreifen. Für den Nicht-Glaubenden gibt es Anlaß, seiner Skepsis gegenüber einem Mensch gewordenen Gott und damit allgemein gegenüber dem christlichen Glauben freien Lauf zu lassen.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Die Apokryphen

Verborgene Bücher der Bibel. Erich Weidinger, 590 Seiten, Pattloch Verlag, Weltbild Verlag, Augsburg, ISBN 3-629-91319-9, 19. .

Der Autor, Diplomtheologe und Gymnasiallehrer für Französisch und Latein, hat hier erstmals eine populäre, zeitgemäße Auswahl der apokryphen Schriften zum Alten und Neuen Testament zusammengestellt. Die Apokryphen, auch die „verborgenen Bücher der Bibel“ genannt und in der Evangelischen Kirche als „Pseudoepigraphen“ bezeichnet, sind all jene Schriften, die in der Heiligen Schrift keine Berücksichtigung fanden und nicht im offiziellen Kanon* enthalten sind.

Dennoch haben diese alt- und neutestamentlichen Schriften auch Bedeutung für unseren Glauben. Manche Schilderungen begegnen uns in der Kunst, Literatur und auch im Brauchtum.

Ein besonders anschauliches Beispiel ist das Thema „Ochse und Esel an der Krippe“. In keinem Evangelium sind diese beiden Tiere vermerkt, und dennoch dürfen sie in keiner Krippendarstellung fehlen. Im „Pseudo“-Matthäusevangelium, in dem auch die Geburt in einer Krippe belegt ist, wird von Ochse und Esel berichtet. Ein Grabstein aus dem Jahre 343 zeigt diese Szene. Eine behutsame Einführung in die Problematik der jeweiligen Quelle gibt die Möglichkeit zu eigenen Vergleichen und

Nachforschungen mit der autorisierten Schrift. Ein Buch, dessen Inhalt ebenso interessant wie anspruchsvoll ist.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

* Kanon + Norm, Verzeichnis der von der Kirche anerkannten und für die Gläubigen bindenden hl. Schriften.

Die Entdeckung des Franz-Joseph-Landes

K.u.K. Offiziere als Polarforscher. Heinz Straub, 174 Seiten, Zahlreiche Bilder und Karten, Styria Verlag Graz, Wien, Köln, Amsterdamer Straße 234/II, 5000 Köln 60, ISBN 3-222-11943-0, 1990.

Der 1921 geborene Autor ist seit rund dreißig Jahren in der Industrie tätig und Verfasser mehrerer Jugend- und Sachbücher. Die jüngst erschienene Publikation ist flott und interessant geschrieben. Bei aller Detailtreue kommt für den Leser das Spannungsmoment nicht zu kurz.

Der Erzähler schildert die erste (1868) und zweite (1869–1870) deutsche und die österreichisch-ungarische Nordpolarexpedition. Ein Vorwort und eine Biographie der Hauptfiguren läßt zugleich deutlich werden, welche politischen Interessen damals mitspielten. Wenn z. B. an einer Stelle zu lesen ist, daß „die norddeutsche und die österreichische Flagge im leichten Nordwind in stiller Eintracht nebeneinander wehten“, dann erinnert man sich, daß es an

jenem 15. April 1870 noch kein deutsches Kaiserreich gab und der preußisch-österreichische Krieg 1866 erst seit wenigen Jahren vorbei war.

Der geschichtliche Hintergrund verblaßt jedoch vor der Schilderung des verzweiferten Kampfes gegen das Eis, das das Schiff der Expedition, die „Tegetthoff“, eingeschlossen hält. Ebenfalls spannend sind die Schilderungen über die immensen Anstrengungen, die die Schlittenfahrt der Besatzung abverlangte ehe sie bis zu einer nördlichen Breite von 82,5° vordringen konnte. Karten und zahlreiche Abbildungen veranschaulichen diesen Bericht, Worterklärungen und Literaturangaben bilden sinnvolle Ergänzungen.

Ein Buch für den Urlaub, lange Winterabende, ein Buch, das spannender ist als manches Fernsehprogramm.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

Berlin: Der kapitale Irrtum

Argumente für ein föderalistisches Deutschland. Thomas Schmid, 165 Seiten, Eichborn-Verlag, Hanauer Landstraße 175, 6000 Frankfurt 1, ISBN 3-8218-1116-1, 1991.

Der 1945 in Sachsen geborene Autor ist Germanist, Redakteur bei verschiedenen Zeitungen und freier Schriftsteller. Bekannt wurde er als Mitbegründer der ökologischen Strömung der Bundestagspartei „Die Grünen“.

In der vorliegenden Veröffentlichung geht er mit den Berlin-Befürwortern hart ins Gericht und schon dabei auch die Bonner Parteien nicht, deren Haltung bei der Alles-oder-nichts-Frage Bonn oder Berlin nicht immer konsequent erscheint. Schmid warnt eindringlich vor der „Gigantomanie“ Berlins und fürchtet, daß der Sog dieser Metropole zu einem Faß ohne Boden wird, das trotz aller Subventionen der Bundesrepublik auch den europäischen Aufgaben keine Hilfe sein kann. Zur Frage der Aussöhnung zitiert er den Historiker Eberhard Jäckel mit den Worten: „Im übrigen ist es eine sachfremde Vorstellung, den Regierungssitz zu verlegen, um einem Bevölkerungsteil einen Gefallen zu erweisen.“ Nach Ansicht des Verfassers „entstammen Hauptstädte einer vergangenen Epoche und sind an ein vormodernes Verständnis von Staat, Politik und Kultur gebunden“.

Ein umfangreiches Verzeichnis weiterführender Literatur ergänzt diese Veröffentlichung.

Es ist zu wünschen, daß auch Politiker solche Bücher lesen. Für den Zeitgenossen sind sie unumgänglich.

Elke A. Fettweis-Gatzweiler

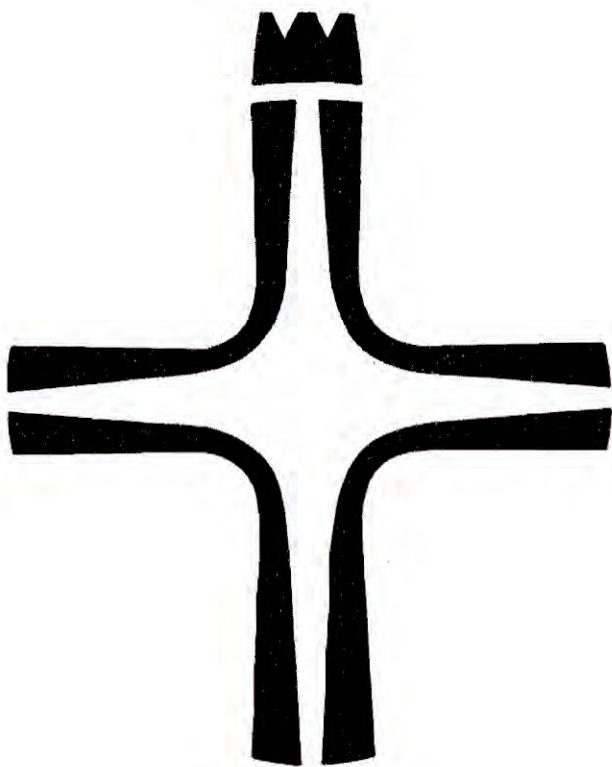
... Der mit uns Menschen geht ...

Paul H. Langhäuser/Dr. Reimund Bieringer, ... Der mit uns Menschen geht ... Meditationen über den Kreuzweg in St. Ludwig/Ludwigshafen am Rhein, 21 x 20 cm, 32 Seiten, erhältlich über den Buchhandel oder direkt beim Pilger-Verlag, Postfach 1707, 6720 Speyer.

Ein ungewöhnlicher Kreuzweg, geschaffen vom Südtiroler Bildschnitzer Helmuth G. Piccolruaz für die Pfarrkirche St. Ludwig in Ludwigshafen (Diözese Speyer): Er setzt das Leiden eines jeden Menschen heute im Leiden Jesu Christi an. Oder umgekehrt: Das Leiden Jesu Christi wird in jeglichem Leiden heute, wie immer es aussieht, aktuell und akut. Das stellt dieser Kreuzweg eindrucksvoll dar, und es ist gut, daß er mit theologisch und vor allem pastoral einfühlsamen Texten in diesem kleinen Buch veröffentlicht wurde. Der Kreuzweg ist nicht nur ein damaliger Weg, längst Vergangenheit und damit unter „historisch“ abhakbar, sondern immer jetzt: Der Kreuzweg in all seiner Grausamkeit, aber auch mit seiner Verheißung, auf die er zugeht. Dieser Kreuzweg ist wirkliches Aggiornamento, Verheutigung des Evangelium verständlich zu machen und die Einwände und Fragen der Menschen ernst zu nehmen“ (Vorwort). Dazu gehört, das Ohr und das Herz am Menschen zu haben, an seinen

Nöten, Ängsten und Leiden, an seinem Glück und Hoffen. Und genau das zeigt dieser Kreuzweg: Da kommt der Alkoholiker und der Drogenabhängige vor, der Behinderte genauso wie das abgetriebene Kind, das Atomkraftwerk von Tschernobyl und der KZ-Häftling – und immer wieder diese liebende Jesus Christus, der sich all denen und vielen anderen zuwendet. Das ist die Hoffnung, die bleibt: „Der Mensch steht mit seinem Leid, mit seiner Schuld, mit seinem Ausgeliefertsein nicht allein da – gottverlassen. Der von Gott kommende Jesus teilt unser Leid, nimmt Leid auf sich. Sein Leiden wird nicht historisch dokumentiert, sondern übersetzt in unser Zeitgeschehen“ (Vorwort). Ein ungewöhnlicher, aufrüttelnder Kreuzweg. Und ein empfehlenswertes Buch.

Klaus Haarlammert



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämpfer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.